



ZENTRUM FÜR ANGEWANDTE SOZIALFORSCHUNG UND PRAXISBERATUNG GMBH

Integrierte Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung für die Stadt Rheine

**Verfasser:
Dipl.-Soz. Jürgen Postler**

März 2006 - Juni 2007

Postfach 103289
D 33532 Bielefeld
Tel 0521/170732
Fax 0521/5216411
Internet: www.zasp.de
E-Mail: info@zasp.de

Integrierte Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung Stadt Rheine

Inhalt:

1	Aufgaben und Arbeitsbereiche der Planung.....	1
2	Quantitative Schulentwicklungsplanung: Demographische Entwicklung, Schülerzahlenentwicklung und Entwicklung von Bedarfslagen.....	5
2.1	Planungsaufgaben und Planungsvorgaben.....	5
2.2	Tendenzen der längerfristigen demographischen Entwicklung in der Stadt Rheine.....	7
2.3	Quantitative Situationsanalyse Grundschulbereich.....	14
2.3.1	Gesamtstädtische Ausgangslage.....	14
2.3.2	Entwicklung auf der Ebene der Grundschulbezirke.....	17
2.3.3	Situationsbewertung der Schulstandorte und Empfehlungen.....	26
2.4	Quantitative Situationsanalyse Sekundarstufe.....	33
2.4.1	Gesamtstädtische Ausgangslage.....	33
2.4.2	Situationsanalyse Hauptschule.....	41
2.4.3	Situationsanalyse Realschule.....	46
2.4.4	Situationsanalyse Gymnasium.....	50
2.4.5	Situationsanalyse Gesamtschule.....	58
2.4.6	Leitlinien für zukünftige Angebotsgestaltung aus der vorstehenden Analyse.....	60
2.5	Situationsanalyse Grüterschule – Förderschule mit Förderschwerpunkt Lernen.....	61
2.6	Situationsanalyse berufsbildende Schulen in der Stadt Rheine.....	64
3	Kooperation von Schule und Jugendhilfe und Handlungsansätze zur Entwicklung eines integrierten Erziehungs- und Bildungssystems.....	69
3.1	Perspektiven der Kooperation von Schule und Jugendhilfe.....	69
3.1.1	Anforderungen an die Kooperation und Zielperspektiven der Angebotsentwicklung.....	69
3.1.2	Relevante Problemdimensionen aus der Sicht der Schulleiter/innen.....	72
3.1.3	Aktuelle Kooperationen der Schulen mit Partnern der Jugendhilfe.....	75
3.1.4	Besondere sozialräumliche Anforderungsstrukturen.....	76
3.2	Kooperation von Elementar- und Primarbereich.....	80
3.2.1	Ausgangslage / Ziele.....	80
3.2.2	Merkmale der Angebotsstruktur im Kita-Bereich.....	81
3.2.3	Besondere Zielgruppen im Elementar- und Primarbereich.....	84
3.2.4	Übergang Kindertageseinrichtung-Grundschule.....	87
3.3	Kooperation von Schule und Diensten der Erziehungs- und Familienhilfe.....	90
3.3.1	Problemstellung und Stand der Kooperation.....	90
3.3.2	Perspektiven der Verzahnung von Grundschule, Kita und Jugendhilfe - Aufbau eines Frühwarnsystems.....	93

3.3.3	Generelle Perspektiven der Weiterentwicklung der Kooperation Schule - Erziehungshilfe	96
3.4	Schulsozialarbeit / schulbezogene Jugendsozialarbeit und allgemeine Präventionsarbeit	98
3.4.1	Anforderungen und Zielgruppen	98
3.4.2	Schulsozialarbeit	99
3.4.3	Schulisches Beratungsangebot und Perspektiven der Kooperation mit außerschulischen Partnern der Erziehungs- und Familienhilfen	102
3.4.4	Allgemeine Präventionsarbeit, Kooperation mit dem erzieherischen Kinder- und Jugendschutz	105
3.4.5	Vernetzung der Angebote, übergreifende Kooperationsstrukturen	108
3.5	Übergang Schule – Beruf	110
3.5.1	Problemstellung und Anforderungen an Maßnahmen	110
3.5.2	Der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in der Stadt Rheine	112
3.5.3	Angebots- und Arbeitsstrukturen in Rheine und Perspektiven der Weiterentwicklung	116
3.6	Betreuungs- und Ganztagsangebote, Öffnung der Schule	121
3.6.1	Betreuungs- und Ganztagsangebote im Primarbereich	121
3.6.2	Ganztags- und Betreuungsangebote in der Sekundarstufe	130
3.6.3	Weitere Perspektiven der Kooperation von Schule und Jugendarbeit / Öffnung der Schulen	135
3.7	Entwicklung von Kooperations- und Koordinationsstrukturen auf gesamstädtischer Ebene	141
4	Angesprochene Handlungsperspektiven und Maßnahmenempfeh- lungen im Überblick	145
4.1	Ergebnisse und Empfehlungen aus der quantitativen Bedarfsanalyse	145
4.2	Ergebnisse und Empfehlungen zur verbesserten Integration von Schule und Jugendhilfe	148
5	Anhang	153
	- Langfristige Bevölkerungsprognose für die Stadt Rheine	154
	- Potentielle Siedlungsflächen im Stadtgebiet nach Umsetzungszeitraum und möglicher Zahl der Wohneinheiten	157
	- Raumbilanzen der allgemeinbildenden Schulen	159
	- Über den Unterricht hinausgehende Angebote und Kooperationen in den Schulen	161
	- Gebietskennblätter als Grundlage für sozialräumliche Arbeitsansätze	167
	- Eschendorf, Gellendorf, Rodde	167
	- Altenrheine, Schotthock	170
	- Rheine links der Ems	172
	- Südraum	175

1 Aufgaben und Arbeitsbereiche der Planung

Nachdem die letzte Schulentwicklungsplanung der Stadt Rheine aus dem Jahr 2001 datiert, war in 2006/07 eine **Fortschreibung** zu erstellen. Die Kommune kommt damit zunächst ihrer gesetzlichen Verantwortung als Schulträger nach, die äußeren Rahmenbedingungen des Schulbetriebs zu gewährleisten. Angesichts demographischer Veränderungen mit unterschiedlicher Entwicklung der Schülerzahlen in den einzelnen Altersbereichen sowie angesichts stetiger Veränderungen im Bildungsverhalten der Eltern ergeben sich hier besondere Herausforderungen.

Aktuell sind folgende **demografische Trends** erkennbar, mit denen sich die Planung auseinandersetzen muss: stark rückläufigen Schüler- / Jahrgangszahlen im Bereich der Primarstufe stehen in etwa gleich bleibende oder allenfalls leicht rückläufige Schülerzahlen im Sekundarbereich I sowie weiterhin ansteigende Schülerzahlen im Altersbereich der Sekundarstufe II gegenüber. Entsprechend gewinnen im Primarbereich **Fragen der Standorterhaltung** an Gewicht, während im Sekundarbereich Fragen des Elternwahlverhaltens und der strategischen Ausrichtung des Schulangebots sowie **Kapazitätsfragen** von besonderer Bedeutung sind.

Schulentwicklungsplanung darf jedoch nicht bei einem primär quantitativ orientierten Planungsansatz stehen bleiben, sondern muss – wie in der vorangegangenen Planung aus 2001 bereits teilweise umgesetzt – auch **qualitative Fragen der Schulentwicklung** aufgreifen und **die Integration der Schulentwicklungsplanung mit anderen Planungsbereichen** vorantreiben. Dies betrifft z. B. den Bereich von Ganztags- und Betreuungsangeboten oder die Frage ergänzender sozialpädagogischer Angebote im schulischen Kontext. Hintergrund sind vielfältige soziale Entwicklungen – z.B. veränderte Erwerbs- und Familienrollen, sich verändernde Zielgruppen, tendenzielle Zunahme individueller und sozialer Problemlagen, neue Bildungsanforderungen - , die die Schule vor konzeptionelle Herausforderungen stellen, bei denen sie in hohem Maße auf die Kooperation mit anderen Handlungsbereichen angewiesen ist. Insbesondere bestehen starke Berührungspunkte mit der Jugendhilfe.

Den genannten Herausforderungen entsprechen zugleich **gewandelte Leitbilder der Entwicklung von Schule wie auch von Jugendhilfe**. Anstelle getrennter Institutionen und isolierter Handlungsansätze hat die Frage der Kooperation und Integration von Schule und Jugendhilfe in der schulpolitischen und jugendhilfepolitischen Diskussion an Bedeutung gewonnen. Dies wird auch deutlich an den rechtlichen Vorgaben: Zwar ist die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe schon seit längerem sowohl im Schulverwaltungsgesetz als auch im Jugendhilfegesetz verankert. Das Ausführungsgesetz zum KJHG aus 2005 hat den Kooperationsgedanken jedoch nochmals verstärkt, indem es die Jugendämter ausdrücklich zum Aufbau von Kooperationsstrukturen zwischen Jugendhilfe und Schule verpflichtet. Hinter diesem Wandel steht die Einsicht, dass isolierte Handlungsansätze nur wenig Chancen bieten, neuen Herausforderungen und Problemen ausreichend zu begegnen. Gefordert ist ein Verbund der verschiedenen Angebote und Träger sowie eine ganzheitliche Sichtweise, die den Zusammenhang von Bildung, Betreuung und Erziehung betont.

Entsprechend diesen Überlegungen gliedert sich die vorliegende Planung in zwei Teilbereiche:

Teil eins der Planung umfasst die quantitativ orientierte Bedarfsplanung, die einen zentralen Baustein jeder Schulentwicklungsplanung darstellt. Im Mittelpunkt steht die Frage der zu erwartenden Schülerzahlenentwicklung sowie der sich abzeichnenden Bedarfslagen und Handlungserfordernisse in den Schulformen und Schulstufen. Einzelne Teilarbeitsschritte betreffen die Prognose der Grundschuljahrgänge, die Prognose des Elternwahlverhaltens beim Übergang in den Sekundarbereich, die Bestandsaufnahme und Bedarfsbestimmung hinsichtlich der Raumkapazitäten für die einzelnen Schulformen und Schulen, u.a.. Im Verlauf der Planung werden die zu erwartenden Entwicklungen im einzelnen herausgearbeitet, um auf dieser Basis Bedarfsaussagen sowie gesamtstädtische und standortbezogene Maßnahmenempfehlungen abzuleiten. Dabei wird auch die zu erwartende längerfristige Bevölkerungsentwicklung einbezogen, da sich erst auf dieser Grundlage ein angemessener Rahmen eröffnet sowohl für die Interpretation der kurzfristigen Entwicklung als auch für die Bestimmung längerfristiger Perspektiven der Schulentwicklung.

Eine besondere Rahmenvorgabe für die Planung bildet die neue Schulgesetzgebung, die zum Zeitpunkt der Planerstellung zwar in ihren Grundzügen bekannt war, jedoch zu Beginn der Planung noch keine Gesetzeskraft erlangt hatte. Wichtige Neuregelungen, die im Verlauf der Planung zu berücksichtigen waren, betreffen z.B. im Primarbereich das Einschulungsalter und die Öffnung der Schulbezirke, im Sekundarbereich die Umgestaltung des gymnasialen Bildungsgangs.

Teil zwei der Planung widmet sich der Frage der Kooperation von Schule mit weiteren Handlungsbereichen, insbesondere mit der Jugend- und Familienhilfe, sowie **der Entwicklung von Handlungsansätzen für ein integriertes Erziehungs- und Bildungssystem**. Zwar ist der kommunale Gestaltungsspielraum im Schulbereich – aufgrund der Trennung in äußere und innere Schulangelegenheiten - nicht so groß wie in der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch im Schulbereich muss sich der kommunale Schulträger nicht auf eine reine Infrastrukturverwaltung beschränken. Gefordert ist ein integrierter Ansatz, der die Schulentwicklung mit relevanten weiteren Planungsfeldern verknüpft, um abgestimmte Maßnahmen und Förderangebote sicherzustellen. Inhaltliche Berührungspunkte, die im zweiten Teil der Planung aufgegriffen und analysiert werden, betreffen

- die Kooperation von Elementarbereich und Primarbereich sowie die Gestaltung des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule
- die (Weiter-)Entwicklung von Ganztags- und Betreuungsangeboten im Grundschul- und im Sekundarbereich
- die Kooperation von Schulen und Angeboten und Diensten der Erziehungs- und Familienhilfe
- die Ausgestaltung von Schulsozialarbeit und schulbezogener Jugendarbeit
- Fragen des Übergangs von der Schule in den Beruf
- die Ausgestaltung gesamtstädtischer Abstimmungs- und Kooperationsstrukturen sowie die sozialräumliche Ausrichtung der Kooperation, um die Vernetzung von Trägern und Institutionen aus unterschiedlichen Handlungsbereichen wirksam zu unterstützen

Die Aufzählung verdeutlicht die vielfältigen Berührungspunkte mit den Bereichen Kindertagesstätten, Erziehungshilfe, Jugendarbeit. Im Verlauf der Planung werden entsprechende Analysen und Planungsschritte zur Gestaltung der Schnittstellen zwischen Schule und Jugendhilfe vorgenommen und Ansatzpunkte für ein integriertes Angebot entwickelt.

Grundlage von Teil eins - quantitative Schulentwicklungsplanung - bilden im wesentlichen die Daten des Einwohnermeldewesens einschließlich einer längerfristigen Bevölkerungsprognose, die Daten der Schulstatistik (Oktoberstatistik) sowie die von der Schulverwaltung bereitgestellten Angaben zum Raumbestand der einzelnen Schulen, daneben Gespräche mit Schulleitern/innen, mit der Schulverwaltung sowie weiteren Experten. Die Analyse wurde im Frühjahr / Sommer 2006 erarbeitet und repräsentiert entsprechend den Stand zum Zeitpunkt der Erstellung.

Die sich anschließenden Planungsschritte – Gestaltung der Schnittstellen von Schule und Jugendhilfe - basieren zum einen auf einer Befragung der Schulleiter/innen der allgemeinbildenden Schulen der Stadt Rheine, die das ZASP im August 2006 durchgeführt hat. Ziel der Befragung war es, Felder, Formen und Umfang der Kooperation von Schule mit externen Partnern zu ermitteln sowie Handlungserfordernisse aus der Sicht der Schulleiter aufzuzeigen. Gleichzeitig ergab sich hier die Möglichkeit, Bezüge zur Planung aus 2001 herzustellen, in der eine ähnlich gelagerte Befragung durchgeführt wurde. Über die Befragungsaktion hinaus wurde eine Vielzahl von Gesprächen mit Schulleitern, Verwaltungsmitarbeitern und sowie mit Anbietern und Trägern aus den verschiedenen Feldern der Jugendhilfe und Jugendarbeit geführt. Auf diese Weise konnten die Einschätzungen und Handlungsperspektiven der verschiedenen Akteure aus den unterschiedlichen Handlungsfeldern mit eingebunden werden. Gleichzeitig wurden vorliegende Planungsberichte der Stadt Rheine sowie Arbeits- und Jahresberichte der verschiedenen Träger gesichtet und ausgewertet, um den Bezug zu aktuellen fachlichen Diskussionen sowie zu bereits vorliegenden Planungen zu gewährleisten. Die Analyse wurde schwerpunktmäßig im Herbst/Winter 2006 sowie im ersten Quartal 2007 erstellt.

Wie bereits in der ersten Planungsphase erfolgte die Planung auch im zweiten Abschnitt in enger Abstimmung mit der Planungsbegleitgruppe, bestehend aus Vertretern von Politik und Verwaltung, der an dieser Stelle nochmals gedankt sei.

2 Quantitative Schulentwicklungsplanung: Demographische Entwicklung, Schülerzahlenentwicklung und Entwicklung von Bedarfslagen

2.1 Planungsaufgaben und Planungsvorgaben

Gegenstand des vorliegenden Teilberichts zur „Integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung“ ist **die quantitative Bedarfsanalyse zum Schulangebot in der Stadt Rheine**. Im Zentrum jeder Schulentwicklungsplanung steht die Frage der zu erwartenden Schülerzahlenentwicklung sowie der sich daraus ableitenden Bedarfslagen und Handlungserfordernisse im Bereich der quantitativen Schulentwicklung. Zentrale **Teilarbeitsschritte** betreffen

- die Prognose der Grundschuljahrgänge anhand von Daten des Einwohnermeldewesens sowie unter Berücksichtigung vorliegender Bebauungsplanungen,
- die Prognose des Elternwahlverhaltens beim Übergang in den Sekundarbereich auf der Basis der zurückliegenden Entwicklung der letzten Jahre
- Situationsanalysen, Bedarfsbestimmungen und Empfehlungen für die einzelnen Schulformen und Schulen.

Die entsprechenden Überlegungen in diesem Bericht sind eingebunden in eine einleitende **Analyse der längerfristigen demographischen Entwicklung**, um einen angemessenen Rahmen für die Interpretation der kurzfristigeren Entwicklung zu erarbeiten. Damit verbindet sich das Ziel, längerfristige Perspektiven der quantitativen Schulentwicklung zu bestimmen.

Die Verpflichtung der Schulträger zur Schulentwicklungsplanung ist im Schulgesetz verankert und bezieht sich zunächst primär auf die Planung im Bereich der sogenannten „äußeren Schulangelegenheiten“, d.h. auf die Bereitstellung von Schulangeboten nach Schulformen und Schulstandorten. Gleichzeitig formuliert das Schulgesetz für die Schulen auch **die Verpflichtung, mit der öffentlichen und freien Jugendhilfe zusammenzuarbeiten**. Eine ähnliche Kooperationsverpflichtung ist auf seiten der Jugendhilfe seit langem im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) verankert. Das seit 2005 geltende Ausführungsgesetz zum KJHG (KJFöG) verstärkt diesen Kooperationsgedanken nochmals, indem es die Jugendämter verpflichtet, Kooperationsstrukturen zwischen Jugendhilfe und Schule zu entwickeln.

Die Schulentwicklungsplanung ist entsprechend einzubinden und zu verknüpfen mit den relevanten weiteren Fachplanungen, insbesondere mit der Jugendhilfeplanung und der Kindertagesstättenplanung, um auf **ein abgestimmtes und integriertes Erziehungs- und Bildungssystem** hinzuwirken. Entsprechende Analysen und Planungsschritte **zur Ausgestaltung der Schnittstellen zwischen Schule und Jugendhilfe** werden im weiteren Verlauf der Planung - im Anschluss an die hier vorliegende quantitative Bedarfsplanung - vorgenommen.

Die nachfolgenden Analysen wurden im Frühjahr/Sommer 2006 erarbeitet und basieren auf der **Oktoberstatistik** 2005/06, die für die Schulentwicklungsplanung maßgeblich ist. Daneben wurden in Teilbereichen von den Schulen gemeldete Vorab-Zahlen zum Schuljahr 2006/07 herangezogen. Für Fragen der Klassenbildung waren folgende **Vorgaben** relevant:¹

¹ Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz (VO zu § 93 Abs. 2 SchulG) vom 18. März 2005

- In der **Grundschule** und in der **Hauptschule** beträgt der Klassenfrequenzrichtwert 24. Es gilt die Bandbreite 18 bis 30. In der Grundschule kann eine Unterschreitung der Bandbreite bis auf den Mindestwert von 15 von der Schulleiterin / dem Schulleiter zugelassen werden, wenn die vom Schulträger gebildeten Schulbezirke den Besuch einer anderen Schule derselben Schulart ausschließen. In der Hauptschule kann eine Überschreitung der Bandbreite um bis zu fünf Schülerinnen oder Schüler von der Schulleiterin / dem Schulleiter zugelassen werden, wenn eine andere Schule derselben Schulart im Gebiet des Schulträgers nicht in zumutbarer Weise erreicht werden kann.
- In der **Realschule** und in der **Sekundarstufe I des Gymnasiums und der Gesamtschule** beträgt der Klassenfrequenzrichtwert 28. Es gelten folgende Bandbreiten:
bis dreizügig: 26 bis 30; diese Bandbreite kann um bis zu fünf Schülerinnen oder Schüler überschritten werden. Eine Unterschreitung der Bandbreite bis auf 18 ist zulässig, wenn Schülerinnen oder Schüler eine andere Schule derselben Schulform im Gebiet des Schulträgers nicht in zumutbarer Weise erreichen können.
ab vierzügig: 27 bis 29; diese Bandbreite kann um eine Schülerin oder einen Schüler über- oder unterschritten werden. Soweit es im Einzelfall zur Klassenbildung an einer Realschule oder einem Gymnasium erforderlich ist, kann die Schulleiterin / der Schulleiter eine Über- oder Unterschreitung um eine weitere Schülerin / einen weiteren Schüler zulassen.
- In der **gymnasialen Oberstufe** (Gymnasium, Gesamtschule, höhere Berufsfachschule mit gymnasialer Oberstufe) beträgt der Klassenfrequenzrichtwert 19,5. Grundkurse und Leistungskurse dürfen nur in dem Maße gebildet werden, dass die durchschnittliche Teilnehmerzahl dieser Kurse in den Jahrgangsstufen 11 bis 13 diesen Wert nicht unterschreitet.

Eine wesentliche zusätzliche Rahmenvorgabe der vorliegenden Planung stellt **das neue Schulgesetz** dar, das sich im Frühjahr / Sommer in der Beratungsphase befand und zwischenzeitlich verabschiedet wurde. Aus der neuen Rechtslage resultieren zusätzliche Aspekte für die Schulentwicklungsplanung. Wichtige Punkte mit Relevanz für die Planung betreffen

- **die Vorverlegung des Einschulungsalters:** beginnend mit dem Schuljahr 2007/08 soll das Einschulungsalter schrittweise um ein halbes Jahr vorgezogen werden; hieraus ergeben sich Konsequenzen für die Schülerprognose im Grundschulbereich.
- **die Öffnung der Grundschulbezirke:** nach dieser – kontrovers diskutierten – Vorgabe erhalten Eltern zukünftig ein Wahlrecht bei der Anmeldung zur Grundschule, wobei das Recht auf Aufnahme in der Grundschule des Wohngebiets erhalten bleibt. Die Schulbezirke büßen damit als Steuerungsinstrument kommunaler Planung an Bedeutung ein.
- **die Reform des gymnasialen Bildungsgangs:** vorgesehen ist eine Verkürzung der gymnasialen Sekundarstufe I auf die Jahrgangsstufen 5 bis 9, so dass der gymnasiale Abschluss zukünftig bereits nach zwölf Jahren erreicht wird. Hieraus resultieren sowohl Konsequenzen für die Vorausberechnung der Schülerzahlen in den Gymnasien wie auch erhöhte Anforderungen an die Organisation des Schulbetriebs und an die Infrastrukturausstattung der Standorte.

Auf diese – und weitere – Aspekte des neuen Schulgesetzes wird an den jeweils relevanten Stellen der Planung detailliert eingegangen. Ein Problem der Planung besteht allerdings darin, dass in weiten Bereichen **die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zur Umsetzung des neuen Schulgesetzes** noch ausstehen.

2.2 Tendenzen der längerfristigen demographischen Entwicklung in der Stadt Rheine

Anforderungen und Ausgangslage

Die längerfristige demographische Entwicklung bildet den Rahmen für die Einordnung und Bewertung kurz- und mittelfristiger Trends. Langfristig orientierte Aussagen zur Entwicklung der Bevölkerung und der planungsrelevanten Altersgruppen sind daher von großer Bedeutung sowohl für den Schulbereich wie auch für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.

Zentrales Element der Schulentwicklungsplanung ist zum einen **eine möglichst genaue – kurzfristige - Vorausschätzung der zu erwartenden Schülerzahlen im definierten Planungszeitraum**. Über die prognostizierte Entwicklung definieren sich die Anforderungen an die Planung von Einrichtungen und Raumkapazitäten. Üblicherweise wird die Vorausschätzung anhand der bereits vorliegenden Einschulungsjahrgänge - bzw. für den Sekundarbereich anhand der Übergangsjahrgänge aus dem Primarbereich - vorgenommen, wobei auf dieser Basis eine Prognose für die nächsten sechs Jahre möglich ist. Ein Zeitraum von sechs Jahren erweist sich jedoch für die Festlegung längerfristiger Entwicklungsperspektiven als zu kurz. Neben der kurzfristigen Analyse ist in jedem Fall auch **eine längerfristige Betrachtung der Bevölkerungs- und Altersgruppenentwicklung** erforderlich.

Gleiches gilt für strategische Weichenstellungen in der Kinder- und Jugendhilfe, die ebenfalls auf längerfristige Perspektiven angewiesen sind. Hinzu kommt, dass hier nicht in gleichem Maße wie in der Schulentwicklung exakte kurzfristige Vorausschätzungen von Bedeutung sind. Im Vordergrund stehen eher grundsätzliche Entwicklungslinien der verschiedenen Altersgruppen, um Anhaltspunkte für Trends bei den Bedarfslagen und für die relative Gewichtung der einzelnen Leistungsbereiche zu erhalten. Auch hier erweist sich eine längerfristige Bevölkerungs- und Altersgruppenprognose als zielführend.

Die vorliegenden Untersuchungen zur überregionalen demographischen Entwicklung verweisen im mittel- und längerfristigen Horizont übereinstimmend **auf eine mehr oder weniger deutliche Abnahme sowohl der Bevölkerung wie auch der verschiedenen Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen**². Hieraus ergeben sich Veränderungen im Zahlenverhältnis der Altersbereiche sowie im Hinblick auf die Ausgestaltung der kommunalen Leistungsbereiche. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Altersgruppenentwicklung sowohl in der Schulentwicklung sowie insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe **nur einen bedarfsbestimmenden Faktor** darstellt. Hinzu kommen weitere Faktoren wie sozialstrukturelle Entwicklungen, fachliche Weiterentwicklungen oder veränderte rechtliche Vorgaben.

Für die zurückliegende und die zu erwartende Entwicklung der planungsrelevanten Altersgruppen sind – überregional wie in Rheine - folgende **Faktoren** von besonderer Bedeutung:

- **Die Altersstruktur der Bevölkerung:** Mitte / Ende der achtziger Jahre waren die geburtenstarken Jahrgänge unmittelbar vor dem Pillenknick (Mitte der sechziger Jahre) in den Altersbereich vorgerückt, in dem die Geburt eines Kindes am wahrscheinlichsten ist, was

² sh. z.B. Bezirksregierung Münster 2006: Der demographische Wandel und seine Konsequenzen für den Regierungsbezirk Münster; Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW 2006: Auswirkungen des demographischen Wandels, Teilbericht II

mit hohen Geburtenzahlen verbunden war. Mit dem Nachrücken der geburtenschwächeren Jahrgänge aus den siebziger Jahren sind seit Anfang der neunziger Jahre kontinuierlich sinkende Geburtenzahlen zu verzeichnen. Zusätzlich spielt das veränderte generative Verhalten eine wichtige Rolle: durch insgesamt niedrigere Geburtenzahlen in den Jahrgangsguppen wird der Effekt aus dem Altersaufbau noch verstärkt.

- **Zuwanderungsgewinne, Zuwanderung neuer Bevölkerungsgruppen:** Die Entwicklung der neunziger Jahre war gekennzeichnet durch deutliche Wanderungsgewinne, für die u.a. die Zuzüge von Aus- und Übersiedlern sowie Asylsuchenden ausschlaggebend waren. Hiermit verbunden waren und sind erhöhte und veränderte Anforderungen an Unterstützungs- und Fördermaßnahmen. Ab Ende der neunziger Jahre hat sich allerdings die Zahl der zugezogenen Spätaussiedlerfamilien und Asylbewerber deutlich rückläufig entwickelt und ist mittlerweile für die Altersgruppenentwicklung von untergeordneter Bedeutung.

Die niedrigen Geburtenzahlen der jüngeren Vergangenheit sowie der nächsten Jahre führen dazu, **dass mittel- und längerfristig in den Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen z.T. deutliche Rückgänge zu verzeichnen sein werden.** Ein moderater Gegentrend ist nach den vorliegenden NRW-Prognosen für den Schulbereich erst jenseits von 2020 zu erwarten, ohne dass jedoch die heutigen Schülerzahlen auch nur annähernd wieder erreicht würden. Nach 2030 werden dann weitere Rückgänge erwartet.³ Der Schülerrückgang stellt allerdings kein erstmaliges Phänomen dar: ähnliche Entwicklungen, die Anpassungsmaßnahmen erforderlich machten, waren auch in den achtziger Jahren zu verzeichnen.

Prognose für die Stadt Rheine

Zur genaueren Bestimmung **der mittel- bis längerfristigen Altersgruppenentwicklung in der Stadt Rheine** liegt eine durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik erstellte **Prognose der Bevölkerungsentwicklung für die Stadt Rheine** vor. Ausgehend vom Basisjahr 2003 werden Vorausberechnungen bis 2020 vorgenommen. Die Wanderungsannahmen wurden durch das Büro Plan-Lokal in Kooperation mit dem Planungsamt erarbeitet⁴. Es stehen vier Varianten mit unterschiedlichen Wanderungsannahmen zur Verfügung:

- **Variante 0 (natürliche Bevölkerungsentwicklung):** Im Prognosezeitraum erfolgen keinerlei Wanderungsgewinne oder -verluste. Diese Variante stellt keine realistische Entwicklungsannahme dar, sondern dient der besseren Einschätzung der Varianten 1 bis 3.
- **Variante 1 (Basisvariante):** über den gesamten Prognosezeitraum wird von einem leicht negativen Wanderungssaldo (=Abwanderung) ausgegangen.
- **Variante 2 (Trendvariante):** kurz- bis mittelfristig erfolgen noch leichte, allmählich abnehmende Wanderungsgewinne, ab ca. 2015 treten leichte Wanderungsverluste ein.
- **Variante 3 (Zuwanderungsvariante):** kurz- und mittelfristig erfolgen deutliche Zuwanderungen, die gegen Ende des Prognosezeitraums etwas zurückgehen.

Die Varianten 1-3 definieren einen **Korridor**, in dem sich die Bevölkerungsentwicklung nach dem derzeitigen Kenntnisstand bewegen könnte, wobei Variante 2 (Trendvariante) in etwa eine mittlere Entwicklungslinie bildet. Da sie zudem eine Fortschreibung der Trends der jüngeren Vergangenheit darstellt, kann sie **als wahrscheinlichste Entwicklung** gelten.

Die Ergebnisse der Prognose wurden für die aktuelle Planung aufbereitet und sind im Anhang

³ sh. LDS NRW 2006: Auswirkungen des demographischen Wandels, Teilbericht II

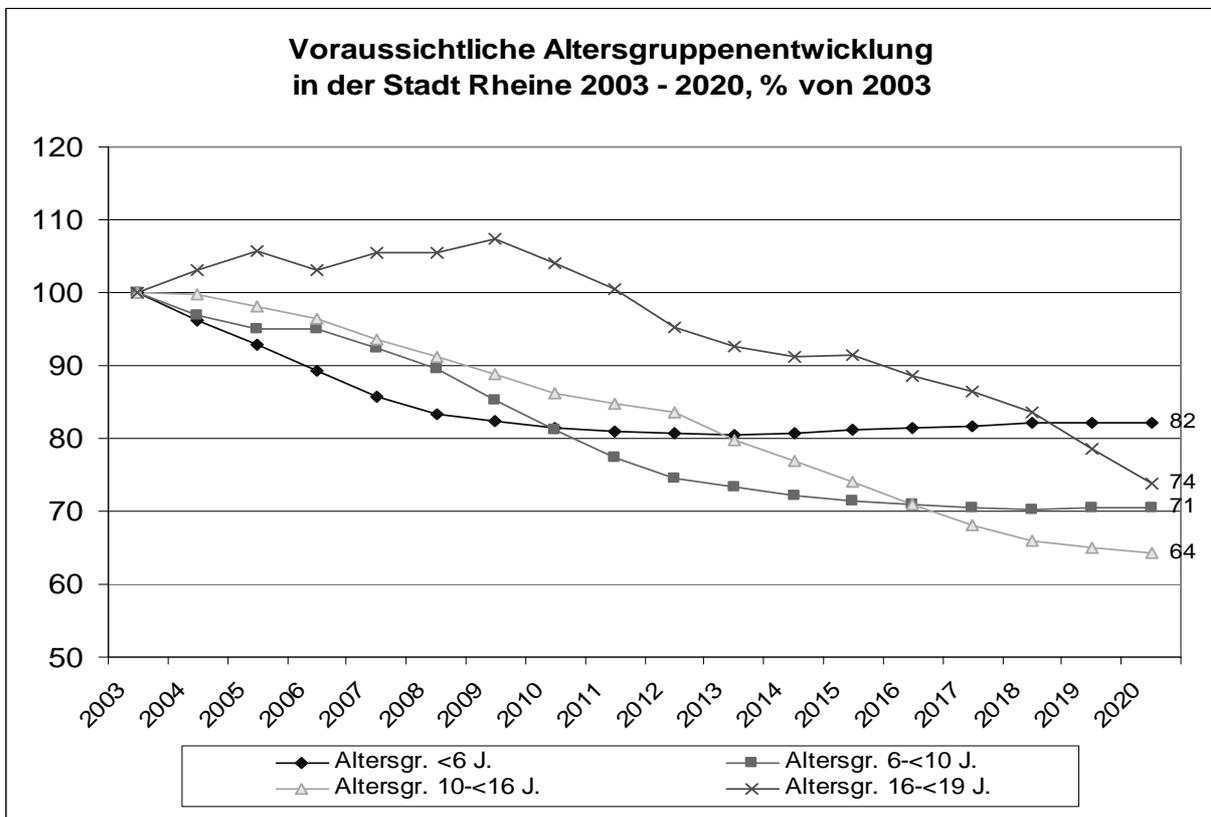
⁴ sh. Planlokal 2004: Demographischer Wandel in Rheine

für alle vier Varianten dokumentiert. Generell ist festzustellen, dass sich zwischen den einzelnen Varianten - mit Blick auf die Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung - nur relativ geringe Differenzen ergeben. Die Entwicklungen sind also **primär in der Altersstruktur der Bevölkerung angelegt** und werden durch Zu- und Abwanderungen nur in geringem Maße beeinflusst. Im folgenden ist daher nur die Trendvariante ausgewiesen. Für die Schulentwicklungsplanung ist zu beachten, dass die Altersjahrgänge nicht mit den Schuljahrgängen (z.Zt. 1.7.-30.6.) identisch sind, was jedoch für längerfristige Betrachtungen ohne Belang ist.

Zu erwartende längerfristige Entwicklung der planungsrelevanten Altersgruppen in der Stadt Rheine 2003 – 2020, absolut und in % von 2003

Jahr	<3 Jahre		3-<6 Jahre		6-<10 Jahre		10-<16 Jahre		16-<19 Jahre		Bev. gesamt	
	abs.	% v. 03	abs.	% v. 03	abs.	% v. 03	abs.	% v. 03	abs.	% v. 03	abs.	% v. 03
2003	2.125	100	2.388	100	3.432	100	5.716	100	2.728	100	76.095	100
2004	2.005	94	2.341	98	3.322	97	5.699	100	2.814	103	76.181	100
2005	1.922	90	2.267	95	3.264	95	5.606	98	2.885	106	76.219	100
2006	1.893	89	2.134	89	3.263	95	5.506	96	2.815	103	76.184	100
2007	1.859	87	2.012	84	3.170	92	5.349	94	2.880	106	76.122	100
2008	1.836	86	1.926	81	3.070	89	5.216	91	2.878	105	76.044	100
2009	1.820	86	1.897	79	2.927	85	5.075	89	2.927	107	75.946	100
2010	1.812	85	1.863	78	2.789	81	4.928	86	2.840	104	75.826	100
2011	1.810	85	1.840	77	2.652	77	4.842	85	2.744	101	75.687	99
2012	1.814	85	1.824	76	2.556	74	4.773	84	2.595	95	75.530	99
2013	1.821	86	1.816	76	2.519	73	4.563	80	2.525	93	75.364	99
2014	1.833	86	1.815	76	2.480	72	4.392	77	2.488	91	75.180	99
2015	1.845	87	1.818	76	2.454	72	4.230	74	2.496	91	74.985	99
2016	1.854	87	1.821	76	2.433	71	4.058	71	2.414	88	74.681	98
2017	1.862	88	1.827	77	2.419	70	3.893	68	2.361	87	74.365	98
2018	1.867	88	1.835	77	2.414	70	3.775	66	2.280	84	74.034	97
2019	1.866	88	1.844	77	2.415	70	3.720	65	2.142	79	73.688	97
2020	1.857	87	1.852	78	2.421	71	3.670	64	2.015	74	73.319	96

Quelle: Bevölkerungsprognose für die Stadt Rheine, Trendvariante; eigene Berechnungen



Anhand der Prognose können die zu erwartenden **kurz-, mittel- und längerfristigen Entwicklungslinien für die einzelnen schulischen Bereiche** näher bestimmt werden. Bis auf die Altersgruppe der 16-<19-Jährigen, die kurzfristig noch zunimmt, sind durchweg erhebliche Abnahmen der jeweils relevanten Altersgruppen zu verzeichnen.

Altersgruppen <3 Jahre und 3-<6 Jahre – vorschulischer Bereich

Beide Teilaltersbereiche sind bereits seit den neunziger Jahren durch abnehmende Zahlen gekennzeichnet. Aus der Prognose wird erkennbar, dass die Entwicklung der beiden Altersgruppen in den kommenden Jahren etwas unterschiedlich verläuft, wobei **für die Altersgruppe 3-<6 Jahre kurz- und mittelfristig noch deutliche Abnahmen zu erwarten sind.**

- Bis zum Ende des Jahrzehnts geht die Zahl der 3-<6-Jährigen von derzeit ca. 2.200 auf ca. 1.850 Kinder zurück, was gegenüber dem Ausgangsjahr 2003 einen Rückgang um ca. 22 % bedeutet. Auch nach 2010 sind noch Abnahmen erkennbar. Ab ca. 2013 / 2014 tritt eine Stabilisierung der Zahlen ein.
- Die Altersgruppe der unter 3-Jährigen entwickelt sich hingegen gegenüber dem aktuellen Stand nur noch leicht rückläufig. Ab 2011 wird eine geringfügige Zunahmetendenz erkennbar.

Für den Kita-Bereich, der momentan im Prinzip eine 100%-Abdeckung aufweist, sind also in den nächsten Jahren noch weitere deutliche Abnahmen der benötigten Kapazitäten zu erwarten. Andererseits besteht für den Altersbereich unter 3 Jahre bisher nur ein geringes Versorgungsniveau. Die demographische Entwicklung eröffnet die Chance, frei werdende Platzkapazitäten im Bereich 3-6 Jahre zum Ausbau des Angebots für unter 3-Jährige zu nutzen.

Altersgruppe 6-<10 Jahre - Grundschulbereich

Nach einem kontinuierlichen Anstieg im Verlauf der neunziger Jahre hat bei den 6-<10-Jährigen mit Beginn des aktuellen Jahrzehnts eine rückläufige Entwicklung eingesetzt. Im Prognosezeitraum wird sich diese Entwicklung zunächst weiter fortsetzen. **Mittelfristig ist ein erheblicher Rückgang zu erwarten:**

- Bis 2010 verringert sich die Altersgruppe der 6-<10-Jährigen gegenüber dem derzeitigen Stand um eine Größenordnung von ca. 500 Kindern. Bezogen auf das Basisjahr 2003 beträgt der Rückgang annähernd 20%.
- Nach 2010 setzt sich dieser Trend in abgeschwächter Form weiter fort. Ab 2017 stabilisieren sich die Schülerzahlen auf einem Niveau von ca. 70% des Ausgangsjahres 2003. Gegenüber dem aktuellen Stand liegt der Rückgang bei einer Größenordnung von ca. 800 Schüler.

Im Grundschulbereich ist also weiterhin mit rückläufigen Zahlen zu rechnen, wobei sich gegen Ende des Prognosezeitraums eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau abzeichnet. Die Frage von Kapazitätsengpässen stellt sich vor diesem Hintergrund in aller Regel nicht mehr, statt dessen rückt die Frage der Standortsicherung in den Vordergrund. Allerdings sind innerstädtische Besonderheiten zu beachten (z.B. kleinräumige Bebauungsplanung).

Altersgruppe 10-<16 Jahre - Sekundarbereich I

Im Sekundarbereich wird die Grundschulentwicklung leicht zeitversetzt wirksam. Nach kontinuierlich steigenden Schülerzahlen ab Mitte der 90er Jahre ist hier mit dem gegenwärtigen Stand **in etwa der Gipfelpunkt der Entwicklung** erreicht:

- Bei der Altersgruppe 10-<16 Jahre wird über den gesamten Prognosezeitraum eine kontinuierlich rückläufige Entwicklung erkennbar. Bis 2010 tritt ein erster Rückgang um ca. 500 Kinder und Jugendliche ein.
- Langfristig fallen die Rückgänge noch deutlicher aus als im Grundschulbereich. Gegenüber dem Stand von 2003 sinkt die Altersgruppe bis 2020 auf ein Niveau von etwa 65%. Gegenüber dem aktuellen Stand entspricht das einem Rückgang um ca. 1800 Personen.

Der Sekundarbereich I ist gegenwärtig durch eine hohe Auslastung gekennzeichnet. Aufgrund der Prognose kann bereits kurzfristig mit Entlastungseffekten gerechnet werden, was auch Spielräume schafft für qualitative Weiterentwicklungen des Angebots. Langfristig stellt sich – ähnlich wie im Grundschulbereich – auch im Sekundarbereich die Frage der Standortsicherung. Die tatsächlichen quantitativen Auswirkungen in den einzelnen Schulformen sind allerdings in hohem Maße **abhängig von der Entwicklung des Schulwahlverhaltens**.

Altersgruppe 16-<19 Jahre - Sekundarstufe II

Die Entwicklung in der Sekundarstufe II verläuft nochmals deutlich zeitversetzt. **Kurzfristig besteht hier noch weiterhin eine ansteigende Tendenz**. Der Höchststand der Altersgruppe wird etwa um das Jahr 2009 erreicht. Ab ca. 2011 ist auch in diesem Altersbereich mit sinkenden Zahlen zu rechnen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums beträgt der Rückgang gegenüber dem Ausgangsjahr 2003 etwa 25%.

Der Sekundarbereich II ist demnach **der einzige Bereich**, in dem auch in den nächsten Jahren noch **mit steigenden Anforderungen** zu rechnen ist. Wie sich dies im einzelnen auswirkt, ist im Bereich der allgemeinbildenden Schulen abhängig vom Schulwahlverhalten, speziell von der Entwicklung des Anteils der Gymnasien. In der längerfristigen Perspektive spielt auch die vorgesehene Verkürzung des gymnasialen Ausbildungsgangs eine Rolle. Wichtig sind die Auswirkungen im Bereich der berufsbildenden Schulen. Diese arbeiten bereits jetzt an der Kapazitätsgrenze. Eine Entlastung ist hier voraussichtlich erst mit Beginn des nächsten Jahrzehnts zu erwarten, wobei die Entwicklung in hohem Maße abhängig ist von weiteren Faktoren wie z.B. der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Auswirkungen auf die Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe sowie auf die qualitative Schulentwicklung

Für die Kinder- und Jugendhilfe ist eine ähnliche Betrachtung wie im schulischen Bereich nur von geringer Aussagekraft. Während sich das Schulangebot in der Primarstufe und der Sekundarstufe I an die Gesamtheit der relevanten Altersgruppen richtet, spielen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe **Fragen der Inanspruchnahme des Angebots** bzw. die **Frage von Bedarfslagen in den einzelnen Altersgruppen** eine zentrale Rolle. Der Altersgruppenentwicklung kommt hier eher der Status einer Hintergrundvariablen zu. Eine Ausnahme bildet

der Bereich der Kindertagesstätten, da sich das Angebot hier – ähnlich wie im Schulbereich – an die Gesamtheit der Altersgruppe 3 bis 6 Jahre richtet.

Die beschriebenen erheblichen Abnahmen der Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen bis zum Jahr 2020 könnten zu der Schlussfolgerung verführen, dass die Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe zukünftig deutlich entlastet werden und ihre Dienste folglich klientengerechter, wirksamer und präventiver leisten können. Demgegenüber ist allerdings zu beachten, dass in jüngster Vergangenheit und voraussichtlich auch in der näheren Zukunft **die Bedarfsträger der Kinder-, Jugend- und Familienhilfen zugenommen haben** bzw. weiter zunehmen werden. Beispielhafte Trends:

- **Zunahme der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund** und entsprechend Zunahme von Problemlagen wie Sprachdefizite, schulische und soziale Auffälligkeiten, Integrationsprobleme
- **Zunahme von Ein-Eltern-Familien** mit beruflichen Integrationsproblemen und erhöhten Anforderungen an familienunterstützende Angebote
- **zunehmende Probleme des Übergangs von der Schule ins Berufsleben** sowie in der Folge soziale und berufliche Integrationsprobleme

Die Beispiele machen deutlich, dass es im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe nicht vorrangig um die Bestimmung von Altersgruppen geht, sondern in erster Linie um soziale Entwicklungen und **den Aufbau eines kontinuierlichen Berichtswesens zur Entwicklung der verschiedenen Adressaten- und Bedarfsträgergruppen**. Bedarfsbestimmend sind sozialstrukturelle Faktoren sowie die Ausgestaltung fachlicher Vorgaben und Standards.

Dort, wo im schulischen Bereich jenseits der Kapazitätsplanung Fragen der Angebotsentwicklung für einzelne Adressatengruppen oder Problemlagen angesprochen sind, **trifft dies in gleicher Weise auch für die Schulentwicklung zu**. Beispiele: Bedarfsentwicklung im Bereich von Ganztagsbetreuung, vorschulische und schulische Sprachförderung, sonderpädagogische Förderung, Förderung des Übergangs Schule - Beruf. Hier sind – ebenso wie in der Kinder- und Jugendhilfe - neben der Altersgruppenprognose **weitergehende Analysen zur Entwicklung von Zielgruppen sowie Problem- und Bedarfslagen** erforderlich.

Neben der generellen Aussage erheblich abnehmender Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen erlaubt die partielle Ungleichzeitigkeit der Entwicklung allerdings für die Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe **die Hervorhebung einiger zu erwartender Akzentverschiebungen**.⁵

Kinder- und Jugendarbeit: Im Arbeitsfeld der offenen Kinder- und Jugendarbeit ist in den nächsten Jahren quantitativ zunächst mit einer Abnahme der Zielgruppen der Kinder sowie einer Zunahme der Zielgruppen der Jugendlichen zu rechnen. Das relative Gewicht der beiden Teilgruppen wird sich also in Richtung auf die Jugendlichen verschieben. Entscheidend sind hier allerdings Fragen und Tendenzen der altersspezifischen Inanspruchnahme, ebenso wie inhaltliche Angebotskonzepte. Langfristig ergeben sich für beide Teilgruppen gleichermaßen deutliche Abnahmen.

⁵ sh. hierzu auch Landesjugendamt Westfalen-Lippe 2000: Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf die Kinder- und Jugendhilfe bis zum Jahr 2010 in Westfalen-Lippe; sowie LDS NRW 2006: Auswirkungen des demographischen Wandels, Teilbericht II

Jugendsozialarbeit: In diesem Arbeitsfeld wird der Bedarf an Angeboten und Maßnahmen auf der Grundlage der Altersgruppenentwicklung voraussichtlich zunächst noch ansteigen oder zumindest gleichbleiben. Entscheidende Bestimmungsgrößen beziehen sich allerdings eher auf die Entwicklung von Problembereichen wie Jugendarbeitslosigkeit, Jugendliche ohne Schulabschluss oder Ausbildungsabbrecher. Eindeutige Trendaussagen sind daher allein auf der Basis der Altersgruppenentwicklung kaum möglich.

Hilfen zur Erziehung: In diesem Arbeitsfeld könnte aus der Altersgruppenentwicklung eine Verschiebung der Gewichte resultieren. Während im Bereich der ambulanten Hilfen, in dem der Anteil der unteren Altersgruppen deutlich höher ist, kurzfristig mit deutlich rückläufigen Altersjahrgängen zu rechnen ist, sind im Bereich der Heimerziehung, die sich stärker auf die oberen Altersgruppen richtet, zunächst noch eher gleich bleibende Jahrgangszahlen zu erwarten. Hieraus werden sich jedoch nur dann auch entsprechende Tendenzen der Fallzahlenentwicklung ergeben, wenn die weiteren Faktoren der Problemlagenentwicklung konstant bleiben. Im Ergebnis sind daher auch hier kaum fundierte Aussagen möglich. Aus längerfristig tendenziell sinkenden Fallzahlen ergäben sich auf jeden Fall verbesserte Chancen, das Angebot im Sinne eines präventiv orientierten und flexiblen Hilfesystems weiterzuentwickeln.

Gesamtbewertung der längerfristigen Entwicklung der Altersgruppen

Für die kapazitätsorientierte Schulentwicklungsplanung ergibt sich in der Gesamtperspektive auf längere Sicht für alle Schulformen ein erheblicher Rückgang der Schülerzahlen, allerdings mit unterschiedlichen Akzenten. Im Grundschulbereich stellen sich bereits in absehbarer Zeit Fragen der Standortsicherung, während es im Sekundarbereich I kurz- und mittelfristig noch um Fragen der Entlastung und der Rückgewinnung von Handlungsspielräumen geht. Längerfristig kann auch hier die Standortfrage an Bedeutung gewinnen. Im Sekundarbereich II, speziell im Bereich der berufsbezogenen Schulen, sind demgegenüber kurzfristig noch erhebliche Kapazitätsprobleme zu bewältigen.

In den Arbeitsbereichen, die sich nicht an die Gesamtheit einzelner Altersgruppen richten, sondern an spezielle Ziel-, Adressaten- und Problemgruppen, erlaubt die demographische Analyse **kaum direkte Aussagen zur Bedarfsentwicklung**. Das betrifft sowohl die Angebotsgestaltung im Bereich Schule wie auch in der Kinder- und Jugendhilfe. Hier ergeben sich allenfalls allgemeine Hinweise auf mögliche Tendenzen sowie - aufgrund der Ungleichzeitigkeit der Altersgruppenentwicklung - auf kurzfristig mögliche Akzentverschiebungen. Keinesfalls darf jedoch aus dem Rückgang der Altersgruppen auf einen generellen zahlenmäßigen Rückgang von Bedarfs- und Problemlagen geschlossen werden.

Für die einzelnen Leistungsbereiche sind daher Detailanalysen unter Berücksichtigung der jeweiligen bedarfsbestimmenden Faktoren erforderlich. Generell sind **ein flexibles und durchlässiges Angebotssystem sowie kontinuierliche Angebotsabstimmungen** gefordert, um auf sich verändernde Adressatengruppen und wechselnde Bedarfs- und Problemkonstellationen angemessen reagieren zu können.

2.3 Quantitative Situationsanalyse Grundschulbereich

2.3.1 Gesamtstädtische Ausgangslage

Die aufgezeigte demographische Entwicklung mit langfristig deutlich sinkenden Jahrgangsstärken bei den Kindern und Jugendlichen bildet den Rahmen **für die Analyse der kurz- und mittelfristigen Entwicklung der Schülerzahlen** sowie für daran anknüpfende Überlegungen zur Schulentwicklung.

Zentrale Zielvorgaben, an denen sich eine **kapazitätsorientierten Planung im Grundschulbereich** ausrichten muss, betreffen

- die Gewährleistung und Sicherung einer kleinräumigen Angebotsstruktur, um eine wohnortnahe Beschulung zu ermöglichen, sowie
- die Gewährleistung einer quantitativ und qualitativ ausgeglichenen Versorgung, um Disparitäten zwischen den Schulstandorten zu vermeiden, insbesondere bei stark steigenden oder rückläufigen Schülerzahlen.

Hinzu kommen Fragen der Stärkung der sozial-integrativen Funktion der Schulen sowie Fragen der Einbindung in dezentrale Konzepte der Jugendhilfe und Jugendarbeit, die an anderer Stelle aufgegriffen werden.

Der Grundschulbereich ist bereits seit einigen Jahren durch **rückläufige Schülerzahlen** gekennzeichnet. Nachfolgende Tabelle zeigt **die gesamtstädtische Entwicklung im zurückliegenden 10-Jahres-Zeitraum**.

Entwicklung der Eingangs- und der Schülerzahlen im Primarbereich 1996-2005

	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06
Grundschulen 1. Jg.	901	1058	947	924	897	815	808	848	869	841
in % von 2005/06	107%	126%	113%	110%	107%	97%	96%	101%	103%	100%
Anzahl Klassen					37	36	34	35	37	35
Grundschulen gesamt	3575	3755	3745	3771	3787	3572	3416	3387	3342	3355
in % von 2005/06	107%	112%	112%	112%	113%	106%	102%	101%	100%	100%
Anzahl Klassen					160	154	148	144	142	142

Quelle: Schulverwaltung Rheine, Oktoberstatistik, eigene Berechnungen

Der höchste Stand war bei den Einschulungszahlen im Jahr 1997/98 erreicht, bei den Schülerzahlen leicht zeitversetzt in den Jahren 1999/00 und 2000/01. Im Anschluss setzte jeweils eine abnehmende Entwicklung ein. Gemessen am Status Quo (Schuljahr 2005/06) lagen die Zahlen Ende der 90er Jahre um etwa 10-15% über dem derzeitigen Niveau. Gegenüber der hohen Auslastung der Grundschulstandorte zu Beginn des Jahrzehnts ist im zurückliegenden Planungszeitraum eine Verbesserung der Situation eingetreten. Andererseits stellt sich die Frage nach den Konsequenzen weiter sinkender Schülerzahlen.

Veränderungen sind auch **in der Struktur der Schüler** feststellbar, soweit anhand der Schulstatistik belegbar: Wie schon im vorangegangenen Planungszeitraum hat sich der Anteil der Kinder aus Spätaussiedlerfamilien sowohl absolut wie auch relativ weiter deutlich rückläufig entwickelt. Die Zahl der ausländischen Kinder war in den Schuljahren 2000 und 2001 am

höchsten und ist seitdem ebenfalls rückläufig. Insgesamt beträgt der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund nach der Schulstatistik z.Zt. etwa 13% gegenüber 16% im Jahr 2000.

Ausländische Schüler und Schüler aus Aussiedlerfamilien, 1996-2005

	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06
Grundschüler gesamt	3575	3755	3745	3771	3787	3572	3416	3387	3342	3355
in % von 2005/06	107%	112%	112%	112%	113%	106%	102%	101%	100%	100%
ausländische Schüler	265	284	296	307	314	319	280	285	277	273
in % von 2005	97,1%	104,0%	108,4%	112,5%	115,0%	116,8%	102,6%	104,4%	101,5%	100,0%
Anteil an Gesamt	7,4%	7,6%	7,9%	8,1%	8,3%	8,9%	8,2%	8,4%	8,3%	8,1%
Aussiedler	337	367	365	327	294	251	204	188	205	180
in % von 2005	187,2%	203,9%	202,8%	181,7%	163,3%	139,4%	113,3%	104,4%	113,9%	100,0%
Anteil an Gesamt	9,4%	9,8%	9,7%	8,7%	7,8%	7,0%	6,0%	5,6%	6,1%	5,4%
Migrationshintergrund	602	651	661	634	608	570	484	473	482	453
in % von 2005	132,9%	143,7%	145,9%	140,0%	134,2%	125,8%	106,8%	104,4%	106,4%	100,0%
Anteil an Gesamt	16,8%	17,3%	17,7%	16,8%	16,1%	16,0%	14,2%	14,0%	14,4%	13,5%

Quelle: Schulverwaltung Rheine, Oktoberstatistik, eigene Berechnungen

Es ist allerdings anzumerken, dass die Statistik hier nur ein unvollkommenes Bild vermittelt. So werden Kinder mit doppelter Staatsbürgerschaft als deutsche Kinder erfasst, obwohl hier z.T. deutliche Sprach- und Integrationsprobleme vermutet werden müssen. Entgegen der Schulstatistik kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass der Bedarf an begleitender Förderung und Unterstützung in den letzten Jahren geringer geworden ist.

Nach den Trends aus der langfristigen Bevölkerungsprognose ist davon auszugehen, dass sich die rückläufige Entwicklung der Schülerzahlen im aktuellen Planungszeitraum und darüber hinaus weiter fortsetzen wird. **Die kurzfristige Vorausschätzung der Schülerzahlen für den kommenden 6-Jahres-Zeitraum**, die üblicherweise anhand der Weiterrechnung der bereits vorliegenden Einschulungsjahrgänge (nicht der Geburtsjahrgänge) vorgenommen wird, bestätigt diesen Trend. Gesamtstädtisch sind in den nächsten sechs Jahren **beträchtliche Abnahmen** zu erwarten:

Vorausschätzung der Eingangs- und Schülerzahlen im Primarbereich

	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	Diff.
Grundschulen 1. Jg.	841	773	763	707	642	666	594	-247
in % von 2005/06	100%	92%	91%	84%	76%	79%	71%	-29%
Anzahl Klassen	35	33	35	33	29	30	26	-9
Grundschulen gesamt	3355	3290	3226	3084	2885	2778	2609	-746
in % von 2005/06	100%	98%	96%	92%	86%	83%	78%	-22%
Anzahl Klassen	142	138	138	136	130	127	118	-24

Quelle: Schulverwaltung Rheine, Oktoberstatistik und Geburtsstatistik, eigene Berechnungen

2005 = tatsächliche Zahlen, 2006 bis 2011 = lineare Prognose auf Basis der Einschulungsjahrgänge

- Im Planungszeitraum erfolgt sowohl bei den Eingangszahlen wie auch bei den Schülerzahlen eine kontinuierliche und deutliche Abnahme.
- Gegen Ende des Planungszeitraums beträgt die Abnahme gegenüber dem Status Quo bei den Eingangszahlen annähernd 30%, bei den Schülerzahlen über 20%. Letzteres entspricht einer Differenz von über 700 Schülern.

Im Vergleich zum vorigen Planungszeitraum fallen die Veränderungen im kommenden 6-Jahres-Zeitraum insgesamt noch deutlicher aus. Ausgehend von dem relativ hohen Schülerzahlenniveau Ende der 90er Jahre kommt es zu einer **anhaltend rückläufigen Entwicklung**.

Eine **zusätzliche Variable der Schülerzahlenentwicklung** stellen die im Entwurf des neuen Schulgesetzes enthaltenen Überlegungen zur **Vorverlegung des Einschulungsalters** dar. Zwar stehen die Modalitäten einer möglichen Realisierung noch nicht endgültig fest, als wahrscheinliche Variante gilt jedoch eine schrittweise Umsetzung ab dem Schuljahr 2007/08. Danach ist vorgesehen, das Einschulungsalter über einen Zeitraum von sechs Jahren jeweils um einen Monat vorzuverlegen, so dass pro Jahr jeweils dreizehn Geburtsmonate eingeschult werden. Im siebten Jahr wäre ein halber Jahrgang „eingeholt“ und zukünftig würden - mit Abgrenzung 1.1. bis 31.12. - wieder zwölf Geburtsmonate eingeschult. Im Ergebnis würde das durchschnittliche Einschulungsalter von ca. 6 3/4 Jahre auf gut 6 Jahre vorgezogen. Relevant für die Vorausschätzung der Schülerzahlen ist **der Aspekt der Einschulung von 13 Geburtsmonaten**. Obwohl die Planung aktuell noch von der derzeit gültigen Rechtslage ausgehen muss, wird in der nachfolgenden Tabelle die mögliche neue Regelung durchgespielt.

Auswirkungen einer schrittweisen Umstellung des Einschulungsalters

	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12
Eingangszahlen Grundschulen							
lineare Fortschreibung Geburtsstatistik	841	773	763	707	642	666	594
Index: 2005/06 = 100	100,0	91,9	90,7	84,1	76,3	79,2	70,6
schrittweise Umstellung laut Entwurf	841	773	839	741	712	692	640
Index: 2005/06 = 100	100,0	91,9	99,8	88,1	84,7	82,3	76,1
jährliche Zunahme Eingangszahlen							
Zunahme gegenüber „linear“ absolut	-	-	+76	+34	+70	+26	+46
Zunahme in % von „linear“	-	-	+10,0%	+4,8%	+10,9%	+3,9%	+7,7%
Grundschulen Schüler gesamt							
lineare Fortschreibung Geburtsstatistik	3355	3290	3226	3084	2885	2778	2609
Index: 2005/06 = 100	100,0	98,1	96,1	91,9	86,0	82,8	77,8
schrittweise Umstellung laut Entwurf	3355	3290	3302	3194	3065	2984	2785
Index: 2005/06 = 100	100,0	98,1	98,4	95,2	91,4	88,9	83,0
jährliche Zunahme Schülerzahlen							
Zunahme gegenüber „linear“ absolut			+76	+110	+180	+206	+176
Zunahme in % von „linear“			+2,4%	+3,6%	+6,2%	+7,4%	+6,7%

Quelle: Schulverwaltung Rheine, Oktoberstatistik und Geburtsstatistik (Stand: 3/2006), eigene Berechnungen

Im Ergebnis wird deutlich, **dass der Zuwachs in den betreffenden Jahren nicht ausreicht, um die demografisch bedingten Rückgänge auszugleichen:**

- Die Zunahme bei den Einschulungszahlen schwankt ab 2007/08 zwischen 4% und 10% pro Jahr. Die rückläufige Entwicklung der Eingangszahlen im Planungszeitraum wird abgeschwächt, jedoch nicht kompensiert (-24% anstelle von -29% im Zeitraum von 2005 auf 2011).
- Gleiches gilt für die Schülerzahlen insgesamt: gegen Ende des Planungszeitraums ergibt sich eine Differenz in der Größenordnung von 7%; das entspricht einer Schülerzahl von ca. 180-200 Schülern. Der Rückgang von 2005 auf 2011 beträgt 17% anstelle von 22%.

Der Trend zu einer Abnahme der Schülerzahlen wird demnach lediglich abgeschwächt. Eine eventuelle Umstellung des Einschulungsalters führt dazu, **dass der aufgezeigte rückläufige Entwicklungstrend insgesamt moderater ausfällt**. Allerdings können sich hier teilsräumlich durchaus abweichende Akzente ergeben. Hinzuweisen ist daneben auf die Auswirkungen im Kindertagesstättenbereich: hier führt die Vorverlegung des Einschulungsalters in der Tendenz zu einer Abnahme der Kinderzahlen, was in der Kindertagesstättenbedarfsplanung zu berücksichtigen ist.

Zuwanderungsaspekte sind demgegenüber für die kurzfristige Entwicklung der Grundschulzahlen von untergeordneter Bedeutung, da die langfristige Bevölkerungsprognose für die Stadt Rheine nur noch von geringer und weiter nachlassender Zuwanderung ausgeht. Auch eine stärkere Zuwanderung wäre allerdings weit davon entfernt, die aufgezeigten Abnahmen zu kompensieren (sh. Tab. zur Bevölkerungsprognose im Anhang). Der Zuwanderungsaspekt wird kleinräumig, über die Analyse der Bebauungsplanung, berücksichtigt, in die sowohl Zuzüge nach Rheine als auch innerstädtische Austauschprozesse eingehen.

Angesichts der aufgezeigten Entwicklung der Schülerzahlen kann mit Blick auf die eingangs genannten Ziele **auf gesamtstädtischer Ebene** festgehalten werden:

Die Situation im Grundschulbereich ist in Bezug auf vorhandene Kapazitäten **insgesamt als unproblematisch** einzuschätzen, da im Durchschnitt von einer deutlich rückläufigen Entwicklung auszugehen ist. Raumprobleme sind aufgrund dieser Entwicklung ganz überwiegend nicht mehr zu erwarten, so dass Bestandserhaltung sowie Anpassungen an neue inhaltliche Anforderungen an Bedeutung gewinnen. Entscheidend ist allerdings die konkrete Einzelsituation im jeweiligen Grundschulbezirk.

Andererseits ist zu fragen, ob angesichts der zu erwartenden deutlichen Abnahmen mittel- und längerfristig an allen Standorten ein ordnungsgemäßer Schulbetrieb gewährleistet ist. Unter der Zielvorgabe einer wohnortnahen Angebotsstruktur stellt sich **die Frage der Standortsicherung**. Diese ist umso bedeutsamer, als den Grundschulen über den reinen Bildungsauftrag hinaus eine wichtige integrative Funktion im Stadtteil zukommt. Der Verlust von Standorten ist auch als Verlust von gemeinwesenbezogener Stadtteilkultur zu sehen. Auch diese Frage kann – aus der Perspektive quantitativer Planung – nur für die Einzelstandorte beantwortet werden.

Die Entwicklung eröffnet zugleich **Spielräume für zusätzliche Angebote**, z.B. in den Bereichen Ganztagsangebote / außerunterrichtliche Betreuung, Kooperationen mit der Jugendarbeit, Nutzung schulischer Infrastruktur durch Vereine / Träger / Initiativen im Stadtteil. Hieraus ergeben sich neue Chancen für Entwicklungen in Richtung auf eine Stadtteilschule. Auf diese Aspekte wird im späteren Verlauf der Planung eingegangen.

2.3.2 Entwicklung auf der Ebene der Grundschulbezirke

Bei der **Situationsanalyse für die einzelnen Grundschulstandorte** sind verschiedene Aspekte zu berücksichtigen:

- kleinräumige Unterschiede in der Altersstruktur der Stadtteile, die unterschiedliche demographische Entwicklungen zur Folge haben können
- Unterschiede in der Inanspruchnahme des Schulangebots, etwa aufgrund der Unterscheidung von Gemeinschaftsschulen und Bekenntnisschulen
- die Umstellung des Einschulungsalters, die sich an den einzelnen Schulen unterschiedlich auswirken kann
- die kleinräumige Bebauungsplanung, die prägend ist für zukünftige Entwicklung auf Stadtteilebene

Rheine verfügt insgesamt über **siebzehn Grundschulstandorte**, davon neun Gemeinschaftsschulen sowie 8 katholische Bekenntnisschulen. Die kleinräumigen Einzugsgebiete der Schulen (Grundschulbezirke) bilden die teilräumliche Grundlage der Planung. In der folgenden Analyse werden die 17 Gebiete zusätzlich zu **vier großräumigen städtischen Teilgebieten** gruppiert:

Übersicht: großräumige städtische Planungsbereiche

städtisches Teilgebiet	Grundschulbezirk
Teilgebiet 1: Eschendorf / Gellendorf / Rodde	<ul style="list-style-type: none"> • Annetteschule • Johannesschule Eschendorf • Josefschule Rodde • Südeschschule
Teilgebiet 2: Schotthock / Altenrheine	<ul style="list-style-type: none"> • Bodelschwingschule • Ludgerusschule Schotthock • Canisiuschule
Teilgebiet 3: Reine links der Ems	<ul style="list-style-type: none"> • Diesterwegschule • Edith-Stein-Schule • Gertrudenschule • Kardinal-von-Galen-Schule • Michaelschule • Paul-Gerhard-Schule
Teilgebiet 4: Südraum	<ul style="list-style-type: none"> • Franziskusschule Mesum • Johannesschule Mesum • Ludgerusschule Elte • Marienschule Hauenhorst

Die Einteilung, die im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung der Stadt Rheine entwickelt wurde⁶, definiert vier Teilgebiete mit in etwa vergleichbarer Einwohnerzahl. Die Gebiete Eschendorf / Gellendorf / Rodde und Schotthock / Altenrheine bilden zusammen den Bereich „rechts der Ems“, der jedoch aufgrund der hohen Einwohnerzahl nochmals unterteilt werden musste.

Die Gruppierung der Grundschulbezirke soll den Blick erleichtern für größere teilräumliche Zusammenhänge, z.B. im Rahmen standortbezogener Überlegungen. Gleichzeitig eröffnen sich dadurch bessere Möglichkeiten der Abstimmung mit anderen Teilplanungsbereichen (Kindertagesstättenbereich, Jugendhilfe) im Sinne eines fachübergreifenden, sozialraumbezogenen Planungsansatzes. Dieser Gesichtspunkt wird besonders im zweiten Planungsabschnitt relevant, bei der Frage der Kooperation von Schule und Jugendhilfe. Für die kapazitätsorientierte Grundschulplanung sind allerdings die kleinräumigen Grundschulbezirke ausschlaggebend.

Entwicklung der Einschulungsjahrgänge auf der Grundlage der Geburtsstatistik

Nachfolgende Tabelle zeigt zunächst die vorangegangene und zu erwartende Entwicklung für die Grundschulen auf der Basis einer linearen Fortschreibung der Geburtsjahrgänge. Die Vorausschätzung spiegelt ausschließlich die Jahrgangsstärken wieder und berücksichtigt noch keine weitergehenden Überlegungen.

⁶ sh. Stadt Rheine, Fachbereich 2: Tageseinrichtungen für drei- bis sechsjährige Kinder – Planungsbericht 2005

Fortschreibung der Eingangs- und Schülerzahlen auf der Basis der Geburtsstatistik

		2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Trend
1. Eschend/Gellend/Rodde												
Annette- schule	1.Jg.	79	66	71	73	64	73	67	51	61	46	-
	Kl.	3	3	3	3	3	3	3	2	3	2	-
	Ges.	337	309	294	304	284	285	277	255	252	225	-
	Kl.	14	13	12	12	12	12	12	11	11	10	-
Johannesschule Eschendorf	1.Jg.	50	59	39	50	39	33	41	29	35	33	o
	Kl.	2	2	2	2	2	2	2	1	2	2	o
	Ges.	223	223	215	199	182	167	163	142	138	138	-
	Kl.	9	8	8	8	8	8	8	7	7	7	-
Josefschule Rodde	1.Jg.	0	19	15	19	18	20	18	13	14	16	o
	Kl.	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	o
	Ges.	64	68	58	64	69	72	75	69	65	61	o
	Kl.	3	4	4	4	4	4	4	4	4	4	o
Südesch- schule	1.Jg.	65	78	89	77	87	61	64	70	57	56	-
	Kl.	3	3	3	3	3	3	3	3	2	2	-
	Ges.	287	298	310	310	321	310	289	282	252	247	-
	Kl.	12	12	12	12	12	12	12	12	11	10	-
2. Schotthock/Altenrheine												
Bodelschwingh- schule	1.Jg.	35	46	50	36	34	44	48	31	46	29	o
	Kl.	2	2	2	2	2	2	2	2	2	1	o
	Ges.	183	181	184	166	164	166	162	157	169	154	o
	Kl.	8	8	8	8	8	8	8	8	8	7	o
Canisius- schule	1.Jg.	60	53	55	55	38	37	42	27	31	28	-
	Kl.	2	2	2	2	2	2	2	1	2	1	-
	Ges.	220	220	216	217	198	181	172	144	137	128	-
	Kl.	8	8	8	8	8	8	8	7	7	6	-
Ludgerusschule Schotthock	1.Jg.	68	51	64	52	53	62	43	47	58	61	o
	Kl.	3	2	3	2	2	3	2	2	2	3	o
	Ges.	249	234	221	228	216	232	210	205	210	209	o
	Kl.	11	10	10	10	9	10	9	9	9	9	o
3. Rheine links der Ems												
Diesterweg- schule	1.Jg.	17	26	17	22	23	15	24	24	22	14	o
	Kl.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	o
	Ges.	64	78	76	80	86	77	84	86	85	84	o
	Kl.	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	o
Edith-Stein- Schule	1.Jg.	28	38	53	25	28	25	23	18	22	19	-
	Kl.	1	2	2	1	1	1	1	1	1	1	o
	Ges.	140	141	113	103	104	94	101	94	88	82	-
	Kl.	7	7	5	5	5	4	4	4	4	4	-
Gertruden- schule	1.Jg.	63	53	54	47	51	54	38	32	48	29	-
	Kl.	3	2	2	2	2	2	2	2	2	1	o
	Ges.	221	219	215	225	209	209	190	175	172	147	-
	Kl.	9	9	9	9	8	8	8	8	8	7	o
Kardinal-von- Galen-Schule	1.Jg.	46	49	48	47	54	40	13	33	23	20	-
	Kl.	2	2	2	2	2	2	1	2	1	1	-
	Ges.	167	184	194	195	202	188	154	140	109	89	-
	Kl.	8	8	8	8	8	8	7	7	6	5	-
Michael- schule	1.Jg.	54	53	62	68	51	97	104	92	76	75	+
	Kl.	2	2	3	3	2	4	4	4	3	3	+
	Ges.	259	241	240	235	230	275	320	344	369	347	+
	Kl.	11	10	10	10	9	11	13	14	15	14	+
Pau-Gerhardt- Schule	1.Jg.	39	52	43	58	40	45	34	30	33	29	-
	Kl.	2	2	2	2	2	2	2	1	2	1	-
	Ges.	169	178	182	199	193	186	177	149	142	126	-
	Kl.	8	8	8	8	8	8	8	7	7	6	-
4. Südraum												
Franziskus- schule Mesum	1.Jg.	67	75	73	65	64	55	62	58	46	46	-
	Kl.	3	3	3	3	3	2	3	2	2	2	-
	Ges.	268	276	274	274	274	261	246	239	221	212	-
	Kl.	12	12	12	12	12	11	11	10	9	9	-

Fortsetzung Tabelle Fortschreibung der Eingangs- und Schülerzahlen

		2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Trend
Johannesschule Mesum	1.Jg.	53	44	55	51	51	41	29	21	24	27	-
	Kl.	2	2	2	2	2	2	1	1	1	1	-
	Ges.	215	192	190	202	202	201	172	142	115	101	-
	Kl.	9	8	8	8	8	8	7	6	5	4	-
Ludgerusschule Elte	1.Jg.	25	36	34	40	23	16	18	22	24	24	o
	Kl.	1	2	2	2	1	1	1	1	1	1	o
	Ges.	126	129	136	142	137	114	97	79	80	88	-
	Kl.	6	6	7	7	7	6	5	4	4	4	-
Marienschule Hauenhorst	1.Jg.	59	50	47	56	55	45	39	44	46	42	o
	Kl.	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	o
	Ges.	224	216	224	225	219	208	195	183	174	171	-
	Kl.	9	9	9	9	8	8	8	8	8	8	o

Quelle: Schulverwaltung, Oktoberstatistik und Geburtstatistik (Stand März 2006), eigene Berechnungen

- = abnehmend, o = gleichbleibend, + = zunehmend; Bandbreite für die Klassenbildung: 18-30

Bei der Mehrzahl der Schulen sind weiterhin – analog zur gesamtstädtischen Entwicklung – **deutlich rückläufige Eingangs- und Schülerzahlen** zu erwarten. Überwiegend resultiert hieraus rechnerisch auch ein **Rückgang der Klassenzahlen**.

Bei einigen Schulen deutet die Geburtsstatistik – abweichend von der gesamtstädtischen demographischen Entwicklung – im Planungszeitraum noch auf **annähernd gleichbleibende Zahlen** hin:

- Johannesschule Eschendorf und Josefschule Rodde in Teilgebiet 1
- Bodelschwingschule und Ludgerusschule Schotthock in Teilgebiet 2
- Diesterweschule und Michaelschule in Teilgebiet 3
- Ludgerusschule Elte und Marienschule Hauenhorst in Teilgebiet 4

Auch bei diesen Schulen ist allerdings gegenüber dem letzten Planungszeitraum durchweg **eine rückläufige oder allenfalls eine gleichbleibende Gesamt-Klassenzahl** zu erwarten, jedoch keine Zunahme. Eine Ausnahme bildet die Michaelschule: hier ist in den letzten Jahren im Umfeld verstärkte Neubautätigkeit zu verzeichnen (Wohnpark Dutum), was zu einer Zunahme bei den Einschulungsjahrgängen geführt hat und rechnerisch eine Zunahme der Klassenzahl erwarten ließe. Bei der Michaelschule ist allerdings erfahrungsgemäß von Anmeldezahlen deutlich unterhalb der ausgewiesenen Zahlen auszugehen (sh. unten), so dass sich die Klassenzahlen nicht in dem ausgewiesenen Umfang realisieren werden.

Insgesamt ergeben sich aus Geburtsstatistik für den anliegenden Planungszeitraum **keinerlei Hinweise auf eine problematische Raumsituation**. Andererseits stellt sich die Frage, ob angesichts der demographischen Entwicklung in allen Schulen ein ordnungsgemäßer Schulbetrieb gesichert ist.

Ein **einzigiger Schulbetrieb** ist in folgenden Schulen zu erwarten

- Josefschule Rodde im Bereich Eschendorf/Gellendorf/Rodde
- Diesterweschule und Edith-Stein-Schule im Bereich links der Ems
- Ludgerusschule Elte im Südraum

Probleme der Klassenbildung zeichnen sich primär in der **Josefschule Rodde** ab, da laut gegenwärtiger Geburtsstatistik in zwei Jahrgängen Schülerzahlen von weniger als 15 Schülern erreicht werden könnten. Hier ist eine engmaschige Kontrolle der zukünftigen Einschulungsjahrgänge anhand der Einwohnerstatistik sowie eventueller Neubautätigkeit erforderlich. Bei anhaltenden Problemen der Klassenbildung sollte ein Betrieb als Nebenstelle einer anderen

Grundschule herbeigeführt werden, um ausreichende Schülerzahlen und einen geordneten Schulbetrieb zu gewährleisten.

In den anderen drei Schulen erscheint demgegenüber eine reguläre Klassenbildung im Planungszeitraum durchweg gesichert. Perspektivisch kommt auch hier ein Betrieb als Teilstandort in Betracht, um mittel- und längerfristig angemessene Schul- und Klassengrößen sicherzustellen.

Differenzen zwischen Geburtsstatistik und Anmeldezahlen

Für einzelne Grundschulen ergeben sich z.T. **deutliche Abweichungen von den vorliegenden Einschulungsjahrgängen**. Diese sind primär auf die Differenzierung in Gemeinschaftsschulen und Bekenntnisschulen zurückzuführen - in Verbindung mit dem Recht der Eltern auf Besuch einer Bekenntnisschule. Faktisch sind damit die Schulbezirksfestlegungen bereits heute ein Stück weit aufgehoben. Auswirkungen ergeben sich in erster Linie im Kernstadtbereich, wo Gemeinschaftsschulen und Bekenntnisschulen in enger Nachbarschaft angesiedelt sind.

Geburtsstatistik und Eingangs- bzw. Anmeldezahlen der Grundschulen 2003-2006

	2003		2004		2005		2006		Trend
	Kinder i. Schulbez.	Schüler Kl.1	Kinder i. Schulbez.	Schüler Kl.1	Kinder i. Schulbez.	Schüler Kl.1	Kinder i. Schulbez.	Anmeldungen	
Annetteschule (g)	71	66	79	71	67	73	66	64	o
Johannesschule Eschend. (g)	38	59	39	39	38	50	31	39	o
Josefschule Rodde (k)	18	19	13	15	24	19	15	18	o
Südeschule (k)	77	78	100	89	77	77	89	87	o
Bodelschwingschule (g)	52	46	54	50	42	36	43	34	-
Ludgerusschule Schoth. (g)	70	51	59	64	59	52	55	53	o
Canisiuschule (k)	46	53	46	55	38	55	30	38	+
Diesterwegschule (g)	30	26	20	17	27	22	27	23	o
Edith-Stein-Schule (g)	28	38	16	12	25	25	21	28	o
Gertrudenschule (g)	62	53	53	54	48	47	54	51	o
Kardinal-von-Galen (k)	28	49	18	48	19	47	21	54	++
Michaelschule (g)	79	53	74	62	101	68	80	51	--
Paul-Gerhardt-Schule (g)	40	52	35	43	51	58	36	40	o
Franziskusschule Mesum (k)	81	75	77	73	64	65	73	64	-
Johannesschule Mesum (k)	28	44	57	55	46	51	45	51	+
Ludgerusschule Elte (k)	42	36	32	34	37	40	25	23	o
Marienschule Hauenhorst (k)	49	50	40	47	53	56	56	55	o
insgesamt	839	848	812	828	816	841	767	773	

Quelle: Schulverwaltung, Einwohnerstatistik, Oktoberstatistik und Anmeldestatistik

g = Gemeinschaftsschule, k = katholische Bekenntnisschule

- Die **Kardinal-von-Galen-Schule** – katholische Bekenntnisschule – weist durchgängig Anmeldungen deutlich oberhalb der Einschulungsjahrgänge auf, wobei die Eingangszahlen allerdings im Rahmen der Zweizügigkeit verbleiben. Z.T. wurden hier in der Vergangenheit Elterngespräche geführt, um auf eine gleichmäßige Auslastung der umliegenden Grundschulen hinzuwirken. Die Geburtsjahrgänge im Bereich der Kardinal-von-Galen-Schule werden allerdings in den nächsten Jahren deutlich abnehmen.
- Die Aufnahmen erfolgen primär aus dem Bereich der benachbarten **Michaelschule** - Gemeinschaftsschule -, bei der die Eingangszahlen in der Regel deutlich unter den Zahlen aus der Geburtsstatistik liegen. Hier ist trotz relativ starker Jahrgänge im Schulbezirk weiterhin von 2-3-Zügigkeit auszugehen.

- In geringerem Umfang weist auch die **Canisiusschule** – katholische Bekenntnisschule – höhere Einschulungszahlen auf, primär im Austausch mit der benachbarten Bodelschwingschule – Gemeinschaftsschule. Für die Canisiusschule resultiert hieraus voraussichtlich eine durchgängige 2-Zügigkeit, für die Bodelschwingschule ergeben sich voraussichtlich keine Auswirkungen auf die Zügigkeit.
- Im Bereich des Stadtteils Mesum besteht ebenfalls noch in geringem Umfang ein Austausch zwischen der Johannesschule Mesum und der Franziskusschule Mesum (beides katholische Bekenntnisschulen), bedingt durch ein Überschneidungsgebiet. Der Effekt ist allerdings quantitativ kaum von Bedeutung. Im Sinne einer gleichmäßigen Auslastung der beiden Schulstandorte kann hier bei Bedarf steuernd eingegriffen werden.

Insgesamt wird deutlich: aus der Differenzierung in Gemeinschaftsschulen und Bekenntnisschulen erfolgen in Rheine **keine gravierenden Verschiebungen der Eingangszahlen** in Relation zu den Grundschulbezirken, was auch als erster Hinweis auf die Konsequenzen einer möglichen Freigabe der Schulbezirke ab 2008 anzusehen ist. Im Bedarfsfall sollte – wie bereits bisher geschehen – durch Gespräche mit den Eltern und den beteiligten Schulen auf eine in etwa gleichmäßige Auslastung der einzelnen Standorte hingewirkt werden.

Auswirkungen einer möglichen Umstellung des Einschulungsalters

Gesamtstädtisch bewirkt **eine schrittweise Umstellung des Einschulungsalters** über einen Zeitraum von 6 Jahren einen Zuwachs der Eingangsjahrgänge in einer Größenordnung von 5-10%, sh. oben. Teilräumlich können die Effekte allerdings durchaus unterschiedlich ausfallen. Der direkte Vergleich über die Grundschulbezirke zeigt jedoch **nur geringe Auswirkungen**.

Auswirkungen einer Neufestlegung der Einschulungsjahrgänge

		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Ausw.
Annette- schule	derz. Abgr.	73	64	73	67	51	61	46	
	Klassen	3	3	3	3	2	3	2	
	Umstellung	73	64	78	71	59	60	51	
	Klassen	3	3	3	3	2	2	2	-
Johannesschule Eschendorf	derz. Abgr.	50	39	33	41	29	35	33	
	Klassen	2	2	2	2	1	2	2	
	Umstellung	50	39	40	38	34	37	37	
	Klassen	2	2	2	2	2	2	2	+
Josefschule Rodde	derz. Abgr.	19	18	20	18	13	14	16	
	Klassen	1	1	1	1	1	1	1	
	Umstellung	19	18	28	13	14	17	14	
	Klassen	1	1	1	1	1	1	1	
Südesch- schule	derz. Abgr.	77	87	61	64	70	57	56	
	Klassen	3	3	3	3	3	2	2	
	Umstellung	77	87	62	76	68	66	61	
	Klassen	3	3	3	3	3	3	3	+
Bodelschwing- schule	derz. Abgr.	36	34	44	48	31	46	29	
	Klassen	2	2	2	2	2	2	1	
	Umstellung	36	34	52	43	41	41	35	
	Klassen	2	2	2	2	2	2	2	+
Canisius- schule	derz. Abgr.	55	38	37	42	27	31	28	
	Klassen	2	2	2	2	1	2	1	
	Umstellung	55	38	42	41	31	37	24	
	Klassen	2	2	2	2	2	2	1	+
Ludgerusschule Schotthock	derz. Abgr.	52	53	62	43	47	58	61	
	Klassen	2	2	3	2	2	2	3	
	Umstellung	52	53	68	45	50	73	56	
	Klassen	2	2	3	2	2	3	2	+

Fortsetzung: Auswirkungen einer Neufestlegung der Einschulungsjahrgänge

Diesterweg- schule	derz. Abgr.	22	23	15	24	24	22	14	
	Klassen	1	1	1	1	1	1	1	
	Umstellung Klassen	22	23	17	28	28	21	16	
Edith-Stein- Schule	derz. Abgr.	25	28	25	23	18	22	19	
	Klassen	1	1	1	1	1	1	1	
	Umstellung Klassen	25	28	25	23	25	18	30	
Gertruden- schule	derz. Abgr.	47	51	54	38	32	48	29	
	Klassen	2	2	2	2	2	2	1	
	Umstellung Klassen	47	51	57	41	42	36	36	
Kardinal-von- Galen-Schule	derz. Abgr.	47	54	40	13	33	23	20	
	Klassen	2	2	2	1	2	1	1	
	Umstellung Klassen	47	54	40	21	30	23	24	-
Michael- schule	derz. Abgr.	68	51	97	104	92	76	75	
	Klassen	3	2	4	4	4	3	3	
	Umstellung Klassen	68	51	103	114	92	82	82	
Pau-Gerhardt- Schule	derz. Abgr.	58	40	45	34	30	33	29	
	Klassen	2	2	2	2	1	2	1	
	Umstellung Klassen	58	40	47	36	34	36	31	+
Franziskus- schule Mesum	derz. Abgr.	65	64	55	62	58	46	46	
	Klassen	3	3	2	3	2	2	2	
	Umstellung Klassen	65	64	66	64	60	51	48	
Johanness- schule Mesum	derz. Abgr.	51	51	41	29	21	24	27	
	Klassen	2	2	2	1	1	1	1	
	Umstellung Klassen	51	51	43	33	24	23	32	+
Ludgeruss- schule Elte	derz. Abgr.	40	23	16	18	22	24	24	
	Klassen	2	1	1	1	1	1	1	
	Umstellung Klassen	40	23	20	19	26	24	21	
Marien- schule Hauenhorst	derz. Abgr.	56	55	45	39	44	46	42	
	Klassen	2	2	2	2	2	2	2	
	Umstellung Klassen	56	55	51	35	54	47	42	
Grundschulen gesamt	derz. Abgr.	841	773	763	707	642	666	594	
	Klassen	35	33	35	33	29	30	26	
	Umstellung Klassen	841	773	839	741	712	692	640	
		35	33	36	34	31	31	30	

Quelle: Schulverwaltung, Oktoberstatistik und Geburtsstatistik, ab 2007 jeweils 13 Monate

Bandbreite für die Klassenbildung: 18-30

- Lediglich bei einer Minderheit der Grundschulen kommt es in Einzeljahrgängen zu einer Veränderung der Klassenbildung. Die bisherige Zügigkeit der Schule wird dabei in keinem Fall überschritten.
- Andererseits kommt es bei den Schulen mit einzügigem Betrieb und in Einzeljahrgängen niedrigen Eingangszahlen, insbesondere bei der Josefsschule Rodde, auch nicht zu einer nennenswerten Erhöhung der Jahrgangsstärken.

Insgesamt ist festzuhalten: Aufgrund abnehmender Jahrgangsstärken im Grundschulbereich wäre eine Umstellung in der hier unterstellten Form – Vorverlegung um jeweils einen Monat über einen Zeitraum von sechs Jahren – **für die Grundschulen der Stadt Rheine nur mit geringen Auswirkungen verbunden**. Planungsrelevante Effekte sind nicht zu erwarten.

Auswirkungen der aktuellen Bebauungsplanung

Gewichtiger als mögliche Umstellungen des Einschulungsalters kann sich **die Erschließung von Neubaugebieten** auswirken. Um mögliche teilräumliche Entwicklungen zu erkennen und in ihrer Bedeutung für die Schulentwicklungsplanung einzuordnen, wurden die vom Planungsamt zur Verfügung gestellten Informationen über potentielle Siedlungsgebiete auf Prioritäten der Gebietserschließung hin gesichtet. Die nachfolgende Tabelle zeigt **eine Aggregation der potentiellen Baugebiete für die Grundschulbezirke**, differenziert nach zeitlicher Priorität. Die Einzelgebiete sind im Anhang detailliert ausgewiesen.

Siedlungsflächenpotentiale in der Stadt Rheine, Stand März 2006

Grundschule	rechtsverbindlich, teilweise bereits im Bau				in Planung kurzfristig 2-7 Jahre		in Planung mittelfristig 7-11 Jahre	
	Bebauungsplan vor 1997		Bebauungsplan nach 1997		ca. WE	ca. Einw.	ca. WE	ca. Einw.
	ca. WE	ca. Einw.	ca. WE	ca. Einw.				
Annetteschule	46	111	3	0	108	259	32	78
Johannesschule Eschendorf	18	42						
Josefschule Rodde	8	19	10	24				
Südeschule	85	204	34	82				
Bodelschwinghschule	34	80			27	64		
Canisiuschule	2	4	17	41				
Ludgerusschule Schotthock	86	204						
Diesterwegschule	14	36	27	65			146	351
Edith-von-Stein-Schule	2	5	83	200				
Gertrudenschule	47	114	132	318				
Kardinal-von-Galen-Schule	21	49						
Michaelschule	45	108	435	1044	70	167	176	423
Paul-Gerhardt-Schule	56	135	6	16	12	30	29	69
Franziskussschule Mesum	102	245	22	52	33	78	82	198
Johannesschule Mesum	138	330	29	71	250	600	136	326
Ludgerusschule Elte	42	100	79	188	24	58		
Marienschule Hauenhorst	38	91	114	274	53	128		

Quelle: Planungsamt der Stadt Rheine, eigene Berechnungen, WE=Wohneinheiten, Einw.=Einwohner

Relevant für die SEP - im Sinne einer zeitnahen Umsetzungsperspektive - sind primär die Gebiete, für die ein rechtsverbindlicher und nach 1997 aufgestellter Bebauungsplan besteht. Diese Bereiche sind von Seiten der Kommune mit der Auflage versehen, die Planung in den nächsten Jahren zu realisieren und befinden sich zum Teil bereits in der Umsetzung. Bei Bebauungsplänen vor 1997, die teilweise noch aus den 70er und 80er Jahren datieren und nicht mit entsprechenden Auflagen verbunden sind, erscheint eine kurzfristige Realisierung hingegen überwiegend fraglich. Über die Gebiete mit rechtskräftiger Planung hinaus wird zwischen potentiellen Siedlungsräumen mit kurzfristiger Realisierungsperspektive (Zeitraumen 2-7 Jahre) bzw. mittelfristiger Perspektive (Zeitraumen 7-11 Jahre) unterschieden. Siedlungsräume mit noch längerfristiger Perspektive wurden in der Aufstellung nicht berücksichtigt.

Für die potentiellen Siedlungsgebiete wurden vom Planungsamt **Schätzgrößen für die mögliche Zahl der Wohneinheiten sowie die Anzahl der Einwohner** vorgegeben, wobei für die Einwohnerzahl üblicherweise ein Rechenfaktor von 2,2 bis 2,5 Personen pro Wohneinheit zugrunde gelegt wird. Unterstellt man für Neubaugebiete im Umland der Kernstadt mit durchgängiger Eigenheimbebauung einen Anteil von 75% jüngerer Familien mit mindestens einem Kind im Alter von bis zu 10 Jahren, so kann bei einem Bauvorhaben von ca. 200 Wohneinheiten (z.B. Wohnpark Dutum) mit einer Größenordnung von ca. 150 Kindern bzw. mit ca. 15 Kindern pro Altersjahrgang gerechnet werden. Es ist allerdings zu berücksichtigen,

dass sich die Fertigstellung größerer Neubaubereiche in der Regel über einen mehrjährigen Zeitraum erstreckt. Grundsätzlich ist zu betonen, dass es sich bei den angeführten Gebieten bzw. Wohneinheiten um **Potentialgrößen** handelt, deren Realisierung abhängig ist von Rahmenbedingungen wie Bevölkerungsentwicklung, Wohnungsmarkt u.a.. Die aufgeführten Größenordnungen sind daher als **Obergrenzen** anzusehen.

Größere Baugebiete mit kurzfristiger Realisierungsperspektive, die zu Disparitäten in der Auslastung der einzelnen Standorte führen können, finden sich primär im Bereich links der Ems, daneben in geringerem Umfang im Südraum.

- Von der Größenordnung her besonders relevant: die Baugebiete im Bereich der **Michaelschule** mit zusammen über 430 Wohneinheiten, insbesondere Wohnpark Dutum (199 WE) sowie Gronauer Straße / Thieberg (154 WE).

Nach Auskunft des Planungsamtes hat die Bautätigkeit bereits begonnen. Entsprechend weist die Einwohnerstatistik für den Bereich der Michaelschule für die nächsten Jahre noch keine sinkenden Jahrgangsstärken aus. Im weiteren Verlauf der Bebauung wird die Zahl der schulpflichtigen Kinder weiter deutlich zunehmen, wobei auch Auswirkungen auf die Klassenbildung zu erwarten sind. Da in der Michaelschule die Anmelde- bzw. Eingangszahlen in der Regel deutlich hinter den Kinderzahlen aus der Einwohnerstatistik zurückbleiben, ist eine Stärkung der Eingangszahlen im Sinne einer gleichmäßigen Auslastung der einzelnen Grundschulen grundsätzlich zu begrüßen. Auch eine Erhöhung der Klassenzahl wäre unproblematisch, da die Schule über ausreichend Räumlichkeiten verfügt. Sofern hier dennoch Kapazitätsprobleme auftreten, ergibt sich aus der Lage im Kernstadtgebiet die Möglichkeit einer Anpassung der Schulbezirksgrenzen.

Ebenfalls betroffen ist die benachbarte **Kardinal-von-Galen-Schule**. Als katholische Bekenntnisschule hat sie erfahrungsgemäß auch Anmeldungen aus dem Bereich der umliegenden Gemeinschaftsschulen zu verzeichnen, insbesondere aus dem Bereich der Michaelschule. In Verbindung mit der umfangreichen Neubautätigkeit können Kapazitätsprobleme entstehen, wobei allerdings im Bereich der Kardinal-von-Galen-Schule in den nächsten Jahren deutlich abnehmende Einschulungsjahrgänge zu erwarten sind.

- Ebenfalls noch planungsrelevant: verschiedene Baugebiete im Bereich der **Gertrudenschule** mit zusammen 132 Wohneinheiten sowie im Südraum die Baugebiete im Bereich der **Marienschule Hauenhorst** mit zusammen 114 Wohneinheiten.

Beide Schulen weisen rückläufige Schülerzahlen bei gleichzeitig gesicherter Zweizügigkeit auf, eine Zunahme der Schülerzahlen ist daher unproblematisch. Im Bedarfsfall bestehen in beiden Standorten ausreichend Spielräume für einen Betrieb mit mehr als 8 Klassen.

In der längerfristigen Perspektive sind im Stadtbereich Eschendorf / Gellendorf / Rodde ein Gebiet im Bereich der **Johannesschule Eschendorf** (108 WE) sowie zwei Gebiete im Bereich der **Südeschule** (151 WE) ausgewiesen, daneben im Südraum mehrere Gebiete im Bereich der **Johannesschule Mesum** (250 WE, speziell Mesum mit Nord/Ost mit 235 WE).

Diese Gebiete fallen vom möglichen Erstellungszeitraum her bereits in eine Phase deutlich abgesunkener Schülerzahlen, wobei eine Realisierung in vollem Umfang keineswegs gesichert ist. Speziell im Bereich der Johannesschule Mesum sind ab 2008/09 relativ niedrige Jahrgangsstärken mit Entwicklung in Richtung Einzügigkeit zu erwarten. Mit verstärkten Zuzügen wäre daher eine Stärkung des Standorts mit Sicherung der bisherigen Zweizügigkeit zu erwarten. Im Bedarfsfall bzw. zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Auslastung kann durch steuernde Maßnahmen ein Ausgleich mit der Franziskussschule Mesum herbeigeführt werden.

Im Fall der Johannesschule Eschendorf und der Südeschule wäre – angesichts rückläufiger Schülerzahlen – ein mäßiger Zuzug gegen Ende des Planungszeitraums unproblematisch.

Im Hinblick auf die **Sicherung von Standorten** ergeben sich für die vier Grundschulstandorte, die im Planungszeitraum voraussichtlich einzügig betrieben werden, folgende Aspekte:

- **Diesterwegschule:** Es bestehen zwei kleinere Baugebiete (Helenenweg, Kettelerufer) mit zusammen 27 Wohneinheiten und kurzfristiger Realisierungsperspektive. Der einzügige Schulbetrieb erscheint im Planungszeitraum ohnehin gesichert und kann durch die Bautätigkeit weiter gefestigt werden. Mittel- und längerfristig sind aus der Bebauungsplanung keine Impulse zu erwarten.
- **Edith-Stein-Schule:** Ein mittleres Baugebiet mit 83 Wohneinheiten und kurzfristiger Umsetzungsperspektive (Staelskottenweg), daneben größere Bereiche mit langfristiger Perspektive. Die Umsetzung der rechtskräftigen Planung lässt eine Stärkung der Schule erwarten und kann zur Folge haben, dass im Planungszeitraum in einzelnen Jahrgängen wieder zwei Klassen gebildet werden.
- **Josefschule Rodde:** Kurzfristig ein kleiner Bereich (10 WE), mittel- und langfristig weitere Gebiete (46 und 32 WE). Von der kurzfristigen Bebauung sind aufgrund der Größenordnung nur kaum Effekte zu erwarten. Allerdings kann schon der Zugang einzelner Schüler dazu beitragen, eine reguläre Klassenbildung sicherzustellen. Die mittel- und längerfristige Bebauungsplanung spricht für die Erhaltung des Standorts, um auch in Zukunft ein wohnbereichsnahes Schulangebot zu gewährleisten.
- **Ludgerusschule Elte:** Kurzfristig zwei Baugebiete mit zusammen 79 Wohneinheiten. Der einzügige Schulbetrieb ist im Planungszeitraum aufgrund der Jahrgangsstärken in jedem Fall gesichert, bei Umsetzung der kurzfristigen Bauplanung kann in Einzeljahren die Bildung von zwei Klassen erforderlich werden.

Es ist nochmals ausdrücklich zu betonen, dass es sich um **Potentialgrößen** handelt, die nicht zwangsläufig auch in vollem Umfang realisiert werden müssen. Denkbar sind sowohl Teilrealisierungen wie auch ein vollständiger Verzicht auf die Inanspruchnahme einzelner Flächen.

2.3.3 Situationsbewertung der Schulstandorte und Empfehlungen

Im Überblick ergibt sich aus den angestellten Überlegungen und Berechnungen für die einzelnen Grundschulstandorte folgendes Bild (sh. auch Tabelle mit Raumbilanzen im Anhang):

Situationsbewertung der Grundschulstandorte

Grundschule	Raumbestand	derzeitige Zügigkeit	Trend Schülerz.	Bewertung / Besonderheiten
Annetteschule	9 UR +5 UR 4 MR 2 BTR	3-zügig 12 Kl.	-	Entwicklung in Richtung 2-3-Zügigkeit, unproblematisch
Johannesschule Eschendorf	11 UR 1 MR	2-zügig 8 Kl.	-	weiterhin 2-zügig, unproblematisch
Josefschule Rodde	4 UR 1 MR 1 BTR	1-zügig 4 Kl.	o	Klassenbildung in Einzeljahren problematisch wegen geringer Jahrgangsstärken, langfristig evtl. Stärkung durch Baugebiete
Südeschule	10+6 UR 1 GR 2 BTR	3-zügig 12 Kl.	-	weiterhin 3-zügig, gegen Ende des Planungszeitraums evtl. 2,5-zügig, unproblematisch; Schule weist 2 Teilstandorte auf

Fortsetzung: Situationsbewertung der Grundschulstandorte

Grundschule	Raumbestand	derzeitige Zügigkeit	Trend Schülerz.	Bewertung / Besonderheiten
Bodelschwingh- schule	10-2 UR 3 MR 1 GR 1 BTR	2-zügig 8 Kl.	o	vorerst weiterhin 2-zügig, unproblematisch, Mitnutzung von URs durch Fürstenberg-RS
Canisiuschule	8 UR 1 MR 1 BTR	2-zügig 8 Kl.	-	1-2-zügig in Abhängigkeit von Anmeldungen aus umliegenden GS, unproblematisch
Ludgerusschule Schotthock	6+4 UR 5 MR	2-3-zügig 10 Kl.	-	weiterhin 2-3-zügig, unproblematisch; Schule weist 2 Teilstandorte auf
Diesterwegschule	6 UR 2 MR	1-zügig 4 Kl.	o	im Planungszeitraum volle 1-Zügigkeit gesi- chert
Edith-Stein-Schule	6 UR 3 MR 1 BTR	1-2-zügig 5 Kl.	-	Entwicklung in Richtung 1-Zügigkeit, aber evtl. Stärkung durch Neubautätigkeit
Gertrudenschule	10 UR 1 MR 3 GR	2-3-zügig 9 Kl.	-	durchgängig 2-zügig, evtl. Stärkung durch Neubautätigkeit, unproblematisch
Kardinal-von- Galen- Schule	8 UR 2 GR	2-zügig 8 Kl.	-	trotz rückläufiger Jahrgangszahlen weiterhin 2-zügig wegen Anmeldungen aus Nachbargе- bieten
Michaelschule	14 UR 2 MR 2 BTR	2-3-zügig 10 Kl.	+	weiterhin 2-3-zügig wegen niedriger Anmel- dungszahlen, Stärkung durch Neubaugebiete, bei größerer Bautätigkeit 3-3,5-zügig
Paul-Gerhardt- Schule	8 UR 1 MR 1 BTR 1 Forum	2-zügig 8 Kl.	-	weiterhin 2-zügig, gegen Ende des Planungs- zeitraums 1,5-zügig, unproblematisch
Franziskusschule Mesum	10 UR 5 MR 1 GR	3-zügig 12 Kl.	-	Entwicklung in Richtung 2-Zügigkeit, un- problematisch
Johannesschule Mesum	10 UR 4 MR 1 GR	2-zügig 8 Kl.	-	vorerst 2-zügig, Tendenz in Richtung 1- Zügigkeit, langfristig evtl. Stärkung durch Baugebiete
Ludgerusschule Elte	7 UR 1 MR	1-2-zügig 7 Kl.	-	Entwicklung in Richtung 1-Zügigkeit, bei Neubautätigkeit evtl. weiter 1-2-zügig
Marienschule Hau- enhorst	8 UR 5 MR 2 GR	2-zügig 8 Kl.	-	durchgängig 2-zügig, evtl. Stärkung durch Neubaugebiete, unproblematisch

Insgesamt **stellt sich die Situation weitgehend unproblematisch dar**. Aufgrund der gesunkenen und weiter rückläufigen Schülerzahlen stehen Kapazitätsprobleme bzw. **bauliche Anpassungen zur Gewährleistung ausreichender Raumkapazitäten nicht mehr zur Diskussion**. Andererseits erweist sich der Rückgang der Schülerzahlen für den bevorstehenden Planungszeitraum noch nicht als problematisch.

Die Situationsbewertung bezieht sich zunächst ausschließlich auf den Unterrichtsbetrieb ohne Berücksichtigung zusätzlicher oder erweiterter Angebote der Schulen. In aller Regel sind hier jedoch aufgrund der rückläufigen Klassenzahlen **ausreichende und wachsende Spielräume** vorhanden. Auf der Grundlage der geplanten Befragung der Schulleiter sind hier noch weitere Aussagen möglich.

Standortbezogene Empfehlungen

Besondere Entwicklungen und Empfehlungen ergeben sich aus den vorstehenden Überlegungen für folgende Schulen:

Josefschule Rodde:

Die Jahrgangszahlen aus dem Einwohnermeldewesen deuten ab Mitte des Planungszeitraums auf Probleme der Klassenbildung hin. Zwei aufsteigende Klassen als Grundvoraussetzung für

eine Beibehaltung des Standorts sind jedoch nach derzeitigem Stand gesichert. Daneben kann schon geringer Zuzug im Rahmen normaler Einwohnerfluktuation oder aufgrund punktueller Neubautätigkeit Veränderungen bei den Jahrgangsstärken bewirken. Eine Aufgabe des Standorts erscheint daher im derzeitigen Planungszeitraum nicht angeraten.

Weitere Gründe, die für einen Erhalt des Standorts sprechen:

- Eine sinnvolle Zuordnung zu einem anderen wohnbereichsnahen Schulstandort ist aufgrund der Lage des Ortsteils nicht möglich, so dass bei Wegfall des Standorts ein wohngebietsbezogenes Schulangebot nicht mehr gewährleistet wäre. Zudem würden hohe Aufwendungen für Schülerbeförderung entstehen.
- Die Schule wird in verstärktem Maße von ortsansässigen Vereinen, Gruppen etc. genutzt und hat auch Funktionen eines Ortsteilzentrums. Diese Funktion sollte im Sinne einer gemeinwesenbezogenen Vernetzung möglichst erhalten und gestärkt werden.
- In der mittel- bis längerfristigen Perspektive sind in der Bebauungsplanung zwei Neubaugebiete mit insgesamt ca. 80 Wohneinheiten ausgewiesen. Eine Umsetzung dieser Planungen würde die Schule deutlich stärken.

Empfehlung:

- Regelmäßige Überprüfung der zu erwartenden Jahrgangszahlen aus der Einwohnerstatistik.
- Sofern auf mittlere Sicht ein eigenständiger Schulbetrieb nicht gesichert ist, sollte der Standort als Nebenstelle einer Schule aus dem Kernstadtbereich geführt werden. Auf dieser Basis wären eine wohnortnahe Beschulung sowie die angesprochenen gemeinwesenbezogenen Funktionen weiterhin gewährleistet.
- Von der räumlichen Lage bieten sich sowohl die Annetteschule wie auch die Canisiusschule an. Da es sich bei der Josefschule um eine katholische Bekenntnisschule handelt, wird die Angliederung an die Canisiusschule – katholische Bekenntnisschule – empfohlen.

Südeschule:

Der Schulbetrieb verteilt sich auf zwei Standorte: Hauptgebäude Elter Str. 145 und Nebengebäude Elter Str. 285. Angesichts generell rückläufiger Schülerzahlen stellt sich die Frage, ob die Räume im Nebengebäude weiterhin benötigt werden.

Eckpunkte und Bewertung:

- Der bisher durchgängig 3-zügige Schulbetrieb (12 Klassen) wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren unverändert fortsetzen. Gegen Ende des Planungszeitraums – ab 2010/11 – wird die volle 3-Zügigkeit möglicherweise unterschritten (11-10 Klassen).
- Die Umstellung des Einschulungsalters ab 2007/08 kann dazu führen, dass die volle 3-Zügigkeit auch in den letzten beiden Jahren des Planungszeitraums bestehen bleibt. Die Auswirkungen einer Öffnung der Schulbezirke ab Schuljahr 2008/09 sind im vorhinein nicht prognostizierbar und müssen abgewartet werden. In der mittel- und längerfristigen Bebauungsplanung sind im Umfeld der Südeschule verschiedene Baubereiche ausgewiesen, was sich ebenfalls in Richtung auf Erhalt der vollen 3-Zügigkeit auswirken kann.
- Die Schule wird seit Schuljahr 2006/07 als offene Ganztagschule geführt (aktuell 2 Gruppen), so dass ab 11.30 Uhr entsprechende Gruppenräume verfügbar sein müssen.
- Im Hauptgebäude Elter Str. 145 stehen 10 Unterrichtsräume, 1 Werkraum im Untergeschoss sowie zwei Tagesräume im Dachgeschoss zur Verfügung. Das Raumprogramm für Grundschulen sieht bei 3-Zügigkeit – ohne Berücksichtigung des OGS-Angebots – eine Ausstattung von 12 Unterrichtsräumen und 3 Mehrzweckräumen vor. Für einen 3-zügigen

Schulbetrieb ist das Raumangebot im Hauptgebäude demnach deutlich zu knapp bemessen. Auch eine eventuelle 2,5-Zügigkeit wäre nur unter Schwierigkeiten umsetzbar.

Empfehlung:

- Der Nebenstandort sollte zunächst beibehalten werden. Zum Ende des Planungszeitraums sollte – vor dem Hintergrund der Öffnung der Bezirke sowie der Unwägbarkeiten der Schülerzahlenentwicklung – eine erneute Prüfung vorgenommen werden.

Ludgerusschule Schotthock:

Der Schulbetrieb verteilt sich auf zwei Standorte: Hauptgebäude Ludgeristr. 17 und Nebengebäude Lingener Str. 30. Ebenso wie bei der Südeschule stellt sich die Frage, ob angesichts rückläufiger Schülerzahlen die Räume im Nebengebäude weiterhin benötigt werden.

Eckpunkte der Entwicklung und Bewertung:

- Im zurückliegenden Planungszeitraum weist die Schule einen 2-3-zügigen Schulbetrieb bei 10 bis 11 Klassen auf. Für die nächsten Jahre bis zum Ende des Planungszeitraums zeichnet sich weiterhin 2-3-Zügigkeit mit 9, in einzelnen Jahren auch 10 Klassen ab.
- Von der Umstellung des Einschulungsalters ab 2007/08 sind rechnerisch keine relevanten Auswirkungen zu erwarten. Ebenso ergeben sich aus der Bebauungsplanung keine relevanten Einflüsse. Die Auswirkungen der Öffnung der Schulbezirke ab Schuljahr 2008/09 können vorab nicht prognostiziert werden.
- Die Schule wird als offene Ganztagschule geführt (aktuell 2 Gruppen mit deutlicher Tendenz zur 3. Gruppe), so dass ab 11.30 entsprechende Gruppenräume zur Verfügung stehen müssen. Daneben weist die Schule einen deutlich überdurchschnittlichen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund auf, woraus besondere Anforderungen im Hinblick auf Fördermaßnahmen ergänzend zum Regelunterricht und damit auch ein erhöhter Raumbedarf resultieren.
- Raumangebot im Gebäude Ludgeristr.: Es stehen aktuell 6 ausgewiesene Klassenräume sowie 4 weitere Räume (Werkraum, Lese- und Ruheraum/OGS-Raum, Förderraum, Musikraum) zur Verfügung. Laut Raumprogramm für Grundschulen ist bei 2,5-Zügigkeit – ohne Berücksichtigung des OGS-Angebots – von einem Raumbedarf von 10 Unterrichtsräumen und 2-3 Mehrzweckräumen auszugehen. Das Raumangebot am Hauptstandort ist demnach für einen Schulbetrieb mit 9-10 Klassen, OGS-Angebot und zusätzlicher Förderung besonderer Zielgruppen deutlich zu knapp bemessen.

Empfehlung:

- Der Nebenstandort sollte zunächst beibehalten werden. Erneute Prüfung zum Ende des aktuellen Planungszeitraums.

Michaelschule:

Aufgrund bereits laufender und noch zu erwartender umfangreicher Neubautätigkeit sind im Bereich der Michaelschule – entgegen der gesamtstädtischen Entwicklung – steigende Schülerzahlen zu erwarten. Das gilt auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Anmeldezahlen in der Michaelschule in der Regel deutlich hinter den Jahrgangszahlen aus dem Einwohnermeldewesen zurückbleiben. Da die Schule vom Raumangebot her für einen 3,5-zügigen Schulbetrieb ausgelegt ist, stellt sich eine Ausweitung des jetzt 2-3-zügigen Schulbetriebs zunächst unproblematisch dar. Bei stärkerer Inanspruchnahme bzw. auch im Sinne einer

gleichmäßigen Auslastung der Standorte kann im Bedarfsfall eine Anpassung der Einzugsgebiete erfolgen.

Empfehlung:

- Regelmäßige Überprüfung der zu erwartenden Jahrgangszahlen aus der Einwohnerstatistik sowie des Verhältnisses von Jahrgangszahlen und Anmeldungen.
- Bei sich abzeichnenden Disparitäten in der Auslastung der Standorte sollte das nördlich der Schule gelegene Baugebiet Gronauer Str. / Thieberg (insgesamt ca. 150 Wohneinheiten) der benachbarten Paul-Gerhard-Schule zugeordnet werden.

Kardinal-von-Galen-Schule

An diesem Standort übersteigen die Anmeldungen regelmäßig die Jahrgangszahlen aus dem Einwohnermeldewesen. Der Effekt resultiert aus dem Status als katholische Bekenntnisschule, was für die benachbarten Gemeinschaftsschulen faktisch bereits heute eine partielle Freigabe der Bezirksbindung bedeutet. Bei zunehmender Bebauung im Bereich der benachbarten Michaelschule wird dieser Trend noch verstärkt, andererseits sind im Bereich der Kardinal-von-Galen-Schule in den nächsten Jahren deutlich rückläufige Jahrgangsstärken zu erwarten. Die Gesamtentwicklung ist daher schwer vorherzusagen. Eine Ausweitung des derzeit zweizügigen Schulbetriebs ist von den räumlichen Voraussetzungen her nicht möglich.

Empfehlung:

- Im Bedarfsfall Elterngespräche unter Beteiligung der benachbarten Schulen (Paul-Gerhard-Schule, Diesterwegschule, Michaelschule), um auf eine gleichmäßige Auslastung der Standorte hinzuwirken.
- Bei Anmeldungen aus dem weiteren Umfeld der Kardinal-von-Galen-Schule Abstimmung der Aufnahmen mit der Südeschule, katholische Bekenntnisschule. Bei Bedarf kann eine Anpassung des Einzugsbereichs zwischen den beiden Schulen vorgenommen werden.

Generelle Perspektiven der Standortentwicklung

Generell sollten kleine Standorte mit einzügigem Schulbetrieb in ihrem Bestand **möglichst erhalten werden**, um eine wohnortnahe Versorgung zu gewährleisten und die Grundschulen in ihrer sozial-integrativen Funktion im Stadtteil zu stärken. Speziell die Grundschulen stellen nicht nur Bildungseinrichtungen dar, sondern sind Bestandteil der sozialen und kulturellen Struktur im Wohnbereich. Durch Kooperation mit Eltern, Vereinen, Verbänden, Kindertagesstätten etc. leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Ein Wegfall ist entsprechend nur schwer zu kompensieren, wünschenswert ist im Gegenteil eine verstärkte Entwicklung in Richtung Stadtteilschule.

Gleichzeitig sind hier jedoch auch **Erfordernisse einer ausreichenden Schulgröße** zu bedenken. Nach den derzeitigen schulrechtlichen Vorgaben stellt ein Schulbetrieb mit einer Klasse pro Jahrgang die Untergrenze dar, wobei im Ausnahmefall auch ein Schulbetrieb mit nur zwei aufsteigenden Klassen möglich ist (sh. Verordnung zu §93 Abs.2 SchulG). Gleichzeitig verpflichtet das Schulgesetz die Schulträger jedoch auch dazu, durch schulorganisatorische Maßnahmen „angemessene“ Klassen- und Schulgrößen zu gewährleisten (§81 SchulG), wobei offensichtlich eher an eine über die Einzügigkeit hinausgehende Größe gedacht ist. Größere Schulen verfügen in der Regel über mehr Möglichkeiten für Differenzierungsmaßnahmen und außerunterrichtliche Angebote sowie über mehr Spielräume für einen flexiblen

Personaleinsatz. Daneben sind hier auch ökonomische Aspekte des Personaleinsatzes und der Ressourcenauslastung von Belang.

Als Handlungsansatz, um ein wohnortnahes Schulangebot und die Vorteile größerer Schulen miteinander zu verbinden, wird im Schulgesetz **die Bildung von Grundschulverbänden** angeführt: „Grundschulen mit weniger als zwei Klassen pro Jahrgang sollen, wenn der Schulträger deren Fortführung für erforderlich hält, zur Erreichung angemessener Klassen- und Schulgrößen im Sinne von § 81 Abs. 1 möglichst als Teilstandort geführt werden (Grundschulverbund)“ (§82 SchulG).

Die Bildung entsprechender Grundschulverbände – Führung einer kleinen Schule als Teilstandort einer anderen Grundschule – sollte in der Perspektive für alle Rheiner Grundschulen mit sich abzeichnender Einzügigkeit in Betracht gezogen werden. Neben der Josefschule Rodde betrifft dies die Diesterwegschule, die Edith-Stein-Schule sowie die Ludgerusschule Elte. Allerdings leitet sich aus der Gesetzesformulierung kein unmittelbarer Handlungszwang ab, so dass hier zunächst die weitere schulpolitische Diskussion abgewartet werden kann. Die Bildung eines Grundschulverbands bietet sich insbesondere für den Fall an, dass sich Schwierigkeiten bei der Neubesetzung einer Schulleiterstelle abzeichnen.

Mit Blick auf die Diskussion zur Abschaffung der Grundschulbezirke und zu einer stärkeren Profilbildung der Einzelschulen sollte die Kommune - im Rahmen ihrer Steuerungsfähigkeit – insgesamt **auf eine ausgewogene Entwicklung der einzelnen Standorte und die Gewährleistung gleicher Standards** hinwirken. Das betrifft neben der räumlichen und sächlichen Ausstattung der Standorte insbesondere auch

- die bedarfsgerechte Unterstützung von Integrations- und Fördermaßnahmen
- die bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Betreuungs- und Ganztagskonzepten
- die Einbindung der Schulen in dezentrale Konzepte der Jugendhilfe und Jugendarbeit.

Zu den einzelnen Bereichen werden im Verlauf der Planung noch Aussagen entwickelt.

Szenario: Aufhebung der Bezirksbindung

Der Entwurf zum neuen Schulgesetz sieht vor, ab dem Schuljahr 2008 **die Grundschulbezirke abzuschaffen**. Speziell dieser Punkt des Gesetzesentwurfs wird allerdings kontrovers diskutiert. Faktisch ist nach dem derzeitigen Stand eher **an eine Öffnung der Bezirke** gedacht, da der Anspruch auf Aufnahme in die wohnortnächste Schule erhalten bleiben soll. Aufnahmen an anderen Schulen sollen nach Maßgabe freier Kapazitäten erfolgen, wobei die Übernahme von Beförderungskosten durch den Schulträger weiterhin nur für die nächstgelegene Schule vorgesehen ist.

Inwieweit sich hieraus **Änderungen im Schulwahlverhalten der Eltern** ergeben, ist im vorhinein schwer abzuschätzen. Die Vermutung liegt nahe, dass sich für die Schulen in den Ortsteilen außerhalb der Kernstadt keine größeren Verschiebungen ergeben werden. Im Kernstadtbereich, wo im weiteren Umfeld vielfach mehrere Schulangebote bestehen, sind hingegen Veränderungen der Gewichte denkbar, zumal aufgrund der demographischen Entwicklung die Mehrzahl der Schulen über Kapazitätsspielräume verfügt. Andererseits ist festzustellen, dass die Schulbezirksbindung durch das Angebot von Gemeinschaftsschulen und katholischen Bekenntnisschulen schon jetzt ein Stück weit gelockert ist, ohne dass sich hieraus in der Vergangenheit gravierende Verschiebungen der Anmeldungen ergeben hätten.

Für den Fall, dass die Aufhebung der Schulbezirke rechtskräftig wird, sind **Kriterien** festzulegen, nach denen die **Aufnahmeentscheidungen im Fall von Anmeldezahlen oberhalb der an den Standorten verfügbaren Kapazitäten** getroffen werden. Entsprechende Ausführungsbestimmungen des Gesetzgebers mit Vorgaben zur Ausgestaltung der Kriterien liegen z.Zt. noch nicht vor und sollten abgewartet werden. Entscheidend ist **ein einheitliches und transparentes Verfahren**, um die Nachvollziehbarkeit und Rechtssicherheit der Aufnahmeentscheidungen zu gewährleisten. Die bisherigen Bezirke sollten als kleinräumiges Prognoseinstrument für die Schülerzahlentwicklung sowie als Einzugsbereiche für den Anspruch auf Aufnahme in eine Grundschule **planerisch und administrativ weitergeführt** werden.

Für den Fall, dass die Entscheidung über die Aufhebung der Schulbezirke in das Ermessen des Schulträgers gestellt wird, wird empfohlen, **die Schulbezirke zunächst beizubehalten**.

Begründung: Den Argumenten für eine Abschaffung der Bezirke – Stärkung der Wahlfreiheit der Eltern, Stärkung der Eigenständigkeit und Profilbildung der Schulen – stehen verschiedene Unwägbarkeiten gegenüber (siehe z.B. Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes NRW vom Dezember 2005). In der aktuellen Diskussion werden u.a. genannt:

- Verlust eines wichtigen kommunalen Steuerungsinstruments, um eine gleichmäßige Auslastung der Schulstandorte zu gewährleisten
- Gefahr der Auszehrung und Gefährdung kleiner Schulstandorte, andererseits Gefahr eines Erweiterungsdrucks für einzelne Schulen mit hoher Nachfrage trotz insgesamt ausreichender Kapazitäten
- Tendenzielle Schwächung der sozial-integrativen Funktion der Grundschule und Gefahr der Aushöhlung des Leitbildes einer wohnortnahen Stadtteilschule
- Gefahr der Herausbildung von Schulen mit hohem Anteil von Kindern aus sozial schwierigen Milieus oder mit Migrationshintergrund.

Angesichts der vielfältigen Unwägbarkeiten sollten im Fall kommunaler Wahlfreiheit zunächst **Erfahrungen aus anderen Städten** abgewartet werden.

Weitere Planungsbereiche mit Bezug zur Grundschule – Bearbeitung in der nächsten Planungsphase

Übergang vorschulischer – schulischer Bereich, betrifft z.B.

- vorschulische und schulische Sprachförderung, Sprachförderung für Migrantenkinder
- erzieherische und soziale Förderung von Kindern mit besonderem Förderbedarf
- Elternarbeit, Orte für Familien, Einbindung in sozialräumliche Netzwerke
- gemeinsame Angebote und Veranstaltungen Kita und Schulen

Betreuung im Primarbereich, betrifft z.B.

- Angebote zur Gewährleistung verlässlicher Grundschulzeiten
- offene Ganztagschule
- Fragen der Bedarfsentwicklung
- Fragen der Angebotsstrukturierung, Qualitätsentwicklung
- Kooperation mit Trägern der Jugendhilfe

2.4 Quantitative Situationsanalyse Sekundarstufe

2.4.1 Gesamtstädtische Ausgangslage

Anforderungen an die Planung

In der Stadt Rheine sind sämtliche Schulformen des Sekundarbereichs vertreten. Als Mittelzentrum mit einem Einzugsbereich von 100-150 Tsd. Einwohnern nimmt Rheine z.T. auch Versorgungsfunktionen für die umliegenden Gemeinden wahr. Die Qualität des Bildungsangebots sowie eine gut ausgebaute Bildungsinfrastruktur stellen einen wichtigen Standortfaktor dar, der nicht unerheblich zur Attraktivität einer Kommune beiträgt. Dabei geht es sowohl um die Vollständigkeit der Schulformen, wie auch darum, an den einzelnen Standorten die Infrastruktur-Voraussetzungen für ein plurales und zukunftsorientiertes Lehrangebot zu gewährleisten.

Wichtige Zielsetzungen und Fragen der weiteren Entwicklung im Sekundarbereich betreffen

- die Sicherstellung der Wahlfreiheit durch ein quantitativ ausreichendes und inhaltlich ausdifferenziertes Angebot in sämtlichen Schulformen
- die Qualitätssicherung durch Überprüfung des Ausstattungsstands und baulichen Zustands der Standorte und die Ermittlung von Erweiterungs- und Sanierungsbedarfen
- die Anpassung der Infrastruktur an erweiterte Anforderungen und sich entwickelnde pädagogische Konzepte
- die Entwicklung von Formen der Nachmittags- und Ganztagsbetreuung auch im Sekundarbereich

Der letzte Punkt – **(Weiter-)Entwicklung des Ganztagsangebots** – wird in einem gesonderten Kapitel detailliert untersucht. Darüber hinaus stellt sich auch für den Sekundarbereich die Frage der **Einbindung in dezentrale Konzepte der Jugendhilfe und der Jugendarbeit**, die ebenfalls an anderer Stelle aufgegriffen wird.

Zusätzliche Aspekte resultieren **aus der neuen Schulgesetzgebung**⁷ (zwischenzeitlich am 22.6.06 vom Landtag verabschiedet). Wichtig für die Schulentwicklungsplanung ist im Bereich der Sekundarstufe vor allem die Reform des gymnasialen Bildungsgangs. Vorgesehen ist im Kern eine Verkürzung der gymnasialen Sekundarstufe I auf die Jahrgangsstufen 5 bis 9, so dass der gymnasiale Abschluss zukünftig bereits nach zwölf Jahren erreicht wird (sogenanntes 9+3-Modell). Für die Zahl der Schüler im gymnasialen Bildungsgang resultieren hieraus für den aktuellen Planungszeitraum noch keine direkten Auswirkungen, da nach der derzeit vorgesehenen Umsetzung des Modells ein Abschluss nach zwölf Jahren frühestens zum Ende des Schuljahres 2012/13 erreicht werden kann. Im Übergang zu 2013/14 ist dann – bedingt durch den Wegfall eines Jahrgangs – ein deutlicher Rückgang der Schülerzahlen zu erwarten. Bereits vorher ergeben sich allerdings Verschiebungen im Zahlenverhältnis von Sekundarstufe I und Sekundarstufe II, da die 10. Jahrgangsstufe nach dem neuen Modell der Sekundarstufe II zugeordnet werden soll. Ebenso ist davon auszugehen, dass mit der Verkürzung des Bildungsgangs zwangsläufig eine Verdichtung der Unterrichtsanforderungen ver-

⁷ sh. Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 14/1572 vom 28.3.06: Gesetzesentwurf der Landesregierung

bunden ist, was erhöhte Anforderungen auch im Bereich der Infrastruktur-Rahmenbedingungen für den Schulbetriebs mit sich bringt.

Insgesamt besteht das Problem zur Zeit darin, dass **die Auswirkungen der neuen Schulgesetzgebung noch nicht in allen Einzelheiten benannt werden können**. Für viele Aspekte der neuen Rechtslage muss erst noch eine Konkretisierung durch entsprechende Verordnungen erfolgen (Beispiel: zukünftige Ausgestaltung der gymnasialen Oberstufe).

Zurückliegende und zu erwartende Entwicklung der Schülerzahlen und Konsequenzen für die Schulentwicklung

Gegenüber dem Grundschulbereich erfolgt die Entwicklung im Sekundarbereich insgesamt etwas zeitversetzt. Entsprechend waren hier im zurückliegenden Planungszeitraum z.T. **noch steigende Schülerzahlen** festzustellen.

Entwicklung der Eingangs- und der Schülerzahlen im Sekundarbereich I, 1996-2005

	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06
Sek. I, 5. Jahrgang	887	858	909	864	835	988	972	920	875	883
in % von 2005/06	100%	97%	103%	98%	95%	112%	110%	104%	99%	100%
Anzahl Klassen	33	31	33	32	31	37	34	33	33	34
Sek. I gesamt	4869	5021	5146	5216	5255	5483	5616	5719	5689	5674
in % von 2005/06	86%	88%	91%	92%	93%	97%	99%	101%	100%	100%
Anzahl Klassen	185	191	191	193	193	201	202	207	207	209

Quelle: Schulverwaltung Rheine, Oktoberstatistik, eigene Berechnungen

Entwicklung der Eingangs- und der Schülerzahlen im Sekundarbereich II, 1996-2005

	1996/97	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06
Sek. II, 11. Jahrgang	352	341	361	324	360	324	372	342	374	367
in % von 2005/06	96%	93%	98%	88%	98%	88%	101%	93%	102%	100%
Anzahl Klassen	17	17	18	17	18	16	18	17	19	18
Sek. II gesamt	957	1011	997	979	993	931	983	974	1027	1016
in % von 2005/06	94%	100%	98%	96%	98%	92%	97%	96%	101%	100%
Anzahl Klassen	51	49	51	52	53	49	54	46	50	54

Quelle: Schulverwaltung Rheine, Oktoberstatistik, eigene Berechnungen

- In der Sekundarstufe I war der höchste Stand bei den Eingangszahlen in den Jahren 2001/02 und 2002/03 erreicht, danach erfolgte eine erste leichte Abnahme.
- Bei den Schülerzahlen stellen das Jahr 2003/04 sowie daneben auch noch die Jahre 2004/05 und 2005/06 den Höhepunkt der Entwicklung dar.

Im zurückliegenden Planungszeitraum war also im **Sekundarbereich I** bisher noch kein **nennenswerter Rückgang der Schülerzahlen** zu verzeichnen. Der **Sekundarbereich II** war sowohl bei den Eingangszahlen wie auch bei den Schülerzahlen über den gesamten Zeitraum durch ein **relativ gleich bleibendes Niveau** geprägt.

Im kommenden Planungszeitraum sind aufgrund der Trends aus der längerfristigen Bevölkerungsprognose **in der Sekundarstufe I rückläufige Schülerzahlen** zu erwarten. **In der Sekundarstufe II** ist hingegen – aufgrund der Altersgruppenentwicklung bei den 16- < 19-Jährigen – **mit Zunahmen zu rechnen**. Die genaue zahlenmäßige Entwicklung ist nicht zuletzt abhängig von der konkreten Umsetzung des Schulgesetzes. In der folgenden Tabelle

wird für die Sekundarstufe I eine Fortschreibung der Grundschuljahrgänge bis 2012/13 vorgenommen. Die Fortschreibung bestätigt den Trend aus der Bevölkerungsprognose:

Vorausschätzung der Eingangs- u. Schülerzahlen Jahrgangsstufe 5-10, alte Einschulung

	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	Diff.
Sekundarstufe I, 1.Jg.	883	873	862	885	876	805	795	737	-146
in % von 2005/06	100%	99%	98%	100%	99%	91%	90%	83%	-17%
Sekundarstufe I ges.	5674	5651	5526	5387	5317	5219	5130	4993	-681
in % von 2005/06	100%	99%	97%	95%	94%	92%	90%	88%	-12%

Quelle: Schulverwaltung Rheine, Oktoberstatistik und Geburtsstatistik, eigene Berechnungen
2005 = tatsächliche Zahlen, 2006-11 = lineare Fortschreibung auf Basis der vorliegenden Schuljahrgänge

Vorausschätzung der Eingangs- u. Schülerzahlen Jahrgangsstufe 5-10, neue Einschulung

	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	Diff.
Sekundarstufe I, 1.Jg.	883	873	862	885	876	805	874	772	-111
in % von 2005/06	100%	99%	98%	100%	99%	91%	99%	87%	-13%
Sekundarstufe I ges.	5674	5651	5526	5387	5317	5219	5210	5107	-567
in % von 2005/06	100%	99%	97%	95%	94%	92%	92%	90%	-10%

Quelle: Schulverwaltung Rheine, Oktoberstatistik und Geburtsstatistik, eigene Berechnungen
2005 = tatsächliche Zahlen, 2006-11 = lineare Fortschreibung, 2011+2012 vorgezogene Grundschul-Einschulung

- Im Zeitraum von 2005 bis 2009 wären in der Sekundarstufe I **in etwa gleich bleibende Eingangszahlen** im Bereich von knapp unter 900 Schülern zu erwarten, ab 2010 dann deutlich rückläufige Zahlen.
- Die Abnahme wird etwas kompensiert durch die vorgesehene Umstellung des Einschulungsalters im Primarbereich, die sich ab dem Schuljahr 2011/12 auch im Sekundarbereich auswirkt und zu einer Erhöhung der Jahrgangsstärken um 5 bis 10 % führt.
- Bei den Schülerzahlen insgesamt zeigt sich schon **kurzfristig eine abnehmende Entwicklung**, die im Ausscheiden starker Jahrgänge begründet ist. Im Planungszeitraum kommt es zu einer Entlastung in einer Größenordnung von etwa 10-12 % (entspricht ca. 570-680 Schülern).

Der Rückgang in der Sekundarstufe I fällt noch deutlicher aus, wenn man die vorgesehene Umgestaltung des gymnasialen Bildungsgangs mit in Betracht zieht. Da der 10. Jahrgang im Gymnasium zukünftig der Oberstufe zugeordnet werden soll, ergeben sich für die Sekundarstufe I rechnerisch niedrigere Schülerzahlen. Hier handelt es sich allerdings zunächst um einen reinen Abgrenzungseffekt, da die Zahlen in der Sekundarstufe II des Gymnasiums entsprechend ansteigen; Berechnungen sh. Kapitel Gymnasien.

Insgesamt ist für den Sekundarbereich festzustellen: Die Schülerzahlen werden sich in der Sekundarstufe I **über den gesamten Zeitraum leicht rückläufig entwickeln**, ohne dass es im Planungszeitraum schon zu gravierenden Rückgängen käme. Vor dem Hintergrund, dass die Schulen der Sekundarstufe ihre Kapazitäten z.Zt. überwiegend voll auslasten, ist also **für den Sekundarbereich eine Entlastung zu erwarten**. Eine Ausnahme bilden die Gymnasien: demografisch bedingt stehen hier sinkenden Zahlen in der Sekundarstufe I steigende Zahlen in der Sekundarstufe II gegenüber. Die genaue Entwicklung in dieser Schulform bzw. in der Sekundarstufe II ist abhängig von der Entwicklung des Bildungsverhaltens und kann erst nach einer weitergehenden Analyse bestimmt werden.

In der längerfristigen Perspektive darf nicht übersehen werden, dass sich jenseits des aktuellen Planungszeitraums **auch für den Sekundarbereich erhebliche Abnahmen der Schülerzahlen abzeichnen**, sh. Bevölkerungsprognose. Die Entwicklung folgt hier zeitversetzt der Ent-

wicklung im Grundschulbereich, wo sich bereits heute die Frage der Gefährdung von Standorten stellt. **Auf längere Sicht wird sich die Standortfrage z.T. auch für Schulen der Sekundarstufe stellen.**⁸ Zu denken ist hier vorrangig an Hauptschulstandorte, da diese Schulform in der Vergangenheit bereits deutliche Rückgänge zu verzeichnen hatte. Perspektivische Maßnahmen zur Stärkung der Hauptschulstandorte sind daher in jedem Falle angeraten. Da die Gesamtentwicklung jedoch primär demografisch bedingt ist, sind andere Schulformen in ähnlicher Weise betroffen, so dass sich Überlegungen zur längerfristigen Gewährleistung eines differenzierten Schulangebots auf alle Schulformen beziehen müssen.

Bezogen auf Maßnahmen bedeutet das: Bauliche Erweiterungen mit dem primären Ziel der Schließung von Kapazitätsengpässen werden sich im aktuellen Planungszeitraum in aller Regel nicht mehr anbieten. Soweit hier an einzelnen Standorten oder Schulformen z.Zt. noch Engpässe bestehen, rücken befristete Übergangslösungen in den Vordergrund. Generell kann sich die Schulentwicklung eher **auf den Erhalt sowie die Anpassung und qualitative Weiterentwicklung der Infrastruktur** konzentrieren.

Ansatzpunkte für qualitative Weiterentwicklungen der Rahmenbedingungen ergeben sich z.B. aus der Entwicklung von Unterrichtsvorgaben und pädagogischen Konzepten:

Die Ausweitung der Stundentafeln in der Sekundarstufe macht **ein verstärktes Ausweichen auf den Nachmittagsbereich** erforderlich, ebenso die geforderte Kooperation mit externen Partnern, z.B. aus dem Bereich der Jugendarbeit. Ansatzweise bedeutet dies faktisch eine Entwicklung in Richtung auf eine Ganztagschule. In besonderer Weise betroffen sind die Gymnasien, bei denen die vorgesehene Verkürzung des Bildungsgangs auf 12 Schuljahre zwangsläufig eine Unterrichtsausweitung mit sich bringt. Hiermit verbunden sind neue Anforderungen an Schüleraufenthaltsbereiche und an Möglichkeiten der Über-Mittag-Versorgung.

Ansatzpunkte ergeben sich auch **aus pädagogischen Konzepten einer Differenzierung von Lernprozessen sowie aus Erfordernissen des selbständigen Lernens.** Gefordert sind z.B. entsprechende Rahmenbedingungen zur Umsetzung von Differenzierungsmaßnahmen, Kleingruppenräume, Lernmöglichkeiten in unterrichtsfreien Zeiten u.ä.. Bei derzeit voller Auslastung der Kapazitäten sind die entsprechenden Möglichkeiten naturgemäß begrenzt. Für die Hauptschulen und Realschulen werden sich hier allerdings – aufgrund des Rückgangs der Schülerzahlen – bereits kurzfristig neue Spielräume eröffnen.

Heterogenisierung von Zielgruppen

Der Trend zur Heterogenisierung der Zielgruppen aus dem vorangegangenen Planungszeitraum hat sich nur zum Teil fortgesetzt. Dies wird deutlich am **Anteil der Kinder und Jugendlichen aus Spätaussiedlerfamilien** sowie am **Anteil der ausländischen Kinder und Jugendlichen**, die jeweils in der Schulstatistik ausgewiesen sind.

⁸ sh. das vom Verband Bildung und Erziehung herausgegebene Gutachten: Schulentwicklung in NRW - Bestandsgefährdung weiterführender Schulen in Nordrhein-Westfalen, 2005

Anzahl und Anteil von Kindern aus ausländischen Familien und aus Spätaussiedlerfamilien

	Hauptschulen	Realschulen	Gymnasium	Gesamtschule	Schulen ges.
Schüler gesamt, Schuljahr 2000	1.216	1.230	2.805	997	6.248
Schüler gesamt, Schuljahr 2005	1.222	1.365	3.068	1.035	6.690
Veränderung zu 2000 in %	+0,4	+11,0	+9,4	+3,8	+7,0
Kinder aus Spätaussiedlerfam. 2000	278	113	197	113	701
Kinder aus Spätaussiedlerfam. 2005	185	112	202	134	633
Veränderung zu 2000 in %	-50,3	-0,9	+2,5	+15,7	-9,7
Anteil an Schülern gesamt 2000	22,9	9,2	7,0	11,3	11,2
Anteil an Schülern gesamt 2005	15,1	8,2	6,6	12,9	9,5
Kinder aus ausländ. Familien 2000	167	58	56	55	336
Kinder aus ausländ. Familien 2005	186	80	68	75	409
Veränderung zu 2000 in %	+11,4	+37,9	+21,4	+36,4	+21,7
Anteil an Schülern gesamt 2000	13,7	4,7	2,0	5,5	5,4
Anteil an Schülern gesamt 2005	15,2	5,9	2,2	7,2	6,1

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik, eigene Berechnungen

Die Teilgruppe der ausländischen Schüler hat - im Vergleich zur Gesamtheit der Schüler - überproportional zugenommen (+22%), während die Gruppe der Kinder aus Spätaussiedlerfamilien im 5-Jahres-Zeitraum insgesamt abgenommen hat (-10%). Der Anteil der ausländischen Schüler an allen Schülern hat entsprechend an allen Schulformen zugenommen, ist jedoch an der Hauptschule mit 15 % nach wie vor deutlich am höchsten. Insgesamt beträgt der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der Hauptschule ca. 30 % gegenüber 14% an der Realschule, 9% am Gymnasium und 20% an der Gesamtschule.

Die Zahlen verweisen auf **besondere Anforderungen im Bereich zielgruppenspezifischer Förder- und Unterstützungsmaßnahmen** sowie auf die Gefahr der Herausbildung interethnischer Konfliktpotentiale, speziell an den Hauptschulen. Wie schon im Bereich der Grundschulen ist hinsichtlich des Umfangs der Schülergruppen mit Migrationshintergrund auf die eingeschränkte Aussagekraft der Schulstatistik hinzuweisen (Probleme bei Kindern mit doppelten Staatsbürgerschaft sowie bei Kindern aus Aussiedlerfamilien). Gleichwohl vermittelt die Statistik wichtige Anhaltspunkte.

Die Frage von **Zielgruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf** reduziert sich selbstverständlich nicht auf den Migrationsaspekt. Leider stellt die Schulstatistik jedoch keine weiteren sozialstatistischen Merkmale oder Problemdimensionen zur Verfügung. In der vorgesehenen Befragung der Schulleiter/innen sollen hier möglichst noch weitere Aspekte erschlossen werden.

Entwicklung des Übergangsverhaltens

Im Planungszusammenhang stellen die **Übergangsjahrgänge von der Grundschule in den Sekundarbereich** sowie **die prozentuale Verteilung der Übergänge** (Übergangsquoten) die entscheidenden Größen dar. Unterschiede in der Nachfrage nach den Schulformen der Sekundarstufe sind **im Wahlverhalten der Eltern** begründet. Im längerfristigen Trend war für die Vergangenheit landesweit ein kontinuierlicher Rückgang der Übergangsquoten zu den Hauptschulen zu verzeichnen, andererseits ein erheblicher Anstieg der Übergänge zum Gymnasium und zur Gesamtschule sowie im geringeren Umfang auch der Übergänge zur Realschule.

Insgesamt kann von einem durchgängigen Trend gesprochen werden, für die Kinder in zunehmendem Maße **möglichst Schulen mit höherwertigen Abschlüssen** zu wählen. Ende der 90er Jahre kam diese Entwicklung allerdings zunächst zum Stillstand: So ist der Anteil der einzelnen Schulformen zwischen 1998 und 2003 landesweit in etwa konstant geblieben. Hier

spielt sicher mit eine Rolle, dass ausländische / zugewanderte Bevölkerungsgruppen eine deutlich höhere Präferenz zur Hauptschule aufweisen als die länger ansässige deutsche Bevölkerung. In 2004 und 2005 ist allerdings für die Hauptschule wieder ein rückläufiger Anteil, für Gymnasium und Gesamtschule ein zunehmender Anteil erkennbar.

%-Anteile der Schulformen in NRW, 5. Jahrgang (Übergangsquoten)

	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschule
1975/76	46,7	21,5	28,1	2,2
1980/81	41,9	22,1	29,6	3,0
1985/86	33,6	23,1	32,8	6,7
1990/91	25,4	23,9	36,1	14,2
1995/96	21,7	26,4	35,7	16,1
2000/01	19,2	29,1	34,6	15,8
2001/02	19,9	29,1	34,2	15,6
2002/03	19,7	28,7	34,3	15,9
2003/04	19,1	28,7	35,1	16,5
2004/05	17,6	28,3	36,6	16,9
2005/06	16,3	27,5	38,0	17,6

Quelle: Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW, Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht – Schuljahr 2005/06, S. 135

Für das künftige Bildungsverhalten scheint **ein weiterer moderater Rückgang im Hauptschulbereich** nicht ausgeschlossen. Andererseits ist durchaus vorstellbar, dass mit dem Ausbau von Ganztagsangeboten im Hauptschulbereich eine Stabilisierung oder sogar partielle Stärkung dieser Schulform verbunden sein könnte. Die konkrete Entwicklung vor Ort ist nicht zuletzt abhängig vom jeweiligen Schulangebot, z.B. auch von der Frage, in welchem Umfang die Gesamtschule als Alternative zur Verfügung steht.

Als zusätzliche Variable kommen die vorgesehenen Regelungen im neuen Schulgesetz hinzu, die **eine höhere Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung** vorsehen. Allerdings bleibt der Elternwille letztlich ausschlaggebend. Es bleibt abzuwarten, ob sich aus den Neuregelungen Auswirkungen auf die Anteile der einzelnen Schulformen ergeben.

In der Stadt Rheine war im zurückliegenden Planungszeitraum mit Ausnahme der Hauptschule **in allen Schulformen ein Anstieg der Schülerzahlen** zu verzeichnen. Am stärksten profitiert hat das Gymnasium (Sekundarstufe I), daneben aber auch die Realschule. In der Gesamtschule zeigen sich hingegen aufgrund der limitierten Klassen- und Schülerzahl nur geringe Veränderungen.

Schülerzahlen in den Schulformen in der Stadt Rheine 1996/97 bis 2005/06

	Haupt-schulen	Real-schulen	Gymnasien insgesamt	Gymnasien Sek. I	Gymnasien Sek. II	Gesamt-schule	Gesamtsch. Sek. I	Gesamtsch. Sek. II
1996	1.094	1.069	2.646	1.792	854	1.017	914	103
1997	1.175	1.107	2.732	1.858	874	1.018	881	137
1998	1.220	1.167	2.742	1.883	859	1.014	876	138
1999	1.211	1.186	2.776	1.932	844	1.022	887	135
2000	1.216	1.230	2.805	1.942	863	997	867	130
2001	1.285	1.275	2.870	2.039	831	984	884	100
2002	1.320	1.308	2.966	2.087	879	1.005	901	104
2003	1.316	1.328	3.042	2.164	878	1.007	911	96
2004	1.268	1.316	3.127	2.212	915	1.005	893	112
2005	1.222	1.365	3.068	2.177	891	1.035	910	125
Diff. 00/05	+6	+135	+263	+235	+28	+38	+43	-5
% v. 2000	+0,4	+11,0	+9,4	+12,1	+3,2	+3,8	+5,0	-3,8

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; eigene Berechnungen

Das übliche Verfahren zur Vorausschätzung der Schülerzahlen besteht in der **Verlängerung der gegenwärtigen Übergangszahlen für einen Prognosezeitraum von sechs Jahren**, wobei ein Mittelwert der Übergangsquoten der letzten Jahre zugrunde gelegt wird. Als Besonderheit ist für Rheine zu berücksichtigen, dass die Aufnahme der Gesamtschule auf 150 Schüler pro Jahrgang limitiert ist, so dass eine Vergleichbarkeit mit den Landeswerten nur bedingt gegeben ist. Die nachfolgenden Tabellen verdeutlichen die Verteilung der Schüler auf die Eingangsklassen der Schulformen der Sekundarstufe im zurückliegenden 5- und 10-Jahres-Rahmen. Es wird erkennbar, dass sich in diesem Zeitraum **keine gravierenden Veränderungen** ergeben haben, sondern dass von **relativ stabilen Anteilen der einzelnen Schulformen** gesprochen werden kann. Ein eindeutiger Trend - z.B. in Richtung einer Schwächung der Hauptschule - ist für Rheine aktuell nicht auszumachen.

Anteil der Schüler in den Schulformen 1996-2005, 5. Jahrgang, %-Werte ohne Gesamtschule

	Hauptschulen gesamt		Realschulen gesamt		Gymnasien gesamt		5. Jahrg. ohne Ge- samtschule		Gesamt- schule	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
1996	177	24,0%	206	28,0%	353	48,0%	736	100%	151	fest
1997	165	23,3%	205	28,9%	339	47,8%	709	100%	149	fest
1998	185	24,4%	234	30,8%	340	44,8%	759	100%	150	fest
1999	144	20,1%	233	32,5%	340	47,4%	717	100%	147	fest
2000	143	20,8%	198	28,7%	348	50,5%	689	100%	146	fest
Ø 5 J.	163	22,5%	215	29,8%	344	47,7%	722	100%		
2001	205	24,4%	246	29,3%	389	46,3%	840	100%	148	fest
2002	199	24,1%	226	27,3%	402	48,6%	827	100%	145	fest
2003	154	20,0%	224	29,1%	392	50,9%	770	100%	150	fest
2004	153	21,1%	190	26,2%	382	52,7%	725	100%	150	fest
2005	172	23,4%	228	31,1%	334	45,5%	734	100%	149	fest
Ø 5 J.	177	22,6%	223	28,6%	380	48,8%	779	100%		

Quelle: Daten der Schulverwaltung (Oktoberstatistik), eigene Berechnungen

Anteil der Schüler in den Schulformen 1996-2005, 5. Jahrgang, %-Werte mit Gesamtschule

	Hauptschulen gesamt		Realschulen gesamt		Gymnasien gesamt		Gesamt- schule		Eingangsjahr- gang gesamt	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
1996	177	20,0%	206	23,2%	353	39,8%	151	17,0%	887	100%
1997	165	19,2%	205	23,9%	339	39,5%	149	17,4%	858	100%
1998	185	20,4%	234	25,7%	340	37,4%	150	16,5%	909	100%
1999	144	16,7%	233	27,0%	340	39,4%	147	17,0%	864	100%
2000	143	17,1%	198	23,7%	348	41,7%	146	17,5%	835	100%
Ø 5	163	18,7%	215	24,7%	344	39,6%	149	17,4%	871	100%
2001	205	20,7%	246	24,9%	389	39,4%	148	15,0%	988	100%
2002	199	20,5%	226	23,3%	402	41,4%	145	14,9%	972	100%
2003	154	16,7%	224	24,3%	392	42,6%	150	16,3%	920	100%
2004	153	17,5%	190	21,7%	382	43,7%	150	17,1%	875	100%
2005	172	19,5%	228	25,8%	334	37,8%	149	16,9%	883	100%
Ø 5	177	19,0%	223	24,0%	380	41,0%	148	16,0%	928	100%

Quelle: Daten der Schulverwaltung (Oktoberstatistik), eigene Berechnungen

- Der Anteil der **Hauptschule** an den drei Schulformen Hauptschule, Realschule, Gymnasium schwankt in den zurückliegenden 5 Jahren zwischen 20% und 24%, ohne dass kurzfristig eine eindeutige Entwicklungsrichtung erkennbar wäre.
- Die **Realschule** bewegt sich in einer Größenordnung von 28-30% (bei Nicht-Berücksichtigung der Gesamtschule), das **Gymnasium** in einer Größenordnung von ca. 46-52%, wobei beim Gymnasium die größten Schwankungen zu verzeichnen sind. Die **Gesamtschule** wurde aufgrund der bestehenden Limitierung der Eingangszahlen auf 150 Schüler als konstante Rahmengröße betrachtet und geht nicht in die Berechnung ein.
- **Im Vergleich zum Planungsabschnitt 1996 bis 2000**, also in der 10-Jahres-Perspektive, sind in Rheine keine größeren Verschiebungen festzustellen. Der durchschnittliche Anteil der Hauptschule (bezogen auf 3 Schulformen) ist praktisch konstant geblieben (22,5% vs.

22,6%), während sich im Verhältnis von Realschule zu Gymnasium eine leichte Verschiebung zugunsten des Gymnasiums ergeben hat. Hieraus lässt sich allerdings kein Trend ableiten, da gerade aktuell - in 2005 - die Realschule einen eher überdurchschnittlichen, das Gymnasium einen eher unterdurchschnittlichen Anteilswert aufweist.

- Berechnet man die **Anteilswerte über alle vier Schulformen**, so ergeben sich für die Hauptschule aktuell 19,5%, für die Realschule etwa 26%, für das Gymnasium 38% und für die Gesamtschule 17%. Die Anteile liegen damit in etwa auf dem Niveau der angeführten Landeswerte, wobei die Hauptschule in Rheine einen etwas überdurchschnittlichen, die Realschule einen geringfügig unterdurchschnittlichen Anteil aufweist.

Insgesamt bleibt festzuhalten: **Ein eindeutiger Trend ist nicht erkennbar**, vielmehr bleiben die Anteile der einzelnen Schulformen in der 5-Jahres- und in der 10-Jahres-Perspektive relativ stabil. Insbesondere lässt sich ein Trend zur zunehmenden Schwächung der Hauptschule für die Stadt Rheine z.Zt. nicht bestätigen. Es ist daher gerechtfertigt, die Einschätzung der möglichen Entwicklung in den nächsten Jahren **vorrangig auf eine lineare Fortschreibung der Anteile der einzelnen Schulformen** zu stützen. Aufgrund der überregionalen Entwicklungstrends kann allerdings vermutet werden, dass die gegenwärtigen Übergangsquoten für die Hauptschule eher als **Maximalwerte**, die Übergangsquoten für Realschule und Gymnasium eher als **Minimalwerte** anzusehen sind.

Im folgenden wird zunächst von **einer Prognose auf der Grundlage der Verteilung aus den Vorjahren** ohne zusätzliche Annahmen ausgegangen (Variante 1). Die Entwicklung der Übergangsjahrgänge ergibt dabei aus den gegenwärtigen Jahrgängen 4 bis 1 des Primarbereichs sowie darüber hinaus der nachrückenden Einschulungsjahrgänge – zuzüglich eines Schätzwertes für den Anteil auswärtiger Schüler, der auf dem gemittelten Saldo der letzten Jahre basiert. Veränderungen im Schüleraufkommen für die einzelnen Schulformen stellen in dieser Variante **ausschließlich Effekte der demografischen Entwicklung** dar. Daneben werden ergänzend einige alternative Berechnungen durchgeführt, um den Einfluss von Zuwanderungen sowie den Einfluss möglicher Veränderungen des Elternwahlverhaltens zu verdeutlichen:

- Variante 1 (Basisrechnung) - lineare Prognose: Keine Zuwanderung und lineare Fortschreibung der Verteilung der Schüler auf die einzelnen Schulformen entsprechend den Vorjahren (5-Jahres-Durchschnitt).
- Variante 2 – lineare Prognose plus Zuwanderung: Kontinuierliche Zuwanderung über den gesamten Prognosezeitraum in einer Größenordnung von 3 Personen pro Jahr und Jahrgang. Gegenüber der länger ansässigen Bevölkerung wird ein anderes Schulwahlverhalten unterstellt, Aufteilung im Verhältnis 3:2:1 auf Hauptschule, Realschule und Gymnasium
- Variante 3 – Hauptschule rückläufig: Keine Zuwanderung, jedoch Rückgang des Anteils der Hauptschule um 1,0-Prozentpunkte pro Jahr, bezogen auf die 3 Schulformen Hauptschule, Realschule, Gymnasium. Verteilung zu gleichen Teilen auf Realschule und Gymnasium.
- Variante 4 – Zuwanderung plus rückläufiger Trend in der Hauptschule: Kombination von 2 und 3.
- Variante 5 – Gymnasium leicht rückläufig (wg. höherer Verbindlichkeit der Grundschulpflicht): Rückgang des Anteils des Gymnasiums um 0,5-Prozentpunkte pro Jahr, bezogen auf die 3 Schulformen Hauptschule, Realschule, Gymnasium; Zurechnung zur Realschule

In der Betrachtung der einzelnen Schulformen wird deutlich, dass die alternativen Entwicklungsannahmen **die Entwicklung der Schülerzahlen erheblich beeinflussen**.

2.4.2 Situationsanalyse Hauptschule

Der Hauptschulbereich ist in der längerfristigen Perspektive durch stark rückläufige Schülerzahlen gekennzeichnet. Von ehemals sechs Hauptschulstandorten in der Stadt Rheine bestehen zur Zeit noch drei, wobei hier der Aufbau der Gesamtschule Ende der achtziger Jahre mit in die Betrachtung einzubeziehen ist. Bei den drei Standorten handelt es sich um zwei katholische Bekenntnisschulen - Elisabethschule und Overbergschule in der Kernstadt - sowie eine Gemeinschaftsschule - Don-Bosco-Schule in Mesum. Die Einzugsgebiete teilen sich grob in die Bereiche rechts und links der Ems sowie südliches Stadtgebiet, wobei diese Einteilung allerdings nur der Orientierung dient: laut Auskunft des Schulleiters der Don-Bosco-Schule entstammen ca. ein Viertel der Schüler dieser Schule aus dem Kernstadtbereich.

Bedingt durch die demographische Entwicklung waren im Bereich der Hauptschulen ab Mitte der 90er Jahre bis über das Jahr 2000 hinaus wieder deutlich steigende Eingangszahlen zu verzeichnen. Der Anteil der Schüler, die zur Hauptschule wechseln, lag im Durchschnitt der letzten 5 Jahre bei etwa 19%, ohne dass hier ein eindeutiger Trend erkennbar wäre. Um den wachsenden Schülerzahlen Rechnung zu tragen, wurde im zurückliegenden Planungszeitraum an einem der drei Standorte (Overbergschule) eine bauliche Erweiterung vorgenommen.

Die Hauptschule hat daneben von den deutlichen Zuwanderungen Ende der 90er Jahre bis nach 2000 profitiert, da ausländische Kinder und Jugendliche sowie Kinder und Jugendliche aus Spätaussiedlerfamilien eine höhere Präferenz für die Hauptschule aufweisen als die länger ansässige Bevölkerung. Hiermit verbunden waren bzw. sind allerdings auch besondere Probleme sowie erhöhte Anforderungen im Bereich integrativer und unterstützender Angebote. Generell ist die Hauptschule in hohem Maße mit sozialen Gegensätzen und mit individuellen und familienbedingten Problemlagen konfrontiert, so dass sich hier Fragen der (Weiter-)Entwicklung von Betreuungs- und Unterstützungsangeboten sowie des Zusammenwirkens von Schule, Jugendarbeit und Jugendhilfe in besonderer Weise stellen.

Zurückliegende und zu erwartende Entwicklung der Schülerzahlen

Zurückliegende und zu erwartende Entwicklung der Eingangs- und Schülerzahlen, lineare Fortschreibung der Übergänge und konstanter Anteil der einzelnen Standorte

Schulj.	Hauptschulen gesamt				Don-Bosco-Schule				Elisabethschule				Overbergschule			
	5. Jg.	Kl.	Gesamt	Kl.	5. Jg.	Kl.	Gesamt	Kl.	5. Jg.	Kl.	Gesamt	Kl.	5. Jg.	Kl.	Gesamt	Kl.
2000*	143	7	1216	49	34	2	307	13	45	2	403	16	64	3	506	20
2001*	205	10	1285	55	58	3	330	15	70	3	418	18	77	4	537	22
2002*	199	8	1320	55	55	2	373	15	52	2	414	18	92	4	533	22
2003*	154	7	1316	56	62	3	401	18	24	1	380	17	68	3	535	21
2004*	153	8	1268	55	59	3	402	18	37	2	367	16	57	3	499	21
2005*	172	9	1222	56	60	3	407	18	36	2	326	16	76	4	489	22
2006	163	7	1186	49	55	2	402	16	40	2	306	14	68	3	479	19
2007	161	7	1126	46	55	2	395	16	39	2	269	12	67	3	462	18
2008	166	7	1088	46	56	2	383	16	40	2	254	12	70	3	451	18
2009	164	7	1085	46	56	2	374	15	40	2	258	12	69	3	453	19
2010	148	7	1063	46	50	2	362	16	36	2	251	12	62	3	449	18
2011	164	7	1054	45	55	2	357	15	40	2	255	12	69	3	442	18
2012	141	6	1030	43	48	2	349	14	34	2	249	12	59	2	432	17

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; eig. Berechnungen; 2011+2012 vorgezogene GrS-Einschulung
Übergangsquoten: Durchschnitt der letzten 5 Jahre, Anteil der einzelnen Standorte konstant; *=tatsächliche Zahlen

Mögliche Entwicklung der Eingangszahlen bei verschiedenen Grundannahmen

Jahr	Sek I gesamt o. Zuw.	Variante 1			Variante 2			Variante 3			Variante 4		
		linear, ohne Zuwandg.			linear, mit deutl. Zuw.			HS rückläufig, o. Zuw.			HS rückläufig, m. Zuw.		
		Schüler	%-Ant.	Kl.	Schüler	%-Ant.	Kl.	Schüler	%-Ant.	Kl.	Schüler	%-Ant.	Kl.
2000*	835	143	17,1%	7	143	17,1%	7	143	17,1%	7	143	17,1%	7
2001*	988	205	20,7%	10	205	20,7%	10	205	20,7%	10	205	20,7%	10
2002*	972	199	20,5%	8	199	20,5%	8	199	20,5%	8	199	20,5%	8
2003*	920	154	16,7%	7	154	16,7%	7	154	16,7%	7	154	16,7%	7
2004*	875	153	17,5%	8	153	17,5%	8	153	17,5%	8	153	17,5%	8
2005*	883	172	19,5%	9	172	19,5%	9	172	19,5%	9	172	19,5%	9
2006	873	163	18,7%	7	165	18,9%	7	163	18,7%	7	165	18,9%	7
2007	862	161	18,7%	7	164	19,0%	7	153	17,8%	7	156	18,1%	7
2008	885	166	18,8%	7	171	19,3%	7	151	17,0%	7	155	17,5%	7
2009	876	164	18,7%	7	170	19,4%	7	142	16,2%	6	148	16,8%	7
2010	805	148	18,4%	7	156	19,3%	7	121	15,1%	5	129	16,0%	6
2011	874	164	18,7%	7	173	19,8%	7	127	14,5%	6	136	15,5%	6
2012	772	141	18,2%	6	150	19,4%	7	103	13,3%	5	112	14,5%	5

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; eigene Berechnungen; *=tatsächliche Zahlen

- Aktuell, im Schuljahr 2005, haben 19,5% aller Schüler des Eingangsschuljahrs die 5. Klasse an der Hauptschule begonnen. Die Eingangszahlen erreichten in den Jahren 2001 und 2002 mit jeweils etwa 200 Schülern ihren höchsten Stand und sind seitdem rückläufig. Die Zahl der Eingangsklassen schwankt zwischen sieben bis neun Klassen, im Jahr 2001 wurden als Ausnahme zehn Eingangsklassen gebildet.
- Die Schülerzahlen lagen in den Jahren 2002 und 2003 jeweils bei über 1300 Schülern und sind seitdem um etwa 100 Schüler gesunken. Einen wichtigen Faktor bildet **die hohe Zahl von Quereinsteigern** in den Klassen 6 bis 8, wobei es sich im wesentlichen um Zugänge aus den anderen Schulformen handelt. Z.T. wird dadurch die Bildung weiterer Klassen erforderlich. In der Prognose wird - ausgehend von den Erfahrungen der letzten Jahre - von einem Anstieg der Schülerzahlen von 20-25%, bezogen auf den 5. Jahrgang, ausgegangen.
- **Bei linearer Fortschreibung** des Übergangs zur Hauptschule ergeben sich zu Beginn des Planungszeitraums Eingangszahlen in der Größenordnung von 160 bis 170 Schülern, gegen Ende des Planungszeitraums von ca. 140 Schülern. Es kann durchgängig von 7 Eingangsklassen, gegen Ende des Planungszeitraums eventuell von 6 Klassen ausgegangen werden. Gegenüber dem gegenwärtigen Stand von bisher 8-9 Eingangsklassen wird bereits kurzfristig eine rückläufige Entwicklung erkennbar.
- Von einer – wenig wahrscheinlichen - deutlichen **Zuwanderung** wären insgesamt nur geringe Effekte zu erwarten. Die Schülerzahlen würden nicht kontinuierlich absinken, sondern in etwa auf dem Niveau von 160-170 Schülern verbleiben; es müssten – wie auch ohne Zuwanderung – voraussichtlich durchgängig sieben Eingangsklassen gebildet werden. Eine **sinkende Übergangsquote zur Hauptschule** führt hingegen zwangsläufig zu deutlich rückläufigen Schülerzahlen. Dieser Effekt würde auch von einer unterstellten Zuwanderung kaum kompensiert. Möglich wäre ein 5- bis 6-zügiger Schulbetrieb mit sinkenden Eingangszahlen, woraus eine Standortgefährdung resultieren könnte.

Bedarfssituation an den einzelnen Schulstandorten

- **Overbergschule:** Die Schule ist ursprünglich für einen dreizügigen Schulbetrieb ausgelegt, in den letzten Jahren mussten jedoch mehrfach 4 Eingangsklassen sowie insgesamt 21-22 Klassen gebildet werden. Seit 2005/06 verfügt die Schule über einen Erweiterungsbau mit zusätzlichen Unterrichtsräumen sowie einer Mensa und einer Cateringküche, so dass die Voraussetzungen für einen 3,5-zügigen Schulbetrieb sowie auch für Über-Mittag-Angebote gegeben sind. Unter der Prämisse gleich bleibender Übergangsverhältnisse

zeichnen sich für den Standort im Planungszeitraum durchweg 3 Eingangsklassen ab. Es stehen auch dann ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung, wenn aufgrund von Quereinsteigern in Einzeljahrgängen noch Klassenteilungen vorgenommen werden müssen.

- **Don-Bosco-Schule:** Die Schule ist baulich auf 2,5-Zügigkeit ausgelegt. In den letzten Jahren mussten mehrfach 3 Eingangsklassen gebildet werden, so dass die Schule mit z.Zt. 18 Klassen voll ausgelastet ist. Für den Planungszeitraum zeichnet sich eine Entwicklung hin zu durchgängig zwei Eingangsklassen ab, woraus sich kurz- und mittelfristig eine Entlastung ergibt. Für Differenzierungsmaßnahmen oder zusätzliche Angebote bestehen zwar aktuell kaum Spielräume, mittelfristig ist jedoch mit einer Verbesserung zu rechnen.
- **Elisabethschule:** Die Schule ist baulich auf 3-Zügigkeit ausgelegt. In den zurückliegenden Jahren wurden – bei deutlich rückläufigen Schülerzahlen – überwiegend nur 2 Eingangsklassen gebildet. Für die kommenden Jahre zeichnen sich weiterhin durchgängig zwei Eingangsklassen ab. Ein Unterschreiten der gesicherten Zweizügigkeit ist hingegen – unter der Prämisse in etwa konstant bleibender Anteilswerte der einzelnen Schulen – im Planungszeitraum nicht zu erwarten. Speziell das Stadtgebiet links der Ems weist mehrere größere Neubaugebiete aufweist, was zu einer Stärkung der Schuljahrgänge beitragen kann. Beginnend mit dem Schuljahr 2006/07 wird die Schule schrittweise zur gebundenen Ganztagschule umgewandelt, woraus in der Tendenz eine erhöhte Attraktivität und eine Stärkung des Standorts zu erwarten ist.

Maßnahmenerfordernisse

- Aufgrund der vorangegangenen Schülerzahlenentwicklung sind die Hauptschulen aktuell weitgehend ausgelastet. Vor dem Hintergrund rückläufiger Schülerzahlen stellt sich **die Situation in der Perspektive allerdings unproblematisch** dar. Andererseits ist – unter der Prämisse eines annähernd stabilen Anteils der Hauptschulen am Gesamtangebot – **eine Standortgefährdung im anstehenden Planungszeitraum nicht erkennbar**. Der Schwerpunkt zukünftiger Maßnahmen kann daher in den Bereich qualitativer Weiterentwicklung gelegt werden.
- Um größere Disparitäten in der Auslastung zwischen Overbergschule und Elisabethschule zu vermeiden, sollten in den nächsten Jahren **Abstimmungen der Aufnahmeentscheidungen** zwischen den beiden Standorten vorgenommen werden.
- **Ansatzpunkte für qualitative Verbesserungen** der Infrastrukturvoraussetzungen: Don-Bosco-Schule: es fehlen eine Mensa und ein Aufenthaltsraum; Elisabethschule: Ausbau zur Ganztagschule, z.Zt. bereits laufend
- Es sollte angestrebt werden, **einen weiteren Hauptschulstandort zur Ganztagschule auszubauen**. Hierdurch eröffnen sich für die Hauptschule neue Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Angebots und der Stärkung der Attraktivität dieser Schulform. Andererseits sollte an einem Standort auch die jetzige Angebotsform erhalten werden, um die nötige Angebotspluralität für diejenigen Eltern zu gewährleisten, die keine Ganztagschule wünschen.

längerfristige Perspektive

- Eine Standortgefährdung ist – unter der Prämisse eines annähernd stabilen Anteils der Hauptschulen am Gesamtangebot – im anstehenden Planungszeitraum zwar nicht erkennbar. Andererseits zeichnet sich vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung bereits ab, dass in der längerfristigen Perspektive **eine gesicherte Zweizügigkeit mög-**

cherweise nicht mehr für alle drei Standorte unterstellt werden kann. Im Planungszeitraum ab 2013 wird sich daher die Frage der Standortsicherung erneut stellen. Aus der aktuellen schulpolitischen Diskussion ergeben sich Ansatzpunkte im Hinblick auf die Sicherung von Standorten:

- **Aufbau von Verbundsystemen:** Das Schulgesetz eröffnet – beschränkt auf die Schulformen Hauptschule und Realschule - die Möglichkeit zur Bildung eines Verbunds von Schulen unterschiedlichen Typs. Ergebnis ist eine neue schulrechtliche Einheit mit verteilten Standorten und unterschiedlichen Bildungsgängen, woraus sich neue Möglichkeiten der Angebotssicherung angesichts rückläufiger Schülerzahlen ergeben. Gleichzeitig ergibt eine solche Verbindung auch unter pädagogischen Gesichtspunkten einen Sinn: es eröffnen sich neue Möglichkeiten sowohl für schulformübergreifende Angebote wie auch für eine verbesserte Durchlässigkeit der Bildungsgänge. Entsprechende Verbundsysteme könnten damit wesentlich zu einer Stärkung und erhöhten Attraktivität des Hauptschulangebots beitragen.
- Einen Schritt weiter geht **das Konzept der allgemeinen Sekundarschule**, dass auf eine Integration von Hauptschul- und Realschulbildungsgängen unter einem pädagogischen und organisatorischen Dach hinausläuft.⁹ Das Modell versteht sich im Sinne einer Weiterentwicklung der derzeitigen Schulstruktur, ohne dass sich damit eine grundsätzliche Abkehr vom gegliederten Schulsystem verbindet. Gleichzeitig wird in dem Modell – ähnlich wie im Konzept der Verbundschule - ein Lösungsansatz gesehen, um angesichts der demografischen Entwicklung weiterhin ein breites Angebotsspektrum an Bildungsgängen zu gewährleisten. Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass sich hier zukünftig Erprobungsmöglichkeiten in Form von Schulversuchen eröffnen.

⁹ sh. Verband Bildung und Erziehung; Landesverband NRW 2005: Schulentwicklung in NRW – Rahmenkonzept Allgemeine Sekundarschule

Prognose der Schülerzahlen, Hauptschulen der Stadt Rheine, 2006/07-2012/13

Annahmen: lineare Fortschreibung der Übergänge, keine Zuwanderung, konstanter %-Anteil der einzelnen Standorte, Zunahme bis 9. Klasse +23%; Bandbreite für Klassenbildung 18-30

Don-Bosco-Hauptschule

Schuljahr	5. Jahrg.	6. Jahrg.	7. Jahrg.	8. Jahrg.	9. Jahrg.	10. Jahrg.	Gesamt	Klassen	R.Bilanz
2001	58	39	53	69	64	47	330	15	aktuell 18 UR
2002	55	60	58	66	81	53	373	15	
2003	62	65	72	65	68	69	401	18	
2004	59	67	68	74	73	61	402	18	
2005	60	61	70	78	74	64	407	18	
2006	55	60	67	74	82	63	402	16	+
2007	55	55	66	71	78	70	395	16	+
2008	56	55	61	70	75	67	383	16	+
2009	56	56	60	65	73	64	374	15	++
2010	50	56	62	64	68	63	362	16	+
2011	55	50	61	66	67	58	357	15	++
2012	48	55	55	65	69	57	349	14	++

Elisabeth-Hauptschule

Schuljahr	5. Jahrg.	6. Jahrg.	7. Jahrg.	8. Jahrg.	9. Jahrg.	10. Jahrg.	Gesamt	Klassen	R.Bilanz
2001	70	45	72	70	94	67	418	18	aktuell 15 UR
2002	52	72	69	70	91	60	414	18	
2003	24	61	75	69	80	71	380	17	
2004	37	33	66	76	93	62	367	16	
2005	36	43	39	64	87	57	326	16	
2006	40	36	47	41	67	74	306	14	+
2007	39	40	40	50	43	57	269	12	++
2008	40	39	44	42	53	37	254	12	++
2009	40	40	43	46	44	45	258	12	++
2010	36	40	44	45	48	38	251	12	++
2011	40	36	44	47	48	41	255	12	++
2012	34	40	39	46	49	41	249	12	++

Overberg-Hauptschule

Schuljahr	5. Jahrg.	6. Jahrg.	7. Jahrg.	8. Jahrg.	9. Jahrg.	10. Jahrg.	Gesamt	Klassen	R.Bilanz
2001	77	75	110	105	93	77	537	22	aktuell 19 UR
2002	92	84	85	112	95	65	533	22	
2003	68	96	99	83	110	79	535	21	
2004	57	72	83	106	90	91	499	21	
2005	76	65	74	94	100	80	489	22	
2006	68	76	72	78	99	86	479	19	±
2007	67	68	84	76	82	84	462	18	+
2008	70	67	75	89	80	70	451	18	+
2009	69	70	74	80	93	68	453	19	±
2010	62	69	77	79	84	80	449	18	+
2011	69	62	76	81	83	72	442	18	+
2012	59	69	68	80	85	71	432	17	+

Hauptschulen gesamt

Schuljahr	Jahrg. 5	Jahrg. 6	Jahrg. 7	Jahrg. 8	Jahrg. 9	Jahrg. 10	Gesamt	Klassen
2001	205	159	235	244	251	191	1285	55
2002	199	216	212	248	267	178	1320	55
2003	154	222	246	217	258	219	1316	56
2004	153	172	217	256	256	214	1268	55
2005	172	169	183	236	261	201	1222	56
2006	163	172	186	194	248	223	1186	49
2007	161	163	189	197	204	212	1126	46
2008	166	161	180	201	207	174	1088	46
2009	164	166	177	191	211	177	1085	46
2010	148	164	183	188	200	180	1063	46
2011	164	148	181	194	197	171	1054	45
2012	141	164	163	191	203	168	1030	43

2.4.3 Situationsanalyse Realschule

Die Stadt Rheine verfügt über 2 Realschulstandorte, die beide im Kernstadtbereich angesiedelt sind. Die Elsa-Brandström-Schule liegt im Stadtgebiet „links der Ems“ und war ursprünglich auf 4-Zügigkeit ausgelegt, die Fürstenberg-Realschule liegt im Bereich „rechts der Ems“ und ist auf 3-Zügigkeit ausgelegt. Nachdem die Entwicklung in den 80er Jahren geprägt war durch deutlich rückläufige Schülerzahlen, waren in den 90er Jahren sowohl absolut als auch relativ - im Verhältnis zu den anderen Schulformen - Zunahmen zu verzeichnen.

Im zurückliegenden Planungszeitraum weist der Anteil der Realschule – bei weiterhin ansteigenden Schülerzahlen – nur geringe Schwankungen auf. Um den steigenden Schülerzahlen Rechnung zu tragen, wurde die Elsa-Brandström-Schule im Jahr 2004 erweitert. Der Erweiterungsbau umfasst vier Unterrichtsräume mit flexiblem Nutzungskonzept. Die Fürstenberg-Schule nutzt zusätzlich Räumlichkeiten der benachbarten Bodelschwingh-Grundschule.

Schülerzahlenentwicklung

Zurückliegende und zu erwartende Entwicklung der Eingangs- und Schülerzahlen, lineare Fortschreibung der Übergänge

Schulj.	Realschulen gesamt				Elsa-Brandström-RS				Fürstenberg-RS			
	5. Jg.	Kl.	Gesamt	Kl.	5. Jg.	Kl.	Gesamt	Kl.	5. Jg.	Kl.	Gesamt	Kl.
2000*	198	7	1230	44	106	4	688	24	92	3	542	20
2001*	246	8	1275	46	155	5	747	26	91	3	528	20
2002*	226	8	1308	46	135	5	757	26	91	3	551	20
2003*	224	8	1328	47	137	5	769	27	87	3	559	20
2004*	190	7	1316	47	117	4	780	27	73	3	536	20
2005*	228	8	1365	47	146	5	814	28	82	3	551	19
2006	207	8	1366	49	128	5	842	29	79	3	524	20
2007	204	8	1333	49	126	5	823	29	78	3	510	20
2008	210	8	1291	48	130	5	799	29	80	3	492	19
2009	208	8	1253	46	129	5	778	28	79	3	476	18
2010	187	7	1244	46	116	4	775	28	71	3	469	18
2011	207	8	1223	46	128	5	757	28	79	3	466	18
2012	178	7	1194	45	110	4	739	28	68	3	455	17

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; eigene Berechnungen

Übergangsquoten: Durchschnitt der letzten 5 Jahre, Anteil der einzelnen Standorte konstant, 2011

+2012 vorgezogene Grundschul-Einschulung, *=tatsächliche Zahlen

Mögliche Entwicklung der Eingangszahlen bei verschiedenen Grundannahmen

Jahr	Sek I gesamt o. Zuw.	Variante 1 linear, ohne Zuwandg.			Variante 2 linear, deutl. Zuwandg.			Variante 3 RS zunehmend, o. Zuw.			Variante 4 RS zunehmend, mit Zuw.		
		Schüler	%-Ant.	Kl.	Schüler	%-Ant.	Kl.*	Schüler	%-Ant.	Kl.	Schüler	%-Ant.	Kl.*
2000*	835	198	23,7%	7	198	23,7%	7	198	23,7%	7	198	23,7%	7
2001*	988	246	24,9%	8	246	24,9%	8	246	24,9%	8	246	24,9%	8
2002*	972	226	23,3%	8	226	23,3%	8	226	23,3%	8	226	23,3%	8
2003*	920	224	24,3%	8	224	24,3%	8	224	24,3%	8	224	24,3%	8
2004*	875	190	21,7%	7	190	21,7%	7	190	21,7%	7	190	21,7%	7
2005*	883	228	25,8%	8	228	25,8%	8	228	25,8%	8	228	25,8%	8
2006	873	207	23,7%	8	208	23,8%	8	207	23,7%	8	208	23,8%	8
2007	862	204	23,6%	8	206	23,9%	8	207	24,0%	8	209	24,3%	8
2008	885	210	23,8%	8	213	24,1%	8	217	24,6%	8	220	24,9%	8
2009	876	208	23,7%	8	212	24,2%	8	219	24,9%	8	223	25,4%	8
2010	805	187	23,3%	7	192	23,9%	7	200	24,9%	8	205	25,5%	8
2011	874	207	23,7%	8	213	24,4%	8	225	25,8%	8	231	26,4%	8
2012	772	178	23,0%	7	185	23,9%	7	197	25,5%	8	203	26,2%	8

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; eigene Berechnungen; *=tatsächliche Zahlen

- Der Anteil der Realschüler im Eingangsjahr zur Sekundarstufe liegt in Rheine aktuell bei etwa 25%. **Die Eingangszahlen** erreichten im Jahr 2001 mit 246 Schülern ihren höchsten Stand und sind seitdem rückläufig. Das Jahr 2005 weist allerdings mit 228 Schülern wiederum einen vergleichsweise hohen Wert auf. Im zurückliegenden Planungszeitraum wurden in zwei Jahren 7, überwiegend jedoch 8 Eingangsklassen gebildet. **Die Schülerzahlen insgesamt** sind bis einschließlich 2005 kontinuierlich angestiegen, wobei die Jahre 2005 und 2006 mit einer Größenordnung von 1360-1370 Schülern den Gipfelpunkt der Entwicklung darstellen dürften.
- **Quereinsteiger bzw. Schulformwechsler** haben im Bereich der Realschule eine deutlich geringere Bedeutung als im Hauptschulbereich. Zwar nimmt die Realschule Schüler aus dem Gymnasialbereich auf, andererseits gibt sie auch Schüler an die Hauptschule ab. Insgesamt ist eher von einem leicht positiven Saldo auszugehen, das im Einzelfall auch Klasseinteilungen erforderlich machen kann.
- **Die lineare Prognose** weist - entsprechend der demographischen Entwicklung - in den nächsten 3-4 Jahren Eingangszahlen in der Größenordnung von etwa 210 Schülern aus, also im Bereich von jeweils unverändert 8 Eingangsklassen. Gegen Ende des Planungszeitraums sinken die Eingangszahlen unter 200 Schüler bei voraussichtlich 7 Eingangsklassen. Die Schülerzahlen insgesamt sinken im 5-Jahres-Verlauf um ca. 100-130 Schüler auf ca. 1230-1250 Schüler.
- **Zuwanderungen** in der unterstellten Größenordnung wirken sich nur geringfügig aus und haben voraussichtlich keinen Effekt auf die Zahl der Eingangsklassen. Ebenso hätte **eine moderate Zunahme des relativen Anteils der Realschule** nur geringe Auswirkungen auf die Schülerzahlen, wobei die Eingangszahlen voraussichtlich ebenfalls im Größenbereich von 8 Eingangsklassen verbleiben würden.

Bedarfssituation

- Beide Schulstandorte lasten ihre Kapazitäten z.Zt. weitgehend aus. **Ein Betrieb auf diesem Niveau** ist jedoch – vor dem Hintergrund einer absehbar rückläufigen Entwicklung der Schülerzahlen – nach Auskunft beider Schulleiter **für einen überschaubaren Zeitraum möglich**. Allerdings stehen dann kaum Kapazitäten für Differenzierungsmaßnahmen oder ergänzende Angebote zur Verfügung. Die Erhöhung der Stundenkontingente in der Sekundarstufe macht zudem ein vermehrtes Ausweichen auf den Nachmittagsbereich erforderlich. Über die Infrastrukturvoraussetzungen für Über-Mittag-Angebote verfügt zur Zeit nur die Elsa-Brandström-Schule.
- In der Elsa-Brandström-Schule wurden im aktuellen Schuljahr 28 Klassen gebildet. Bei durchgängig 5 Eingangsklassen in den nächsten Jahren kann in 2006 und/oder 2007 die Bildung von 29 Klassen erforderlich werden, bevor sich die Klassenzahl in der Folge rückläufig entwickelt. Aufgrund des vor einem Jahr in Nutzung genommenen Erweiterungsbaus stellt ein Schulbetrieb mit 29 Klassen für einen begrenzten Zeitraum kein Problem dar. Allerdings lassen sich dann Angebote zusätzlicher Betreuung wegen fehlender Räumlichkeiten nur unter Schwierigkeiten umsetzen.
- In der Fürstenberg-Realschule wurden in 2005 19 Klassen gebildet. Ein Betrieb mit 20 Klassen, wie er in den nächsten beiden Jahren zu erwarten ist, wurde im zurückliegenden Planungszeitraum schon über mehrere Jahre praktiziert und ist bei zeitlich begrenzter Perspektive sowie Mitnutzung von Räumlichkeiten der benachbarten Bodelschwingschule unproblematisch. Insgesamt zeichnet sich für den Planungszeitraum ein Betrieb mit durchgängig 3 Eingangsklassen sowie ein Rückgang auf insgesamt 18 Klassen ab.

Maßnahmenerfordernisse

- Aufgrund der in 2004 vorgenommenen Ausweitung der Raumkapazitäten und vor dem Hintergrund der zu erwartenden rückläufigen Schülerzahlenentwicklung besteht rein **quantitativ kein Erweiterungsbedarf**. Bei evtl. sich abzeichnenden starken Disparitäten in der Auslastung kann im Bedarfsfall **eine Abstimmung der Aufnahmeentscheidungen** vorgenommen werden.
- Mit zunehmenden Spielräumen aufgrund rückläufiger Schülerzahlen sowie angesichts zunehmender Unterrichtsanteile am Nachmittag sollten in der Perspektive an beiden Standorten die **Infrastrukturvoraussetzungen für Über-Mittag-Aufenthalt und Über-Mittag-Angebote** gewährleistet sein. Erweiterungsbedarf besteht hier an der Fürstenbergschule
- Ein institutionalisiertes Betreuungsangebot nach dem Unterricht für die Jahrgänge 5 und 6 besteht bisher nur an der Fürstenberg-Realschule (Hausaufgabenbetreuung im Rahmen von 13plus). Bedarfsabhängig sollte auch am Standort Elsa-Brandström-Schule ein entsprechendes Angebot eingerichtet werden.
- Kontinuierliche Überprüfung von Sanierungs- und Ausstattungsbedarfen an beiden Schulen und Erstellung einer Prioritätenliste. Die Fürstenberg-Schule verweist aktuell auf **einen fehlenden Biologie-Fachraum**. Aufgrund des Alters der Schule besteht verschiedentlich Sanierungsbedarf.
- Ein Unterschreiten der 3-Zügigkeit und damit eine eventuelle Gefährdung zeichnet sich im Planungszeitraum für keinen der beiden Standorte ab. Bei – demografisch bedingt – weiter sinkenden Schülerzahlen ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass in der längerfristigen Perspektive, jenseits des aktuellen Planungszeitraums, der Schulbetrieb am Standort Fürstenbergschule in Richtung 2-Zügigkeit tendiert. Für diesen Fall sollte **die Möglichkeit der Bildung von Schulverbänden** in Betracht gezogen werden, sh. Überlegungen bei der Hauptschulanalyse.

Prognose der Schülerzahlen, Realschulen der Stadt Rheine, 2006/07-2012/13

Annahmen: lineare Fortschreibung der Übergänge, keine Zuwanderung, konstanter %-Anteil der einzelnen Standorte; Bandbreite für die Klassenbildung 26-30 bzw. 27-29

Elsa-Brandström-Realschule

Schuljahr	5. Jahrg.	6. Jahrg.	7. Jahrg.	8. Jahrg.	9. Jahrg.	10. Jahrg.	Gesamt	Klassen	R.-Bilanz
2001	155	107	124	122	116	123	747	26	
2002	135	151	113	127	115	116	757	26	
2003	137	147	142	118	116	109	769	27	aktuell
2004	117	141	156	155	105	106	780	27	27 UR
2005	146	119	150	154	145	100	814	28	2 GR
2006	128	146	119	150	154	145	842	29	-
2007	126	128	146	119	150	154	823	29	-
2008	130	126	128	146	119	150	799	29	-
2009	129	130	126	128	146	119	778	28	-
2010	116	129	130	126	128	146	775	28	-
2011	128	116	129	130	126	128	757	28	-
2012	110	128	116	129	130	126	739	28	-

Fürstenberg-Realschule

Schuljahr	5. Jahrg.	6. Jahrg.	7. Jahrg.	8. Jahrg.	9. Jahrg.	10. Jahrg.	Gesamt	Klassen	R.-Bilanz
2001	91	94	102	92	94	55	528	20	
2002	91	94	87	99	101	79	551	20	
2003	87	94	92	89	100	97	559	20	aktuell
2004	73	88	93	87	108	87	536	20	18+2 UR
2005	82	78	96	98	91	106	551	19	3 GR
2006	79	82	78	96	98	91	524	20	±
2007	78	79	82	78	96	98	510	20	±
2008	80	78	79	82	78	96	492	19	±
2009	79	80	78	79	82	78	476	18	±
2010	71	79	80	78	79	82	469	18	±
2011	79	71	79	80	78	79	466	18	±
2012	68	79	71	79	80	78	455	17	+

Realschulen gesamt

Schuljahr	5. Jahrg.	6. Jahrg.	7. Jahrg.	8. Jahrg.	9. Jahrg.	10. Jahrg.	Gesamt	Klassen
2001	246	201	226	214	210	178	1275	46
2002	226	245	200	226	216	195	1308	46
2003	224	241	234	207	216	206	1328	47
2004	190	229	249	242	213	193	1316	47
2005	228	197	246	252	236	206	1365	47
2006	207	228	197	246	252	236	1366	49
2007	204	207	228	197	246	252	1333	49
2008	210	204	207	228	197	246	1291	48
2009	208	210	204	207	228	197	1253	46
2010	187	208	210	204	207	228	1244	46
2011	207	187	208	210	204	207	1223	46
2012	178	207	187	208	210	204	1194	45

2.4.4 Situationsanalyse Gymnasium

Das Gymnasium weist mit Anteilswerten im Bereich von ca. 40 % der Übergänge aus den Grundschulen den höchsten Schüleranteil aller weiterführenden Schulen auf. Die Stadt Rheine verfügt über 3 Gymnasien und nimmt zum Teil auch Versorgungsfunktionen für die umliegenden Gemeinden ohne gymnasiales Schulangebot wahr. Nachdem in den achtziger Jahren generell ein Bedeutungszuwachs des Gymnasiums zu beobachten war, hat sich diese Entwicklung in den neunziger Jahren sowie im zurückliegenden Planungszeitraum zunächst nicht fortgesetzt. Dennoch ist für die Zukunft eine weitere Zunahme des Anteils des Gymnasiums nicht auszuschließen.

Besondere Aspekte für die Planung ergeben sich aus der Reform des gymnasialen Bildungsgangs nach dem neuen Schulgesetz. Vorgesehen ist eine Verkürzung auf zwölf Jahre nach dem sogenannten 9+3-Modell: die gymnasiale Sekundarstufe I wird um ein Jahr verkürzt, so dass der Übergang in die gymnasiale Oberstufe bereits nach Abschluss der Klasse 9 erfolgt. In den anderen Schulformen soll die Sekundarstufe I dagegen in sechsjähriger Form erhalten bleiben.

Mittelfristig resultiert aus diesem Modell eine Reduzierung der Schülerzahlen an den Gymnasien, da sich die Regelschulzeit hier um ein Jahr verkürzt. Ein Einstieg in das Modell mit Jahrgangsstufe 6 des Schuljahres 2006/07 hätte allerdings niedrigere Schülerzahlen frühestens zum Schuljahr 2013/14 zur Folge, also jenseits des aktuellen Planungshorizonts. Die niedrigeren Zahlen würden dann in eine Phase ohnehin abnehmender Schülerzahlen fallen. Allerdings ergeben sich bereits früher – ab 2010/11 – Verschiebungen im Zahlenverhältnis von Sekundarstufe I und Sekundarstufe II. Zu bedenken sind daneben auch erweiterte Anforderungen, die sich aus der Verdichtung des Unterrichtsbetriebs als Folge der Verkürzung um ein Jahr ergeben. Insgesamt ist festzustellen, dass die genaue Ausgestaltung der Reform zum jetzigen Zeitpunkt noch weitgehend offen ist; hier müssen weitere Ausführungsverordnungen abgewartet werden.

Schülerzahlenentwicklung Sekundarstufe I

Zurückliegende und zu erwartende Eingangs- und Schülerzahlen in der Sekundarstufe I, lineare Fortschreibung der Übergänge, bisherige Sekundarstufe

Schulj.	Gymnasien gesamt				Emsland- Gymnasium				Gymnasium Dionysianum				Kopernikus- Gymnasium			
	5. Jg.	Kl.	Gesamt	Kl.	5. Jg.	Kl.	Gesamt	Kl.	5. Jg.	Kl.	Gesamt	Kl.	5. Jg.	Kl.	Gesamt	Kl.
2000*	348	12	1942	70	87	3	574	21	109	4	627	23	152	5	741	26
2001*	389	14	2039	70	108	4	607	21	140	5	662	23	141	5	770	26
2002*	402	13	2087	71	104	3	609	21	124	4	666	22	174	6	812	28
2003*	392	13	2164	74	97	3	612	21	140	5	706	24	155	5	846	29
2004*	382	13	2212	75	111	4	613	21	123	4	734	24	148	5	865	30
2005*	334	12	2177	76	90	3	595	21	110	4	707	24	134	5	875	31
2006	353	13	2190	79	95	4	607	22	118	4	723	26	140	5	859	31
2007	347	13	2161	78	93	4	606	22	116	4	699	25	138	5	855	31
2008	358	14	2102	76	96	4	582	21	120	5	696	25	142	5	824	30
2009	354	13	2076	75	95	4	583	21	119	4	681	25	140	5	812	29
2010	320	12	2014	73	86	3	560	20	107	4	665	24	127	5	789	29
2011	353	13	2033	75	95	4	566	21	118	4	672	25	140	5	795	29
2012	304	12	1983	72	82	3	552	20	102	4	656	24	120	5	775	28

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; eig. Berechnungen; 2011+2012 vorgezogene GrS-Einschulung
Übergangsquoten: Durchschnitt der letzten 5 Jahre, Anteil der einzelnen Standorte konstant, *=tatsächliche Zahlen

Zurückliegende und zu erwartende Eingangs- und Schülerzahlen in der Sekundarstufe I, lineare Fortschreibung der Übergänge, voraussichtliche neue Sekundarstufe

Schulj.	Gymnasien gesamt				Emsland- Gymnasium				Gymnasium Dionysianum				Kopernikus- Gymnasium			
	5. Jg.	Kl.	Gesamt	Kl.	5. Jg.	Kl.	Gesamt	Kl.	5. Jg.	Kl.	Gesamt	Kl.	5. Jg.	Kl.	Gesamt	Kl.
2000*	348	12	1942	70	87	3	574	21	109	4	627	23	152	5	741	26
2001*	389	14	2039	70	108	4	607	21	140	5	662	23	141	5	770	26
2002*	402	13	2087	71	104	3	609	21	124	4	666	22	174	6	812	28
2003*	392	13	2164	74	97	3	612	21	140	5	706	24	155	5	846	29
2004*	382	13	2212	75	111	4	613	21	123	4	734	24	148	5	865	30
2005*	334	12	2177	76	90	3	595	21	110	4	707	24	134	5	875	31
2006	353	13	2190	79	95	4	607	22	118	4	723	26	140	5	859	31
2007	347	13	2161	78	93	4	606	22	116	4	699	25	138	5	855	31
2008	358	14	2102	76	96	4	582	21	120	5	696	25	142	5	824	30
2009	354	13	2076	75	95	4	583	21	119	4	681	25	140	5	812	29
2010	320	12	1708	63	86	3	478	18	107	4	564	21	127	5	666	24
2011	353	13	1709	63	95	4	478	18	118	4	564	21	140	5	667	24
2012	304	12	1665	61	82	3	467	17	102	4	549	20	120	5	649	24

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; eig. Berechnungen; 2011+2012 vorgezogene GrS-Einschulung
Übergangsquoten: Durchschnitt der letzten 5 Jahre, Anteil der einzelnen Standorte konstant, *=tatsächliche Zahlen

Mögliche Entwicklung der Eingangszahlen bei verschiedenen Grundannahmen

Jahr	Sek I gesamt o. Zuw.	Variante 1			Variante 2			Variante 3			Variante 5		
		linear, ohne Zuwandg.			linear, deutl. Zuwandg.			Gym. zunehm., o. Zuw.			Gym. leicht abnehm.		
		Schüler	%-Ant.	Kl.	Schüler	%-Ant.	Kl.	Schüler	%-Ant.	Kl.	Schüler	%-Ant.	Kl.
2000*	835	348	41,7%	12	348	41,7%	12	348	41,7%	12	348	41,7%	12
2001*	988	389	39,4%	14	389	39,4%	14	389	39,4%	14	389	39,4%	14
2002*	972	402	41,4%	13	402	41,4%	13	402	41,4%	13	402	41,4%	13
2003*	920	392	42,6%	13	392	42,6%	13	392	42,6%	13	392	42,6%	13
2004*	875	382	43,7%	13	382	43,7%	13	382	43,7%	13	382	43,7%	13
2005*	883	334	37,8%	12	334	37,8%	12	334	37,8%	12	334	37,8%	12
2006	873	353	40,4%	13	353	40,5%	13	353	40,4%	13	353	40,4%	13
2007	862	347	40,3%	13	348	40,4%	13	352	40,8%	13	344	39,9%	13
2008	885	358	40,5%	14	359	40,6%	14	367	41,4%	14	351	39,7%	13
2009	876	354	40,4%	13	355	40,5%	13	366	41,8%	14	344	39,2%	13
2010	805	320	39,7%	12	321	39,8%	12	333	41,4%	12	307	38,1%	12
2011	874	353	40,4%	13	354	40,5%	13	372	42,6%	14	335	38,4%	13
2012	772	304	39,3%	12	305	39,4%	12	323	41,8%	12	285	36,9%	11

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; eigene Berechnungen; *=tatsächliche Zahlen

- Die **Eingangszahlen** erreichten in den Jahren 2001 bis 2003 eine Größenordnung von 390-400 Schülern, seitdem sind sinkende Zahlen zu verzeichnen. Überwiegend mussten 13, in 2001/02 14 Eingangsklassen gebildet werden. Bei den **Schülerzahlen** insgesamt stellt das Jahr 2004 mit etwa 2200 Schülern den Gipfelpunkt der Entwicklung dar, 2005 und voraussichtlich auch 2006 weisen noch annähernd gleich hohe Schülerzahlen auf.
- **In der linearen Prognose** wird sich der Trend zu sinkenden Eingangszahlen im aktuellen Planungszeitraum zwar weiter fortsetzen, dennoch muss auch in den nächsten Jahren zunächst noch **weiter von 13 Eingangsklassen** ausgegangen werden. Bei den Schülerzahlen ist in den kommenden Jahren mit einem langsamen, aber **kontinuierlichen Rückgang** zu rechnen. In der bisherigen Form der Sekundarstufe I wäre gegen Ende des Planungszeitraums voraussichtlich eine Größenordnung von unter 2000 Schülern erreicht.
- Deutlicher fällt der Rückgang aus, wenn man die vorgesehene Reform in die Rechnung einbezieht. Sofern ab Schuljahr 2010/11 erstmals Schüler bereits nach Abschluss der Klasse 9 in die Sekundarstufe II eintreten, ergibt sich für die Sekundarstufe I **ein zusätzlicher Rückgang in der Größenordnung von ca. 300 Schülern**. Hierbei handelt es sich allerdings zunächst lediglich um einen Abgrenzungseffekt, da die Schülerzahlen in der Sekundarstufe II entsprechend ansteigen.
- **Zuwanderungen haben nur geringen Einfluss** und können vernachlässigt werden. Anders verhält es sich bei möglichen **Veränderungen im Wahlverhalten**: ein steigender An-

teil des Gymnasiums (unterstellt: +0,5% pro Jahr bezogen auf den Anteil an den 3 Schulformen Hauptschule, Realschule, Gymnasium) kann dazu führen, dass im Planungszeitraum wiederholt 14 Eingangsklassen gebildet werden müssen. Auch ein Bedeutungszuwachs des Gymnasiums in der unterstellten Form ändert jedoch nichts daran, dass gegen Ende des Planungszeitraums **gesunkene Eingangs- und Schülerzahlen** zu erwarten sind.

Schülerzahlenentwicklung Sekundarstufe II

Zurückliegende Schülerzahl und lineare Fortschreibung der Entwicklung in der Sekundarstufe II, alte Sekundarstufe

Schulj.	Gymnasien gesamt				Emsland- Gymnasium				Gymnasium Dionysianum				Kopernikus- Gymnasium			
	11. Jg.	Kl.	Sek II	Kl.	11. Jg.	Kl.	Sek II	Kl.	11. Jg.	Kl.	Sek II	Kl.	11. Jg.	Kl.	Sek II	Kl.
2000*	307	15	863	47	108	6	286	17	88	4	265	12	111	5	312	18
2001*	290	12	831	43	95	4	283	15	86	4	260	12	109	4	288	16
2002*	330	16	879	48	122	6	303	16	95	5	264	13	113	5	312	19
2003*	301	14	878	43	102	5	287	13	84	4	259	12	115	5	332	18
2004*	327	16	915	47	128	6	322	16	77	4	247	12	122	6	346	19
2005*	313	14	891	48	88	4	291	15	111	5	261	13	114	5	339	20
2006	331	18	961	49	91	5	296	15	91	5	278	14	149	8	387	20
2007	372	20	1016	52	106	6	285	15	130	7	332	17	135	7	399	20
2008	409	21	1112	57	125	6	323	17	114	6	335	17	170	9	455	23
2009	376	19	1157	59	104	5	336	17	124	6	368	19	148	8	454	23
2010	372	19	1157	60	114	6	343	18	114	6	352	18	144	7	463	24
2011	327	17	1074	55	97	5	314	16	101	5	339	17	129	7	421	22
2012	345	18	1043	54	102	5	312	16	108	6	323	17	135	7	408	21

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; eigene Berechnungen; *=tatsächliche Zahlen

Zurückliegende Schülerzahl und lineare Fortschreibung der Entwicklung in der Sekundarstufe II, voraussichtliche neue Sekundarstufe

Schulj.	Gymnasien gesamt				Emsland- Gymnasium				Gymnasium Dionysianum				Kopernikus- Gymnasium			
	Eing-Jg.	Kl.	Sek II	Kl.	E-Jg.	Kl.	Sek II	Kl.	E-Jg.	Kl.	Sek II	Kl.	E-Jg.	Kl.	Sek II	Kl.
2000*	307	15	863	47	108	6	286	17	88	4	265	12	111	5	312	18
2001*	290	12	831	43	95	4	283	15	86	4	260	12	109	4	288	16
2002*	330	16	879	48	122	6	303	16	95	5	264	13	113	5	312	19
2003*	301	14	878	43	102	5	287	13	84	4	259	12	115	5	332	18
2004*	327	16	915	47	128	6	322	16	77	4	247	12	122	6	346	19
2005*	313	14	891	48	88	4	291	15	111	5	261	13	114	5	339	20
2006	331	18	961	49	91	5	296	15	91	5	278	14	149	8	387	20
2007	372	20	1016	52	106	6	285	15	130	7	332	17	135	7	399	20
2008	409	21	1112	57	125	6	323	17	114	6	335	17	170	9	455	23
2009	376	19	1157	59	104	5	336	17	124	6	368	19	148	8	454	23
2010	676	35	1461	75	194	10	423	22	215	11	453	23	267	14	585	30
2011	345	18	1396	71	102	5	399	20	108	6	447	23	135	7	549	28
2012	339	18	1359	69	100	5	395	20	107	6	430	22	132	7	534	27

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; eigene Berechnungen; *=tatsächliche Zahlen

- In der Sekundarstufe II lagen die Eingangszahlen im zurückliegenden Planungszeitraum **relativ gleichbleibend** auf einem Niveau von 300-330 Schülern, die Schülerzahlen insgesamt auf einem Niveau von 850 bis 900 Schülern. In den kommenden Jahren sind aufgrund der gegenüber der Sekundarstufe I zeitversetzten Entwicklung zunächst **steigende Zahlen** zu erwarten, wobei die Entwicklung wesentlich mitbestimmt wird durch die Umsetzung des neuen Schulrechts.
- Nach bisheriger Regelung wären die höchsten Eingangszahlen - mit einer Größenordnung von ca. 400 Schülern - in den Schuljahren 2008 und 2009 zu erwarten, bei anschließend einsetzender rückläufiger Entwicklung. Bei den **Schülerzahlen insgesamt würden die Jahre 2009 und 2010 mit jeweils ca. 1150 Schülern den Gipfelpunkt** darstellen. Nach

der neuen Gesetzeslage treten voraussichtlich zum Schuljahr 2010 einmalig zwei Jahrgänge in die Sekundarstufe II ein (nach Abschluss Klasse 9 und Klasse 10), so dass die Schülerzahlen wegen des befristeten Parallelbetriebs von 4 Jahrgangsstufen von 2010 bis 2012 entsprechend höher ausfallen (ca. +300). Nach 2012 werden dann wieder 3 Jahrgangsstufen unterrichtet, die Zahlen gehen also ca. um ein Viertel zurück.

- Bandbreiten wie in der Sekundarstufe I gibt es für den Bereich der Sekundarstufe II nicht. Bei einem Klassenfrequenzrichtwert von 19,5 Schülern pro Gruppe ergibt sich für die Gymnasien im kommenden Planungszeitraum rechnerisch eine Größenordnung von ca. 55-60 Gruppen pro Jahr gegenüber 47-48 Gruppen in den vorangegangenen Jahren - **also ein spürbarer Anstieg**. Wie die gymnasiale Oberstufe nach 2010 nach dem neuen Schulrecht organisiert sein wird, ist allerdings z.Zt. noch offen. Unterstellt man weiterhin ein kursorientiertes System sowie eine Richtzahl von 19,5 Schülern, so ergäbe sich ab 2010 – befristet bis 2012 - eine Gruppenzahl in der Größenordnung von 70-75 Gruppen. Diese Überlegungen sind jedoch zum jetzigen Zeitpunkt hypothetisch.

Gesamtentwicklung an den Gymnasien

Zurückliegende und zu erwartende Gesamtentwicklung, alte Sekundarstufe

Schulj.	Gymnasien gesamt				Emsland- Gymnasium				Gymnasium Dionysianum				Kopernikus- Gymnasium			
	Sek I	Sek II	Ges.	Kl.	Sek I	Sek II	Ges.	Kl.	Sek I	Sek II	Ges.	Kl.	Sek I	Sek II	Ges.	Kl.
2000*	1942	863	2805	116	574	286	860	38	627	265	892	35	741	312	1053	43
2001*	2039	831	2870	113	607	283	890	36	662	260	922	35	770	288	1058	42
2002*	2087	879	2966	119	609	303	912	37	666	264	930	35	812	312	1124	47
2003*	2164	878	3042	117	612	287	899	34	706	259	965	36	846	332	1178	47
2004*	2212	915	3127	122	613	322	935	37	734	247	981	36	865	346	1211	49
2005*	2177	891	3068	124	595	291	886	36	707	261	968	37	875	339	1214	51
2006	2190	961	3151	128	607	296	903	37	723	278	1001	40	859	387	1246	51
2007	2161	1016	3177	130	606	285	892	37	699	332	1031	42	855	399	1254	51
2008	2102	1112	3214	133	582	323	905	38	696	335	1031	42	824	455	1278	53
2009	2076	1157	3234	134	583	336	919	38	681	368	1049	44	812	454	1265	52
2010	2014	1157	3171	133	560	343	903	38	665	352	1016	42	789	463	1252	53
2011	2033	1074	3107	130	566	314	880	37	672	339	1011	42	795	421	1216	51
2012	1983	1043	3027	126	552	312	864	36	656	323	979	41	775	408	1183	49

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; eigene Berechnungen; *=tatsächliche Zahlen

Zurückliegende und zu erwartende Gesamtentwicklung, voraussichtliche neue Sekundarstufe

Schulj.	Gymnasien gesamt				Emsland- Gymnasium				Gymnasium Dionysianum				Kopernikus- Gymnasium			
	Sek I	Sek II	Ges.	Kl.	Sek I	Sek II	Ges.	Kl.	Sek I	Sek II	Ges.	Kl.	Sek I	Sek II	Ges.	Kl.
2000*	1942	863	2805	116	574	286	860	38	627	265	892	35	741	312	1053	43
2001*	2039	831	2870	113	607	283	890	36	662	260	922	35	770	288	1058	42
2002*	2087	879	2966	119	609	303	912	37	666	264	930	35	812	312	1124	47
2003*	2164	878	3042	117	612	287	899	34	706	259	965	36	846	332	1178	47
2004*	2212	915	3127	122	613	322	935	37	734	247	981	36	865	346	1211	49
2005*	2177	891	3068	124	595	291	886	36	707	261	968	37	875	339	1214	51
2006	2190	961	3151	128	607	296	903	37	723	278	1001	40	859	387	1246	51
2007	2161	1016	3177	130	606	285	892	37	699	332	1031	42	855	399	1254	51
2008	2102	1112	3214	133	582	323	905	38	696	335	1031	42	824	455	1278	53
2009	2076	1157	3234	134	583	336	919	38	681	368	1049	44	812	454	1265	52
2010	1708	1461	3169	138	478	423	902	40	564	453	1016	44	666	585	1251	54
2011	1709	1396	3104	134	478	399	878	38	564	447	1011	44	667	549	1216	52
2012	1665	1359	3024	130	467	395	862	37	549	430	979	42	649	534	1183	51

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; eigene Berechnungen; *=tatsächliche Zahlen

- Betrachtet man Sekundarstufe I und II im Zusammenhang, so ist in den nächsten Jahren – bei langsam sinkenden Schülerzahlen in der Sek I und ansteigenden Schülerzahlen in der Sek II – **im Saldo weiterhin eine Zunahme** zu erwarten. Die rückläufige Entwicklung in der Sek I wird durch die Zunahme in Sek II zunächst mehr als ausgeglichen. **Den Gipfelpunkt der Gesamtentwicklung stellen die Jahre 2008 und 2009 mit jeweils über 3200 Schülern dar**, danach setzt auch in der Summe der beiden Schulstufen eine rückläufige Entwicklung ein.
- Die vorgesehene Neuregelung des gymnasialen Bildungsgangs nach dem 9+3-Modell hat auf die Schülerzahlen im Planungszeitraum **voraussichtlich keinen wesentlichen Einfluss**, da zunächst lediglich die 10. Klasse rechnerisch anders zugeordnet wird. Nach derzeitigem Informationsstand hat die Verkürzung auf einen insgesamt 12-jährigen Bildungsgang erst **ab dem Schuljahr 2013/14 ein deutliches Absinken der Schülerzahlen** zur Folge, da ab diesem Schuljahr insgesamt ein Jahrgang weniger unterrichtet wird. Der Rückgang wird sich im Übergangsjahr in einer Größenordnung von ca. 300-350 Schülern bewegen.

Bedarfssituation

- Insgesamt ergibt die Analyse für den aktuellen Planungszeitraum zunächst noch **steigende quantitative Anforderungen** (Gipfelpunkt in 2008/09 und 2009/10). Diese betreffen ausschließlich die Sekundarstufe II bei tendenziell rückläufigen Klassenzahlen in der Sekundarstufe I. Rechnerisch ergeben sich für die drei Standorte bis 2009 Zunahmen in der Größenordnung von jeweils 3-4 Gruppen. Allerdings eröffnet die Kursorientierung der Sekundarstufe II auch höhere Spielräume zur Nutzung der vorhandenen Räumlichkeiten. Deutliche Steigerungen der Schülerzahlen in der Sek II sind insbesondere am **Dionysianum** und am **Kopernikus-Gymnasium** zu erwarten, während die Entwicklung am Emsland-Gymnasium moderater ausfällt.
- Durch die Erweiterung des Gymnasiums Dionysianum wurde im zurückliegenden Planungszeitraum bereits eine Ausweitung der insgesamt verfügbaren Raumkapazitäten vorgenommen. Entsprechend ist **die nominelle Relation von Klassenzahl zu Unterrichtsräumen** 2005/06 im Dionysianum am günstigsten, während die anderen Standorte aktuell bereits eine negative Raumbilanz aufweisen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass alle Standorte neben den ausgewiesenen Unterrichtsräumen über weitere Räume verfügen, die befristet für Unterrichtszwecke genutzt werden können (z.B. Mehrzweckräume). Nach Auskunft der einzelnen Schulleiter besteht z.Zt an allen drei Standorten noch **eine annähernd ausgeglichene Raumsituation**, allerdings bei hoher Auslastung, insbesondere am Kopernikus-Gymnasium. Entsprechend bestehen nur noch geringe Spielräume zur Bewältigung steigender Anforderungen.
- Von der vorgesehenen Reform des gymnasialen Bildungsgangs sind im Planungszeitraum **in quantitativer Hinsicht keine gravierenden Auswirkungen** zu erwarten. Aus der Zuordnung der Klasse 10 zur Sekundarstufe II ab Schuljahr 2010/11 ergibt sich rechnerisch – aufgrund der kleineren Gruppengrößen in der Sekundarstufe II - eine gegenüber der alten Regelung etwas höhere Klassenzahl / Gruppenzahl. Die Frage der Organisation der neuen Oberstufe ist derzeit jedoch noch völlig offen. Insbesondere ist noch nicht geregelt, ob hier Klassenverbände oder ein Kurssystem vorgegeben werden, so dass die Bedarfe z.Zt. kaum absehbar sind.
- Unabhängig von der Kapazitätsfrage besteht **das Erfordernis einer kontinuierlichen qualitativen Weiterentwicklung**, um die Rahmenbedingungen für einen zeitgemäßen Un-

terricht und sich verändernde pädagogische Konzepte zu gewährleisten. Das bedeutet ausreichende und flexible Infrastrukturvoraussetzungen für Differenzierungsmaßnahmen oder für Formen des selbstständigen Lernens (insbesondere in der Oberstufe), modernes Medienangebot und moderne IT-Infrastruktur, u.a..

- **Zusätzliche Anforderungen** resultieren aus dem neuen Schulrecht: Die vorgesehene Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs hat zwangsläufig eine Verdichtung und Intensivierung der Lern- und Unterrichtsanforderungen zur Folge. Daneben wird eine verstärkte Verlagerung von Unterricht in den Nachmittagsbereich erforderlich, verbunden mit erhöhten Anforderungen im Bereich von Über-Mittag-Angeboten und der Verfügbarkeit von Aufenthalts- und Lernbereichen. Das Dionysianum weist hier aufgrund der vorgenommenen Erweiterung insgesamt die günstigsten Voraussetzungen auf, bei den anderen Standorten besteht Nachholbedarf.

Maßnahmenperspektiven

- Für die sich abzeichnenden Kapazitätsengpässe im Zeitraum von 2007/08 bis 2009/10 sollten **befristete Übergangslösungen** entwickelt werden (schulorganisatorische Maßnahmen, Anmietung zusätzlicher Raumkapazität). Das betrifft vorrangig das Kopernikus-Gymnasium (wegen hoher Auslastung) sowie das Dionysianum (wegen deutlich steigender Schülerzahlen). Voraussetzung: kontinuierliche Beobachtung der Schülerzahlenentwicklung und frühzeitige Abstimmung.
- Alternativ käme eine bauliche Erweiterung der Kapazität in Betracht. **Bauliche Erweiterungsmaßnahmen mit ausschließlich quantitativem Schwerpunkt** bieten sich angesichts der Schülerzahlenentwicklung mit Gipfelpunkt in 2008 und 2009 allerdings nicht mehr an. Sofern bauliche Maßnahmen in Betracht gezogen werden, sollten **qualitative Aspekte der Angebotsverbesserung**, verbunden mit flexiblen Nutzungskonzepten, im Vordergrund stehen.
- Unabhängig von der insgesamt verfügbaren Kapazität sollte durch organisatorische Maßnahmen eine möglichst gleichmäßige Auslastung der einzelnen Schulen angestrebt werden: bei deutlich unterschiedlicher Auslastung **Abstimmung der Aufnahmeentscheidungen** unter Beteiligung der Schulverwaltung, um größere Disparitäten zu vermeiden.
- Kontinuierliche Überprüfung von Sanierungs- und Ausstattungsbedarfen an allen drei Standorten, Erstellung einer Prioritätenliste
- Angesichts einer absehbaren Ausweitung der Nachmittagsanteile Überprüfung der Möglichkeiten für **Über-Mittag-Angebote**; soweit erforderlich **Verbesserung der Infrastrukturvoraussetzungen**, um auf mittlere Sicht an allen Standorten die Voraussetzungen für entsprechende Angebote zu gewährleisten (Catering- und Aufenthaltsbereich)
- Besondere **Ansatzpunkte für qualitative Weiterentwicklungen der Infrastruktur**: Mediothek am Kopernikusgymnasium. Das bereits vorliegende Konzept orientiert sich an den angesprochenen Erfordernissen (Weiterentwicklung der qualitativen Rahmenbedingungen für den Unterricht, flexible Raumnutzungskonzepte, Mensa-Bereich), eine Umsetzung sollte erwogen werden.
Am Emsland-Gymnasium fehlt eine Aula, ebenso fehlen Differenzierungsräume. Es sollte versucht werden, eine entsprechende Erweiterung mittelfristig – im Rahmen eines Gesamtkonzepts zum Aufbau eines Ganztagsangebots – umzusetzen.

Prognose der Schülerzahlenentwicklung, Gymnasien der Stadt Rheine, 2006/07-2012/13

Annahmen: lineare Fortschreibung der Übergänge und der Anteile der Standorte, alte Sekundarstufe

Emsland-Gymnasium

Schul-jahr	5. Jg.	6. Jg.	7. Jg.	8. Jg.	9. Jg.	10. Jg.	11. Jg.	12. Jg.	13. Jg.	Sek I	Kl. S I	Sek II	Ku S II	Ge-samt	Kl. ges.	Rm.-Bilz.
2001	108	86	99	114	84	116	95	98	90	607	21	283	15	890	36	<i>Sek I</i>
2002	104	111	79	93	106	116	122	87	94	609	21	303	16	912	37	<i>21UR</i>
2003	97	99	113	79	86	138	102	110	75	612	21	287	13	899	34	<i>Sek II</i>
2004	111	97	109	99	78	119	128	94	100	613	21	322	16	935	37	<i>12UR</i>
2005	90	106	96	111	91	101	88	117	86	595	21	291	15	886	36	<i>33UR</i>
2006	95	90	105	92	107	118	91	88	117	607	22	296	15	903	37	-
2007	93	95	89	101	89	139	106	91	88	606	22	285	15	892	37	-
2008	96	93	94	86	97	116	125	106	91	582	21	323	17	905	38	--
2009	95	96	92	90	83	126	104	125	106	583	21	336	17	919	38	--
2010	86	95	95	89	87	107	114	104	125	560	20	343	18	903	38	--
2011	95	86	94	92	86	113	97	114	104	566	21	314	16	880	37	-
2012	82	95	85	91	88	111	102	97	114	552	20	312	16	864	36	-

Gymnasium Dionysianum

Schul-jahr	5. Jg.	6. Jg.	7. Jg.	8. Jg.	9. Jg.	10. Jg.	11. Jg.	12. Jg.	13. Jg.	Sek I	Kl. S I	Sek II	Ku S II	Ge-samt	Kl. ges.	Rm.-Bilz.
2001	140	106	124	102	93	97	86	86	88	662	23	260	12	922	35	<i>Sek I</i>
2002	124	141	99	116	96	90	95	83	86	666	22	264	13	930	35	<i>25UR</i>
2003	140	126	137	96	117	90	84	92	83	706	24	259	12	965	36	<i>Sek II</i>
2004	123	143	126	136	94	112	77	80	90	734	24	247	12	981	36	<i>12UR</i>
2005	110	124	134	118	130	91	111	76	74	707	24	261	13	968	37	<i>37UR</i>
2006	118	110	123	129	114	130	91	111	76	723	26	278	14	1001	40	-
2007	116	118	109	118	124	114	130	91	111	699	25	332	17	1031	42	--
2008	120	116	117	105	114	124	114	130	91	696	25	335	17	1031	42	--
2009	119	120	115	112	101	114	124	114	130	681	25	368	19	1049	44	--
2010	107	119	119	111	108	101	114	124	114	665	24	352	18	1016	42	--
2011	118	107	118	114	107	108	101	114	124	672	25	339	17	1011	42	--
2012	102	118	106	113	110	107	108	101	114	656	24	323	17	979	41	-

Kopernikus-Gymnasium

Schul-jahr	5. Jg.	6. Jg.	7. Jg.	8. Jg.	9. Jg.	10. Jg.	11. Jg.	12. Jg.	13. Jg.	Sek I	Kl. S I	Sek II	Ku S II	Ge-samt	Kl. ges.	Rm.-Bilz.
2001	141	156	119	120	117	117	109	95	84	770	26	288	16	1058	42	<i>Sek I</i>
2002	174	139	156	115	113	115	113	102	97	812	28	312	19	1124	47	<i>26UR</i>
2003	155	173	149	149	108	112	115	118	99	846	29	332	18	1178	47	<i>Sek II</i>
2004	148	158	172	138	144	105	122	113	111	865	30	346	19	1211	49	<i>16UR</i>
2005	134	150	152	168	129	142	114	124	101	875	31	339	20	1214	51	<i>42UR</i>
2006	140	134	149	146	162	129	149	114	124	859	31	387	20	1246	51	--
2007	138	140	133	143	141	162	135	149	114	855	31	399	20	1254	51	--
2008	142	138	138	127	138	141	170	135	149	824	30	455	23	1278	53	--
2009	140	142	136	133	123	138	148	170	135	812	29	454	23	1265	52	--
2010	127	140	141	131	128	123	144	148	170	789	29	463	24	1252	53	--
2011	140	127	139	135	126	128	129	144	148	795	29	421	22	1216	51	--
2012	120	140	125	133	130	126	135	129	144	775	28	408	21	1183	49	--

Gymnasien gesamt

Schul-jahr	5. Jg.	6. Jg.	7. Jg.	8. Jg.	9. Jg.	10. Jg.	11. Jg.	12. Jg.	13. Jg.	Sek I	Kl. S I	Sek II	Ku S II	Ge-samt	Kl. ges.
2001	389	348	342	336	294	330	290	279	262	2039	70	831	43	2870	113
2002	402	391	334	324	315	321	330	272	277	2087	71	879	48	2966	119
2003	392	398	399	324	311	340	301	320	257	2164	74	878	43	3042	117
2004	382	398	407	373	316	336	327	287	301	2212	75	915	47	3127	122
2005	334	380	382	397	350	334	313	317	261	2177	76	891	48	3068	124
2006	353	334	376	367	383	377	331	313	317	2190	79	961	49	3151	128
2007	347	353	331	361	354	415	372	331	313	2161	78	1016	52	3177	130
2008	358	347	349	317	349	381	409	372	331	2102	76	1112	57	3214	133
2009	354	358	344	335	306	378	376	409	372	2076	75	1157	59	3234	134
2010	320	354	355	330	324	331	372	376	409	2014	73	1157	60	3171	133
2011	353	320	351	341	319	350	327	372	376	2033	75	1074	55	3107	130
2012	304	353	316	337	329	344	345	327	372	1983	72	1043	54	3027	126

Mögl. Schülerzahlenentwicklung an den Gymnasien, neues Schulrecht, 2006/07-2012/13

Annahmen: lineare Fortschreibung der Übergänge und der Anteile der Standorte, ab 2010 neue Oberstufe

Emsland-Gymnasium

Schul-jahr	5. Jg.	6. Jg.	7. Jg.	8. Jg.	9. Jg.	10. Jg.	11. Jg.	12. Jg.	13. Jg.	Sek I	Kl. S I	Sek II	Ku. S II	Gesamt	Kl. ges.	Rm.-Bilz.
2001	108	86	99	114	84	116	95	98	90	607	21	283	15	890	36	<i>Sek I</i>
2002	104	111	79	93	106	116	122	87	94	609	21	303	16	912	37	<i>21UR</i>
2003	97	99	113	79	86	138	102	110	75	612	21	287	13	899	34	<i>Sek II</i>
2004	111	97	109	99	78	119	128	94	100	613	21	322	16	935	37	<i>12UR</i>
2005	90	106	96	111	91	101	88	117	86	595	21	291	15	886	36	<i>33UR</i>
2006	95	90	105	92	107	118	91	88	117	607	22	296	15	903	37	-
2007	93	95	89	101	89	139	106	91	88	606	22	285	15	892	37	-
2008	96	93	94	86	97	116	125	106	91	582	21	323	17	905	38	--
2009	95	96	92	90	83	126	104	125	106	583	21	336	17	919	38	--
2010	86	95	95	89	113	97	97	104	125	478	18	423	22	902	40	--
2011	95	86	94	92	111	102	97	97	104	478	18	399	20	878	38	--
2012	82	95	85	91	115	100	102	97	97	467	17	395	20	862	37	-

Gymnasium Dionysianum

Schul-jahr	5. Jg.	6. Jg.	7. Jg.	8. Jg.	9. Jg.	10. Jg.	11. Jg.	12. Jg.	13. Jg.	Sek I	Kl. S I	Sek II	Ku. S II	Gesamt	Kl. ges.	Rm.-Bilz.
2001	140	106	124	102	93	97	86	86	88	662	23	260	12	922	35	<i>Sek I</i>
2002	124	141	99	116	96	90	95	83	86	666	22	264	13	930	35	<i>25UR</i>
2003	140	126	137	96	117	90	84	92	83	706	24	259	12	965	36	<i>Sek II</i>
2004	123	143	126	136	94	112	77	80	90	734	24	247	12	981	36	<i>12UR</i>
2005	110	124	134	118	130	91	111	76	74	707	24	261	13	968	37	<i>37UR</i>
2006	118	110	123	129	114	130	91	111	76	723	26	278	14	1001	40	-
2007	116	118	109	118	124	114	130	91	111	699	25	332	17	1031	42	--
2008	120	116	117	105	114	124	114	130	91	696	25	335	17	1031	42	--
2009	119	120	115	112	101	114	124	114	130	681	25	368	19	1049	44	--
2010	107	119	119	111	108	101	114	124	114	564	21	453	23	1016	44	--
2011	118	107	118	114	107	108	101	114	124	564	21	447	23	1011	44	--
2012	102	118	106	113	110	107	108	101	114	549	20	430	22	979	42	--

Kopernikus-Gymnasium

Schul-jahr	5. Jg.	6. Jg.	7. Jg.	8. Jg.	9. Jg.	10. Jg.	11. Jg.	12. Jg.	13. Jg.	Sek I	Kl. S I	Sek II	Ku. S II	Gesamt	Kl. ges.	Rm.-Bilz.
2001	141	156	119	120	117	117	109	95	84	770	26	288	16	1058	42	<i>Sek I</i>
2002	174	139	156	115	113	115	113	102	97	812	28	312	19	1124	47	<i>26UR</i>
2003	155	173	149	149	108	112	115	118	99	846	29	332	18	1178	47	<i>Sek II</i>
2004	148	158	172	138	144	105	122	113	111	865	30	346	19	1211	49	<i>16UR</i>
2005	134	150	152	168	129	142	114	124	101	875	31	339	20	1214	51	<i>42UR</i>
2006	140	134	149	146	162	129	149	114	124	859	31	387	20	1246	51	--
2007	138	140	133	143	141	162	135	149	114	855	31	399	20	1254	51	--
2008	142	138	138	127	138	141	170	135	149	824	30	455	23	1278	53	--
2009	140	142	136	133	123	138	148	170	135	812	29	454	23	1265	52	--
2010	127	140	141	131	128	129	138	148	170	666	24	585	30	1251	54	--
2011	140	127	139	135	126	135	129	138	148	667	24	549	28	1216	52	--
2012	120	140	125	133	130	132	135	129	138	649	24	534	27	1183	51	--

Gymnasien gesamt

Schul-jahr	5. Jg.	6. Jg.	7. Jg.	8. Jg.	9. Jg.	10. Jg.	11. Jg.	12. Jg.	13. Jg.	Sek I	Kl. S I	Sek II	Ku. S II	Gesamt	Kl. ges.
2001	389	348	342	336	294	330	290	279	262	2039	70	831	43	2870	113
2002	402	391	334	324	315	321	330	272	277	2087	71	879	48	2966	119
2003	392	398	399	324	311	340	301	320	257	2164	74	878	43	3042	117
2004	382	398	407	373	316	336	327	287	301	2212	75	915	47	3127	122
2005	334	380	382	397	350	334	313	317	261	2177	76	891	48	3068	124
2006	353	334	376	367	383	377	331	313	317	2190	79	961	49	3151	128
2007	347	353	331	361	354	415	372	331	313	2161	78	1016	52	3177	130
2008	358	347	349	317	349	381	409	372	331	2102	76	1112	57	3214	133
2009	354	358	344	335	306	378	376	409	372	2076	75	1157	59	3234	134
2010	320	354	355	330	349	327	349	376	409	1708	63	1461	75	3169	138
2011	353	320	351	341	344	345	327	349	376	1709	63	1396	71	3104	134
2012	304	353	316	337	355	339	345	327	349	1665	61	1359	69	3024	130

2.4.5 Situationsanalyse Gesamtschule

Die Stadt Rheine verfügt über einen Gesamtschulstandort. Die Euregio-Gesamtschule ist eine integrierte Gesamtschule mit vollem Ganztagsunterricht. Es können sämtliche Abschlüsse der Sekundarstufen I und II erreicht werden. Die Stadt Rheine bietet damit ein paralleles Angebot zum dreigliedrigen Schulsystem bei entsprechender Wahlmöglichkeit durch die Eltern.

Eine integrierte Gesamtschule bietet ein hohes Maß an Durchlässigkeit zwischen allen Bildungsgängen. Die Gesamtschule steht in Konkurrenz insbesondere zu den Hauptschulen und Realschulen, was sich auch für Rheine an den Schülerzahlen nach Einrichtung der Gesamtschule ablesen lässt. Entsprechend hat die Gesamtschule auch mit ähnlichen sozialen Problemen zu kämpfen wie die Hauptschule.

Die Gesamtschule Rheine ist laut Ratsbeschluss auf 5-Zügigkeit begrenzt und auch baulich auf 5-zügigen Betrieb ausgelegt. Jährlich können 150 Schüler aufgenommen werden. Die Anmeldezahlen übersteigen allerdings in der Regel die verfügbare Kapazität, so dass in den letzten Jahren durchweg Schüler abgewiesen werden mussten.

Vorangegangene und zu erwartende Entwicklung

Anmeldungszahlen an der Euregio-Gesamtschule 2000-2006

Schuljahr	Anmeldg. gesamt	Anmeldg. aus Rheine	Anmeldg. auswärtig	Anteil auswärtig	Abschlussjahrgang Grdsch.	Anm. aus Rheine in % v. Grdsch.	abgelehnt gesamt	in % v. Anmeldg.
2000/01	231	218	13	5,6%	843	25,9%	81	35,1%
2001/02	228	216	12	5,3%	1000	21,6%	78	34,2%
2002/03	222	217	5	2,3%	942	23,0%	72	32,4%
2003/04	235	215	20	8,5%	894	24,0%	85	36,2%
2004/05	213	192	21	9,9%	876	21,9%	63	29,6%
2005/06	301	272	29	9,6%	831	32,7%	151	50,2%
2006/07	258	224	34	13,2%	838	26,7%	108	41,9%

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Anmeldungszahlen, eigene Berechnungen

Zurückliegende und zu erwartende Schülerzahlentwicklung der Gesamtschule 2001/02-2012/13

Schuljahr	5. Jg.	6. Jg.	7. Jg.	8. Jg.	9. Jg.	10. Jg.	11. Jg.	12. Jg.	13. Jg.	Sek I	Kl. S I	Sek II	Ku. S II	Gesamt	Kl. ges.
2001	148	152	143	154	156	131	34	43	23	884	30	100	6	1022	36
2002	145	155	153	151	161	136	42	33	29	901	30	104	6	1018	36
2003	150	150	157	149	155	150	41	31	24	911	30	96	3	1019	36
2004	150	150	150	153	148	142	47	38	27	893	30	112	3	1016	36
2005	149	154	153	149	154	151	54	39	32	910	30	125	6	1012	36
2006	150	149	154	153	149	154	46	37	30	909	30	113	6	1013	36
2007	150	150	149	154	153	149	46	37	30	905	30	113	6	1013	36
2008	150	150	150	149	154	153	46	37	30	906	30	113	6	1022	36
2009	150	150	150	150	149	154	46	37	30	903	30	113	6	1018	36
2010	150	150	150	150	150	149	46	37	30	899	30	113	6	1019	36
2011	150	150	150	150	150	150	46	37	30	900	30	113	6	1016	36
2012	150	150	150	150	150	150	46	37	30	900	30	113	6	1012	36

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; eigene Berechnungen; 2001-05=tatsächliche Zahlen

- Die **Anmeldungszahlen** lagen zwischen 2000 und 2004 **relativ konstant** bei einer Größenordnung von ca. 220-230 Schülern. Im Schuljahr 2005/06 wurde dagegen erstmals eine Anmeldungszahl von 300 Schülern erreicht. In 2006/07 war die Zahl mit 258 Anmeldungen wieder etwas niedriger. Aufgrund der begrenzten Kapazität mussten jeweils 30-40%

aller angemeldeten Schüler abgewiesen werden, im Ausnahmejahr 2005 ca. 50% aller Anmeldungen.

- Die Differenzierung nach Anmeldungen aus der Stadt Rheine sowie aus den umliegenden Kommunen macht deutlich, dass **der Anteil der auswärtigen Anmeldungen** in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist, von 8,5% in 2003 auf 13,2% in 2006. Betrachtet man nur die Anmeldungen aus Rheine, so bewegt sich die Zahl in 2006 in etwa auf dem Niveau früherer Jahre. Auch die Zahl der Anmeldungen aus Rheine übersteigt allerdings die verfügbaren Kapazitäten.
- Insgesamt kommt in den Anmeldungen eine hohe und in der kurzfristigen Tendenz eher gestiegene Attraktivität des Gesamtschulangebots zum Ausdruck. **Die weitere Entwicklung der Anmeldungszahlen** ist schwer vorherzusagen. Angesichts sinkender Eingangszahlen für den Sekundarbereich wären bei einem in etwa gleich bleibenden Anteil der Anmeldungen für die Gesamtschule in den nächsten Jahren sinkende Anmeldungszahlen zu erwarten. Ein Einfluss ist auch aus dem Aufbau eines Ganztagsangebots an den Hauptschulen zu erwarten. Es kann vermutet werden, dass in der Entscheidung für die Gesamtschule z.T. auch die Präferenz für ein Ganztagsangebot zum Ausdruck kommt, so dass ein gut ausgebautes Angebot im Hauptschulbereich zu einer partiellen Entlastung führen könnte.

Bedarfssituation und Maßnahmenperspektiven

- Die aufgeführten Anmeldungszahlen belegen, dass die Nachfrage nach der Schulform Gesamtschule z.Zt. **die verfügbare Angebotskapazität übersteigt**. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Situation in den nächsten Jahren – bei eher nachlassender Tendenz aufgrund der demografischen Entwicklung – noch andauern wird.
- **Eine Ausweitung des Schulbetriebs auf 6 Züge** ist auf der Basis der verfügbaren Infrastruktur nicht möglich und würde eine Ausweitung der Raumkapazität erforderlich machen. Bauliche Erweiterungsmaßnahmen bieten sich allerdings für den Sekundarbereich aufgrund der demografischen Entwicklung kaum noch an, da sich die Jahrgangszahlen aktuell bereits leicht rückläufig entwickeln und längerfristig mit einem erheblichen Rückgang der Schülerzahlen zu rechnen ist. Gegen eine Ausweitung des Gesamtschulangebots spricht auch, dass hiermit – unabhängig von baulichen Aspekten – zwangsläufig die Aufgabe eines Hauptschulstandorts verbunden wäre.
- Es wird statt dessen empfohlen, **zunächst die weitere Entwicklung abzuwarten**. Es bleibt abzuwarten, ob sich aus dem Ganztagsangebot an der Elisabeth-Hauptschule, beginnend mit dem Schuljahr 2006/07, eine Stärkung der Hauptschule und ein nachlassender Druck auf die Anmeldungszahlen der Gesamtschule entwickelt. Daneben sollte im Hauptschulbereich in Richtung auf Verbundsysteme von Hauptschule und Realschule gedacht werden, um die Attraktivität und Durchlässigkeit dieser Schulform zu steigern.
- Unter eher qualitativen Gesichtspunkten wird die Ausstattung der Gesamtschule von der Schulleitung insgesamt als gut beurteilt. **Ein Defizit besteht allerdings bei der Sporthallenkapazität**. Den insgesamt 36 Klassen – 30 in Sek I, 6 in Sek II – stehen z.Zt. 2 Halleneinheiten gegenüber. Bei einem Bedarfsschlüssel von einer Einheit für 10 Klassen¹⁰ ergibt sich ein Fehlbedarf von 1,5 Halleneinheiten. Die derzeit praktizierte Lösung - Inanspruchnahme von Hallenkapazität an den Grundschulen – stellt keine Dauerlösung dar, da
 - zwangsläufig ein hoher zeitlicher und organisatorischer Aufwand entsteht

¹⁰ sh. Grundsätze für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemeinbildende Schulen und Förderschulen, RdErl. des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 19.10.1995

- die Grundschulhallen nicht für den Sportunterricht der Sekundarstufe ausgelegt sind
- für den Schulträger hohe Fahrtaufwendungen entstehen

Es wird empfohlen, die Hallenkapazität an der Gesamtschule zu erweitern und an die 5-Zügigkeit der Schule anzupassen.

2.4.6 Leitlinien für die zukünftige Angebotsgestaltung aus der vorstehenden Analyse

Standortsicherung:

- Hauptschulstandorte stärken durch inhaltliche Weiterentwicklung und moderne Schul-Infrastruktur
- bei längerfristig sinkenden Schülerzahlen in der Sekundarstufe Vorrang für Standortsicherung gegenüber Standortschließung, um ausgebautes teilräumliches Angebot zu erhalten
- bei Bedarf Verbundsystem Hauptschule – Realschule anstreben, um Standorte zu sichern, die Attraktivität der Hauptschule zu erhöhen sowie die Durchlässigkeit der beiden Schulformen zu verbessern

Kooperation, Abstimmung

- abgestimmte Profilbildung und Angebotskooperationen der Standorte, um ein möglichst breites und ausdifferenziertes Angebot zu gewährleisten
- bei Bedarf Abstimmung der Aufnahmeentscheidungen zwischen den Standorten einer Schulform, um größere Disparitäten in der Auslastung zu vermeiden

Erhalt und Weiterentwicklung des Angebots

- Ganztagsschulangebot weiter ausbauen, Angebot für alle Schulformen der Sekundarstufe anstreben
- kontinuierliche Feststellung von Renovierungs- und Sanierungsbedarfen an allen Standorten, Erstellung einer Prioritätenliste
- qualitative Weiterentwicklung der Infrastruktur, um neue Anforderungen zu bewältigen und Bildungsangebot in der Stadt Rheine attraktiv zu halten: technische und mediale Ausstattung, Zonen für selbständiges Lernen
- bei zunehmender Inanspruchnahme des Nachmittagsbereichs Schaffung der Voraussetzungen für Über-Mittag-Angebote an allen Standorten

Weitere mögliche Planungsthemen zusammen mit der Jugendhilfe

- Ganztagsangebot an den Schulformen der Sekundarstufe
- Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven der Schulsozialarbeit, Integration mit Angeboten des Jugendamts
- Kooperation Schulen – Erziehungshilfe in den Feldern Prävention, Problemintervention; Bestandsaufnahme und Perspektiven der Weiterentwicklung
- Kooperation Schulen – offene Jugendarbeit; Angebote der Jugendarbeit in den Schulen, Einbindung der Schulen in die sozialraumbezogene Angebotsstruktur der Jugendarbeit

2.5 Situationsanalyse Grüterschule – Förderschule mit Förderschwerpunkt Lernen

Rheine verfügt mit der Grüterschule über eine **Förderschule mit Schwerpunkt Lernen** in städtischer Trägerschaft. Das Einzugsgebiet umfasst die Bereiche Rheine, Neuenkirchen / St. Arnold sowie Hörstel-Dreierwalde. Daneben besteht mit der Heinrich-Hoffmann-Schule eine Schule für Kranke, die direkt an ein Krankenhaus angegliedert ist. Alle weiteren Förderschulen mit jeweils anderen Schwerpunkten werden in Trägerschaft des Kreises geführt. Eine umfassende Analyse der Gesamtsituation ist daher an dieser Stelle nicht vorzunehmen.

Die Schülerzahl an der Grüterschule hat in der zweiten Hälfte der 90er Jahre sowie nach 2000 stetig zugenommen und erreichte im Schuljahr 2004/05 mit knapp über 300 Schülern einen Höchststand. Diese Entwicklung ist ganz wesentlich auf die demographische Entwicklung mit steigenden Schülerzahlen zurückzuführen.

Eine **Schülerprognose für die Grüterschule** ist aus verschiedenen Gründen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Zu berücksichtigen ist zunächst das Aufnahmeverfahren. Nur wenige Kinder werden schon mit Beginn der Schulpflicht in die Grüterschule aufgenommen. Die größere Zahl der Kinder besucht zunächst eine allgemeine Schule und wird bei Wechsel zur Grüterschule einer Lerngruppe zugeordnet, die dem jeweiligen Alter und dem schulischen Leistungsvermögen entspricht. Jahrgangsbezogene Berechnungen wie in den anderen Schulformen sind daher kaum möglich. **Aus der aktuellen demographische Entwicklung resultiert allerdings insgesamt eine Abnahmetendenz:** da sowohl der Primarbereich wie auch der Sekundarbereich der Regelschulen gegenwärtig durch deutlich rückläufige Schülerzahlen gekennzeichnet ist, kann auch für die Grüterschule mit rückläufigen Zahlen gerechnet werden.

Die Entwicklung an der Grüterschule wird daneben beeinflusst durch **das Angebot an integrativen Klassen in den Regelschulen**. Rheine verfügt zur Zeit über zwei Schwerpunktgrundschulen für integrativen Unterricht, die Annetteschule im östlichen Kernstadtgebiet (rechts der Ems) sowie die Michaelschule im westlichen Kernstadtbereich (links der Ems). Zusätzlich ist vorgesehen, im südlichen Stadtgebiet die Johannesschule Mesum oder die Marienschule Hauenhorst zur Schwerpunktschule auszubauen, allerdings ist eine Umsetzung bisher aufgrund geringen Bedarfs noch nicht erfolgt. Da von Elternseite vielfach ein gemeinsamer Unterricht präferiert wird, kann ein dezentral gut ausgebautes Angebot eine rückläufige Entwicklung der Schülerzahlen an der Grüterschule mit beeinflussen. Entscheidend für den Ort der Förderung ist allerdings der jeweils individuelle Förderbedarf. Auch bei einem gezielten Ausbau integrativer Arbeitsansätze verbleiben in hohem Maße Problemlagen, die den Unterricht in einer Förderschule erforderlich machen.

Als gegenläufiger Aspekt kommt hinzu, dass sich bei der Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs generell **eine fachliche Weiterentwicklung** vollzogen hat, etwa in Richtung auf eine verstärkte Zusammenarbeit der Institutionen Kindertagesstätten, Schulen, soziale/psychologische/medizinische Dienste sowie in Richtung auf eine stärker präventive Ausrichtung und eine verbesserte Früherkennung. Eventuelle Effekte – etwa im Sinne einer Zunahme des diagnostizierten Förderbedarfs - lassen sich jedoch kaum beziffern.

In der Summe der Überlegungen wird in der folgenden Tabelle im aktuellen Planungszeitraum für die Grüterschule **von kontinuierlich leicht rückläufigen Zahlen** ausgegangen. In diese Richtung weisen auch die Zahlen zur Anzahl der Verfahren zur Feststellung des sonder-

pädagogischen Förderbedarfs im Einzugsbereich der Grütterschule für die Jahre 2004 und 2005 (2004: 65 Gutachten, 2005: 56 Gutachten). Gegen Ende des Planungszeitraums wäre nach der unterstellten möglichen Entwicklung in etwa der Stand des Jahres 2000 erreicht, die Zweizügigkeit bliebe im gesamten Zeitraum erhalten. Erforderlich ist in jedem Fall eine kontinuierliche Beobachtung der Schülerzahlenentwicklung, um auf kurzfristige Entwicklungen reagieren zu können.

Schülerzahlenentwicklung der Grütterschule; tatsächliche Entwicklung 2000-2006 und mögliche Entwicklung 2007-2012

Schul-jahr	1./2. Jahrg.	3. Jahrg.	4. Jahrg.	5. Jahrg.	6. Jahrg.	7. Jahrg.	8. Jahrg.	9. Jahrg.	10. Jahrg.	Gesamt	Klassen	Raum-bilanz
2000	25	13	30	24	51	29	30	43	27	272	20	
2001	22	24	34	38	31	49	30	26	35	289	19	17 UR
2002	18	29	28	43	41	30	50	30	24	293	20	2 GR
2003	22	15	32	40	44	44	27	46	25	295	21	+1 UR
2004	24	20	20	36	42	49	49	25	38	303	21	+3 UR
2005	18	18	26	27	36	43	45	40	25	278	19	
2006	19	14	28	32	30	42	43	39	40	287	20	±
2007	19	17	24	31	36	44	46	35	34	285	18	+
2008	19	16	23	31	35	44	45	38	33	284	18	+
2009	19	16	23	30	34	43	44	37	36	282	18	+
2010	18	15	22	30	34	42	44	37	34	277	18	+
2011	17	15	21	29	33	42	44	37	34	272	18	+
2012	17	14	21	28	32	41	44	36	35	268	17	+

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; 2006 Zahlen der Schule; eigene Berechnungen

Bedarfssituation und Empfehlungen

Die Grütterschule verfügt über 17 Unterrichtsräume sowie 2 Gruppenräume und einen großen Mehrzweckraum. Daneben werden z.Zt. ein Unterrichtsraum in der unmittelbar benachbarten Elisabethschule (Hauptschule) sowie drei Unterrichtsräume in der ebenfalls benachbarten ehemaligen Akademie Überlingen genutzt. Bei aktuell 20 Klassen ist die Raumsituation damit – auch unter Berücksichtigung von Differenzierungserfordernissen – ausgeglichen. Die Verteilung auf mehrere Standorte ist allerdings nicht ideal. In Abhängigkeit von der Schülerzahlenentwicklung kann hier **die Aufgabe eines Außenstandorts erfolgen**.

Die Schule hat für das Schuljahr 2006/07 einen Antrag auf **Umwandlung in eine Ganztagschule** gestellt, der jedoch nicht bewilligt wurde. Grundlage des Antrags war eine Elternbefragung, die einen hohen Bedarf ergeben hatte. Im Kreis Steinfurt hat zum Schuljahr 2006/07 keine Förderschule einen Zuschlag als Ganztagschule erhalten. Der Antrag sollte aufrechterhalten werden, um zu einem späteren Zeitpunkt die Chance zum Aufbau Ganztagsangebots zu nutzen.

Konzeptionell war **ein gemeinsamer Aufbau des Ganztagsbetriebs** mit der direkt benachbarten Elisabethschule angedacht, die beginnend mit dem Schuljahr 2006/07 zur gebundenen Ganztagschule umgewandelt wird, z.B. gemeinsam genutzte Mensa in der Mitte zwischen beiden Schulen, gemeinsame Gruppenbildung. Entsprechende Kooperationen sind insbesondere auch unter pädagogischen Gesichtspunkten sinnvoll. Bestehende Kooperationsansätze mit der Elisabethschule sollten daher – unabhängig vom Aufbau eines Ganztagsangebots – ausgeweitet werden. Insbesondere sollte geprüft werden, ob Schüler der Grütterschule am Nachmittagsangebot der Elisabethschule teilnehmen können.

Genereller Ausbau der Versorgung mit sonderpädagogischen Förderangeboten: Da die Stadt mit Ausnahme der Grüterschule nicht Träger der Förderschulen ist und die fachliche Koordination und Ausgestaltung sowohl des diagnostischen Verfahrens wie auch des Förderangebots in die Zuständigkeit der Schulaufsicht fällt, hat die Stadt in diesem Feld nur begrenzte Steuerungsfunktion. Die Zuständigkeit der Stadt betrifft hier im Kern die Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur. Andererseits kommt der Stadt im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe eine wesentliche Gestaltungsfunktion im vor- und außerschulischen Bereich zu. Es sollte daher angestrebt werden, **einen kontinuierlichen Gesprächszusammenhang zwischen Schulträger (Stadt und Kreis), Schulaufsicht sowie psychologischen und medizinischen Diensten zu etablieren.** Aufgaben: gemeinsame Erörterung der Entwicklung von Problemlagen und Zielgruppen, abgestimmte Weiterentwicklung des Förderangebots. In den Gesprächszusammenhang sollten auch die Kindertagesstätten eingebunden werden, um ein angemessenes Frühförderangebot sowie eine abgestimmte und geschlossene Funktionskette von Förderangeboten zu gewährleisten.

2.6 Situationsanalyse berufsbildende Schulen in der Stadt Rheine

Rheine verfügt über zwei Standorte für berufsbildende Schulen in städtischer Trägerschaft, das Berufskolleg sowie die kaufmännischen Schulen - Berufskolleg. Der Schwerpunkt des Berufskollegs liegt in den Berufsfeldern Technik, Ernährung und Hauswirtschaft, Sozial- und Gesundheitswesen, der Schwerpunkt der kaufmännischen Schulen entsprechend in den kaufmännischen Berufen. Beide Berufskollegs bieten unterschiedlichste Bildungsgänge und Abschlüsse an und ermöglichen den Erwerb der Hochschulreife.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre war an beiden Berufskollegs durch kontinuierlich steigende Schülerzahlen gekennzeichnet. Aufgrund der steigenden Nachfrage wurde bei den kaufmännischen Schulen in 2004 eine bauliche Erweiterung vorgenommen. Generell ist ein bedarfsgerechter Ausbau des berufsbezogenen Bildungsangebots – sowohl im Hinblick auf angebotene Bildungsgänge wie auch im Hinblick auf die jeweilige Rahmen-Infrastruktur – auch zukünftig von herausgehobener Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Rheine.

Mögliche Schülerzahlenentwicklung

Für die zu erwartende Schülerzahlenentwicklung ist zunächst die demographische Entwicklung relevant, siehe die bereits erörterte allgemeine Bevölkerungsprognose für die Stadt Rheine, insbesondere die Entwicklung der Altersgruppe 16-<19 Jahre. Zusätzlich steht **die aktuelle, turnusmäßig erstellte Schülerzahlenprognose** des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW zur Verfügung¹¹, in die zusätzlich **Komponenten des Übergangsverhaltens** der Schulabgänger der allgemeinbildenden Schulen mit eingehen, und die auf Landesebene eine differenzierte Vorhersage nach einzelnen Bildungsgängen liefert. Diese Prognose kann auf die Ausgangsbedingungen in der Stadt Rheine bezogen werden, was sich in der Vergangenheit als relativ verlässliches Vorhersageverfahren erwiesen hat.

Grundsätzlich ist allerdings zu berücksichtigen, dass der gesamte Bereich der beruflichen Bildung **mit erheblichen Unwägbarkeiten** verbunden ist. Insbesondere wird der Zugang zu den berufsbildenden Schulen in erheblichem Maße von den Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes beeinflusst, speziell von der Situation auf dem Lehrstellenmarkt. Daneben spielen weitere Faktoren wie z.B. die verfügbaren Kapazitäten in den verschiedenen Bildungsgängen oder der Bekanntheitsgrad einzelner, neuer Bildungsgänge eine Rolle. Vorausberechnungen sind daher in diesem Bereich **nicht mit der gleichen Sicherheit möglich** wie bei den allgemeinbildenden Schulen.

Nachfolgende Übersicht weist die prognostizierte Entwicklung auf Landesebene aus. Es wird deutlich, dass kurzfristig von **einer weiteren Zunahme der Schülerzahlen** ausgegangen werden muss:

¹¹ sh. Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW: Schülerprognose und Schulabgängerprognose bis zum Schuljahr 2029/30, Düsseldorf April 2005

Prognose der Schülerzahlen des Berufskollegs für NRW, Ausgangsjahr 2004/05

Schul-jahr	Vorkl. Berufsgsch.	Berufsgrundschulj.	Berufsfachsch. o.GOST	gymn. Oberstufe	Fachober-sch.VZ	Fachschule Vollz.	Vollzeit-gesamt	Berufsschule	Fachober-sch.TZ	Fachschule Teilz.	Teilzeit-gesamt	VZ u. TZ gesamt
04/05	6.321	15.772	114.837	17.198	11.417	24.253	189.798	350.896	11.058	20.615	382.569	572.367
05/06	6.620	16.450	120.860	18.060	11.920	24.250	198.160	356.930	11.540	20.620	389.090	587.250
06/07	6.550	16.290	124.300	18.590	12.260	24.250	202.240	367.910	11.880	20.620	400.410	602.650
07/08	6.590	16.390	126.590	19.010	12.470	24.250	205.300	378.840	12.070	20.620	411.530	616.830
08/09	6.190	15.390	124.230	18.880	12.300	24.250	201.240	381.460	11.910	20.620	413.990	615.230
09/10	5.820	14.470	118.710	18.330	11.700	24.250	193.280	377.320	11.330	20.620	409.270	602.550
10/11	5.250	13.060	111.650	17.330	11.020	24.250	182.560	365.430	10.670	20.620	396.720	579.280
11/12	5.060	12.590	106.200	16.440	10.450	24.250	174.990	352.200	10.120	20.620	382.940	557.930
12/13	5.090	12.660	104.640	15.940	10.280	24.250	172.860	341.840	9.960	20.620	372.420	545.280

Quelle: Ministerium für Schule, Jugend und Kinder NRW, 4/2005; eigene Berechnungen
2004/05=tatsächliche Zahlen

Prognose der Schülerzahlen des Berufskollegs für NRW in Prozent von Schuljahr 2004/05

Schul-jahr	Vorkl. Berufsgsch.	Berufsgrundschulj.	Berufsfachsch. o.GOST	gymn. Oberstufe	Fachober-sch.VZ	Fachschule Vollz.	Vollzeit-gesamt	Berufsschule	Fachober-sch.TZ	Fachschule Teilz.	Teilzeit-gesamt	VZ u. TZ gesamt
04/05	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
05/06	104,7	104,3	105,2	105,0	104,4	100,0	104,4	101,7	104,4	100,0	101,7	102,6
06/07	103,6	103,3	108,2	108,1	107,4	100,0	106,6	104,8	107,4	100,0	104,7	105,3
07/08	104,3	103,9	110,2	110,5	109,2	100,0	108,2	108,0	109,2	100,0	107,6	107,8
08/09	97,9	97,6	108,2	109,8	107,7	100,0	106,0	108,7	107,7	100,0	108,2	107,5
09/10	92,1	91,7	103,4	106,6	102,5	100,0	101,8	107,5	102,5	100,0	107,0	105,3
10/11	83,1	82,8	97,2	100,8	96,5	100,0	96,2	104,1	96,5	100,0	103,7	101,2
11/12	80,1	79,8	92,5	95,6	91,5	100,0	92,2	100,4	91,5	100,0	100,1	97,5
12/13	80,5	80,3	91,1	92,7	90,0	100,0	91,1	97,4	90,1	100,0	97,3	95,3

Quelle: Ministerium für Schule, Jugend und Kinder NRW, 4/2005; eigene Berechnungen

Kurzfristig ist in NRW für sämtliche Bildungsgänge ein Anstieg erkennbar. Der Gipfelpunkt der Entwicklung ist in den Jahren 2007/08 und 2008/09 zu erwarten. In 2012/13 liegen die Schülerzahlen bereits wieder deutlich unter dem aktuellen Niveau (Größenordnung 10%)

Überträgt man die prognostizierte landesweite Entwicklung auf die Stadt Rheine, so ergibt sich folgendes Bild der **möglichen Schülerzahlenentwicklung**:

Mögl. Schülerzahlenentwicklung der Städt. Kaufmänn. Schulen - Berufskolleg 2000-2012

Schul-jahr	Vorkl. Berufsgsch.	Berufsgrundschulj.	Berufsfachsch. o.GOST	gymn. Oberstufe	Fachober-sch.VZ	Fachschule Vollz.	Vollzeit-gesamt	Berufsschule	Fachober-sch.TZ	Fachschule Teilz.	Teilzeit-gesamt	VZ u. TZ gesamt
00/01	0	0	425	123	21	0	569	1.133	0	135	1.268	1.837
01/02	0	0	426	207	29	0	662	1.171	0	145	1.316	1.978
02/03	0	0	442	224	27	0	693	1.120	0	141	1.261	1.954
03/04	0	0	456	211	27	0	694	1.090	0	172	1.262	1.956
04/05	0	0	549	188	49	0	786	1.128	0	142	1.270	2.056
05/06	0	0	588	189	47	0	824	1.072	0	135	1.207	2.031
06/07	0	0	599	221	26	0	846	1.098	0	131	1.229	2.075
07/08	0	0	611	226	27	0	864	1.131	0	131	1.262	2.126
08/09	0	0	600	225	27	0	852	1.139	0	131	1.270	2.122
09/10	0	0	574	219	26	0	819	1.127	0	131	1.258	2.077
10/11	0	0	540	208	25	0	773	1.092	0	131	1.223	1.996
11/12	0	0	514	198	24	0	736	1.053	0	131	1.184	1.920
12/13	0	0	507	192	24	0	723	1.023	0	131	1.154	1.877

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; Landesprognose; eig. Berechnungen
2000/01-2005/06=tatsächliche Zahlen, 2006/07 Vorab-Daten der Schule

Mögliche Schülerzahlenentwicklung des Berufskollegs der Stadt Rheine 2000-2012

Schuljahr	Vorkl. Berufsgschj.	Berufsgrundschulj.	Berufsf.sch. o. GOST	gymn. Oberstufe*	Fachobersch.VZ	Fachschule Vollz.	Vollzeitgesamt	Berufsschule	Fachobersch.TZ	Fachschule Teilz.	Teilzeitgesamt	VZ u. TZ gesamt
00/01	45	105	78	222	70	15	535	1.388	65	18	1.471	2.006
01/02	48	83	44	282	74	27	558	1.381	54	20	1.455	2.013
02/03	70	102	44	318	126	49	709	1.398	0	16	1.414	2.123
03/04	80	146	82	337	150	72	867	1.301	0	18	1.319	2.186
04/05	60	156	103	364	183	68	934	1.206	0	12	1.218	2.151
05/06	49	210	101	418	183	69	1.030	1.218	0	12	1.230	2.260
06/07	41	205	91	453	170	74	1.034	1.229	0	12	1.241	2.275
07/08	42	207	93	464	173	74	1.053	1.266	0	12	1.278	2.331
08/09	40	195	92	461	171	74	1.033	1.275	0	12	1.287	2.320
09/10	38	184	88	448	163	74	995	1.262	0	12	1.274	2.269
10/11	35	167	83	424	154	74	937	1.223	0	12	1.235	2.172
11/12	34	161	79	403	147	74	898	1.179	0	12	1.191	2.089
12/13	35	162	78	391	145	74	885	1.145	0	12	1.157	2.042

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; Landesprognose; eigene Berechnungen
2000-2005=tatsächliche Zahlen, 2006/07 Vorab-Daten der Schule

Mögliche Schülerzahlenentwicklung der beiden Berufskollegs der Stadt Rheine 2000-2012

Schuljahr	Vorkl. Berufsgschj.	Berufsgrundschulj.	Berufsfachsch. G Ost	gymn. Oberstufe	Fachobersch.VZ	Fachschule Vollz.	Vollzeitgesamt	Berufsschule	Fachobersch.TZ	Fachschule Teilz.	Teilzeitgesamt	VZ u. TZ gesamt
00/01	45	105	503	345	91	15	1.104	2.521	65	153	2.739	3.843
01/02	48	83	470	489	103	27	1.220	2.552	54	165	2.771	3.991
02/03	70	102	486	542	153	49	1.402	2.518	0	157	2.675	4.077
03/04	80	146	538	548	177	72	1.561	2.391	0	190	2.581	4.142
04/05	60	156	652	552	232	68	1.720	2.334	0	154	2.488	4.208
05/06	49	210	689	607	230	69	1.854	2.290	0	147	2.437	4.291
06/07	41	205	690	674	196	74	1.880	2.327	0	143	2.470	4.350
07/08	42	207	704	690	200	74	1.917	2.397	0	143	2.540	4.457
08/09	40	195	692	686	198	74	1.885	2.414	0	143	2.557	4.442
09/10	38	184	662	667	189	74	1.814	2.389	0	143	2.532	4.346
10/11	35	167	623	632	179	74	1.710	2.315	0	143	2.458	4.168
11/12	34	161	593	601	171	74	1.634	2.232	0	143	2.375	4.009
12/13	35	162	585	583	169	74	1.608	2.168	0	143	2.311	3.919

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; Landesprognose; eigene Berechnungen
2000-2005=tatsächliche Zahlen, 2006/07 Vorab-Daten der Schule

- Seit 2000 ist ein kontinuierlicher Anstieg der Schülerzahlen erkennbar, hierin spiegelt sich sowohl die demografische Entwicklung wie auch die Entwicklung des Arbeitsmarktes.
- Deutlich steigenden Zahlen im Vollzeit-Bereich stehen in den letzten Jahren rückläufige Zahlen im Teilzeit-Bereich gegenüber. Letzteres ist primär auf rückläufige Zahlen bei den Ausbildungsverhältnissen zurückzuführen.
- In der Prognose wird der Gipfelpunkt der Schülerzahlenentwicklung im Schuljahr 2007/08 erreicht. Gegenüber dem Stand von 2005/06 kann von einem weiteren Plus von ca. 150 Schülern ausgegangen werden.
- Ab 2008/09 setzt eine rückläufige Entwicklung ein. In 2010 könnten die Zahlen bereits wieder unter dem Niveau von 2005/06 liegen, was einem Rückgang um annähernd 300 Schüler entspricht. In 2012/13 ist das Ausgangsniveau von 2000/01 in etwa wieder erreicht.

Kurzfristig, in den nächsten 2-3 Jahren, ist also für die beiden Berufskollegs noch **mit steigenden Anforderungen** zu rechnen, wobei aus der **Verschiebung von Teilzeitangeboten hin zu Vollzeitangeboten** zusätzliche Anforderungen resultieren. Im 4-5-Jahreshorizont ist allerdings – demographisch bedingt – bereits mit einer spürbaren Entlastung zu rechnen.

Bedarfssituation an den Standorten

Beide Berufskollegs sind zur Zeit durch einen Schulbetrieb mit verteilten Standorten gekennzeichnet, da jeweils zusätzliche Räume angemietet wurden:

Für das **Berufskolleg** wurden 6 Unterrichtsräume in der ehemaligen Postausbildungsstelle angemietet. Zusätzlich wurden durch bauliche Umgestaltung der nicht mehr benötigten Schmiede zwei Klassenräume gewonnen. Die Raumsituation ist damit nach Auskunft des Schulleiters zu Beginn des Schuljahres in etwa 2006/07 ausgeglichen. Beim Bildungsgang des informationstechnischen Assistenten mussten Bewerber abgelehnt werden, da die Ausbildungskapazität auf 70 Schüler limitiert ist.

Die **kaufmännischen Schulen** verfügen über 10 zusätzliche Unterrichtsräume im Josef-Winkler-Zentrum. Die Raumsituation ist nach Auskunft des Schulleiters zu Beginn des Schuljahres 2006/07 problematisch, der Schulbetrieb ist jedoch gesichert. Dringend benötigt wird ein Selbstlernzentrum, was die Umwidmung von 2 Klassenräumen erforderlich machen würde, z.Zt. jedoch nicht umsetzbar ist. Im Bereich der höheren Handelsschule mussten Bewerber abgewiesen werden, da die vorhandene Kapazität voll ausgelastet ist.

Die folgende Tabelle setzt die angenommene Entwicklung der Schülerzahlen in rechnerische Klassenzahlen um.

Mögliche Schüler- und Klassenzahlen der Berufskollegs der Stadt Rheine 2000-2012

Schuljahr	Städt. Kaufmännische Schulen – Berufskolleg						Berufskolleg der Stadt Rheine					
	Schüler gesamt	Klassen gesamt	Schüler Teilzeit	Klassen Teilzeit	Schüler Vollzeit	Klassen Vollzeit	Schüler gesamt	Klassen gesamt	Schüler Teilzeit	Klassen Teilzeit	Schüler Vollzeit	Klassen Vollzeit
00/01	1.837	87	1.268	63	569	24	2.006	96	1.471	74	535	22
01/02	1.978	100	1.316	71	662	29	2.013	101	1.455	75	558	26
02/03	1.954	97	1.261	66	693	31	2.123	106	1.414	73	709	33
03/04	1.956	96	1.262	66	694	30	2.186	115	1.319	78	867	37
04/05	2.056	99	1.270	65	786	34	2.151	116	1.218	77	934	39
05/06	2.031	99	1.207	65	824	34	2.260	118	1.230	74	1.030	44
06/07	2.075	101	1.229	66	846	35	2.275	118	1.241	75	1.034	43
07/08	2.126	105	1.262	66	864	39	2.331	125	1.278	77	1.053	48
08/09	2.122	105	1.270	66	852	39	2.320	125	1.287	78	1.033	47
09/10	2.077	104	1.258	66	819	38	2.269	123	1.274	77	995	46
10/11	1.996	99	1.223	64	773	35	2.172	118	1.235	75	937	43
11/12	1.920	96	1.184	62	736	34	2.089	113	1.191	72	898	41
12/13	1.877	93	1.154	60	723	33	2.042	113	1.157	72	885	41

Quelle: Schulverwaltung der Stadt Rheine, Oktoberstatistik; Landesprognose; eigene Berechnungen
2000-2005=tatsächliche Zahlen, 2006/07 Vorab-Daten der Schule

Von 2006/07 auf 2007/08 erscheint für beide Standorte rechnerisch eine weitere Zunahme in der Größenordnung von jeweils 3-4 Klassen möglich. Der zukünftige Raumbedarf ist allerdings kaum verlässlich zu prognostizieren, da neben der Gesamtzahl der Schüler auch die Zahl der Schüler in den einzelnen Bildungsgängen entscheidend ist. Hinzu kommt, dass feste Raumprogramme wie im Bereich der allgemeinbildenden Schulen, die als Bezugsrahmen für die Ermittlung von Bedarfen dienen könnten, für den Bereich der berufsbildenden Schulen nicht vorliegen. Insofern kommt hier der kontinuierlichen Abstimmung zwischen Schulleitung und Schulträger besondere Bedeutung zu.

Auf die Unwägbarkeiten der Schülerprognose wurde bereits hingewiesen. Neben der demographischen Entwicklung und der Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt sind hier insbesondere auch das Angebot an Bildungsgängen sowie Festlegungen zum Umfang des

jeweiligen Bildungsangebots von Bedeutung. Eine wichtige Bezugsgröße für die Gestaltung des Angebots stellt **die erwartete Nachfrage des Arbeitsmarktes** nach den einzelnen Abschlüssen dar. Die Entwicklung entsprechender Vorgaben ist nicht Aufgabe der Schulentwicklungsplanung, gleichwohl ist **eine kontinuierliche Situationsanalyse** mit dem Ziel eines differenzierten und zukunftsorientierten Bildungsangebots von herausragender Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Rheine. Die Schulen sind entsprechend in den Arbeitskreis der Berufskollegs im Kreis Steinfurt eingebunden und stehen im Gesprächszusammenhang mit den Institutionen des Arbeitsmarkts (Bundesagentur für Arbeit, regionale Kammern und Verbände).

Angesichts der Prognoseunsicherheiten sowie der zugrunde liegenden demographischen Entwicklung bietet sich eine längerfristige Vorausplanung nicht an. Erforderlich ist **eine kontinuierliche Beobachtung der Schülerzahlenentwicklung und des Raumbedarfs** (jährliche Bewertung), um im Bedarfsfall mit schulorganisatorischen Maßnahmen flexibel reagieren zu können. In Betracht kommt insbesondere **die Anpassung des Kontingents angemieteter Räume**. Insbesondere für die kaufmännischen Schulen ist damit zu rechnen, dass für den Zeitraum 2007/08 und 2008/09 eine Ausweitung um 2-4 Räume erfolgen muss.

3 Kooperation von Schule und Jugendhilfe und Handlungsansätze zur Entwicklung eines integrierten Erziehungs- und Bildungssystems

3.1 Perspektiven der Kooperation von Schule und Jugendhilfe

3.1.1 Anforderungen an die Kooperation und Zielperspektiven der Angebotsentwicklung

Schule und Jugendhilfe sind angesichts sich verändernder Lebenslagen von Familien sowie Kindern und Jugendlichen vor große Herausforderungen gestellt. **Wichtige gesellschaftliche Veränderungen mit Bedeutung für Schule und Jugendhilfe:**

- veränderte Familien- und Erwerbsrollen, z.B. Ein-Eltern-Familien, Erwerbsarbeit beider Elternteile
- Heterogenisierung von Lebenslagen und Zielgruppen, z.B. Zuwanderung neuer Bevölkerungsgruppen
- tendenzielle Zunahme von Problemlagen, z.B. individuelle und soziale Probleme von Kindern und Jugendlichen
- veränderte Bildungsanforderungen, z.B. erweiterte und neue Fähigkeits- und Kompetenzanforderungen
- veränderte Leitbilder von Schule, z.B. Öffnung von Schule und Vernetzung mit Einrichtungen im Stadtteil

Mit diesen und weiteren Faktoren verbunden sind **neue konzeptionelle Herausforderungen** für Erziehung und Bildung bzw. für Schule sowie für die Dienste und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Insbesondere Schule ist mit der Anforderung konfrontiert, neben der Vermittlung von Bildungsinhalten auch soziale Probleme in den Blick zu nehmen, die traditionell eher der Familie und der Jugendhilfe zugerechnet werden.

Die aktuellen Herausforderungen sind mit getrennten Institutionen nur unzureichend zu beantworten, sondern erfordern **eine verstärkte Kooperation und Integration von Schule und Jugendhilfe**. Isolierte Lösungskonzepte bieten wenig Chancen, den Problemen ausreichend zu begegnen. Erforderlich ist statt dessen ein Verbund der verschiedenen Angebote und Träger. Erforderlich sind darüber hinaus Arbeitsansätze, die nicht nur reaktiv auf vorhandene Problemlagen ausgerichtet sind, sondern durch präventive Angebotsstrategien der Herausbildung von Problemlagen entgegen wirken.

Kooperation und abgestimmte Angebotsentwicklung von Jugendhilfe und Schule ist jedoch nicht auf eine problemorientierte Perspektive reduziert. Dieser Aspekt verweist auf die Kooperation zwischen Schule und Trägern der Kinder- und Jugendarbeit und betrifft Vereine, Kirchengemeinden, Volkshochschulen, Bibliotheken etc.. Gefordert ist die Bildung von Netzwerken in den verschiedensten Handlungsfeldern. Eine vielfältige Vernetzung ist gleichzeitig ein wichtiger Baustein im Sinne einer präventiven Ausrichtung der Angebotsstrukturen. Das Wohnumfeld bzw. der Sozialraum bildet dabei ein mögliches Bezugssystem, um die Ressourcen unterschiedlicher Akteure zu aktivieren und zu bündeln, d.h. Sozialraumorientierung als

ein wichtiges Organisationsprinzip gemeinsamer Angebotsentwicklung.¹²

Der zwölfte Jugendbericht der Bundesregierung stellt in besonderer Weise die Trias von Bildung, Betreuung und Erziehung in den Mittelpunkt.¹³ Diese sind nicht im Sinne getrennter Anforderungen oder Aufgabenbereiche zu sehen, die jeweils einzelnen Institutionen zufallen oder sich einzelnen Altersbereichen zuordnen ließen. Vielmehr ist über alle biografischen Abschnitte der Kinder- und Jugendphase hinweg eine Integration dieser Aspekte und damit eine Kooperation und abgestimmte Angebotsentwicklung der relevanten Institutionen erforderlich. Steht in der frühkindlichen Phase noch die Familie bzw. deren Förderung und Unterstützung im Vordergrund, so gewinnen mit zunehmendem Alter Institutionen wie Tagesbetreuung, Schule und Jugendhilfe und deren Zusammenwirken stark an Bedeutung. Gefordert ist **ein abgestimmtes Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungssystem**, das u.a. auch in der Lage sein muss, herkunftsbedingte Benachteiligungen auszugleichen.

Da sich der vorliegende Bericht auf die Altersphase des Schulbesuchs und damit auf Aspekte des Zusammenwirkens von Jugendhilfe und Schule konzentriert, sind der Elementarbereich sowie solche Arbeitsbereiche der Jugendhilfe, die keine direkte Berührung zum System Schule aufweisen, zunächst nur indirekt angesprochen. Andererseits wird insbesondere auch der Elementarbereich mit in den Blick genommen, im Sinne einer Weiterentwicklung der Abstimmung und Kooperation von vorschulischem und schulischem Bereich sowie der Gestaltung der Statuspassage von Tageseinrichtung zu Schule.

Ein nicht zu unterschätzendes Problem besteht darin, dass es sich bei Schule und Jugendhilfe **um historisch unterschiedlich gewachsene Systeme** mit jeweils unterschiedlichen Strukturen und pädagogischen Zielsetzungen handelt. Während im schulischen System der Bildungs- und Erziehungsauftrag an Leistungsgesichtspunkte geknüpft ist, stehen in der Jugendhilfe der Unterstützungs- und Schutzauftrag, der Abbau von Benachteiligungen sowie der aktive Einsatz für positive Lebensbedingungen für junge Menschen und Familien im Vordergrund. Das Zusammenwirken von Jugendhilfe und Schule erfordert insofern eine doppelte Abstimmung: Sowohl Anpassung der Jugendhilfe an die Belange von Schule wie auch Anpassung der Schule an die Belange der Jugendhilfe, etwa im Sinne einer Öffnung der Schule für Angebote der Jugendhilfe. Entscheidend ist eine partnerschaftliche Kooperation und gemeinsame Angebotsgestaltung.

Die im Mai 2006 geschlossene **Kooperationsvereinbarung zwischen Schulministerium und Jugendministerium** nennt einen breiten Katalog von möglichen Feldern der Zusammenarbeit¹⁴, angefangen beim Elementar- und Primarbereich, über die Sekundarstufe bis hin zur Kooperation im Rahmen von Ganztagsangeboten. Mögliche Felder können sein:

- Fragen des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule
- Ganztagsangebote in der Primarstufe und in der Sekundarstufe
- Fragen der besonderen Förderbedarfe (z.B. Sprachförderung)
- Präventionsangebote, Kinder- und Jugendschutz
- Fragen der Kooperation von Schule und Erziehungshilfe

¹² Die Bedeutung der Sozialraumorientierung wird besonders betont in der Expertise zum 8. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung NRW: Bildungsprozesse im Kontext der Kooperation von Jugendhilfe und Schule, 2005

¹³ Zwölfter Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, 2005

¹⁴ Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) und dem Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) in gemeinsamen Angelegenheiten von Jugendhilfe und Schule, Mai 2006

- Schulsozialarbeit, Jugendsozialarbeit und schulbezogene Jugendarbeit
- Fragen des Übergangs Schule - Beruf

Insbesondere der Einstieg in die Offene Ganztagsgrundschule sowie in die Ganztagschule im Sekundarbereich wirkt aktuell nochmals im Sinne verstärkter Anforderungen an die Kooperation Schule – Jugendhilfe/Jugendarbeit. Die Aufzählung unterstreicht daneben nochmals, dass Überlegungen in Richtung einer verbesserten Abstimmung auch den Elementarbereich mit einbeziehen müssen. Nur so eröffnet sich die Perspektive auf ein stärker integriertes Bildungs- und Erziehungssystem, dass bereits bei der Verzahnung von Kindertageseinrichtung, Schule und Jugendhilfe ansetzt.

Entwicklungsimpulse ergeben sich auch aus dem **Modellprogramm „Selbständige Schule“**, das in 2003 begonnen hat und bis 2008 angelegt ist¹⁵. Es zielt zum einen auf die Qualitätsentwicklung und die qualitätsorientierte Selbststeuerung der Schulen, daneben auf den Aufbau regionaler Bildungslandschaften. Letzteres meint zunächst eine schul- und schulformübergreifende Vernetzung und Unterrichtsentwicklung (regionale Schullandschaft), darüber hinaus – in einem zweiten Schritt – aber auch die Vernetzung mit anderen Bildungsträgern wie Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Weiterbildungsträgern, Betrieben (regionale Bildungslandschaft). Hiermit verbunden ist die Leitidee einer regionalen Verantwortungsgemeinschaft für das Schul- und Bildungswesen, die alle relevanten Akteure auf lokaler und regionaler Ebene einbezieht und für die entsprechende organisatorische Strukturen entwickelt und ausgebaut werden müssen.

Im Kreis Steinfurt beteiligen sich insgesamt 14 Schulen an dem Modellversuch, davon 8 Schulen aus der Stadt Rheine.¹⁶ Die vorliegenden Zwischenergebnisse weisen ebenfalls in Richtung auf eine stärkere Integration von Schule, Jugendhilfe sowie weiteren Bildungsinstitutionen und sind in die weiteren Überlegungen mit einzubeziehen.

Die Verpflichtung zur Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe sowie zur gemeinsamen Angebotsgestaltung wurde seit der letzten Planung auch rechtlich nochmals verstärkt: Der Kooperationsauftrag ist bereits seit langem im KJHG und seit 1999 auch im Schulgesetz verankert.¹⁷ Das Kinder- und Jugendförderungsgesetz NRW¹⁸ aus 2005 nimmt die Jugendämter nochmals stärker in die Verantwortung und weist ihnen eine zentrale Rolle bei der Entwicklung eines integrierten Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungssystems zu:

- Aufbau der erforderlichen Kooperationsstrukturen zwischen Jugendhilfe und Schule
- Förderung einer sozialräumlich orientierten pädagogischen Arbeit
- Entwicklung abgestimmter Konzepte.

Daneben gewinnen mit §42 des Schulgesetzes der Schutzauftrag des § 8a SGB VIII und präventive Handlungsstrategien auch für den Bereich Schule an Bedeutung, indem der Schule

¹⁵ sh. Verordnung zur Durchführung des Modellvorhabens „Selbständige Schule“ – VOSS, vom 12.4.2002

¹⁶ im einzelnen: zwei Grundschulen (Annetteschule, Michaelschule), die drei Hauptschulen, die Gesamtschule sowie die beiden Berufskollegs

¹⁷ § 5 des Schulgesetzes verpflichtet die Schulen, zur Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags „...in gemeinsamer Verantwortung mit den Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe, mit Religionsgemeinschaften und anderen Trägern zusammenzuarbeiten“. Diese Kooperationsverpflichtung bezieht sich allerdings nur auf die Schulen selbst, während die Rolle von Schulträger und Schulaufsicht offen bleibt.

¹⁸ Drittes Gesetz zur Ausführung des Kinder- u. Jugendhilfegesetzes – Kinder- und Jugendförderungsgesetz 2005

hier ausdrücklich eine eigene Verantwortung sowie die Verpflichtung zum Zusammenwirken mit der Jugendhilfe zugewiesen wird.¹⁹

Der Aufbau organisatorischer Strukturen für eine funktionierende Kooperation und gemeinsame Angebotsentwicklung steht allerdings vor der Schwierigkeit, dass Jugendhilfe und Schule in unterschiedliche Strukturen eingebunden sind. Das betrifft z.B. die Unterscheidung in öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe oder auf schulischer Seite die Trennung von kommunaler Kompetenz und Landeskompetenz sowie institutionell getrennter Schulaufsicht. Im schulischen Bereich beschränkt sich die Steuerungszuständigkeit des kommunalen Trägers aufgrund der Trennung von inneren und äußeren Schulangelegenheiten zunächst auf die äußeren Rahmenbedingungen. Dem steht jedoch die Planungsverantwortung der Kommune für die Angebotsstruktur der Jugendhilfe – einschließlich der Kooperation mit anderen Leistungsbe-
reichen - gegenüber. Ebenso verbindet sich mit dem Modellansatz „Selbständige Schule“ ein Perspektivenwechsel bzw. ein verändertes Verständnis von Schulträgerschaft, die sich – bei Beibehaltung der definierten Zuständigkeiten – stärker auf eine aktive und koordinierende Rolle bei der Gestaltung lokaler und regionaler Bildungslandschaften ausgerichtet.

Gefordert sind insgesamt:

inhaltlich:

- ein integriertes örtliches Bildungs- und Erziehungssystem mit aufeinander abgestimmten Übergängen vom Elementar- in den Primarbereich und von der Schule in den Beruf
- ein abgestimmtes System von schulischen Angeboten und Förderangeboten der Jugendhilfe in sämtlichen Phasen des Bildungssystems und für verschiedene Zielgruppen
- präventiv orientierte und früh einsetzende Unterstützungs- und Förderangebote, um der Herausbildung von Problemlagen entgegenzuwirken und Benachteiligungen abzubauen
- niedrigschwellige Beratungs- und Hilfsangebote vor Ort in den Bildungsinstitutionen sowie ein abgestimmtes System der Krisenintervention, um im Bedarfsfall den Schutzauftrag der Jugendhilfe umzusetzen

organisatorisch:

- das Leitbild einer kommunalen Verantwortungsgemeinschaft und einer früh einsetzenden, ganzheitlichen Förderung von Kindern und Jugendlichen
- städtische Sozialräume als räumliche Klammer für die Entwicklung von Kooperationsansätzen und Verbundsystemen sowie für die wohnortnahe Bündelung von Ressourcen
- ein plurales und vernetztes Angebotssystem unter Einbindung der unterschiedlichen Institutionen, Träger und Anbieter
- die (Weiter-)Entwicklung verbindlicher, fachgebiets- und trägerübergreifender Organisations- und Abstimmungsstrukturen als Voraussetzung zur Verbesserung der Kooperation sowie zur Integration der Angebote

3.1.2 Relevante Problemdimensionen aus der Sicht der Schulleiter/innen

Was sind **relevante Problemdimensionen**, aus denen sich Berührungspunkte für eine ge-

¹⁹ §42 Schulgesetz: „Die Sorge für das Wohl der Schülerinnen und Schüler erfordert es, jedem Anschein von Vernachlässigung oder Misshandlung nachzugehen. Die Schule entscheidet rechtzeitig über die Einbeziehung des Jugendamtes oder anderer Stellen.“

meinsame Angebotsentwicklung von Schule und Jugendhilfe ergeben? Wie werden dieser Problembereiche in den Schulen wahrgenommen?

Im Rahmen der ZASP-Befragung der Rheiner Schulen wurden verschiedene Problembereiche mit der Bitte um Einschätzung vorgegeben, bei denen eine verstärkte Einbindung sozialpädagogischer und / oder psychologischer Fachkompetenz in Betracht kommt. Aus den Antworten werden wichtige Problemschwerpunkte sowie Anforderungen an die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe deutlich. Die Antworten ermöglichen auch einen Vergleich zur Planung aus 2001.

Wichtige Problemdimensionen an den Grundschulen aus der Sicht der Schulleiter/innen

Problembereich	Nennungen abs. (17 Schulen)				Nennungen in %, () = 2001			Tendenz
	drängen. Problem	nicht so drängend	nur ganz vereinzelt	kein Problem	drängendes Problem	nicht so drängend	ganz vereinzelt / kein Problem	
Sprachprobleme aufgr. v. Migrationshintergr.	4	4	8	1	23,5 (-, -)	23,5 (-, -)	53,0 (-, -)	
Integrationsprobleme aufgr. kult. Untersch.	1	5	7	3	5,9 (11,8)	29,4 (11,8)	58,8 (76,4)	o
Verhaltensauffälligk., schwieriges Verhalten	5	6	6	0	29,4 (58,8)	35,3 (17,6)	35,3 (23,5)	-
Lernschwierigkeiten, Überforderung	4	7	6	0	23,5 (5,9)	41,2 (47,1)	35,3 (35,3)	+
familiäre Schwierigk. mit Ausw. auf Schule	6	5	5	0	35,3 (29,4)	29,4 (35,3)	29,4 (29,4)	+
Probleme aufgrund materieller Einschr.	4	7	6	0	23,5 (5,9)	41,2 (29,4)	35,3 (64,7)	++

Quelle: ZASP-Befragung der Schulen in der Stadt Rheine, September 2006, () = Vergleichswerte aus 2001

- Ein wichtiger Problembereich betrifft Lernschwierigkeiten / Überforderung. Knapp ¼ der Schulleiter/innen sieht hier ein drängendes Problem, was auf Fragen gezielter Förderangebote verweist. Gegenüber der vorangegangenen Planung zeigt sich eine deutlich stärkere Gewichtung.
- Eine ähnlich hohe Gewichtung entfällt auf Verhaltensauffälligkeiten / schwieriges Verhalten. Nur eine Minderheit der Schulleiter/innen sieht hier kein Problem. Gegenüber 2001 zeigt sich allerdings eine tendenziell abnehmende Bedeutung.
- Familienbezogene Problemdimensionen, z.B. familiäre Schwierigkeiten mit Auswirkungen im Schulbereich, werden von 35% der Schulleiter/innen als drängendes Problem gesehen, bei leichter Zunahmetendenz gegenüber 2001. Dies unterstreicht die Tendenz zum Hineinwirken außerschulischer Probleme in den Schulalltag und betrifft traditionell Interventionsbereiche und Dienste der Jugend- und Familienhilfe. Das gilt in ähnlicher Weise auch für den materiellen Aspekt.
- Fragen der Integration im Zusammenhang mit dem Migrationshintergrund von Kindern haben demgegenüber einen deutlich geringeren Stellenwert. Das Schwergewicht liegt hier jeweils bei einer unproblematischen Einschätzung. Dieser Bereich stellt nach Einschätzung der Schulleiter an – im Grundschulbereich - offenbar insgesamt noch kein drängendes Problem dar.

Die angesprochenen Problembereiche legen **die stärkere Vernetzung und Abstimmung von schulischen Angeboten mit Diensten der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie mit schulpsychologischen Angeboten** nahe. Das betrifft nicht nur primär schulbezogene Bereiche, sondern auch solche Problemlagen, die im Ergebnis in den Schulbereich hineinwirken,

jedoch primär außerhalb der Schule angegangen werden müssen. Erforderlich ist eine möglichst frühzeitig einsetzende und sowohl reaktiv als auch präventiv orientierte Angebotsstruktur, um die Herausbildung und/oder Verfestigung von Problemlagen mit hohen Folgekosten zu verhindern. Die Grundschule ist neben dem Elementarbereich der Ort, an dem soziale und familiäre Probleme von Kindern und ihren Familien frühzeitig sichtbar werden und angegangen werden können – zumindest im Sinne der Aktivierung weiterer Unterstützung. Die Intensivierung entsprechender Vernetzungen sowie die gemeinsame, bereichsübergreifende Angebotsentwicklung - speziell im Grundschul- und Kindertagesstätten-Bereich - ist daher dringend geboten.

Im Bereich der Sekundarstufe stellen sich die Problemdimensionen - aufgrund der anderen Altersstruktur - in etwas anderer Gewichtung dar:

Wichtige Problemdimensionen in der Sekundarstufe aus der Sicht der Schulleiter/innen

Problembereich	Schulform	Nennungen abs. (8 Schulen)			Nennungen in %, () = 2001			Tendenz
		drängen.- Problem	nicht so drängend	vereinzelt, kein Prbl.	drängendes Problem	nicht so drängend	ganz vereinzelt / kein Problem	
Sprachprobleme aufg. v. Migrationshintergr.	Sek. ges.	1	3	4	12,5 (--,-)	37,5 (--,-)	50,0 (--,-)	
	Hauptsch.	1	1	1				
	andere	0	2	3				
Integrationsprobleme aufgr. kult. Untersch.	Sek. ges.	1	3	4	12,5 (25,0)	37,5 (50,0)	50,0 (25,0)	-
	Hauptsch.	0	2	1				
	andere	1	1	3				
ethnische Konflikte zwischen d. Schülern	Sek. ges.	0	2	6	0,0 (0,0)	25,0 (25,0)	75,0 (75,0)	o
	Hauptsch.	0	1	2				
	andere	0	1	2				
Lernschwierigkeiten, Überforderung	Sek. ges.	2	4	2	25,0 (25,0)	50,0 (62,5)	25,0 (12,5)	-
	Hauptsch.	1	1	1				
	andere	1	3	1				
schwieriges Sozialverhalten	Sek. ges.	2	4	2	25,0 (--,-)	50,0 (--,-)	25,0 (--,-)	
	Hauptsch.	1	2	0				
	andere	1	2	2				
Fernbleiben von der Schule	Sek. ges.	0	1	7	0,0 (12,5)	12,5 (25,0)	87,5 (62,5)	-
	Hauptsch.	0	1	2				
	andere	0	0	5				
Gewaltprobleme, Tätlichkeiten	Sek. ges.	0	2	6	0,0 (0,0)	25,0 (50,0)	75,0 (50,0)	-
	Hauptsch.	0	0	3				
	andere	0	2	3				
familiäre Schwierigk. mit Ausw. auf Schule	Sek. ges.	1	4	2	12,5 (25,0)	50,0 (25,0)	25,0 (50,0)	o
	Hauptsch.	0	3	0				
	andere	1	1	2				
Drogenprobleme	Sek. ges.	0	3	5	0,0 (25,0)	37,5 (37,5)	62,5 (37,5)	-
	Hauptsch.	0	1	2				
	andere	0	2	3				
Probleme der Berufseinmündung	Sek. ges.	5	0	2	62,5 (0,0)	0,0 (37,5)	25,0 (62,5)	+
	Hauptsch.	3	0	0				
	andere	2	0	2				
Abbrecher, fehlender Schulabschluß	Sek. ges.	0	1	8	0,0 (0,0)	12,5 (25,0)	87,5 (75,0)	-
	Hauptsch.	0	1	2				
	andere	0	0	6				

Quelle: ZASP-Befragung der Schulen in der Stadt Rheine, September 2006, () = Vergleichswerte aus 2001

- Im Unterschied zum Grundschulbereich stellen Lernschwierigkeiten / Überforderungen schulformübergreifend ein bedeutsames Problem dar. Ein ähnlich hohes Gewicht haben daneben allgemeine Verhaltensprobleme / schwieriges Sozialverhalten.
- Integrationsprobleme aufgrund kultureller Unterschiede haben zwar eine größere Bedeutung als im Primarbereich, stellen aber auch im Sekundarbereich offensichtlich bisher kein gravierendes Problem dar.

- Entsprechend der höheren Altersstufe können auch Drogenprobleme, Gewaltprobleme sowie Probleme des Fernbleibens von der Schule relevant sein; speziell den letzten beiden Aspekten kommt allerdings in der Einschätzung der Schulleiter nur geringe und gegenüber 2001 eher abnehmende Bedeutung zu.
- Von größerem Gewicht sind demgegenüber auch im Sekundarbereich familienbezogene Problemdimensionen: nur ein Viertel der Schulleiter sieht hier kein Problem. An den Hauptschulen ist dieser Aspekt tendenziell von etwas größerer Bedeutung. Hier muss möglicherweise in erhöhtem Maße von familiären / häuslichen Problemlagen ausgegangen werden, die sich für die Kinder und Jugendlichen nicht zuletzt auch im Sinne schulischer Probleme auswirken.
- Als deutlich hauptschulspezifisch sind schließlich berufsbezogene Probleme anzusehen (Berufseinmündung, Abbrecher, fehlender Schulabschluss). Speziell Probleme der Berufseinmündung stellen im Hauptschulbereich ein gravierendes und deutlich angewachsenes Problem dar, weisen aber auch in den anderen Schulformen eine zunehmende Tendenz auf.

In der Sekundarstufe werden weitere Bereiche relevant, die neben Angeboten der Erziehungs- und Familienhilfe auf Leistungsbereiche der Jugendsozialarbeit, des Jugendschutzes oder der Jugendberufshilfen verweisen. Entsprechend kommen hier neue Kooperationsfelder und -partner ins Spiel. Im Hauptschulbereich ist die Frage der Berufseinmündung von zentraler Bedeutung.

Die Frage nach Problembereichen gibt **erste Anhaltspunkte für Kooperationserfordernisse und die gemeinsame Angebotsentwicklung von Jugendhilfe und Schule**. Sie bedeutet allerdings nicht, dass sich Kooperation und gemeinsame Angebotsentwicklung nur auf eine Problemperspektive reduzieren. **Die Leitidee eines integrierten Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungssystems** reicht vielmehr deutlich über die Frage der Problemintervention hinaus. In gleicher Weise angesprochen sind z.B. auch

- die allgemeine Kinder- und Jugendförderung mit dem Ziel, den Entwicklungsprozess junger Menschen möglichst umfassend zu unterstützen
- die verstärkte Öffnung von Schule und die Verbindung außerschulischer und schulischer Lebens- und Erfahrungsbereiche
- präventive Angebote im Zusammenwirken von Schule und Jugendhilfe, um der Entstehung von Kinder- und Jugendproblemen durch frühzeitige Unterstützung und Förderung entgegenzuwirken

3.1.3 Aktuelle Kooperationen der Schulen mit Partnern der Jugendhilfe

Sowohl im Grundschul- wie auch im Sekundarbereich besteht aktuell bereits **ein breites Spektrum an Kooperationen mit externen Partnern**, speziell mit Partnern der Jugendhilfe. Im Anhang sind die über den Unterrichtsbetrieb hinausgehenden Angebote und Aktivitäten der einzelnen Schulen sowie die in diesem Zusammenhang gebildeten Kooperationen im Sinne einer Momentaufnahme ausgewiesen. Zentrale Kooperationspartner im **Grundschulbereich** sind

- Beratungsstellen (ASD, Erziehungsberatungsstelle, schulpsychologischer Dienst, Beratungsstelle des Kinderschutzbundes)

- Kindertagesstätten in der Umgebung der Schulen
- Vereine, insbesondere Sportvereine
- Kirchengemeinden
- Elternvereine

Inhaltliche Schwerpunkte liegen im Bereich von Freizeit- und Betreuungsangeboten, im Bereich von Einzelprojekten und der Förderung einzelner Zielgruppen, im Bereich allgemeiner Beratungs- und Präventionsarbeit sowie im Bereich gezielter Einzelfallhilfe.

Im **Sekundarbereich** kommen als weitere wichtige Angebotsfelder Präventionsangebote wie Sucht- und Gewaltprävention sowie der breite Bereich der Berufsberatung / Berufsorientierung / Berufswahlvorbereitung hinzu. Zusätzliche Kooperationspartner:

- Arbeitsbereich Prävention und Jugendschutz des Jugendamtes
- Angebote der offenen Jugendarbeit
- Arbeitsverwaltung, Bereich Berufsberatung, berufliche Hilfen
- Jugendberatungsstelle, Drogenberatungsstelle
- Polizei (Gewaltprävention, Drogenprävention)

Das Angebots- und Kooperationspektrum der einzelnen Schulen kann hier nicht im Detail analysiert werden. In den folgenden Kapiteln werden – für den Primar- und den Sekundarbereich – einzelne Angebotsbereiche gezielt angesprochen. Dabei wird dann jeweils auch detailliert auf die Voraussetzungen und die jeweils relevante Angebotsstruktur im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe eingegangen.

Die Dokumentation im Anhang kann daneben Anregungen liefern

- für einen kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen den Schulen sowie zwischen Schulen und Anbietern und Trägern der Jugendhilfe
- für sozialräumlich orientierte Bestandsaufnahmen und Analysen von Stärken und Schwächen der Angebotsstruktur als Grundlage für gezielte Weiterentwicklungen
- für die konzeptionelle Entwicklung von Projekten in Kooperation mehrerer Schulen und/oder externer Partner

Generell gilt: die Angebots- und Kooperationsstrukturen **sollten regelmäßig dokumentiert und kontinuierlich weiterentwickelt werden**. Entscheidend ist dabei die bereichsübergreifend angelegte Perspektive, z.B. in den Bereichen Beratung und Einzelfallhilfe, Prävention, Zielgruppenförderung. Die Ansiedlung von Jugendamt und Schulverwaltung in einem Dezernat sowie die vorhandenen dezentralen Strukturen der Jugendhilfe (teilräumliche ASD-Teams) und der Kinder- und Jugendarbeit (dezentrale Jugendarbeit in den Stadtteilen) bilden günstige Voraussetzungen für eine abgestimmte Angebotsentwicklung sowie für die (Weiter-)Entwicklung sozialraumbezogener Arbeitsansätze.

3.1.4 Besondere sozialräumliche Anforderungsstrukturen

Auf **die entscheidende Bedeutung von Sozialraumkonzepten** bei der Entwicklung integrierter, bereichsübergreifender Arbeitsansätze wurde bereits hingewiesen. Abgegrenzte Sozialräume mit ähnlichen sozialstatistischen Merkmalen können eine wichtige Bezugsgröße dar-

stellen für die Vernetzung von Angeboten und Einrichtungen sowie für die Aktivierung wohngebietsbezogener Ressourcen. Sozialraumorientierung stellt insofern ein wichtiges Organisationsprinzip sozialer Arbeit und Vernetzung dar. Voraussetzung sind kleinräumige Informationen zur Beschreibung der jeweiligen Anforderungsstrukturen.

Die Statistik der Kindertageseinrichtungen weist verschiedene Angaben zu einzelnen Zielgruppen aus. Diese sind aufgrund der hohen Inanspruchnahme der Kita-Angebote – annähernd 100% im Jahr vor der Einschulung - geeignet, besondere sozialräumliche Anforderungen aufzuzeigen. Die Zahlen aus den Kindertageseinrichtungen der Stadt Rheine wurden zu diesem Zweck auf der Ebene der Grundschulbezirke aufbereitet und zusammengefasst. Zusätzlich wurde eine Aggregation für die vier großräumigen Planbereiche aus der regelmäßigen Kindergartenbedarfsplanung der Stadt vorgenommen, die als großräumiger Bezugsrahmen für die (Weiter-)Entwicklung sozialräumlicher Arbeitsansätze herangezogen werden können.

Die Daten sind aussagefähiger als **die Einwohnermeldestatistik**, da relevante zusätzliche Dimensionen erfasst werden. Andererseits sind die ausgewiesenen Kennzahlen aber auch mit Vorsicht zu interpretieren, da die Kindertageseinrichtungen – anders als die Grundschulen – keine festen Einzugsgebiete aufweisen. Eine kleinräumige Zurechnung der statistischen Ausprägungen ist daher nur bedingt zulässig. In der Regel kann jedoch eine relativ enge Wohnumfeldorientierung unterstellt werden, so dass vorsichtige Aussagen für die – im Vergleich zu den Kindertageseinrichtungen großflächigeren – Grundschulbezirke vertretbar sind.

Zusätzlich wird **die Schulstatistik** mit herangezogen. Sie gibt Auskunft über ausländische Schüler/innen und Schüler/innen aus Aussiedlerfamilien, ist allerdings ebenfalls mit Unschärfen behaftet. Probleme betreffen hier die Erfassung von Kindern und Jugendlichen mit doppelter Staatsbürgerschaft sowie die unklare Erfassung des Aussiedlerstatus. In der Regel ist daher von einer Unterschätzung des Anteils der Schüler mit Migrationshintergrund auszugehen.

Die ausgewiesenen Kennzahlen bilden **mögliche Teilelemente für ein teilräumliches Kennzahlensystem**, das sozialräumliche Strukturen des Stadtgebiets verdeutlicht und damit Anhaltspunkte für wohngebietsbezogene Arbeitsansätze liefert. Zukünftig sollten auf der Ebene der Grundschulbezirke sowie auf der Ebene der vier großräumigeren Planbereiche weitere Prozessdaten (Jugendhilfe, ALG-II-Bezug) verfügbar gemacht werden, um die Grundlagen für eine bereichsübergreifende – integrierte – Arbeit in den städtischen Teilgebieten zu verbessern.²⁰

Aufbereitete Daten im einzelnen:

- Anzahl / Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund (bezieht sich auf die Herkunft der Eltern unabhängig von der Staatsangehörigkeit): Indikator für ethnische Segregation im Stadtgebiet, vermittelt Hinweise auf besondere Förderbedarfe und auf besondere teilräumliche Anforderungen an Integrationsangebote
- Anzahl / Anteil der Kinder aus Familien, in denen vorrangig eine nicht-deutsche Sprache gesprochen wird: Ähnlicher Gehalt, aber noch spezifischer, erfasst genauer besondere teilräumliche Anforderungen an die Sprachförderung

²⁰ zu weiteren möglichen Indikatoren sh. ausführlich: J. Postler / H.R. Schneider: Skalenhandbuch zur Sozialraumanalyse in der Jugendhilfeplanung, hrsg. vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Ideen und Konzepte, Band 27, 2002

- Anzahl / Anteil der Kinder von alleinerziehenden Elternteilen: Indikator für besondere Anforderungen an Betreuungsangebote und an Ganztagsangebote im Stadtteil
- Anzahl / Anteil der Familien mit niedrigem Einkommen laut Bemessungsgrundlage für die Elternbeiträge: gibt einen groben Hinweis auf den sozio-ökonomischen Status von städtischen Teilgebieten sowie individuell auf Problemlagen geringen Haushaltseinkommens
- Anzahl / Anteil der Schüler aus Ausländer- und Aussiedlerfamilien: gleicher Indikator wie Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund; räumlich präziser aufgrund der festen Grundschulbezirke, aber inhaltlich unschärfer aufgrund der Koppelung an die formale Staatsbürgerschaft.

Kennzahlen zur Besucherstruktur der Tageseinrichtungen in den Grundschulbezirken sowie zum Anteil der Schüler aus ausländ. oder Aussiedlerfamilien in den Grundschulen (%-Werte)

Grundschulbezirk	Anzahl Kitas im Gebiet	Migrationshintergr.	Sprache überw. n-deutsch	Ein-Eltern-Familie	Einkommen bis 12 Tsd.	Einkommen bis 25 Tsd.	Schüler a. Migr.-familien*
Annetteschule	3	23,0	11,5	8,4	11,8	34,0	19,1
Johannesschule Eschendorf	2	39,7	29,1	17,9	25,9	53,2	20,1
Josefschule Rodde	1	19,2	15,4	9,6	17,0	32,1	6,3
Südeschschule	3	22,6	14,0	10,2	14,0	39,2	8,8
Eschend./Gellend./Rodde	9	26,7	16,9	11,4	16,4	40,2	14,8
Bodelschwingschule	3	15,1	17,1	14,6	31,0	49,3	23,5
Canisiusschule	1	2,0	1,0	2,0	6,8	16,5	1,4
Ludgerusschule Schotthock	2	75,9	69,3	21,2	35,3	71,9	40,4
Altenrheine/Schotthock	6	31,2	29,8	13,8	26,7	48,8	21,9
Diesterwegschule	1	9,5	4,1	0,0	17,6	44,6	31,3
Edith-Stein-Schule	1	50,7	37,7	34,8	44,3	71,4	25,2
Gertrudenschule	2	4,0	4,8	4,8	8,0	18,4	8,9
Kardinal-von-Galen-Schule	1	48,9	32,2	20,0	25,6	56,7	9,2
Michaelschule	3	22,9	8,2	9,4	17,5	44,7	19,1
Paul-Gerhard-Schule	2	18,2	4,5	19,1	28,2	35,5	7,5
Rheine links der Ems	10	23,4	12,5	12,9	21,1	42,8	14,4
Franziskusschule	2	6,8	6,8	12,5	12,1	31,2	2,9
Johannesschule Mesum	1	11,0	9,0	1,0	7,1	24,2	9,4
Ludgerusschule Elte	1	2,3	0,0	0,0	10,6	25,5	5,6
Marienschule Hauenhorst	3	7,1	1,5	6,6	13,0	28,0	3,1
Südraum	7	7,4	4,7	7,0	11,4	28,1	5,0
Gesamtstadt	32	21,7	15,0	11,5	18,8	40,0	13,5

Quelle: Zählblätter der Kita-Statistik 31.12.05, *Schulstatistik 2005/06, eigene Berechnungen

- Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund beträgt gesamtstädtisch ca. 22%. Von den vier großräumigen Bereichen weist Altenrheine/Schotthock den höchstem Anteil auf, was auf den Teilbereich Schotthock zurückzuführen ist. Ebenfalls noch überdurchschnittlich ist der Anteil in Eschendorf/Gellendorf/Rodde. Der Bereich links der Ems liegt insgesamt im städtischen Durchschnitt, ist aber kleinräumig durch erhebliche Differenzierungen gekennzeichnet. Der Südraum ist deutlich homogener bei durchweg unterdurchschnittlichen Anteilswerten.
- Der Anteil der Familien, in denen vorrangig eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird, ergibt keine zusätzlichen Gesichtspunkte und stellt lediglich eine Präzisierung dar.
- Der Anteil der Schüler aus Ausländer- und Aussiedlerfamilien (Schulstatistik) ist erwartungsgemäß niedriger als der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund aus der Kita-Statistik und beträgt in der Summe gesamtstädtisch ca. 13-14%. Im wesentlichen werden die gleichen räumlichen Schwerpunkte deutlich, allerdings bestehen auch Abweichungen.

Vier Grundschulbezirke weisen zusätzlich überdurchschnittliche Anteile auf (Annetteschule, Bodelschwingschule, Diesterwegschule, Michaelschule).

- Der Anteil von Kindern aus Ein-Eltern-Familien weist ebenfalls weitgehend ähnliche räumliche Schwerpunkte auf, ist jedoch wiederum nicht völlig deckungsgleich. Einen zusätzlichen Schwerpunktbereich bildet der Grundschulbezirk Paul-Gerhard-Schule.
- Der Einkommensindikator ist in hohem Maße an den Alleinerziehendenanteil gekoppelt. Bei hohem Alleinerziehendenanteil liegt auch der Anteil der Familien mit geringem Einkommen über dem Durchschnitt.

Insgesamt zeigt sich **eine hohe Parallelität der Indikatorenausprägungen**. Das bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass es sich jeweils um die gleichen Personengruppen handelt (ökologischer Fehlschluss²¹). Z.T. kann auch eine Kumulation von Problemlagen in bestimmten städtischen Teilgebieten vermutet werden (ethnische Segregation, Problemlagen geringen Haushaltseinkommens), was besondere Anstrengungen bei der Angebotsentwicklung sozialer Dienste und Hilfe erforderlich macht.

Großräumig ist der Bereich Altenrheine/Schotthock durch überdurchschnittliche Ausprägungen bei allen untersuchten Indikatoren gekennzeichnet. Eschendorf/Gellendorf/ Rodde weist einen leicht überdurchschnittlichen Anteil von Migrationsfamilien auf, der Bereich links der Ems einen leicht überdurchschnittlichen Anteil von Familien mit geringem Einkommen. Im Südraum finden sich durchgängig unterdurchschnittliche Ausprägungen. Kleinräumig fallen über das gesamte Stadtgebiet 4-5 Teilgebiete auf, die besondere Aufmerksamkeit erfordern.

Die ausgewiesenen Kennziffern dürfen nicht im Sinne einer Stigmatisierung einzelner Schulen missverstanden werden, geben jedoch Hinweise auf eine mögliche Verdichtung von Problemlagen in den Stadtteilen. Sie vermitteln damit **Anhaltspunkte für die teilräumliche Prioritätenbildung** bei der Weiterentwicklung sozialer Dienste und Hilfen, die zukünftig durch Indikatoren aus anderen Arbeitsbereichen der Kommune weiter präzisiert werden sollten.

Gleichzeitig wird **die Wichtigkeit sozialräumlicher Arbeitsansätze** deutlich: Gefordert ist ein regelmäßiger Austausch der im Sozialraum ansässigen oder tätigen Institutionen und Anbieter von Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien (Sozialraumkonferenzen). Zu denken ist primär an Kindertageseinrichtungen, Schulen, Jugendamt/ASD, Dienste der Jugendhilfe, Anbieter offener Kinder- und Jugendarbeit.

Zentrale Aufgaben für entsprechende sozialräumliche Arbeitsstrukturen: Gegenseitige Information über Konzepte und Arbeitsansätze, Erörterung von Entwicklungen und Bedarfslagen im Stadtteil, Bestandsaufnahme und Abstimmung von Angeboten, kooperative Weiterentwicklung der kleinräumigen Angebotsstruktur. In diesem Kontext kann z.B. das Angebotspektrum der verschiedenen Institutionen periodisch dokumentiert werden, um Stärken und Schwächen des sozialräumlichen Angebots zu erkennen sowie Ansatzpunkte für Kooperationen zu entwickeln. Für diese Aufgaben sind geeignete teilräumliche Organisationsformen aufzubauen.

²¹ zu diesem Aspekt sh. ausführlich: J. Postler: Vertiefende Analyse sozialräumlicher Daten am Beispiel zweier Städte, hrsg. vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Ideen und Konzepte, Band 39, 2004

3.2 Kooperation von Elementar- und Primarbereich

3.2.1 Ausgangslage / Ziele

Nicht erst der Primarbereich, sondern bereits der Elementarbereich ist vor zwei zentrale Aufgaben gestellt: **Bildungs- und Erziehungsauftrag sowie Präventionsauftrag.**

Vorschulische Bildung von Kindern ist von entscheidender Wichtigkeit und spielt entsprechend eine zentrale Rolle im aktuellen gesellschaftspolitischen und wissenschaftlichen Diskurs. Ebenso ist aus verschiedenen Untersuchungen bekannt, dass ein erheblicher Teil der Kinder bereits bei der Einschulung deutliche Problemlagen aufweist, z.B. Sprachförderbedarf, Verhaltensauffälligkeiten, belastete Familienverhältnisse.

Der vorschulische Bereich ist als idealer Ort der Förderung und Prävention anzusehen: entwicklungspsychologisch handelt es sich um einen günstigen Altersbereich, zudem besteht ein direkter Kontakt Erzieherinnen – Kind sowie ein enger Kontakt zu den Eltern. Gefordert sind allgemeine Präventions- und Förderprogramme, gezielte Förderangebote für einzelne Bedarfsgruppen sowie niedrigschwellige Unterstützungsangebote im Vorfeld einer Verfestigung von Problemlagen. Die Argumente gelten in ähnlicher Weise auch für den Primarbereich, entsprechend müssen sich Förderung und Prävention nach dem Übergang in die Grundschule fortsetzen.

Die Bildungsvereinbarung NRW von 2003 hat für die Kindertageseinrichtungen beide Funktionen gestärkt²²:

- eigenständiger Bildungs- und Erziehungsauftrag
- Förderung der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes
- Beratung und Unterstützung der Erziehungsberechtigten
- niedrigschwellige Förderangebote für besondere Problemlagen und Bedarfe
- Beitrag zur Erlangung der Schulfähigkeit
- verstärkte Kooperation mit den Grundschulen

Die Bildungsvereinbarung macht daneben **direkte Aussagen zur Gestaltung des Übergangs in die Grundschule**:

- Einbeziehung der Bildungsdokumentation
- regelmäßige gegenseitige Besuche und Hospitationen
- gemeinsame Weiterbildung der pädagogischen Kräfte
- gemeinsame Einschulungskonferenzen

Mit dem **Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe**, das den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung konkretisiert und die Einrichtungen und Träger der nicht-öffentlichen Jugendhilfe stärker als bisher mit einbezieht (§ 8 a SGB VIII)²³, werden auch die Kindertageseinrichtungen stärker in der Pflicht genommen. Das Gesetz definiert für die Einrichtungen eine Verpflichtung zur frühzeitigen Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Diens-

²² Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen 2003: Bildungsvereinbarung NRW

²³ Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz (KICK), Sep. 2005

ten der Jugendhilfe, daneben aber auch einen eigenständiger Präventions- und Interventionsauftrag zur Abwehr von Kindeswohlgefährdung.

Dieser Maßstab muss in gleicher Weise für die Schulen gelten, auch wenn diese keine Einrichtungen der Jugendhilfe sind. Schule ist in gleicher Weise in der Pflicht, Gefährdungen rechtzeitig zu erkennen, präventiv zu handeln sowie im Bedarfsfall weitere Einrichtungen der Jugendhilfe heranzuziehen. Für beide Institutionen – Kindertageseinrichtung und Schule – gilt: **Ausbau der Kompetenzen zur Früherkennung und Prävention sowie verstärkte Kooperation mit der Jugendhilfe.**

Insgesamt sind erforderlich:

- ein abgestimmtes Bildungs- und Präventionssystem, dass bereits im Elementarbereich ansetzt, essentiell sind insbesondere niedrigschwellige Förder- und Präventionsangebote
- eine systematische Kooperation von Kita und Schule auf der Basis fest vereinbarter Kooperations-Strukturen, um Anforderungen aufeinander abzustimmen und den Übergang zu gestalten
- ein Frühwarnsystem unter Einbeziehung von Kita, Schule und Jugend-/Erziehungshilfe, um Förderbedarfe frühzeitig zu erkennen und Verfestigung von Problemlagen zu verhindern

3.2.2 Merkmale der Angebotsstruktur im Kita-Bereich

Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für 3-6 Jahre ist in Rheine erfüllt, entsprechend **verfügt die ganz überwiegende Mehrzahl der Kinder des jeweiligen Einschulungsjahrgangs über Kindergarten Erfahrung.** Laut Befragung bei den Rheiner Grundschulen beschränkt sich die Zahl der Kinder ohne vorherigen Kindergartenbesuch auf ganz wenige Einzelfälle.

Eine Ausnahme bilden die drei Schulen mit dem höchsten Anteil von Kindern aus Migrationsfamilien: der Anteil der Kinder ohne Kindergartenbesuch liegt hier jeweils bei ca. 5 % (Schätzwert der Schulleiter/innen). Das bedeutet nicht automatisch, dass diese Zielgruppen insgesamt schlechter erreicht werden, wenngleich die Vermutung nahe liegt. Daneben kann in den betreffenden Stadtgebieten - jeweils Gebiete mit unterdurchschnittlichem sozio-ökonomischen Status - die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen auch insgesamt geringer ausgeprägt sein. Stadtweit ist der Anteil der eingeschulter Kinder ohne vorherigen Kindergartenbesuch – auf der Grundlage der Einschätzungen der Schulleiter/innen – mit unter 2% zu veranschlagen, das entspricht einer Größenordnung von etwa 15 Kindern pro Schuljahr.

D.h.: der Besuch einer Kindertageseinrichtung stellt für die Eltern ganz überwiegend eine Selbstverständlichkeit dar. Entsprechend stellen die Kindertageseinrichtungen einen zentralen Ort für Förderangebote sowie für Ansätze der Früherkennung von Problemlagen dar. Der Befund unterstreicht zugleich den Stellenwert der Einrichtungen im Übergang zur Schule.

Mögliche Ansatzpunkte zu einer weiteren Steigerung der Inanspruchnahme:

- Informationsveranstaltungen der Einrichtungen und der Schulen, Zielgruppe Eltern
- gemeinwesenbezogene Info-Arbeit bei relevanten Akteuren in den Planungsräumen

- zielgruppenspezifische Angebote der Einrichtungen für Familien und Kinder mit Migrationshintergrund

Gesichtspunkte der Angebotsplanung sind Aufgabe der Kita-Bedarfsplanung und sollen hier nicht behandelt werden. Eine entsprechende Planung wird von der Verwaltung in regelmäßigen Abständen erstellt.

Nachfolgend werden lediglich einige **Kennzahlen zur Versorgung mit Ganztagsangeboten** in den Grundschulbezirken angeführt. Der Ausbau des Ganztagsangebot ist eine zentrale Initiative der Landesregierung, die sich in der Perspektive nicht auf den Grundschulbereich reduziert, sondern bereits im vorschulischen Bereich ansetzen muss.

Kennzahlen zum Angebot der Kindertageseinrichtungen in den Grundschulbezirken

Grundschulbezirk	Anzahl Einricht.	Anzahl Kinder	Ü-Mittag betr. (%)	Nachm. betr. (%)	Tages-Plätze	% von gesamt
Annetteschule	3	226	17,3	42,5	35	14,9
Johannesschule Eschendorf	2	151	40,4	41,1	35	21,9
Josefschule Rodde	1	52	13,5	34,6	7	13,5
Südeschule	3	186	19,4	29,0	0	0,0
Eschend./Gellend./Rodde	9	615	23,3	37,4	77	11,9
Bodelschwingschule	3	199	13,1	35,7	0	0,0
Canisiuschule	1	100	7,0	28,0	0	0,0
Ludgerusschule Schotthock	2	137	28,5	43,1	40	28,6
Altenrheine/Schotthock	6	436	16,5	36,2	40	9,1
Diesterwegschule	1	74	12,2	36,5	9	12,0
Edith-Stein-Schule	1	69	10,1	10,1	0	0,0
Gertrudenschule	2	126	0,0	35,7	0	0,0
Kardinal-von-Galen-Schule	1	90	28,9	33,3	0	0,0
Michaelschule	3	245	9,4	24,5	0	0,0
Paul-Gerhard-Schule	2	110	33,6	46,4	35	31,8
Rheine links der Ems	10	714	14,3	30,8	44	6,1
Franziskussschule	2	176	14,8	33,0	9	5,1
Johannesschule Mesum	1	100	15,0	46,0	20	21,1
Ludgerusschule Elte	1	44	13,6	38,6	0	0,0
Marienschule Hauenhorst	3	196	6,6	21,9	0	0,0
Südraum	7	516	11,6	31,8	29	5,3
Gesamtstadt	32	2.347	18,9	35,7	256	10,6

Quelle: Zählblätter der Kita-Statistik, 31.12.05, eigene Berechnungen

Das Angebot bzw. die Nachfragestruktur an Übermittag-Betreuung und Nachmittagsbetreuung variiert deutlich über die Planungsräume, ebenso das Angebot an ausgewiesenen Tagesplätzen. Der Planungsraum Eschendorf/Gellendorf/Rodde weist – gemessen am städtischen Durchschnitt – insgesamt ein überdurchschnittliches Angebot auf, in den Planungsräumen links der Ems und Südraum ist das Angebot eher unterdurchschnittlich.

Eine bedarfsgerechte Angebotsstruktur ist bedeutsam für die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und erleichtert zudem den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Kindertageseinrichtungen. Von einem wachsendem Ganztagsangebot im Elementarbereich sind darüber hinaus Auswirkungen zu erwarten für die Nachfrage nach Ganztagsangeboten im Grundschulbereich: ein gut ausgebautes Ganztagsangebot unterstützt die breite Einführung und Etablierung der offenen Ganztagschule als Regelangebot.

Unter sozialräumlichen Gesichtspunkten sollte **ein ausgewogenes Angebot in allen vier Planungsräumen** angestrebt werden. Die Prioritätenbildung bei der Umsetzung sollte sich an sozialraumbezogenen Indikatoren orientieren (z.B. Alleinerziehendenanteil, sh. vorne) und Gebiete mit überdurchschnittlichen Problemausprägungen bevorzugt berücksichtigen.

Familienzentren als weiterführender Ansatz

Wichtig für die zukünftige Entwicklung ist **der derzeit laufende Modellversuch der Landesregierung** zur Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen zu Familienzentren. Er zielt darauf ab, Tageseinrichtungen neben ihrer Funktion als Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen auch als Einrichtungen der Familienförderung auszubauen. Dahinter steht die Zielsetzung, möglichst frühzeitig und direkt Unterstützungs- und Förderangebote für Familien verfügbar zu machen. Wohnortnähe der Tageseinrichtungen und Akzeptanz durch die Eltern ermöglichen entsprechende niedrigschwellige Angebote.

Ziele im einzelnen:

- Qualitätssteigerung der frühkindlichen Bildung und Erziehung
- Stärkung der Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgaben
- Ausbau der Tageseinrichtungen als Knotenpunkte in einem Netzwerk zur Familienunterstützung

daraus resultieren insbesondere **folgende Aufgaben der Einrichtungen**:

- Angebote der Elternarbeit und Elternberatung
- umfassende Beratung, Information und Hilfe
- Vernetzung mit Institutionen der Familienbildung

Zentral ist der **Netzwerkgedanke**: die Tageseinrichtungen für Kinder sollen zu Knotenpunkten in einem Netzwerk qualifiziert werden, das Eltern und Familien umfassend berät und unterstützt. Voraussetzung ist die Kooperation mit Institutionen der Familienbildung, Beratungsstellen und weiteren Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe. Die Umsetzung des Modells hat im Frühjahr 2006 mit einer ersten Pilotphase begonnen, wobei in jeder Kommune eine Piloteinrichtung gefördert wird. In Rheine nimmt der katholische Kindergarten St. Antonius an der Pilotphase teil. Die Pilotphase wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

Der Ansatz kann sich **als wichtiger Baustein in einem vernetzten System der Frühprävention** erweisen. Da die Arbeit erst vor wenigen Monaten begonnen hat, liegen bisher jedoch nur wenig konkrete Erfahrungen vor. Z.T. werden allerdings auch Aufgaben definiert, die von den Kindertagesstätten ohnehin bereits in mehr oder minder starkem Umfang wahrgenommen werden. Insofern handelt es sich ein Stück weit auch um die Systematisierung und Weiterentwicklung bestehender Praxis. Insgesamt stellt das Konzept einen vielversprechenden Ansatz dar, der **die Relevanz einer frühzeitigen und gezielten Unterstützung von Familien** berücksichtigt und der die Kindertagesstätten in ihrer Bedeutung für die Förderung und Prävention stärkt. Nach Abschluss der Evaluation und unter der Voraussetzung entsprechender Landesmittel sollte durch die Stadt **eine Ausweitung auf weitere Einrichtungen** angestrebt werden. Zielperspektive: mindestens eine Einrichtung in jedem Planungsraum.²⁴

²⁴ aktuelle Beschlusslage nach Fertigstellung des Berichts: ab 1.8.07 werden drei weitere Einrichtungen den Betrieb als Familienzentren aufnehmen, der Endausbau in Rheine bis 2012 soll 12 Einrichtungen umfassen

Unabhängig von der weiteren Entwicklung des Modellversuchs sollten generell **eine Stärkung des Beratungs- und Leistungsprofils der Einrichtungen** für Eltern / Familien sowie eine Weiterentwicklung der Vernetzung angestrebt werden. Organisatorische Ansätze:

- Einbindung der Einrichtungen in stadtteilbezogene Arbeitsformen zusammen mit Grundschulen und Diensten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe
- Abstimmung von Leistungsprofilen, Qualitätsstandards und bereichsübergreifenden Kooperationsformen in der bestehenden Arbeitsgemeinschaft von Trägern und Jugendamt
- stärkere Vernetzung und Kooperation mit den Beratungsdiensten der Jugendhilfe, etwa im Sinne einzelfallunabhängiger Präventionsprojekte und regelmäßiger Beratungsangebote in den Einrichtungen

3.2.3 Besondere Zielgruppen im Elementar- und Primarbereich

Kinder mit Migrationshintergrund

Die Statistik der Kindertageseinrichtungen weist Zielgruppen mit Migrationshintergrund aus, daneben steht die Schulstatistik zur Verfügung:

Kinder mit Migrationshintergrund in den Grundschulbezirken

Grundschulbezirke	Kitas im Grundschulbezirk			Grundschulen			
	Kinder m. Migrationshintergrd.	in % aller Kinder in Kitas	vorwieg. n.-dtsch Sprache	Schüler Ausländer +Aussied.	in % aller Schüler	ausländ. Schüler	Spätaussiedler
Annetteschule	52	23,0	11,5	58	19,1	8,6	10,5
Johannesschule Eschendorf	60	39,7	29,1	40	20,1	13,1	7,0
Josefschule Rodde	10	19,2	15,4	4	6,3	4,7	1,6
Südeschschule	42	22,6	14,0	26	8,8	8,4	0,3
Eschend./Gellend./Rodde	164	26,7	16,9	128	14,8	9,3	5,6
Bodelschwingschule	30	15,1	17,1	39	23,5	15,7	7,8
Canisiuschule	2	2,0	1,0	3	1,4	0,0	1,4
Ludgerusschule Schotthock	104	75,9	69,3	92	40,4	25,4	14,9
Altenrheine/Schotthock	136	31,2	29,8	134	21,9	13,7	8,2
Diesterwegschule	7	9,5	4,1	25	31,3	26,3	5,0
Edith-Stein-Schule	35	50,7	37,7	26	25,2	17,5	7,8
Gertrudenschule	5	4,0	4,8	20	8,9	5,3	3,6
Kardinal-von-Galen-Schule	44	48,9	32,2	18	9,2	1,0	8,2
Michaelschule	56	22,9	8,2	45	19,1	6,4	12,8
Paul-Gerhardt-Schule	20	18,2	4,5	15	7,5	7,5	0,0
Rheine links der Ems	167	23,4	12,5	149	14,4	8,0	6,4
Franziskusschule	12	6,8	6,8	8	2,9	2,9	0,0
Johannesschule Mesum	11	11,0	9,0	19	9,4	4,5	5,0
Ludgerusschule Elte	1	2,3	0,0	8	5,6	4,2	1,4
Marienschule Hauenhorst	14	7,1	1,5	7	3,1	1,3	1,8
Südraum	38	7,4	4,7	42	5,0	3,1	1,9
Gesamtstadt	509	21,7	15,0	453	13,5	8,1	5,4

Quelle: Kindertagesstätten-Zählblätter, 12/2005, Schulstatistik, Oktoberzahlen 2005/06, eigene Berechnungen

- Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund liegt im Kindertagesstättenbereich stadtweit etwa bei 22%. Etwas geringer ist der Anteil der Kinder aus Familien, in denen über-

wiegend nicht deutsch gesprochen wird: ca. 15% bzw. jedes 6.-7. Kindergartenkind / spätere Schulkind.

- Im Grundschulbereich ist der Anteil der Kinder aus ausländischen Familien oder aus Ausiedlerfamilien insgesamt niedriger (13,5%). Dieser Unterschied verweist allerdings auch auf Probleme der Schulstatistik: Schüler mit Migrationshintergrund werden nur teilweise erfasst.
- Teilräumlich besteht eine erhebliche Variationsbreite. In einigen städtischen Teilbereichen / Einrichtungen liegt der Anteil bei 50% und darüber. Diese Anteilswerte verweisen auf die besondere Relevanz von Sprachfördermaßnahmen für Migranten sowie auf zielgruppenspezifische Arbeitskonzepte in den jeweiligen Einrichtungen.
- Kleinräumige Gebiete mit hohem Migrantenanteil sind vielfach auch Gebiete mit hohem Anteil von Problemlagen geringen Haushaltseinkommens. Die einzelnen Teilgruppen sind z.T. identisch, daneben kann auch eine Kumulation von Problemlagen in einzelnen Stadtteilen vermutet werden. Die betreffenden Stadtteile müssen bei der Prioritätenbildung für die Entwicklung teilräumlicher Angebote besonders beachtet werden. Das gilt gleichermaßen für die Gestaltung der Angebotsstruktur im Kita-Bereich wie auch im Schulbereich.

Frühzeitige Sprachförderung ist von essentieller Bedeutung sowohl für den schulischen Erfolg wie auch für die soziale Integration. Sprachfördermaßnahmen werden nach den maßgeblichen Landesrichtlinien sowohl im Verantwortungsbereich des Arbeitsbereichs „Tageseinrichtungen für Kinder“ als auch im Verantwortungsbereich der Schulverwaltung durchgeführt. Sprachförderkurse in 2006:

7 Gruppen im Verantwortungsbereich der Tageseinrichtungen für Kinder

5 Gruppen im Verantwortungsbereich der Grundschulen / der Schulverwaltung

Die 5 Sprachförderkurse der Schulverwaltung wurden an den Standorten Edith-Stein Schule, Paul-Gerhardt Schule, Johannesschule Rheine, Ludgerusschule Schotthock und Johanneschule Mesum durchgeführt, Teilnehmerzahl: ca. 60 Kinder. Anzahl der Gruppen, Standorte und Gruppengrößen variieren mit jedem Einschulungsjahr und sind vorab kaum zu prognostizieren. Über die Sprachfördermaßnahmen wird auf der Grundlage der Sprachstandsfeststellung im Rahmen der Grundschulanmeldungen im November jeden Jahres entschieden.

Die zukünftige Durchführung von Sprachfördermaßnahmen ist z.Zt. noch offen. Nach der aktuellen Rechtslage soll die Sprachstandsfeststellung zukünftig generell zwei Jahre vor der Einschulung erfolgen, und zwar im Verantwortungsbereich des Schulamtes (Kreis Steinfurt). Genauere Regelungen – insbesondere zur Organisation und Durchführung der sich anschließenden Förderkurse – stehen derzeit noch aus (Stand Ende 2006). Eine Abstimmung und Kooperation von Schulamt, Schulverwaltung, Kindertagesstätten und Schulen erscheint jedoch weiterhin unerlässlich.

Wegen der grundlegenden Bedeutung der Sprachförderung sei auf das Beispiel Bielefeld verwiesen, das über den direkten regionalen Kontext hinaus als richtungsweisend angesehen werden kann. Das Sprachförder-Angebot auf der Grundlage der Landesförderung wurde hier im Rahmen einer Neukonzeption deutlich ausgeweitet. Eckpunkte des Konzepts:²⁵

- Durchgängige zweijährige Förderung vom Beginn des zweiten bis zum Ende des dritten Kindergartenjahres, Gliederung in einen Grundkurs sowie in einen Aufbaukurs mit gezielter Sprachförderung im Hinblick auf den Schulanfang

²⁵ sh. Konzept der Verwaltung der Stadt Bielefeld: Miteinander leben, miteinander reden, Bielefeld 2006

- Elternarbeit als fester Bestandteil der vorschulischen Sprachförderung
- Arbeit mit dem muttersprachlichen Ansatz, dort wo es möglich ist
- Gesamtstundenzahl: Vier Stunden Unterricht / Woche, eine Stunde Elternarbeit / Woche
- Flächendeckende Einrichtung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse für die Kursleitungen bzw. Ergänzungskräfte
- Pädagogisches Ziel: Möglichst kein Personalwechsel bei der Kursleitung während der zweijährige Sprachförderung
- Qualifizierte Fortbildungsangebote für die Lehrkräfte der beiden Kursformen sowie gemeinsame Fachtage von Erzieher/innen und Grundschul-Lehrer/innen
- Umsetzung über Landesmittel, städtische Mittel sowie - als public-private-partnership - unter Einbeziehung von Sponsorenmitteln

Sprachförderkurse können in jedem Fall nur ein Baustein sein für eine erfolgreiche Integration. **Erforderlich sind darüber hinausgehende Angebote mit interkultureller und sozial-integrativer Zielsetzung, z.B.**²⁶

- interkulturelle Arbeitsansätze im Kindertagesstätten- und Grundschulbereich
- muttersprachliche Angebote / muttersprachlicher Unterricht
- gezielte Elternarbeit / Einbindung der Eltern im Kita- und Grundschulbereich / Sprachkurse für Eltern

Die bestehenden Arbeitsansätze in den Einrichtungen – Kindertageseinrichtungen, Schulen – können hier nicht im einzelnen dokumentiert und analysiert werden, zumal es sich vielfach auch um befristete Projekte oder Initiativen handelt. Insgesamt erforderlich: die (Weiter-)Entwicklung von Leitlinien im Rahmen eines gesamtstädtischen Arbeitskreises sowie die kontinuierliche Abstimmung der beteiligten Institutionen über Angebotsstrukturen und Entwicklungserfordernisse im Rahmen sozialräumlicher Arbeitsansätze.

Weitere Zielgruppen

Neben der Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund stellt **die allgemeine frühe Sprachförderung** einen weiteren Arbeitsbereich dar. Die Mehrzahl der Kindertageseinrichtungen in Rheine setzt das Bielefelder Screening ein, mit anschließenden Trainingsprogrammen im Bedarfsfall. Es handelt sich um einen Test für Sprachfähigkeit, Auffälligkeiten deuten auf mögliche Lese- und Rechtsschreibprobleme im späteren Schulalltag hin. Trainingsprogramme – z.B. Würzburger Training – ermöglichen eine gezielte Prophylaxe.

Neben der Sprachförderung sind **weitere Bereiche der erzieherischen, sozialen und emotionalen Förderung** von Belang. Wichtige Gruppen:

- Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf
- Verhaltensauffällige / verhaltensoriginelle Kinder unterhalb der Schwelle des sonderpädagogischen Förderbedarfs
- Kinder in belasteten Lebens- oder Familiensituationen, z.B. Erziehungsschwierigkeiten der Eltern, Suchtprobleme

²⁶ sh. auch Migrations- und Integrationskonzept der Stadt Rheine aus dem Jahr 2003 mit weiterführenden Aussagen

Genauer beziffern lässt sich die Teilgruppe mit definiertem sonderpädagogischen Förderbedarf: in Rheine werden z.Zt. 53 Kinder mit Behinderungen bzw. erheblichen Entwicklungsverzögerungen in integrativer Form in den Kindertageseinrichtungen betreut, das entspricht einem Anteil von ca. 2-3%. Es bestehen zwei Schwerpunktseinrichtungen mit besonderer Personalausstattung (St. Josef-Kindergarten Mesum, Caritas-Kindertagesstätte Ellinghorst), daneben verfügt die Mehrzahl der Einrichtungen über ein integratives Angebot (bis zu 3 Kinder). Als spezialisierte Einrichtung zur Förderung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist das Heilpädagogische Zentrum in Trägerschaft des Caritasverbandes zu nennen.

Im Grundschulbereich bestehen zwei Schwerpunktgrundschulen für integrativen Unterricht im Kernstadtbereich. Der Aufbau eines dritten Standorts im südlichen Stadtbereich ist ange-dacht und sollte bedarfsabhängig umgesetzt werden, um eine wohnortnahe Versorgung auch im Südraum zu gewährleisten.

Insgesamt sind die angeführten Zielgruppen nur schwer zu beziffern. Das Bielefelder Modellprojekt „Förderfachstellen“, das sich auf die Weiterentwicklung der frühzeitigen Förderung im Bereich der Kindertageseinrichtungen bezieht, geht aktuell von einem **Anteil an risikobelasteten Kindern im Vorschulbereich von 15-30%** aus.²⁷ Dieser hohe Anteil verdeutlicht die Notwendigkeit einer abgestimmten Angebotsstruktur im Elementar- und Primarbereich.

Erforderlich ist zum einen die sozialraumbezogene Vernetzung von Kindertagesstätten, Schulen und Jugendhilfe, sh. unten. Erforderlich ist darüber hinaus die kontinuierliche Überprüfung und Weiterentwicklung der Angebotsprofile auf der Grundlage der Rückmeldungen aus den Einrichtungen.

3.2.4 Übergang Kindertageseinrichtung-Grundschule

Mit Blick auf ein abgestimmtes Bildungs- und Erziehungsangebot ist insbesondere die Gestaltung des Übergangs von der Kindertagesstätte in die Grundschule von hoher Bedeutung.

Die Befragung der Rheiner Schulen gibt u.a. Auskunft über **die Einschätzung der Kooperation aus der Sicht der Schulleiter/innen**. Generell wird die Kooperation ganz überwiegend positiv bewertet. Gegenüber dem Stand aus der letzten Planung ergibt sich zudem ein deutlich gestiegenes Gewicht der positiven Einschätzungen. Die Kooperation hat sich offenbar in den letzten Jahren verdichtet. Andererseits werden auch vielfältige Anforderungen an die Weiterentwicklung der Kooperation geäußert. **Angeführte Entwicklungserfordernisse:**

- fester Arbeitskreis, der regelmäßig tagt
- gegenseitige Hospitationen müssten noch erweitert werden
- Austausch über Förderung (bes. im Bereich Sprachförderung) müsste erweitert werden
- Austausch von Informationen über Frühdiagnostik
- mehr Austausch über Anforderungsprofile
- Ergebnisse des Bielefelder Screenings sollten der Schule zukommen
- Austausch zwischen Erzieherin und künftiger Lehrkraft über alle Erstklässler
- Infos und Rückmeldung über Problemkinder, die zur Einschulung anstehen

²⁷ sh. AWO Ostwestfalen-Lippe: Modellprojekt Förderfachstellen – neue Perspektiven für Kinder. Erster Bericht der wissenschaftlichen Begleitung, Bielefeld Oktober 2006

- mehr Durchlässigkeit bei Auskunft über verhaltensauffällige Schüler
- Abgleich der Basiskompetenzen
- mehr Kooperation bei Sprachstandserhebung und Sprachkursen
- intensiverer Austausch über Kinder, die eingeschult werden

Generell gehen die Anmerkungen in Richtung auf eine regelmäßigeren Kooperation sowie einen verstärkten Informationsaustausch. Von einigen Schulen wird aber auch auf eine gut funktionierende, verstetigte Zusammenarbeit mit regelmäßigen Treffen verwiesen.

Die Aussagen decken sich mit **den Rückmeldungen der Tagesstättenleiterinnen**. Auch hier besteht der Wunsch nach einem verstetigten, regelmäßigen Austausch mit den Grundschulen, wobei der Status Quo ambivalenter eingeschätzt wird als von den Schulleitern. So wird von seiten der Kindertagesstätten z.B. auf fehlende Information über Veränderungen in der Grundschule (Eingangsphase, Inhalte im ersten Jahr) sowie auf fehlenden persönlichen Kontakt zu den Lehrkräften hingewiesen.

Die Bildungsvereinbarung aus 2003 nennt verschiedene Instrumente der Kooperation von Kita und Schule, an denen sich die Gestaltung des Übergangs ausrichten kann.²⁸

Bildungsdokumentation: sie wird von der überwiegenden Mehrzahl der Kindertageseinrichtungen erstellt, jedoch noch nicht von allen. Hemmnisse bestehen hauptsächlich im Hinblick auf die damit verbundene Mehrbelastung. Ein wichtiger Aspekt betrifft die Belange des Datenschutzes. Von den Kindertagesstätten wird zu Recht darauf verwiesen, dass eine automatisierte Weitergabe an die Schulen aus verschiedenen Gründen als problematisch anzusehen ist. Gegenwärtiges Verfahren: Die Dokumentation wird den Eltern ausgehändigt, es erfolgt jedoch keine direkte Weiterleitung an die Schulen. Auf Nachfrage wird die Dokumentation den Schulen in der Regel durch die Eltern zur Verfügung gestellt.

Regelmäßige gegenseitige Besuche und Hospitationen: sie finden vielfach statt, insbesondere Besuche in der Grundschule für den letzten Kindergartenjahrgang, ebenso punktuell Besuche von Grundschullehrern in den Kindertageseinrichtungen. Grundproblem sind hier die knappen Zeitressourcen.

Einschulungskonferenzen: sie sollen dem fachlichen Austausch und der gegenseitigen Information dienen und werden bisher punktuell in einzelnen Stadtbereichen durchgeführt, jedoch nicht flächendeckend in allen Planungsbereichen. Regelmäßige Sozialraumkonferenzen unter Teilnahme der Kindertageseinrichtungen und der Grundschulen finden im Bereich Altenrheine / Schotthock statt. Generelles Erfordernis: ein regelmäßiger Austausch, ein- bis zweimal im Jahr.

Gemeinsame Informationsveranstaltungen von Kindertagesstätten und Grundschulen zwei Jahre vor der Einschulung: die Einladung erfolgt durch die Schulverwaltung anhand von Einwohnermeldedaten. Beide Institutionen stellen ihr Angebot vor, wobei die Fördermöglichkeiten für Kinder im Vordergrund stehen. Diese Veranstaltungen werden von den Kindertagesstätten – soweit es die Teilnahme der Kitas betrifft – kritisch bewertet: da die vierjährigen Kindern ganz überwiegend einen Kindergarten besuchen, ist das Einrichtungsprogramm den Eltern bereits bekannt und muss nicht nochmals vorgestellt werden.

²⁸ sh. Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen, Bildungsvereinbarung NRW, 2003, Punkt 6: Gestaltung des Übergangs in die Grundschule

Generell besteht sowohl von seiten der Grundschulen wie auch von seiten der Kindertagesstätten der Wunsch nach einem verstetigten, regelmäßigen Austausch. Dieser sollte in Form **regelmäßiger sozialraumbezogener Konferenzen** aufgebaut werden. Beteiligte: Grundschulen und Kindertageseinrichtungen eines Gebiets sowie weitere soziale Dienste und Einrichtungen, Mitarbeiter/innen des ASD. Thematische Felder / Arbeitsbereiche:

- fallunabhängiger Informationsaustausch
- Austausch über Strukturen und Veränderungen im Stadtteil
- wechselseitige Information über Arbeitsfelder und bestehende Förderangebote
- gemeinsame Entwicklung von Angeboten und Projekten im Stadtteil

3.3 Kooperation von Schule und Diensten der Erziehungs- und Familienhilfe, Schwerpunkt Primarbereich

3.3.1 Problemstellung und Stand der Kooperation

Die Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Schulen mit der Erziehungs-/Jugendhilfe ist darauf gerichtet, **durch früh einsetzende Beratungs- und Unterstützungsangebote** Kinder und Jugendliche in ihrer sozialen und schulischen Integration zu fördern. Voraussetzung ist, dass kindliche und jugendliche Entwicklungsbeeinträchtigungen und Verhaltensauffälligkeiten sowie Störungen im System Familie und im Bezugfeld Schule frühzeitig erkannt werden.

Erforderlich ist **ein flexibler Kooperationszusammenhang** mit niedrighschwelligem und präventiv ausgerichteten Angeboten. Zu denken ist insbesondere an Angebote im vorschulischen Bereich sowie im Grundschulbereich, um auf mögliche Entwicklungsbeeinträchtigungen und soziale / familiäre Problemlagen möglichst frühzeitig zu reagieren und einer Verfestigung entgegenzuwirken. Erforderlich sind daneben insbesondere Angebote unterhalb der Schwelle der Erziehungshilfen, um Problemen möglichst schon im Vorfeld zu begegnen.

Wichtige Partner sind der Arbeitsbereich Erziehungshilfe sowie der Allgemeine Soziale Dienst des Jugendamtes sowie die in Rheine angesiedelte Erziehungsberatungsstelle in Trägerschaft des Caritas-Verband. Hinzu kommen weitere Institutionen.

Der Allgemeine Soziale Dienst ist bezirksmäßig organisiert und gliedert sich in drei Teams mit teilträumlicher Zuständigkeit (Kernstadt links der Ems, rechts der Ems und südliches Stadtgebiet). Der Aufgabenbereich umfasst die Wahrnehmung und/oder Vermittlung des gesamten Spektrums von Leistungen der Erziehungs- und Familienhilfe (§§28-35 KJHG, §§ 13, 16-18 KJHG, §41 KJHG)

Die Erziehungsberatungsstelle ist in drei Teams mit altersbezogener Zuständigkeit gegliedert: Vorschulteam, Schulteam, Jugendteam. Primär werden Aufgaben nach §28 KJHG (Erziehungsberatung) wahrgenommen, daneben weitere Beratungsaufgaben, z.B. §§ 16-18 KJHG.

Bei beiden Institutionen bilden die Altersgruppen der Kinder im Vorschul- und Grundschulbereich einen hohen Anteil, was die Bedeutung der Kooperation mit Kita und Grundschule unterstreicht:

- ASD / Jugendamt: Anteil <12 Jahre an allen Maßnahmen der Erziehungshilfe ca. 65%
- Erziehungsberatung: Anteil bis 12 Jahre ca. 50-60%²⁹

Die statistischen Angaben verdeutlichen die Relevanz von Angeboten für die unteren Altersgruppen. Dies betrifft nicht nur den Kontakt Lehrer - Bezirkssozialarbeiter bzw. Lehrer - Psychologe, sondern daneben auch die Kooperation mit bestehenden Betreuungsangeboten / Angeboten der offenen Jugendarbeit etc. an den Schulen, um hier im Bedarfsfall frühzeitig Hilfs- und Unterstützungsangebote machen zu können. Wichtig ist darüber hinaus die Entwicklung von Präventionsangeboten / Gruppenangeboten im Vorfeld einzelfallbezogener Hilfen.

²⁹ Psychologische Beratungsstelle des Caritasverbandes Rheine, Tätigkeitsbericht 2005

Beide Institutionen, insbesondere die Erziehungsberatungsstelle, nehmen entsprechend auch Aufgaben der Beratung von Fachkräften wahr, z.B. Beratung / Seminare für Lehrer/innen, Erzieher/innen in Schulen, Kindertagesstätten, Einrichtungen der Jugendarbeit sowie Aufgaben im Rahmen von Kooperationsprojekten / Gruppenangeboten in Schulen und Jugendeinrichtungen. Der Schwerpunkt liegt allerdings deutlich im Bereich einzelfallbezogener Arbeit.

Bei der **Beratungsstelle des Kinderschutzbundes** steht – neben der direkten Beratungsarbeit – die Präventions- und Fortbildungsarbeit stärker im Vordergrund. Angeboten werden Fortbildungen und Multiplikatorenschulungen, Informationsveranstaltungen für verschiedene Zielgruppen sowie Eltern-, Lehrer- und Schülerveranstaltungen und Projekte.³⁰ Die Präventionsveranstaltungen und Projekte werden vielfach in Kooperation mit weiteren Einrichtungen (z.B. AWO, Kriminalpolizei, Drogenberatung, Jugendamt) durchgeführt. Thematisch stehen das Schwerpunktthema Vernachlässigung sowie Angebote zur Gewaltprävention und zur Stärkung der sozialen Kompetenz von Kindern und Jugendlichen im Vordergrund. In 2005/06 wurden insbesondere mit zwei Kindertagesstätten sowie mit zwei Schulen größere Kooperationsprojekte zur Stärkung sozialer Kompetenzen durchgeführt.

Die schulpsychologische Beratungsstelle in Trägerschaft des Kreises Steinfurt ist ebenfalls in der Stadt Rheine angesiedelt, muss allerdings – bei einer Ausstattung von 3 Stellen – das gesamte Kreisgebiet abdecken. Zwischen der schulpsychologischen Beratungsstelle des Kreises und der Erziehungsberatungsstelle bestehen Absprachen über Arbeitsschwerpunkte.

Fasst man die Ergebnisse der ZASP-Befragung der Grundschulen sowie von Einzelgesprächen mit Schulleitern/innen sowie Trägern der Jugendhilfe zusammen, so ergibt sich **folgendes Bild der derzeitigen Kooperation von Erziehungshilfe und Kindertageseinrichtungen und Schulen:**

- Die Kooperation ist im wesentlichen einzelfallbezogen und an konkrete Anlässe / individuelle Problemlagen gebunden. Viele Grundschulen und Kindertagesstätten arbeiten im Einzelfall und bei Bedarf mit den Beratungsstellen zusammen.
- Die Beratungsstellen und Dienste stehen für Elterngespräche in Kindertageseinrichtungen oder Grundschulen sowie für Beratung der Erzieherinnen und Lehrkräfte zur Verfügung, daneben werden auch Seminare / Fortbildungen angeboten.
- Aber: es besteht keine institutionalisierte - über Einzelanlässe hinausgehende - Kooperation von Jugendhilfe und Kindertageseinrichtungen/Grundschulen, z.B. in Form regelmäßiger, einzelfallunabhängiger Arbeitstreffen oder in Form eines regelmäßigen Beratungsangebots vor Ort in den Einrichtungen / Schulen.
- Allgemeine Präventionsangebote in Kooperation von Trägern der Jugendhilfe und Kitas / Schulen – z.B. in Form von Projekten zur Gewaltprävention oder zur Stärkung der sozialen Kompetenz von Kindern – werden bisher nur punktuell, bei einem Teil der Einrichtungen umgesetzt. Hier sind die Schulen und Kitas wie auch die Träger der Jugendhilfe gleichermaßen gefordert.

In den Grundschulen besteht - anders als in den Hauptschulen und der Gesamtschule - bisher in aller Regel keine direkte personelle Anbindung sozialpädagogischer Fachkompetenz. Eine Ausnahme bilden **die Sozialpädagoginnen an drei Rheiner Grundschulen**. Diese Stellen in Trägerschaft des Schulamtes resultieren aus der Auflösung der Schulkindergärten. Von der Arbeitsplatzbeschreibung her sind sie ausschließlich auf Lernprobleme und Angebote ergänzender schulischer Förderung ausgerichtet, nicht jedoch auf Schulsozialarbeit im Sinne all-

³⁰ Deutscher Kinderschutzbund, Ortsverband Rheine e.V., Jahresbericht 2005

gemeiner sozialer Probleme im schulischen Kontext. Die Fach- und Dienstaufsicht liegt beim Schulamt des Kreises Steinfurt.

Die drei Stellen bilden kein Äquivalent für eine stärkere Kooperation von Schule und Jugendhilfe, da das Arbeitsfeld nicht im Sinne von Schulsozialarbeit definiert ist und die Fachkräfte nicht in das örtliche Angebot der Erziehungshilfe und Jugendhilfe eingebunden sind. Gegenüber der früheren Situation ist tendenziell eher eine Verschlechterung eingetreten: das Förderangebot der Schulkindergärten war an alle späteren Schüler gerichtet, während sich die Arbeit der drei Fachkräfte auf einzelne Standorte fokussiert. Wünschenswert wäre in jedem Fall eine bessere Vernetzung der drei Fachkräfte mit der Jugendhilfe. Angestrebt werden sollte eine Einbindung in sozialräumliche Abstimmungsstrukturen sowie in fachliche Arbeitszusammenhänge vor Ort.

Aus **der Einschätzung der Rheiner Grundschulleiter/innen zur Kooperation mit der Jugendhilfe** ergeben sich weitere Gesichtspunkte. Die Kooperation wird nur von einer Minderheit der Schulleiter/innen ohne Vorbehalte positiv bewertet, während die Mehrheit deutliche Erweiterungserfordernisse anführt. Für Grundschule und Sekundarstufe zeigen sich im Prinzip ähnliche Tendenzen. Im Vergleich zur Befragung aus 2001 wird die Kooperation eher stärker problematisiert, was ebenfalls Anlass sein sollte für eine gezielte Weiterentwicklung.

Von seiten der Schulleiter **angeführte Entwicklungserfordernisse der Zusammenarbeit** von Schule und Erziehungshilfe:

- schulpsychologischer Dienst personell nicht ausreichend ausgestattet
- mehr Unterstützung durch Jugendamt bei Kindern aus Familien mit sozialen Problemlagen
- Besuche in den Schulen
- Instrumentarium zur Früherkennung, „Diagnose-Raster“
- Jugendamt wird oft zu spät tätig, schnellere Einleitung von Maßnahmen
- regelmäßige Kontakte
- feste Bezugsperson für die Schule, insbesondere bei großen Schulen
- teilweise Wartezeiten zu lang

Die Kritikpunkte sind z.T. noch die gleichen wie in der letzten Planung, z.B. die als zu lang empfundenen Wartezeiten, die Reaktionszeiten bei der Einleitung von Hilfen oder die geringe Personalausstattung des schulpsychologischen Dienstes. Daneben sind auch Anregungen enthalten, die in Richtung auf eine Stärkung der einzelfallübergreifenden Kooperationszusammenhänge weisen, wie z.B. regelmäßige Kontakte, Besuche in den Schulen, feste Bezugspersonen. Ebenfalls angesprochen ist der Aspekt einer stärkeren Unterstützung bei der Früherkennung von Problemen.

Von seiten der **Jugendhilfe** sind ebenfalls **Anforderungen an die Ausgestaltung der Kooperation** zu stellen:

- Offenheit gegenüber der Kooperation mit der Jugendhilfe sowie Kooperation auf Augenhöhe
- Einbindung von Beratungsangeboten der Jugendhilfe in schulische Konzepte, Verankerung im Schulprogramm
- stärkere Verantwortung der Schule bei der Früherkennung von sozialen Problemlagen, verbindliche Kooperation mit der Jugendhilfe
- Ausweitung der allgemeinen Präventionsarbeit durch Kooperationsprojekte unter Einbindung unterschiedlicher externer Partner

Speziell der letzte Punkt setzt voraus, dass Träger der Jugendhilfe und Schulen gemeinsam modular gestaltete Angebotsbausteine – Gruppenprojekte mit Kindern und Eltern, Beratung und Qualifizierung von Lehrkräften – entwickeln, die die Grundlage für entsprechende Kooperationen bilden können.

Generell ist **eine stärkere Institutionalisierung** und **eine stärker präventive Ausrichtung der Zusammenarbeit** sowie der Aufbau gemeinwesenbezogener Arbeitsbezüge erforderlich. Die Entwicklungsperspektiven müssen entsprechend ausgerichtet sein auf

- den Aufbau fester, einzelfallübergreifender Kooperationszusammenhänge und die Verankerung niedrigschwelliger, Beratungs-, Unterstützungs- und Präventionsangebote vor Ort in den Schulen (und Kitas)
- ein verbessertes Instrumentarium zur Früherkennung von Problemen
- die Einbindung der Kooperationen in sozialräumliche Vernetzungsansätze unter Beteiligung weiterer Anbieter von Diensten der Jugend- und Familienhilfe sowie der Kinder- und Jugendarbeit

3.3.2 Perspektiven der Verzahnung von Grundschule, Kita und Jugendhilfe - Aufbau eines Frühwarnsystems

Wie können Kinder und Familien frühzeitiger erreicht werden, bevor Krisen und Probleme manifest werden? Die Frage geht in Richtung auf ein **Frühwarnsystem**, um die Erkennung von Problemen bereits in ihrer Entstehung zu gewährleisten, und zwar sowohl biografisch (Alter des Kindes) als auch bzgl. der Problemgenese.³¹

Begriff Früherkennungssystem: Nach der Definition des Modellprojekts NRW umfasst ein Frühwarnsystem die systematische Wahrnehmung, Sammlung, Auswertung und Weiterleitung von Informationen, um eine frühzeitige und zeitnahe Reaktion zu ermöglichen. Voraussetzung sind strukturierte und verlässliche Kooperationsbeziehungen der beteiligten Institutionen.

Vorrangige Ziele im Rahmen eines Frühwarnsystems:

- die Früherkennung von Erziehungsproblemen zu verbessern
- die Problemlösungskompetenz von Kita und Schule weiterzuentwickeln
- Angebote unterhalb der Schwelle der Erziehungshilfe zu organisieren
- im Bedarfsfall die Wege zur Erziehungshilfe zu verkürzen

Früherkennung zielt damit auf den Verbund bzw. die stärkere Vernetzung von Kindertagesstätte, Schule und Erziehungshilfe. Angebote der Erziehungshilfe müssen sinnvoll in beide Bereiche integriert werden im Sinne einzelfallbezogener und einzelfallübergreifender Kooperationsbezüge. Im Vordergrund steht der Bereich Schule, da hier eine Integration bisher nur ansatzweise vollzogen ist.

³¹ zum Thema Frühwarnsystem sh. ausführlich: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familien des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Soziale Frühwarnsysteme in Nordrhein-Westfalen, Ergebnisse und Perspektiven eines Modellprojekts, März 2005

Ein Baustein ist **die aktuelle Initiative des Jugendamtes** zur Schließung einer Vereinbarung mit den Kindertagesstätten und den Grundschulen der Stadt Rheine zur Umsetzung der neuen Rechtslage im Bereich der Kindeswohlgefährdung. Ziele:

- Verbesserung der Früherkennung von Erziehungs- und Familienproblemen, Vermeidung einer Verfestigung im Sinne einer Kindeswohlgefährdung
- Unterstützung des Jugendamtes bei seinem Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung gem. § 8 a SGB VIII

Die Fachkräfte der Kindertageseinrichtungen sollen auf die Inanspruchnahme notwendiger Hilfen und Unterstützungsangebote bei den Erziehungsberechtigten hinwirken. Sofern die angebotenen Hilfen nicht ausreichen oder die Erziehungsberechtigten ihre Mitarbeit verweigern, soll das Jugendamt informiert / hinzugezogen werden. Das Jugendamt stellt eine Indikatorenliste zur Verfügung bzw. leistet Hilfestellung bei der Beurteilung von möglichen Anzeichen für Kindeswohlgefährdung. Die Vereinbarung soll in analoger Form auch für die Schulen installiert werden, die allerdings keine Träger der Jugendhilfe sind.

Nach Erfahrungen aus anderen Städten³² stellt ein entsprechendes System einen erfolgversprechenden Ansatz dar und sollte möglichst sowohl im Bereich der Kindertagesstätten als auch im Bereich der Grundschulen umgesetzt werden. Zum Teil werden die angesprochenen Aufgaben auch derzeit schon wahrgenommen. Die Vereinbarung stellt insofern auch eine Weiterentwicklung und formale Festschreibung dar, aus der für alle Beteiligten eine höhere Verbindlichkeit resultiert.

Als **Erfolgsvoraussetzungen bzw. als Perspektiven der weiteren Entwicklung** eines solchen Systems sind zu nennen:³³

- ein kooperativ ausgearbeitetes Indikatorensystem, möglichst mit Schwellenwerten, die eine Reaktion auslösen
- mit den beteiligten Akteuren abgestimmte Handlungsempfehlungen zu den möglichen Verfahrensweisen (was soll wann passieren? wer wird tätig?)
- die Ausrichtung auf Angebote und Hilfen unterhalb der Schwelle zur Erziehungshilfe, um schon im Vorfeld von Hilfeplanverfahren Unterstützung zu mobilisieren

Ein entsprechendes System muss eingebettet sein in verstetigte einzelfallübergreifende Kooperationsstrukturen der beteiligten Institutionen und Einrichtungen: regelmäßige Fachtreffen der beteiligten Institutionen zwecks Weiterentwicklung und Nachjustierung des Systems, gemeinsame Konferenzen im Sozialraum und gemeinsame Fortbildungen der Fachkräfte, evtl. regelmäßige Präsenz der Jugendhilfe / von Sozialarbeitern in den Einrichtungen (sh. unten). Unter diesen Voraussetzungen kann ein entsprechendes Konzept sowohl eine Verbesserung der einzelfallorientierten als auch der institutionalisierten Kooperation von Kindertagesstätten, Grundschulen und Jugendhilfe bewirken.

Einen Schritt weiter geht **die Anbindung sozialpädagogischer Kompetenz und niedrigschwelliger Beratung in den Grundschulen (und Kindertageseinrichtungen)**, etwa in Form regelmäßiger einzelfallunabhängiger Präsenz einer Erziehungshilfefachkraft vor Ort. Mögliche Inhalte und Zielsetzungen:

³² sh. MGSFF (Hrsg.): Soziale Frühwarnsysteme in Nordrhein-Westfalen, März 2005

³³ sh. insbesondere das dargestellte Beispiel der Stadt Dortmund in: MGSFF (Hrsg.): Soziale Frühwarnsysteme in Nordrhein-Westfalen, März 2005

- Beratung von Erzieherinnen / Lehrkräften
- niedrigschwelliges Beratungsangebot für Schüler und Eltern
- Aktivierung weiterführender Hilfen

Ein entsprechendes Angebot erfordert nicht zwangsläufig einen umfangreichen Stellenausbau, sondern kann im Verbund jeweils mehrerer Einrichtungen mit begrenztem Stundenvolumen pro Einrichtung umgesetzt werden. Möglicher Ertrag eines solchen Angebots:

- ein zusätzlicher Baustein im Sinne eines frühzeitig einsetzenden Unterstützungsangebots für Kinder und Familien; Beitrag, um spätere kostenintensive Hilfen zu vermeiden
- ergänzende pädagogische Hilfestellung in Schulen und Kindertagesstätten sowohl für Lehrkräfte wie auch für Eltern
- kann die Früherkennung von Problemen wesentlich verbessern und im Bedarfsfall die Wege zur Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen verkürzen

Als einschlägiges Beispiel ist das Präventionsprojekt in Ibbenbüren in gemeinsamer Trägerschaft von Caritasverband und Evangelischer Jugendhilfe zu nennen.³⁴ Grundstruktur: Jeweils eine Erziehungshilfefachkraft betreut mit relativ geringem Stundenaufwand verschiedene Kindergärten und Grundschulen. Aufgaben: Beratung von Schülern, Lehrkräften und Eltern, Information über Angebote der Jugendhilfe, Herstellung von Kontakten für die ggf. notwendige Inanspruchnahme professioneller Hilfe.

Der Ansatz knüpft ebenso wie das Indikatorenmodell an der Überlegung an, dass die Erzieher/innen in den Tageseinrichtungen sowie die Lehrer/innen in den Grundschulen über eine enge Wahrnehmung der Kinder verfügen. Das Beratungsangebot bietet den Erziehern/innen und Lehrern/innen die Möglichkeit, ihre Wahrnehmungen der Kinder mit einer erfahrenen Fachkraft auszutauschen und gemeinsam über Lösungen und weitere notwendige Schritte zu entscheiden. Eventuelle Probleme können früher, gezielter und unabhängig von der Initiative der Eltern angegangen werden.

Die Entwicklung entsprechender Beratungsangebote vor Ort in den Einrichtungen (Grundschulen / Kindertagesstätten) sollte auch für Rheine in Betracht gezogen werden. Für eine Erprobung kommen vorzugsweise Stadtgebiete / Grundschulen mit überdurchschnittlicher Problembelastung in Betracht, bei Bewährung können weitere Grundschulen / Einrichtungen einbezogen werden. Pro Schule / Einrichtung ist ein begrenztes Stundenvolumen ausreichend (Sprechstunden). Insbesondere sollten auch die offenen Ganztagsangebote bzw. Betreuungsangebote mit einbezogen werden, da diese z.T. eine ungünstige Teilnehmerstruktur aufweisen, sh. entsprechendes Fachkapitel.

Eine Umsetzung sollte **im Rahmen bestehender Arbeitsstrukturen** erfolgen, um keine Parallelangebote aufzubauen. Zu denken ist an die Kommune (Jugendamt / ASD) oder an einen freien Träger, der bereits in der Beratung tätig ist, z.B. die Erziehungsberatungsstelle im Rahmen des bestehenden Grundschulteams. Entscheidend ist die Einbindung in bestehende Arbeitszusammenhänge sowie in bestehende oder zukünftige sozialräumliche Vernetzungsformen.

³⁴ Caritasverband Tecklenburger Land und Evangelische Jugendhilfe Münsterland: Abschlussbericht zum Modellprojekt „Vernetzung der Bereiche Tageseinrichtungen für Kinder und Grundschulen mit Erzieherischen Hilfen“, 2005

3.3.3 Generelle Perspektiven der Weiterentwicklung der Kooperation Schule - Erziehungshilfe

Über die genannten Ansätze hinaus bieten sich folgende Kooperationsmöglichkeiten zwischen den einzelnen Schulen und der Erziehungshilfe an:

Weiterentwicklung der einzelfallbezogenen Kooperation:

Einbeziehen von Lehrern in die Entscheidungsfindung und Erstellung des Hilfeplans unter Beachtung des Datenschutzes, gemeinsame Planung des Vorgehens bei der Bearbeitung von Einzelfällen, sofern schulbezogene Aspekte mit relevant sind. Der Hilfeplan steht im Zentrum der einzelfallbezogenen Arbeit und bildet die Grundlage für weitere Aktivitäten der Erziehungshilfe. Die Schule kann hier im Einzelfall u.U. wesentlich zur Problemlösung und zur Klärung des Hilfs- und Förderbedarfs beitragen. Hinzu kommen in Abhängigkeit von der Lage des Einzelfalls weitere Fachdienste, z.B. Erziehungsberatung, schulpsychologischer Dienst, weitere soziale Dienste.

Regelmäßige institutionalisierte - einzelfallunabhängige - Kontakte zwischen Erziehungshilfe und Schule, um den wechselseitigen Informationsaustausch zu stärken:

In Betracht kommen die Einbindung der Mitarbeiter der Erziehungshilfe in die Schulkonferenzen sowie regelmäßige gegenseitige Information über Problembereiche in der Schule und über Beratungs- und Hilfsangebote der Jugendhilfe. Dies kann auch im Zuge des Aufbaus von Beratungsangeboten an den Schulstandorten erfolgen. Der fachliche Austausch unterstützt die angesprochenen Frühwarnfunktionen um stadtteilbezogene Aspekte. Potentielle oder aktuelle Gefährdungen im sozialen Nahraum der Schule können besser erkannt werden.

Integration sozialpädagogischer Arbeitsansätze in das schulische Angebot:

Gezielte Fortbildung der Lehrkräfte im Bereich sozialpädagogischer Inhalte (z.B. Umgang mit schwierigen Schülern, Gewaltprävention, interkulturelle Arbeit); sofern möglich, sollten gemeinsame Fortbildungen mit Mitarbeitern/innen aus dem Bereich der Jugendhilfe angestrebt werden. Offensive Wahrnehmung des Schutzauftrags nach §42 durch die Schulen, gemeinsam mit der Jugendhilfe Entwicklung eines Instrumentariums zur Früherkennung von Problemen und gemeinsame Festlegung von Verfahrensweisen im Umgang mit potentiellen Problemlagen. Es sollten insbesondere klare Festlegungen für eine verbindliche Kooperation mit den Diensten der Jugendhilfe getroffen werden, um frühzeitig weitere Hilfen mobilisieren zu können. Bedarfsabhängig sollten externe Beratungsangebote / Sprechstunden vor Ort in der Schule in die Angebotsstruktur mit eingebunden werden.

Verstärkung allgemeiner, einzelfallunabhängiger Präventionsarbeit:

In Kooperation von Kindertagesstätten, Schulen, Kinderschutzbund, Erziehungsberatung sowie weiteren Trägern der Jugendhilfe (Weiter-)Entwicklung von Modulen zur allgemeinen, einzelfallunabhängigen Präventionsarbeit (z.B. in den Bereichen Prävention von Vernachlässigung, Gewaltprävention, Stärkung sozialer Kompetenz, interkulturelle Arbeit, Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern), die in die schulische Arbeit integriert werden können. Neben Gruppenangeboten für Kinder sind hier auch Informationsangebote für Eltern / Ansätze von Elternarbeit sowie Angebote für Erzieher/innen und Lehrkräfte zu berücksichtigen. Präventionsarbeit muss auch im Elementar- und Primarbereich als kontinuierlicher Bestandteil im Angebot der Einrichtungen bzw. im schulischen Angebot verankert werden. Dies ist bisher nur punktuell und bei weitem nicht bei allen Schulen / Einrichtungen gegeben. Hierzu gehören neben Kooperationen mit den Trägern und Anbietern der Jugendhilfe auch verstärkte Ko-

operationen mit Trägern und Anbietern der offenen Kinder- und Jugendarbeit, sh. jeweils unten.

Weiterentwicklung sozialräumlicher Organisations- und Vernetzungsformen:

Die Arbeit von Kindertageseinrichtungen, Schulen, Anbietern und Trägern der Jugendhilfe muss eingebunden sein in sozialräumliche / gemeinwesenorientierte Arbeitszusammenhänge. Erst hieraus können Synergieeffekte bei der Mobilisierung von Ressourcen sowie eine vernetzte, an den Anforderungen des Wohnumfelds orientierte Angebotsstruktur entstehen. Ein Instrument stellt die regelmäßige Durchführung von Sozialraumkonferenzen dar, die eine wichtige Funktion als Steuerungs- und Kommunikationsforum übernehmen können. Als allgemeiner Gebietsrahmen bieten sich die vier großräumigen Planungsbereiche aus der Kindertagesstättenplanung an, die aus Gründen der optimalen Vernetzung auch bei der vorliegenden Planung herangezogen wurden, und für die in Ansätzen bereits sozialraumbezogene Arbeitsstrukturen bestehen. Diese sind allerdings in den einzelnen Planbereichen unterschiedlich weit entwickelt und sollten in allen Teilgebieten als regelmäßige und verstetigte Arbeitsformen fest etabliert werden. Zu beteiligen sind Kindertageseinrichtungen, Schulen, Träger der Jugendhilfe, Kultur- und Sportvereine, Kirchengemeinden, u.a.

Gesamtstädtische Abstimmung und Angebotsentwicklung:

Unterstützung der einzelnen Schulen durch einen regelmäßigen schulübergreifenden Erfahrungsaustausch unter Teilnahme der Anbieter und Träger der Jugendhilfe. Zu denken ist an einen gesamtstädtischen Arbeitskreis, bei Bedarf mit Untergliederung für einzelne Felder der Kooperation. Hier können im Zusammenwirken von Trägern der Jugendhilfe und Schulen Konzepte entwickelt und Angebotsabstimmungen vorgenommen werden.

3.4 Schulsozialarbeit / schulbezogene Jugendsozialarbeit und allgemeine Präventionsarbeit, Schwerpunkt Sekundarstufe

3.4.1 Anforderungen und Zielgruppen

Auch für die Sekundarstufe gilt: Schule hat sowohl einen Bildungsauftrag wie auch einen Erziehungsauftrag. D.h. Schule muss auch bei Erziehungsproblemen tätig werden, was **die Einbindung von sozialpädagogischen Kompetenzen in den Schulalltag** sowie die Kooperation mit Eltern und mit Institutionen der Jugend- und Familienhilfe erfordert. Gefordert sind z.B. schulische Beratungskonzepte als Teil des Schulprogramms sowie die Verbindung von schulischen und außerschulischen Maßnahmen. Inhalte mit präventiver erzieherischer Zielsetzung müssen fest im Schulalltag verankert sein und regelmäßiger, kontinuierlicher Bestandteil der Erziehungsarbeit sein.

Hierzu ist **eine systematische Verbindung und Kooperation von Bildungsinhalten und sozialpädagogischen Angeboten – speziell Angeboten der Jugendsozialarbeit** - erforderlich. Zielgruppen der Jugendsozialarbeit sind junge Menschen im Alter von bis zu 27 Jahren mit sozialen und erzieherischen Problemen, die zum Ausgleich von Benachteiligungen bzw. zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind. Bei Benachteiligung ist an Aspekte des familiären und sozialen Umfelds, der ethnischen oder kulturellen Herkunft oder der ökonomischen Situation der Familien gedacht, die die Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft und den Übergang von der Schule in den Beruf erschweren. Individuelle Beeinträchtigung bezieht sich z.B. auf Lernstörungen oder Lernbeeinträchtigungen, auf psychische oder physische Beeinträchtigungen oder auf Verhaltensauffälligkeiten.

Die Kooperation von Schule und Jugendsozialarbeit zielt darauf, für Kinder und Jugendliche mit individuellen Beeinträchtigungen oder Schwierigkeiten im Sozialverhalten eine frühzeitige Förderung innerhalb und außerhalb der Schule zu ermöglichen. Wichtige **Zielgruppen der Jugendsozialarbeit:**

- Haupt- und Sonderschüler/innen mit schlechtem oder ohne Abschluss,
- Schul- und Ausbildungsabbrecher/innen,
- Jugendliche mit Sozialisationsdefiziten,
- Jugendliche aus dem Bereich der Erziehungshilfen,
- Jugendliche mit kriminellen Karrieren und Drogenerfahrungen,
- (lern)behinderte Jugendliche,
- Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Jugendsozialarbeit im schulischen Kontext soll die schulische Erziehungsarbeit begleiten und ergänzen, ohne den Lehrkräften ihre erzieherische Verantwortung abzunehmen. Entscheidend ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit.

Über Angebote für benachteiligte Jugendliche hinaus richten sich **allgemeine Präventions- und Förderangebote** stärker an die Gesamtheit der Jugendlichen mit dem Ziel, die Herausbildung von Problemlagen im Vorfeld zu verhindern. Prävention in diesem allgemeinen Sinne ist damit Aufgabe aller Institutionen, die im Bereich Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen tätig sind.

3.4.2 Schulsozialarbeit

Schule ist ein wichtiger Ort, an dem die Jugendhilfe mit ihrem Leistungsspektrum frühzeitig auf Jugendliche einwirken und auch deren Eltern erreichen kann. **Durch den Einsatz von sozialpädagogischem Fachpersonal direkt an der Schule** ist es möglich, ein niedrighschwelliges Hilfsangebot zu schaffen. Jugendsozialarbeit an Schulen richtet sich an junge Menschen, die durch ihr Verhalten, z.B. durch erzieherische, psychosoziale und familiäre Probleme, Schulverweigerung, erhöhte Aggressivität und Gewaltbereitschaft auffallen, oder deren soziale und berufliche Integration aufgrund von individuellen und/oder sozialen Schwierigkeiten sowie aufgrund eines Migrationshintergrunds erschwert ist.

Angesichts der Veränderung von Erziehungsverhältnissen und Lebensperspektiven von Kindern und Jugendlichen sowie der Zunahme sozialer Problemsituationen ist im Hauptschulbereich in den letzten Jahren **ein deutlicher Ausbau von Angeboten der Schulsozialarbeit** – als schulisches Angebot in Angliederung an die Schulaufsicht - erfolgt. Wichtige Zielsetzungen entsprechender Angebote betreffen

- die Integration von Schülerinnen und Schülern in den Schulbetrieb,
- Hilfen zur schulischen und z.T. auch zur außerschulischen Alltagsbewältigung,
- Prävention von Schulversagen,
- Sicherung erfolgreicher Schulabschlüsse

An Gesamtschulen in Ganztagsform ist Schulsozialarbeit – mit Blick auf den erweiterten Erziehungsanspruch einer Ganztagschule - seit jeher fest verankert. Der entsprechende Erlass zum Einsatz von sozialpädagogischen Fachkräften an Gesamtschulen³⁵ nennt als Arbeitsbereiche

- zum einen die Arbeit im Ganztagsbereich der Schule: Mitarbeit bei der Planung und Organisation des Ganztagskonzepts und der Freizeitangebote, Durchführung von Gruppenaktivitäten, Angebote für feste Schülergruppen sowie in Schülertreffs und Aufenthaltsräumen
- daneben insbesondere das Angebot von sozialpädagogischen Hilfen: Angebote an einzelne Schülerinnen und Schüler, Schülergruppen und Eltern sowohl vorbeugend als auch bei konkreten Schwierigkeiten, Problemen oder Konflikten; gedacht ist sowohl an Beratungsarbeit als auch an soziale Gruppenarbeit, bei enger Zusammenarbeit mit Lehrkräften, schulpsychologischen Diensten und außerschulischen Beratungsinstitutionen.

An der Euregio-Gesamtschule ist eine Sozialarbeiterin im Umfang einer vollen Stelle tätig.

Seit 2003 ist Schulsozialarbeit mit einem ähnlichen Profil wie an der Gesamtschule auch **an allen drei Hauptschulen** der Stadt Rheine verankert, und zwar im Umfang jeweils einer halben Stelle. Träger des Angebots ist die Bezirksregierung. Das Angebot richtet sich an Schüler/innen, Eltern und Lehrkräfte, wobei dem Aspekt eines niedrighschwelligigen Angebots für die Schüler/innen besondere Bedeutung zukommt.

Die Arbeit an den drei Standorten beruht auf einer von den drei Fachkräften **gemeinsam abgestimmten Grundkonzeption**, daneben bestehen jeweils individuelle Arbeitsschwerpunkte.

³⁵ sh. Einsatz von sozialpädagogischen Fachkräften an Gesamtschulen in Ganztagsform, RdErl. des Kultusministeriums vom 22.1.1991

Im Kern unterscheidet das Konzept zwischen einzelfallbezogener Beratungsarbeit und Projektarbeit:³⁶

Beratungsangebot

- *Verlässliche Anwesenheit einer Vertrauensperson*
- *Regelmäßige offene Sprech- und Beratungszeiten mit der Möglichkeit der kurz- und mittelfristigen Begleitung und Beratung der Schüler und ggf. auch der Eltern*
- *Konfliktarbeit und Beratung einzelner Schüler bei schulischen, familiären oder persönlichen Problemen, wie z.B. Schulmüdigkeit, regelmäßigem Ärger im Elternhaus oder Schwierigkeiten im Umgang mit legalen wie illegalen Drogen.*
- *Krisenintervention*
- *Mittlerin zwischen SchülerInnen und LehrerInnen*
- *Elternarbeit (persönliche Gespräche, Hausbesuche, Telefonate) sowie gemeinsame Beratungsgespräche mit Eltern und Kind*
- *Gemeinsame Lösungssuche mit den Lehrkräften, Schülern und Eltern bei schwierigen sozialen Problemstellungen*
- *Sozialpädagogische Intensivbetreuung in Form von Einzelfallhilfen, z.B. bei Schülern, denen es schwer fällt Umgangsregeln einzuhalten.*
- *Begleitung und Koordination von Hilfeangeboten weiterführender Facheinrichtungen bei z.B. Missbrauch oder Misshandlung*

Präventive oder intervenierende Projektarbeit, offene Angebote der Jugendarbeit

- *Organisation und Durchführung von Projekten im Klassenverband und in speziell ausgesuchten Gruppenzusammensetzungen*
- *Entwicklung und Umsetzung besonderer Maßnahmen zu Förderung der Schüler/innen in der Erprobungsstufe, mit z.B. dem „Stark wie ein Bär“ Projekt*
- *Projekte die auf ganz spezielle bereits auffallende Schülergruppen zugeschnitten sind*
- *Projekte, die das Klassenklima verbessern und Störungen vermindern sollen*
- *Durchführung von regelmäßigen offenen Angeboten, wie z.B. einer Breakdance AG,*
- *Initiieren und Bekanntmachen von Angeboten durch außerschulische Fachkräfte, wie z.B. von Jugendzentren, dem DKSB, der Drogenberatungsstelle oder dem Jugendamt*
- *Organisation und Mitwirkung bei Festen und besonderen Aktionstagen*

Merkmale der Einbindung in den Schulalltag:

- *Enge Kooperation mit der Schulleitung und den Klassenlehrern*
- *Fachinformationen der Lehrer, z.B. in Form von Vorträgen in Lehrerkonferenzen*
- *Mitarbeit in Lehrerkonferenzen und Schularbeitsgruppen*
- *Mitarbeit bei Projektplanungen und -entwicklungen*

Substantiell für eine erfolgreiche Arbeit im schulischen Kontext ist die Kooperation mit Schule: regelmäßige Abstimmungen über Maßnahmen, Schwerpunktsetzungen, Aktionen, koordiniertes Vorgehen in Einzelfällen usw.. Weitere Elemente betreffen die Zusammenarbeit mit Angeboten der Ganztagesbetreuung für Schülerinnen und Schüler, die Teilnahme an gemeinsamen Fortbildungen sowie die Information der Schule über sozialpädagogische Angebote, insbesondere über Maßnahmen der Jugendarbeit.

³⁶ sh. gemeinsam getragene Konzeption zur Schulsozialarbeit an den drei Rheiner Hauptschulen

Eine zentrale Anforderung an ein sozialpädagogisches Angebot im Schulbereich besteht **in der Kooperation und Vernetzung mit weiteren Leistungsbereichen der Jugendhilfe**. Ein eigenständiges Angebot der Schulsozialarbeit weist vielfältige Berührungspunkte mit weiteren Leistungsbereichen auf und sollte idealerweise als integrierter Teil eines Gesamtangebots im Rahmen der Vernetzung der Jugendhilfe verstanden werden. Erst aus dieser Vernetzung heraus kann eine Vermittlerrolle in Bezug auf weitere Angebote und Dienste der Jugendhilfe und Jugendarbeit wahrgenommen werden. Kooperationspartner sind etwa ASD, Erziehungsberatungsstelle, Schulpsychologie, Jugendschutzstelle des Jugendamtes, Jugendeinrichtungen, Vereine, Angebote der Berufsorientierung.

Im Bereich der Einzelfallarbeit ist zu betonen, dass Schulsozialarbeit Maßnahmen der erzieherischen Hilfen nicht ersetzen kann. Die Arbeit wird sich hier in erster Linie auf die Erstberatung von Kindern und Jugendlichen in Problemsituationen sowie **auf eine Vermittlerfunktion in Bezug auf weitergehende Hilfen** beschränken müssen. Dadurch wird einerseits eine frühzeitige Unterstützung bei sich anbahnenden Entwicklungsstörungen gefördert, andererseits wird der Gefahr einer Überlastung sowie der Gefahr des Aufbaus von Parallelstrukturen der Problembearbeitung begegnet.

Derzeitige Formen der Einbindung:

- Regelmäßige Arbeitstreffen der Fachkräfte für Schulsozialarbeit der Rheiner Schulen
- Anlassbezogene und projektbezogene Zusammenarbeit mit Jugendhilfeeinrichtungen der Stadt Rheine, insbesondere mit der Erziehungsberatungsstelle, der Drogenberatungsstelle, dem Kinderschutzbund und dem Jugendamt
- Mitwirkung im Arbeitskreis Jugendschutz und Sucht, Geschäftsführung durch das Jugendamt, Bereich Jugendschutz

Die Schulsozialarbeit weist z.Zt. insbesondere vielfältige Arbeitskontakte im Bereich präventiver Arbeit auf. Andererseits bestehen keine systematischen – über einzelfallbezogene Kontakte hinausreichenden – Bezüge zur Erziehungshilfe und zum ASD. **Hier sollte eine engere Einbindung herbeigeführt werden**, z.B. in Form regelmäßiger Teilnahme an relevanten Arbeitssitzungen des sozialen Dienstes und einem regelmäßigen Austausch mit dem Jugendamt über strukturelle Fragen. Insbesondere sollte die Schulsozialarbeit eingebunden sein in sozialräumliche Arbeitsstrukturen der Jugendhilfe und Jugendarbeit. Da die Hauptschulen sich über die drei großräumigen Bereiche rechts der Ems, links der Ems und südlicher Stadtbereich verteilen, sind von seiten der Schulsozialarbeit die Voraussetzung für eine jeweils unterschiedliche sozialräumliche Einbindung gegeben.

Ein Grundproblem der gegenwärtigen Konstellation besteht darin, dass die Schulsozialarbeit – als schulisches Angebot - beim Schulamt des Kreises Steinfurt angebunden ist, während Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit in kommunaler Verantwortung liegen. Hieraus resultieren erhöhte Abstimmungserfordernisse sowie die Gefahr der Herausbildung von Doppelstrukturen. Vorteilhafter wäre eine fachliche Einbindung der Schulsozialarbeit beim örtlichen Jugendamt. In jedem Fall sollte eine systematische Kooperation herbeigeführt und **die Einbindung der Schulsozialarbeit in örtliche Jugendhilfestrukturen** verstärkt werden.

An den anderen weiterführenden Schulen existiert z.Zt. noch kein fest verankertes Angebot an Schulsozialarbeit. Landesseitig besteht hier derzeit eine deutliche Ausrichtung auf die Hauptschulen. Mit einer Ausweitung der Stellenkontingente auf den Bereich der Realschulen und Gymnasien ist kurzfristig nicht zu rechnen. Im Hauptschulbereich besteht allerdings im

Zuge des Aufbaus von gebundenen Ganztagsangeboten die Möglichkeit der Aufstockung auf eine ganze Stelle.

Besondere Bedarfe für eine Verbindung von Bildungsangebot und sozialpädagogischem Angebot bestehen daneben **im Bereich der Förderschule**. Hier sollte versucht werden, ebenfalls eine feste Stelle für Schulsozialarbeit/Jugendsozialarbeit anzubinden. Sofern dies in Trägerschaft der Bezirksregierung kurzfristig nicht realisiert werden kann, sollten Stadt und Kreis überlegen, hier eigene Ressourcen einzusetzen.

3.4.3 Schulisches Beratungsangebot und Perspektiven der Kooperation mit außerschulischen Partnern der Erziehungs- und Familienhilfen

Über Schulsozialarbeit hinaus sind **allgemeine Beratungsangebote** in aller Regel fest im **Schulprogramm** verankert. Das Schulgesetz definiert neben der Beratung von Schülern und Erziehungsberechtigten über Bildungsangebote, Schullaufbahnen und berufliche Bildungswege auch die Beratung bei Lernschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten grundsätzlich als Aufgabe aller Lehrkräfte, daneben kann die Schulleitung Beratungslehrer beauftragen. Voraussetzung für die Auswahl ist in der Regel eine nachgewiesene Beratungskompetenz. Aufgaben der Beratungslehrer laut Runderlass:³⁷

- Beratung von Schülerinnen und Schülern und Erziehungsberechtigten über präventive und fördernde Maßnahmen beispielsweise im Hinblick auf die Lösung von Lern- und Verhaltensproblemen und die Förderung besonderer Begabungen,
- Beratung von Schülerinnen und Schülern, Erziehungsberechtigten sowie von Partnern im dualen System bei der Vorbereitung des Übergangs in weiterführende Bildungsgänge sowie ins Berufsleben,
- Beratung von Lehrerinnen und Lehrern zur Vorbereitung und Unterstützung schulischer Maßnahmen zur Förderung von Interessen und Begabungen der Schülerinnen und Schüler
- Beratung von Lehrerinnen und Lehrern zur Vorbeugung und Bewältigung von Lern- und Verhaltensproblemen sowie darin begründeten Konflikten in der Schule,
- Herstellen von Kontakten zu außerschulischen Einrichtungen

Von zentraler Bedeutung ist **die Verbindung von schulischen und außerschulischen Angeboten und Maßnahmen**, wobei außerschulische Angebote in das Beratungskonzept der Schulen eingebunden werden sollten. Im Runderlass sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Schulpsychologie, Sozialpädagogik, Sozialarbeit und Berufsberatung sowie Einrichtungen wie z.B. Erziehungsberatungsstellen, Regionale Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher, Organisationen der Wirtschaft ausdrücklich als Kooperationspartner genannt. Die Beratungslehrer können hier als Vermittler und feste Ansprechpartner für die Jugendhilfe fungieren.

Ähnlich wie an den Grundschulen ist auch im Bereich der Sekundarstufe ein niedrighschwelliges Angebot erforderlich, dass sich an Schüler, Eltern und Lehrer richtet. Die Durchsicht der Kooperationsbezüge aus der Befragung der Schulen zeigt, dass im Bereich von Beratungsangeboten praktisch alle Schulen auf die Kooperation mit externen Partnern verweisen. Genannt

³⁷ sh. Beratungstätigkeit von Lehrerinnen und Lehrern in der Schule, RdErl. d. Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 8.12.97

werden in erster Linie: Erziehungshilfe / Jugendamt, Erziehungsberatungsstelle, Drogenberatung. Die Zusammenarbeit ist allerdings derzeit noch primär anlassbezogen ausgerichtet. **Es fehlen systematische Arbeitszusammenhänge**, z.B.

- Benennung wechselseitiger fester Ansprechpartner, um die Kommunikation zu vereinfachen und zu verstetigen
- regelmäßige einzelfallübergreifende Arbeitstreffen Schule – Jugendhilfe (Beratungslehrer, Jugendamt, Erziehungsberatungsstelle); gegenseitige Information über Angebote, Problemstrukturen und mögliche Arbeitsansätze
- offene Beratungsangebote der Dienste der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit an den Schulstandorten ohne Schulsozialarbeit, z.B. regelmäßige Sprechstunden für Schüler und Eltern, um ein niedrigschwelliges Angebot vor Ort umzusetzen
- schulseitig Integration der Angebote externer Partner in das schuleigene Beratungskonzept durch Verfahrensabsprachen und Aussagen, wie unterschiedliche pädagogische, psychologische und soziale Beratungsangebote innerhalb und außerhalb der Schule genutzt werden können
- kontinuierliche Präventionsarbeit in Kooperation von Jugendhilfe und Schule, z.B. in den Bereichen Gewaltprävention, Drogenprävention

Substantiell sind entsprechende Kooperationen insbesondere für Schulen ohne eigenständiges Angebot der Schulsozialarbeit, um die Verbindung von schulischen Angeboten und sozialpädagogischen Angeboten zu verbessern.

Die Anstrengungen müssen über Beratung hinaus insbesondere darauf gerichtet sein, **durch frühzeitige Hilfsangebote eine Verfestigung von Problemlagen zu vermeiden**. Schule hat hier – wie im Grundschulbereich – eine Verantwortung zum Handeln. Nach §42 Schulgesetz sind die Schulen aufgefordert, jedem Verdacht auf Kindesmisshandlung und Vernachlässigung nachzugehen. Hierzu gehört nicht nur die Misshandlung durch Erwachsene, sondern auch durch andere (meist ältere) Schülerinnen und Schüler oder andere Jugendliche. Hier besteht eine Verpflichtung für die Lehrkräfte, tätig zu werden.

Das im Grundschulbereich vorgesehene **Frühwarnsystem** sollte in der Perspektive – in einem zweiten Schritt – **auch im Sekundarbereich etabliert werden**. Bei Hinweisen auf außerschulische / familiäre Probleme sollte die Schule - aus ihrer Verantwortung nach §42 heraus – sowohl selbst tätig werden (Elterngespräche) sowie frühzeitig Beratungs- und Hilfsdienste der Jugendhilfe hinzuziehen. Es gelten die gleichen Voraussetzungen wie im Grundschulbereich:

- zwischen Jugendhilfe und Schule abgestimmte Indikatoren
- abgestimmte Verfahrensweisen, wer bei welchen Problemlagen in welcher Weise tätig wird
- Einbindung in verstetigte Gesprächs- und Kooperationszusammenhänge der beteiligten Institutionen (Jugendhilfe, Erziehungsberatung, Schulen)

Der Ansatz muss unterstützt werden durch **dezentrale, niedrigschwellige Beratungsangebote der Jugendhilfe an den Schulen** ohne eigenes Angebot der Schulsozialarbeit, z.B. in Form von Beratung bei Bedarf oder - besser – in Form regelmäßiger Sprechstunden. Die Träger der Jugendhilfe sollten hier in Abstimmung mit den Schulen entsprechende Angebotsformen entwickeln. Zielrichtung:

- Information über Angebote der Jugendhilfe,

- Beratung von Schülern, Lehrkräften und Eltern,
- Vermittlung konkreter Hilfsangebote im Bedarfsfall.

Eine wichtige Zielsetzung von Beratungs- und Hilfsangeboten besteht darin, **das Herausfallen aus dem Schulsystem möglichst zu verhindern**. Das zielt auf Problemlagen in Richtung Schulmüdigkeit, Schulferne oder Schulverweigerung. Hier geht es einmal um die direkte Reaktion auf Schulverweigerung, daneben um präventive Maßnahmen im Vorfeld, um die Herausbildung von Problemen zu verhindern. Zu den Ursachen von Schulmüdigkeit und Schulverweigerung gehören z.B. familiäre Probleme, fehlende Ansprache in der Schule, Über- oder Unterforderung der Schüler, Leistungsmisserfolge, Schulwechsel. Präventive Angebote können daher nur greifen, wenn sie in eine Gesamtstrategie eingebunden sind und Eltern, Schüler und Lehrer einbeziehen. Erforderlich sind zum einen früh ansetzende Maßnahmen im schulischen Kontext, zum anderen niedrigschwellige Angebote für Jugendliche, die durch schulische Angebote nur noch schwer erreicht werden können.

Einen Ansatzpunkt stellt das vom Jugendamt und den weiterführenden Schulen gemeinsam beschlossene **Aktionsprogramm bei Schulpflichtverletzung** dar. Grundzüge: in Abstimmung von Schulen, Ordnungsamt, Schulaufsicht, Schulverwaltung und Jugendhilfe wurde ein Verfahrenskatalog entwickelt, der einen einheitlichen Umgang mit Schulpflichtverletzungen sowie eine unmittelbare Reaktion sicherstellen soll, und der insbesondere die Schulen fest in den Ablauf einbindet. Vorgesehen ist ein festes Ablaufschema der Kontaktaufnahme mit den Eltern durch die Schule (telefonisch, brieflich, Hausbesuch), verbunden mit Hinweisen auf Hilfs- und Informationsangebote sowohl der Schulen wie auch der Jugendhilfe. Bei weiterhin bestehender Schulpflichtverletzung erfolgt die Einschaltung des Ordnungsamtes mit zwangsweiser Zuführung.

Nach Einführung des Programms in 2004 hat sich die Zahl der Fälle, bei denen externe Hilfe (Ordnungsamt / Jugendamt) in Anspruch genommen werden muss, rückläufig entwickelt, da die Schulen stärker selbst eine aktive Rolle übernehmen. Von seiten der Verwaltung wird die Zahl der Fälle mit Beteiligung des Ordnungsamtes für 2005 und 2006 jeweils gleich bleibend auf etwa 20-25 Schüler geschätzt. In erster Linie betroffen: Hauptschulen, Gesamtschule sowie Förderschule. Für das erste Quartal 2007 sind allerdings beim Ordnungsamt bereits auffällig viele Fälle gemeldet worden, so dass die weitere Entwicklung kontinuierlich verfolgt werden muss. Ggf. ist hier eine Nachsteuerung erforderlich.

Ein weiteres interessantes Projekt in Kooperation von Schule und Jugendhilfe befindet sich z.Zt. in der Konzeptionsphase: Schulverweigern, die von der Schule nicht mehr oder nur noch schwer erreicht werden, soll **ein außerschulischer Lernort** angeboten werden. Das Angebot soll sich an Schüler der Klasse 7 richten. Beteiligt an den konzeptionellen Vorüberlegungen sind: die 3 Hauptschulen, Gesamtschule, Förderschule, Jugendberatungsstelle, Jugendamt. Ein umsetzungsfähiges Konzept wird z.Zt. erarbeitet und liegt aktuell noch nicht vor.

Generell sind die Träger der Jugendhilfe aufgerufen, **außerschulische Angebote aufzubauen**, um die Jugendlichen zu erreichen, die über die Institution Schule nicht mehr angesprochen werden können. Ein wichtiger Arbeitsbereich ist der Übergang Schule-Beruf, der separat aufgegriffen wird.

Die Arbeit in einzelnen Projekten und Angeboten muss unterstützt werden **durch Vernetzung der Anbieter und Träger**. Grundsätzlich ist eine gesamtstädtische Abstimmung aller im Bereich der Sekundarstufe tätigen Anbieter von Beratungsangeboten, Leistungen der

schulbezogenen Sozialarbeit sowie der Schulen erforderlich. Hierzu muss ein entsprechender Arbeitszusammenhang aufgebaut werden, in den sämtliche Anbieter und Träger sowie sämtliche weiterführenden Schulen eingebunden sind, und der die Aufgabe hat, aktuelle Fragen und Probleme der Bildungs-, Erziehungs- und Beratungsarbeit an Schulen sowie Fragen der Ausgestaltung konkreter Hilfen und Angebote in Kooperation von Schule und Jugendhilfe zu analysieren.

3.4.4 Allgemeine Präventionsarbeit, Kooperation mit dem erzieherischen Kinder- und Jugendschutz

Im Unterschied zu Angeboten für benachteiligte Jugendliche und Jugendliche mit Entwicklungsproblemen oder problematischem Sozialverhalten richtet sich allgemeine Prävention stärker an **die Gesamtheit der Jugendlichen mit dem Ziel, die Herausbildung von Problemlagen im Vorfeld zu verhindern**. Prävention in diesem allgemeinen Sinne ist damit Aufgabe aller Institutionen, die im Bereich Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen tätig sind.

Wichtige Arbeitsfelder betreffen z.B. Gewaltprävention, Drogenprävention, interkulturelle Arbeitsansätze zur Vermeidung ethnischer Gegensätze und Konfliktpotentiale, Arbeitsansätze zur Stärkung der Sozialkompetenz. Projekte mit präventiver erzieherischer Zielsetzung müssen fest im Schulalltag verankert sein und regelmäßiger, kontinuierlicher Bestandteil der Erziehungsarbeit sein.

Präventionsarbeit fällt stark in den Bereich Arbeitsbereich des Jugendschutzes. **Die Aufgaben des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes** sind in § 14 KJHG definiert:

- Befähigung junger Menschen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen
- Hinführung zu Kritik- und Entscheidungsfähigkeit, Eigenverantwortlichkeit, Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen
- Befähigung von Eltern und Erziehungsberechtigten, Kinder und Jugendliche vor gefährdenden Einflüssen zu schützen

Im Bereich Jugendschutz ist üblicherweise **eine intensive Kooperation von Jugendhilfe und Schule** festzustellen. Dies gilt auch für die Stadt Rheine. Der Bereich Jugendschutz initiiert regelmäßig Veranstaltungen und Projekte, vielfach in Kooperation mit weiteren Partnern, sh. Liste. Hier werden möglichst auch Schulen eingebunden.

Veranstaltungen der Jugendschutzstelle in 2006

- Überprüfung der Tankstellen in Rheine, Einhaltung Jugendschutzgesetz, Unterstützung der Aktion „**Tanzen ist schöner als Torkeln**“
- Treffen der Beratungslehrer/innen der weiterführenden Schulen. Thema: **Sucht- und Gewaltprävention an Schulen**, Situationsanalyse
- **Aktionswochen für Demokratie und Toleranz** (Partizipation)
- **Street-Basketball-Night**
- „**Qualitätsmerkmale von Gewaltprävention**“, Frau Trenz, ajs nrw, Referentin zum Thema
- „**Tanzen ist schöner als Torkeln**“, Rosenmontagsveranstaltung zum Thema unter Ein-

- bindung der SAM's (Teilnahme am Umzug, alkoholfreier Cocktail-Stand etc.)
- Elternabend Gymnasien zum Thema Alkohol
 - Projekttag Kopernikus-Gymnasium zum Thema „Gewalt hat viele Gesichter“
 - „**Mensch ärgere dich...**“, 3-tägiges Schulprojekt mit einer 9. Klasse der Grüterschule zum Thema Gewaltprävention
 - **Street-Soccer-Turnier** „Miteinander statt gegeneinander“ **in der Innenstadt**
 - **Aktionstag zum Welt-Aids-Tag**

Quelle: Stadt Rheine, Arbeitsbereich Jugendschutz

Daneben organisieren die Schulen selbst **ein breites Spektrum von Angeboten mit präventivem Schwerpunkt**, wobei die Themen Gewaltprävention und Suchtprävention im Mittelpunkt stehen. Aus der Angebotsübersicht im Anhang sowie aus Gesprächen mit den Schulsozialarbeiterinnen wird deutlich, dass alle drei Hauptschulen regelmäßig Angebote und Projekte im Bereich Streitschlichtung / Konfliktmanagement sowie im Bereich Suchtprävention durchführen. Ähnliches gilt in gleicher Weise für die anderen weiterführenden Schulen. Als Kooperationspartner werden Drogenberatung, Kinderschutzbund, Jugendamt/Jugendschutz oder auch der Präventionsrat genannt.

Aus dem Jahresbericht **der Jugend- und Drogenberatung** werden Adressaten / Kooperationspartner der Präventionsarbeit deutlich³⁸

Präventionsarbeit der Jugend- und Drogenberatung in 2005 und 2006, Setting der Angebote/Maßnahmen

	2005	2006
Familie	-	3
Kindertagesstätte	1	0
Schule	18	67
Grundschule	-	0
Hauptschule	4	16
Realschule	6	19
Gymnasium	4	29
Gesamtschule	4	9
Förderschule	6	13
berufsbildende Schule	4	8
Betrieb	2	-
Jugendarbeit	9	15
Vereine/Verbände/Kirchen	2	3
Gremium/Arbeitskreis	4	9
Freizeit	4	0
unspezifisch (Bevölkerung)	9	10
sonstiges spez. Arbeitsfeld	2	6

Quelle: Jahresbericht, Fachstelle Suchtvorbeugung 2005 u. 2006

Inhaltlich werden Informationsveranstaltungen, Multiplikatorenfortbildungen für Schüler aus weiterführenden Schulen sowie für Mitarbeiter/innen aus Jugendhilfe und Schule sowie ein Programm zur Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten angeboten. Die Präventionsarbeit richtet sich an Schulen, außerschulische Jugendeinrichtungen, Freizeiteinrichtungen, Vereine und Verbände sowie weitere Institutionen. Der Schwerpunkt liegt dabei deutlich im schulischen Bereich, wobei von 2005 auf 2006 – vor dem Hintergrund interner Umstellungen in der Fachstelle Prävention - eine deutliche Ausweitung erkennbar ist. Die Angebote konzentrieren sich bisher ausschließlich auf den Sekundarbereich.

³⁸ Jugend- und Drogenberatung Aktion Selbsthilfe e.V., Jahresbericht 2005

Der Kinderschutzbund Rheine setzt neben der Beratungsarbeit ebenfalls einen Schwerpunkt im Bereich der Präventionsarbeit.³⁹ Angeboten werden Fortbildungen und Multiplikatoren-schulungen, Informationsveranstaltungen für verschiedene Zielgruppen sowie Eltern-, Lehrer- und Schülerveranstaltungen und Projekte.

Kinderschutzbund, Zielbereiche der Präventionsarbeit in 2005

	Veranstaltungen	Termine
Eltern	27	36
Multiplikatoren	17	17
Projekte	5	23
Schule	27	40
Selbstbehauptungs-Kurse	18	57
Gesamt	94	173

Quelle: Kinderschutzbund, Jahresbericht 2005

Angebote im Kontext oder in Kooperation mit Schulen bilden hier ebenfalls einen Schwerpunkt. Im Vordergrund stehen Projekte zur Stärkung der Sozialkompetenz sowie Angebote zur Lehrerfortbildung. Adressaten sind neben den weiterführenden Schulen auch Grundschulen sowie Kindertageseinrichtungen.

Beide Einrichtungen – Drogenberatung wie auch Kinderschutzbund - sind allerdings in ihrer Arbeit kreisweit ausgerichtet, so dass sich die Angaben zu Kooperationen mit Schulen nicht ausschließlich auf die Stadt Rheine beziehen. Da jeweils der ganze Kreis abgedeckt werden muss, fehlen die Kapazitäten, um mit jeder Schule zusammenzuarbeiten. Kooperation ist daher in hohem Maße von der Initiative der einzelnen Schulen abhängig.

Präventionsarbeit wird daneben von weiteren Institutionen und Diensten angeboten, die hier nicht im Detail dokumentiert werden können. Zu nennen sind z.B. **die Erziehungsberatungsstelle und Jugendberatungsstelle des Caritas-Verbandes** oder **das Kommissariat Vorbeugung** der Polizei. Das Gesamtangebot im Bereich der Präventionsarbeit kann im Rahmen des Berichts nicht im einzelnen analysiert werden. Ebenso ist die Entwicklung konkreter Angebote nicht Aufgabe des Berichts, sondern kann nur von den beteiligten Institutionen selbst vorgenommen werden. Erforderlich sind modulare Angebote, die von den Schulen in die schulische Arbeit integriert werden können sowie schulseitig eine feste Verankerung von Präventionsansätzen als kontinuierlicher Bestandteil der schulischen Bildungs- und Erziehungsarbeit. Die Entwicklung entsprechender Arbeitsansätze muss von Schulen und Jugendhilfeträgern gemeinsam vorgenommen werden. Entscheidend sind daher die Strukturen zur Abstimmung und kooperativen Weiterentwicklung des Angebots.

Einen wichtigen Ansatz in dieser Richtung stellt das geplante, in Kooperation von VHS, Schulen, weiteren Bildungseinrichtungen sowie Einrichtungen der Jugendhilfe und Jugendberatung entwickelte **AS-Projekt** dar: Das Projekt, das sich zur Zeit im Antragsstadium befindet, zielt auf die Stärkung der Ausbildungsfähigkeit (A) und der sozialen Kompetenz (S) und richtet sich an die Schüler der Hauptschulen, der Gesamtschule und der Förderschule. In Kooperation von Schulen und Anbietern und Trägern der Jugendhilfe und Jugendarbeit - z.B. Drogenberatung, Kinderschutzbund, weitere Einrichtungen - wurde ein Angebotscontainer von Unterrichtsthemen entwickelt, den die einzelnen Schulen per Abruf in Anspruch nehmen können. Die Themen verstehen sich als kontinuierlich ergänzbarer Angebotskatalog, der auch den Eltern zur Nutzung zur Verfügung steht. Derzeit vorgesehene Einzelmodule u.a.:

³⁹ Kinderschutzbund, Ortsverband Rheine e.V., Jahresbericht 2005

- Streitschlichtung
- Migration, Anti-Rassismustraining
- Selbstsicherheits- und Selbstbehauptungstraining
- Soziales Lernen
- Angebote zur Erhöhung der Teamfähigkeit

Der Projektansatz zielt insgesamt auf den frühzeitigen Zugang zu zusätzlichen Bildungsangeboten beginnend mit der Jahrgangsstufe 7 und auf die Nachhaltigkeit der Maßnahmen durch Fortsetzung in den Jahrgangsstufen 8 und 9. Durch diesen 3-jährigen Projekthorizont soll außerschulisches Fachpersonal längerfristig integriert und eine kontinuierliche Begleitung der Jugendlichen umgesetzt werden.

Die Förderung des Projekts aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds ist zur Zeit noch offen. Sollte von dieser Seite keine Förderung erfolgen, ist zu überlegen, wie der Grundgedanke des Projekts – Entwicklung sowie kontinuierliche und nachhaltige Integration zusätzlicher Inhalte zur Stärkung der Sozialkompetenz in den Schulalltag – trotzdem zumindest teilweise umgesetzt werden kann. In Betracht kommt z.B. eine gezielte kommunale Förderung einzelner Elemente, daneben können auch die Schulen eigene Mittel einbringen.

Generell sollte eine **Ausweitung und Stärkung von Präventionsangeboten im schulischen Kontext** angestrebt werden. Ziel muss es sein, entsprechende Ansätze als **kontinuierlichen Bestandteil schulischer Arbeit** zu verankern. Dies betrifft z.B. Aspekte

- der Gewaltprävention
- der Drogenprävention
- der Stärkung der Sozialkompetenz
- des Abbaus interkultureller Gegensätze

Neben dem Sekundarbereich sind hier auch die Grundschulen sowie – in altersadäquater Form - auch der Elementarbereich angesprochen. In diesen Bereichen spielen insbesondere auch Angebote der Elternarbeit eine herausgehobene Rolle.

Die Schulen sind gefordert, gemeinsam mit den Trägern der Jugendhilfe entsprechende Konzepte zu entwickeln und entsprechende Arbeitsansätze in das schulische Angebot zu integrieren. Um einerseits eine gezielte Entwicklungsarbeit zu gewährleisten und andererseits Doppelangebote zu vermeiden, ist **eine Abstimmung aller in diesem Bereich tätigen Institutionen** erforderlich.

3.4.5 Vernetzung der Angebote, übergreifende Kooperationsstrukturen

Ein aktueller Ansatz zur Vernetzung mit außerschulischen Angeboten ist der vom Arbeitsbereich Jugendschutz des Jugendamtes initiierte **Gesprächskreis / Arbeitskreis der Beratungslehrer der Sekundarschulen**. Z.Zt. liegt die Koordination in den Händen der Drogenberatungsstelle. Pro Jahr finden 3-4 Arbeitstreffen statt. Im Vordergrund stehen Fragen der Drogen- und Gewaltprävention im Schulkontext.

Als übergreifendes Abstimmungsgremium mit Schwerpunkt Prävention fungiert **der Arbeitskreis Jugendschutz und Sucht**, der einen Teilbereich des kriminalpräventiven Rates darstellt. Teilnehmer: Kommissariat Vorbeugung, Schulsozialarbeiterinnen und Beratungslehrer Sekundarstufe, Erziehungsberatungsstelle, Drogenberatung, Anbieter von Jugendhilfeleistungen in diesem Bereich, Polizei, dezentrale Jugendhäuser, Jugendamt. Geschäftsführung: Jugendamt, Bereich Jugendschutz. Es finden 4-5 Treffen pro Jahr statt. Aktuell besonders im Gespräch: Fragen der Gewaltprävention.

Der Gesprächskreis der Beratungslehrer unter Beteiligung der Drogenberatung und der Jugendschutzstelle stellt hier keine Doppelstruktur dar, da er stark auf schulbezogene Fragen ausgerichtet ist, während der Arbeitskreis Jugendschutz und Sucht deutlich allgemeiner orientiert ist. Der Gesprächskreis sollte daher verstetigt werden.

Andererseits können beide Gremien – aufgrund der Fokussierung auf Fragen der Drogen- und Gewaltprävention – eine kontinuierliche, thematisch breiter angelegte Abstimmung zwischen Schulen und Jugendhilfe und die Entwicklung gemeinsamer Angebote nicht ersetzen. Hierzu muss **ein gesamtstädtischer Abstimmungs- und Arbeitszusammenhang** aufgebaut werden, in den weiterführende Schulen, weitere Bildungseinrichtungen, Anbieter und Träger der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit sowie das Jugendamt eingebunden sind. Aufgaben:

- kontinuierliche Überprüfung des bestehenden schulischen und außerschulischen Angebots im Bereich Beratung, Prävention, Hilfsangebote
- Beratung von Bedarfslagen und Definition von Anforderungsstrukturen für die Weiterentwicklung
- Entwicklung von Angeboten: Angebote für einzelne Zielgruppen, Weiterbildungsangebote für Lehrer/innen und Sozialarbeiter/innen

Zu denken ist an einen **Arbeitskreis Jugendsozialarbeit / Sekundarbereich**, in den die genannten Akteure eingebunden sind. Erfolgsvoraussetzungen: regelmäßige, verstetigte Arbeit sowie verbindliche Teilnahme aller angesprochenen Institutionen. Es bietet sich an, den Arbeitskreis als AG nach § 78 KJHG zu konstituieren. Zusätzlich zu diesem gesamtstädtischen Abstimmungszusammenhang müssen die Schulen in sozialräumliche Abstimmungsstrukturen ihres Einzugsgebietes eingebunden werden.

Aktuell hat sich im Rahmen der konzeptionellen Vorarbeiten zum angesprochenen AS-Projekt ein Gesprächszusammenhang konstituiert, der auf den Bereich Schule und Jugendhilfe sowie auf die Zusammenarbeit von Schule und schulbezogener und außerschulischer Jugendsozialarbeit bzw. Präventions- und Bildungsarbeit ausgerichtet ist. Beteiligt sind: die Hauptschulen, die Gesamtschule, die Förderschule, außerschulische Bildungseinrichtungen sowie die in Rheine tätigen Anbieter und Träger von Leistungen der Jugendhilfe. Die Federführung liegt bei der VHS. Dieses Gremium war allerdings bisher an die Erarbeitung der Projektkonzeption für das AS-Projekt gebunden und stellt noch keine dauerhafte Einrichtung dar. Es sollte überlegt werden, diesen Gesprächszusammenhang um die weiteren Schulen der Sekundarstufe zu erweitern und im Sinne eines Arbeitskreises Schule-Jugendsozialarbeit zu verstetigen.

3.5 Übergang Schule – Beruf

3.5.1 Problemstellung und Anforderungen an Maßnahmen

Berufliche Eingliederung junger Menschen erfordert das Zusammenwirken aller Institutionen, deren gesetzliche Aufgabe auf die Beratung und Hilfestellung in unterschiedlichen Lebens- und Problemlagen gerichtet ist. **Berufswahlorientierung als gemeinsame Aufgabe von Schule und Berufsberatung der Agentur für Arbeit**⁴⁰ erfordert enge Abstimmung mit außerschulischen Partnern wie der örtlichen Wirtschaft, den Trägern der Jugendhilfe und weiteren Partnern.

Kernelemente betreffen die Informations- und Orientierungsangebote der Schulen sowie die Berufsberatung und Berufsorientierung der Agentur für Arbeit. Das Angebot ist hier breit gefächert und die Kooperation zwischen Schule und Berufsberatung fest institutionalisiert. Wichtige Instrumente und Angebote betreffen die regelmäßige individuelle Berufsberatung, Informationsveranstaltungen, Angebote im Berufsinformationszentrum, Praktikumsangebote u.a.

Daneben sind für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf vielfach **weitere - sozialpädagogisch orientierte - Hilfen** erforderlich. Das Land fördert entsprechend im Rahmen der Jugendsozialarbeit sozialpädagogische Beratung und Begleitung beim Übergang von der Schule in den Beruf. Hier besteht ein weiteres Arbeitsfeld für Kooperationen von Jugendhilfe und Schule.

Entwicklungen wie die rückläufige Zahl von Arbeitsplätzen mit geringen Qualifikationsanforderungen, die Entstehung neuer Aufgaben und Tätigkeitsfeldern mit tendenziell höheren Eingangsvoraussetzungen sowie das ungünstige Zahlenverhältnis von Schulabgängern zu Ausbildungsplätzen führen dazu, dass insbesondere bei niedriger schulischer Qualifikation die Zugangschancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zunehmend schlechter ausfallen. Speziell individuell beeinträchtigte oder sozial benachteiligte Jugendliche sind nach Beendigung der Schulzeit in hohem Maße von Jugendarbeitslosigkeit bedroht und haben oftmals kaum berufliche Perspektiven. Diese Zielgruppen sind auf differenzierte Angebote und Hilfen zur beruflichen Orientierung und zur Unterstützung des Übergangs von der Schule in den Beruf angewiesen.

Wichtige Zielgruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf

- Haupt- und Sonderschüler/innen mit fehlendem oder schlechtem Schulabschluss
- Schüler, bei denen die Gefahr besteht, dass sie die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen
- Jugendliche mit Migrationshintergrund, vielfach verbunden mit Sprachproblemen
- Jugendliche, die aufgrund sozialer oder kognitiver Probleme aus dem Bildungssystem herauszufallen drohen
- seelisch behinderte junge Menschen.

⁴⁰ sh. RdErl. des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung vom 23.9.1999: Berufswahlorientierung in der Sekundarstufe I, in der gymnasialen Oberstufe, im Berufskolleg und in den Weiterbildungskollegs

Besonders für diese Zielgruppen sind über die traditionelle Berufsberatung hinaus **sozialpädagogisch orientierte Unterstützungsmaßnahmen** erforderlich. Wichtige Angebote der Jugendberufshilfe sind:

- berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen mit dem Ziel der Erhöhung der Eingliederungschancen
- ausbildungsbegleitende Hilfen, z.B. sozialpädagogische Begleitung zur Vorbeugung von Ausbildungsabbrüchen
- sozialpädagogisch orientierte, außerbetriebliche Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen

Hinzu kommen niedrighschwellige Angebote im Vorfeld von Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung, um Jugendliche, die über die Schule nur noch schwer erreicht werden können, für eine berufliche Qualifizierung zu motivieren, z.B. Angebote der Jugendberatungsstellen, Jugendwerkstätten.

Neben Maßnahmen nach Abschluss des Schulbesuchs bzw. im Übergang von der Schule in den Beruf sind insbesondere **präventiv orientierte Maßnahmen** gefordert, die noch während der Schulpflicht ansetzen, um ein Herausfallen aus dem Schul- und Ausbildungssystem nach Möglichkeit zu verhindern. Hilfen müssen dann einsetzen, wenn bezüglich der Persönlichkeitsentwicklung und der schulischen Leistungen erkennbar wird, dass ein erheblicher Förderbedarf besteht.

Hier ist in besonderem Maße **das Zusammenwirken von Schule und Jugendhilfe / Jugendberufshilfe** gefordert. Das betrifft zum einen die gemeinsame Entwicklung und/oder Durchführung von Angeboten im schulischen Kontext, daneben die Zusammenarbeit von Schule mit außerschulischen Angeboten.

Im Schulgesetz ist die Kooperation von Schule und Angeboten der Jugendsozialarbeit ausdrücklich festgeschrieben, z.B. mit dem Ziel, den von der Schule und der Berufsberatung angebahnten Berufsfindungsprozess zu begleiten und zu ergänzen. **Vorgaben für die Zusammenarbeit:**⁴¹

- „Die Träger der Jugendhilfe und die Schulen informieren sich gegenseitig über Angebote für die Zielgruppe der benachteiligten Jugendlichen und streben so weit wie möglich gemeinsam getragene Angebote vor allem der Prävention an. Dies beinhaltet u.a. gemeinsam organisierte Beratungsprozesse und Informationsveranstaltungen.
- Soweit es sich um eigene Veranstaltungen der Jugendsozialhilfe handelt, weist die Schule Jugendliche auf die Angebote hin und unterstützt sie ggf. durch Bereitstellung von Schulräumen und die Genehmigung als Schulveranstaltung.
- Zu Veranstaltungen der Schule können zum Nutzen einzelner benachteiligter Jugendlicher (z.B. als Begleitung bei Schülerbetriebspraktika) Beratungskräfte der Jugendsozialarbeit hinzugezogen werden.“

Soweit die Schulen über eigene Stellen der Schulsozialarbeit verfügen, liegt hier – in der Begleitung und Ergänzung des von der Schule und der Berufsberatung angestoßenen Berufsfindungsprozesses – ein wichtiges Arbeitsfeld der betreffenden Fachkräfte. Daneben geht es um

⁴¹ sh. RdErl. des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung vom 23.9.1999: Berufswahlorientierung in der Sekundarstufe I, in der gymnasialen Oberstufe, im Berufskolleg und in den Weiterbildungskollegs

weiterreichende Formen der Betreuung in Form von Gruppenarbeit und sozialpädagogischer Einzelfallhilfe.

Für die schwierigsten Fälle muss – über Angebote im schulischen Kontext hinaus - eine „Zugeh- bzw. Abholstruktur“ entwickelt werden, die unter sozialpädagogischer Betreuung zunächst die gravierenden Motivations-, Kenntnis-, und Verhaltensdefizite aufarbeitet. Entsprechend sind **außerschulische Beratungsangebote** von großer Wichtigkeit.

3.5.2 Der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in der Stadt Rheine

Die angedeuteten generellen Trends bzw. Problemlagen des Arbeitsmarktes schlagen sich auch in Rheine nieder. Einige Eckwerte zur **Schulabgangssituation und zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Rheine** sowie zur Entwicklung in den letzten Jahren:

Im Hinblick auf **Schulabgänger** stehen Zahlen des Landesamtes für Statistik zur Verfügung:

Schulabgänger/innen in der Stadt Rheine, im Kreis Steinfurt und in NRW, Abgangsjahr 2006

	Schul- abg. gesamt	ohne HS- Abschl.	% von ges.	Vergl. 2000	HS nach Kl. 9	% von ges.	HS nach Kl. 10	% von ges.	and. Abschl.	% von ges.
Stadt Rheine										
Insgesamt	979	47	4,8%	5,8%	58	5,9%	179	18,3%	695	71,0%
dtsch. Jugendl.	905	34	3,8%	5,2%	52	5,7%	156	17,2%	663	73,3%
ausl. Jugendl.	74	13	17,6%	14,5%	6	8,1%	23	31,1%	32	43,2%
<i>% ausl. Jug.</i>	<i>7,6%</i>	<i>27,7%</i>			<i>10,3%</i>		<i>12,8%</i>		<i>4,6%</i>	
Aussiedlerjug.	111	6	5,4%		13	11,7%	24	21,6%	68	61,3
<i>% Aussiedlerjug.</i>	<i>11,4%</i>	<i>12,8%</i>			<i>22,4%</i>		<i>13,4%</i>		<i>9,8%</i>	
männlich	476	27	5,7%		34	7,1%	99	20,8%	316	66,4%
weiblich	503	20	4,0%		24	4,8%	80	15,9%	379	75,3%
<i>% weiblich</i>	<i>51,4%</i>	<i>42,6%</i>			<i>41,4%</i>		<i>44,7%</i>		<i>54,5%</i>	
Kreis Steinfurt										
Insgesamt	6.138	370	6,0%	6,1%	217	3,5%	1.024	16,7%	4.527	73,8%
dtsch. Jugendl.	5.757	273	4,7%	5,0%	193	3,6%	928	16,1%	4.363	75,8%
ausl. Jugendl.	381	97	25,5%	23,7%	24	6,3%	96	25,2%	164	43,0%
<i>% ausl. Jug.</i>	<i>6,2%</i>	<i>26,2%</i>			<i>11,1%</i>		<i>9,4%</i>		<i>3,6%</i>	
Land NRW										
Insgesamt	219.039	14.444	6,6%	6,1%	10.721	4,9%	37.172	17,0%	156.702	71,5%
dtsch. Jugendl.	192.070	10.725	5,6%	5,1%	8.487	4,4%	29.696	15,5%	143.162	74,5%
ausl. Jugendl.	26.969	3.719	13,8%	13,1%	2.234	8,3%	7.476	27,7%	13.540	50,2%
<i>% ausl. Jug.</i>	<i>12,3%</i>	<i>25,7%</i>			<i>20,8%</i>		<i>20,1%</i>		<i>8,6%</i>	

Quelle: LDS NRW, Individualabfrage, Stand 15.10.2006, eigene Berechnungen

- **In 2006** haben in der Stadt Rheine 4,8% aller Schüler die Sekundarstufe I ohne Hauptschulabschluss verlassen (entspricht 47 Schülern), weitere 5,9% mit Hauptschulabschluss Klasse 9 (= 58 Schüler). Ganz überwiegend handelt es sich um Abgänger aus den Hauptschulen und der Förderschule. Die Anteilswerte liegen für Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss unter dem Landesdurchschnitt (-1,8 %-Punkte), für Abgänger mit Hauptschulabschluss Klasse 9 leicht darüber (+1,0).
- **Im Vergleich zum Jahr 2000** haben sich die Anteile für beide Gruppen rückläufig entwickelt, die Zahl der Personen ist jedoch aufgrund der insgesamt höheren Jahrgangsstärken

angewachsen. Insbesondere für die erste Gruppe – Schüler ohne Schulabschluss - sind erhebliche Probleme auf dem Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt zu erwarten.

- **Bei ausländischen Schülern** ist der Anteil der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss deutlich höher als bei der Gesamtheit der Schulabgänger (17,6% bei den ausländischen Schülern vs. 4,8% bei allen Schülern; 27,7% aller Abgänger ohne Hauptschulabschluss sind ausländische Jugendliche), gegenüber 2000 hat sich das Problem noch leicht verschärft. Bei **Jugendlichen aus Aussiedlerfamilien** liegt der Anteil der Abgänger ohne Hauptschulabschluss hingegen nur leicht über dem Anteilswert der Gesamtheit (5,4% vs. 4,8%), allerdings liegt auch hier der Anteil der höheren Schulabschlüsse unter dem Durchschnitt. Diese Zahlen verweisen auf das Erfordernis besonderer Förderung während der Schulzeit sowie auf ausländische Jugendliche als besondere Zielgruppe für Maßnahmen zur Unterstützung des Übergangs in Ausbildung und Beruf.

Eine wichtige Grundlage zur Charakterisierung des Ausbildungsmarktes stellt **die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge** dar, die vom Bundesinstitut für berufliche Bildung jeweils Ende September bei den Kammern ermittelt wird. Aktuell und in den letzten 5 Jahren stellt sich der Ausbildungsmarkt im Bereich der Arbeitsagentur Rheine (entspricht dem Kreisgebiet) folgendermaßen dar:

Der Ausbildungsmarkt im Bereich Rheine 2001-2006 in Vergleich zum Landesdurchschnitt

Merkmal	2001	2002	2003	2004	2005	2006
neu abgeschl. Ausbildungsverträge Ende September, davon	3.025	2.868	2.653	2.900	2.725	2.833
Industrie und Handel	1.438	1.317	1.236	1.388	1.385	1.443
Handwerk	1.136	1.057	1.005	1.061	896	997
Öffentlicher Dienst	69	76	67	59	71	65
Landwirtschaft	72	84	78	94	91	93
Freie Berufe	286	302	242	271	254	207
Hauswirtschaft	24	32	25	27	28	28
unbesetzte Berufsausbildungsstellen	87	70	71	67	69	43
Gesamtangebot	3.112	2.938	2.724	2.967	2.794	2.876
bei d. Agentur gemeld. Ausbildungsstellen	3.131	3.206	3.096	2.880	2.710	2.201
noch nicht vermittelte Bewerber	20	39	61	147	105	239
Gesamtnachfrage	3.045	2.907	2.714	3.047	2.830	3.072
bei der Agentur gemeldete Bewerber	3.823	3.870	3.848	4.415	4.357	4.576
Angebots-Nachfrage-Relation in %	102,2	101,1	100,4	97,4	98,7	93,6
Vergleichswert NRW	99,9	99,0	97,1	95,2	94,7	93,6

Quelle: Bundesagentur für Arbeit und BIBB, Online-Statistik, Stand jeweils Ende September jeden Jahres

- In den Jahren 2001-2003 war die Situation rechnerisch jeweils noch knapp ausgeglichen, ab 2004 übersteigt die Nachfrage nach Ausbildungsstellen erstmals das Angebot (Angebot = Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge plus unbesetzte Ausbildungsstellen, Nachfrage = Zahl der neu abgeschlossenen Verträge plus noch nicht vermittelte Bewerber).
- In 2006 ist die Situation nochmals schwieriger geworden: Zwar ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge leicht angestiegen, andererseits hat auch die Nachfrage zugenommen, so dass sich die Angebots-Nachfrage-Relation deutlich ungünstiger darstellt als noch in 2005. Die Zahl der Ende September noch nicht in ein Ausbildungsverhältnis vermittelten Jugendlichen erreicht mit 239 Personen den bisher höchsten Stand.
- Im Vergleich zum Land stellte sich die Situation in Rheine in den vergangenen Jahren rechnerisch durchweg günstiger dar. In 2006 liegen die Zahlen hingegen erstmals in etwa gleichauf mit dem Landesdurchschnitt.

Auch eine ausgeglichene **Angebots-Nachfrage-Relation** dürfte nicht dahin interpretiert werden, dass alle Schulabgänger auch tatsächlich in ein Ausbildungsverhältnis einmünden. Ebenso ist zu beachten, dass die von der Bundesagentur ausgewiesene Zahl der nicht vermittelten Jugendlichen diejenigen Jugendlichen nicht mit einschließt, die – mangels konkreter Möglichkeiten - die Suche nach einem Ausbildungsplatz zunächst aufgegeben haben und in Alternativen eingemündet sind. Hierzu zählen z.B.: berufsvorbereitende Maßnahmen, betriebliche Einstiegsqualifizierungen, erneuter Besuch einer Schule, Vorziehen des Wehr- oder Zivildienstes, ein freiwilliges soziales Jahr, Praktika, die Aufnahme einer Arbeit oder eines Überbrückungsjobs. Die Zahlen vermitteln daher nur einen begrenzten Eindruck von der aktuell sehr schwierigen Situation am Ausbildungsmarkt.

Die nachfolgende Tabelle differenziert für 2006 zusätzlich zwischen dem gesamten Bezirk der Agentur für Arbeit (Kreis) und der Geschäftsstelle Rheine (entspricht im wesentlichen dem Stadtgebiet), wobei allerdings die wichtige Kennzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge kleinräumig nicht zur Verfügung steht. Aufschlussreich ist jedoch auch **die Zahl der nicht vermittelten Bewerber** sowie die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen.

Der Ausbildungsmarkt im Bezirk Rheine, gesamt und Geschäftsstelle Rheine, jew. Ende Sept.

Merkmal	2006 Agentur Rheine gesamt	nur Geschäftsstelle Rheine	2005 Agentur Rheine gesamt
bei der Agentur gemeldete Bewerber	4.576	1.348	4.357
gemeldete Berufsausbildungsstellen	2.201	639	2.710
noch nicht vermittelte Bewerber	239	88	105
unbesetzte Berufsausbildungsstellen	87	9	69
gemeldete Berufsausbildungsstellen pro Bewerber	0,48	0,47	0,62
unbes. Ausbildungsstellen pro nicht verm. Bewerber	0,36	0,10	0,66

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Der Ausbildungsmarkt im Bezirk der Agentur für Arbeit Rheine Sep. 2006

- In der Stadt Rheine stellt sich die Situation **etwas ungünstiger** dar als im gesamten Kreisgebiet, sofern man die Relation „unbesetzte Ausbildungsstellen pro nicht vermitteltem Bewerber“ zugrunde legt. Ende September 2006 waren bei der Agentur für Arbeit noch 88 Jugendliche ohne Ausbildungsstelle gemeldet (ohne diejenigen Jugendlichen, die sich anders orientiert haben, sh. oben).
- Insgesamt hat sich die Zahl der gemeldeten Stellen von 2005 auf 2006 rückläufig entwickelt, **die Zahl der gemeldeten Bewerber ist hingegen deutlich angestiegen**. In das Zahlenverhältnis von ca. 0,5 Stellen pro gemeldetem Bewerber gehen auch diejenigen Jugendlichen ein, die bereits im Vorjahr die Schule beendet haben und aktuell nach wie vor eine Ausbildungsstelle suchen, so dass dieser Zahlenwert nicht das Verhältnis von Schulabgängern des aktuellen Abgangsjahres zu Ausbildungsstellen abbildet. Nach Sonderauswertungen der BA ist der Anteil der „Altbewerber“ besonders erhöht bei Personen ohne (85 %) bzw. mit Hauptschulabschluss (58 %) (Bundeswerte).⁴²

Generell ist anzumerken, dass sowohl für Ausbildungsplatzanbieter wie für Ausbildungsplatzsuchende keine Verpflichtung zur Meldung bei der Agentur für Arbeit besteht. Aus der rückläufigen Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen kann daher nicht automatisch auf eine gesunkene Zahl der Ausbildungsstellen geschlossen werden, sh. auch die gestiegene Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge aus der ersten Tabelle. Dennoch verweisen die Zahlen – aufgrund hoher Schülerabgangszahlen sowie vermutlich hoher Zahlen von Bewerber-

⁴² sh. Online-Veröffentlichung des Bundesinstituts für Berufsbildung: Zwiespältige Vermittlungsbilanz der Bundesagentur für Arbeit, Oktober 2006

bern aus dem Vorjahr – insgesamt auf **einen erheblich enger gewordenen Ausbildungsmarkt**.

Die Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit weist die Teilgruppen der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen unter 20 Jahren sowie der jungen Erwachsenen im Alter von 20-25 Jahren aus:

Arbeitslos gemeldete Personen im Hauptamt Rheine sowie im gesamten Bezirk der Agentur Rheine nach Alter, Oktober 2001 und Oktober 2006

	Jahr 2001			Jahr 2006 und Vorjahr				
	10/2001 abs.	Anteil an gesamt	Quote 2001	10/2006 abs.	Anteil an gesamt	Quote 2006	Veränd. Vorj. abs.	Quote Vorjahr
Hauptamt Rheine								
Personen insgesamt	3.933	100,0%	7,2	4.101	100,0%	7,8		
Jugendliche < 20 Jahre	96	2,4%	3,7	115	2,8%	4,4		
Personen unter 25 Jahre	502	12,8%	7,0	487	11,9%	6,6		
Gesamter Bezirk Rheine								
Personen insgesamt	12.591	100,0%	6,5	13.467	100,0%	6,7	-2.266	7,9
Jugendliche < 20 Jahre	373	3,0%	3,7	404	3,0%	3,9	+19	3,7
Personen unter 25 Jahre	1.676	13,3%	6,1	1.842	13,7%	6,5	-441	8,1

Quelle: Agentur für Arbeit Rheine, Arbeitsmarktreport Oktober 2006 und Oktober 2001

- Im Oktober 2006 waren im Bereich des gesamten Arbeitsamtsbezirks Rheine 404 Jugendliche < 20 Jahre sowie 1.842 junge Erwachsene **arbeitslos** gemeldet, im Hauptamt Rheine (Stadt Rheine + Hörstel, Neuenkirchen und Wettringen) 115 Jugendliche sowie 487 junge Erwachsene. Insbesondere bei der ersten Teilgruppe muss von einer **beträchtlichen Dunkelziffer** ausgegangen werden, da aufgrund fehlender Ansprüche z.T. keine Arbeitslosmeldung erfolgt.
- Gegenüber dem Vorjahr ist bei den 20-<25-Jährigen für den gesamten Bezirk Rheine **ein deutlicher Rückgang** festzustellen, der sich auch in der **altersgruppenspezifischen Arbeitslosenquote** niederschlägt (Rückgang von 8,1 auf 6,5) Die Quote im Hauptamt liegt in etwa auf gleichem Niveau (6,6). Bei den Jugendlichen ist gegenüber dem Vorjahr eine leichte Zunahme festzustellen (von 3,7 auf 3,9), die Quote in Rheine liegt hier mit 4,4 aktuell über dem Kreisdurchschnitt. Im Vergleich zum Jahr 2001 haben sich keine größeren Verschiebungen ergeben, die altersgruppenspezifischen Arbeitslosenquoten fallen jedoch aktuell bei beiden Gruppen etwas ungünstiger aus.

In der Gesamtschau aller Aspekte werden **gravierende Verschiebungen vor allem für den Bereich des Ausbildungsmarktes** deutlich. Hier ist für die letzten Jahren eine ungünstige Entwicklung erkennbar, wobei sich die Situation in Rheine noch etwas günstiger darstellt als im Landesdurchschnitt. Aus der demografischen Analyse im ersten Berichtsteil wird allerdings auch deutlich, dass hier in den nächsten Jahren – aufgrund der rückläufigen Zahl der Schulabgänger und unter der Prämisse eines zumindest gleich bleibenden Ausbildungsplatzangebots – **mit einer Entspannung der Situation** zu rechnen ist.

Die aktuell problematische Lehrstellensituation unterstreicht **die hohe Bedeutung von Angeboten der Berufswahlorientierung sowie von Unterstützungsmaßnahmen im Hinblick auf den Übergang von der Schule in die Berufsausbildung**. Bedingt durch die problematische Entwicklung hat sich zwischen Schule und Beruf ein Auffangsystem berufsvorbereitender Bildungsmaßnahme entwickelt. Dennoch wird das Ziel einer anschließenden Integration in Ausbildung oder Arbeit häufig verfehlt. Es gilt, durch das Zusammenspiel aller relevanten Akteure den Übergang soweit als möglich zu gewährleisten. Ebenso kommt es darauf an,

durch früh einsetzende Maßnahmen im Vorfeld des Schulabschlusses ein Herausfallen aus dem Schulbetrieb oder eine Beendigung ohne regulären Abschluss zu vermeiden.

Gerade bildungsschwächere Schulabgänger brauchen besondere, auch sozialpädagogisch orientierte Förderangebote, um den Einstieg ins Berufsleben zu schaffen. Voraussetzung ist eine enge Verzahnung von Schule und Berufswelt sowie eine enge Kooperation zwischen Schule, Jugendhilfe bzw. Jugendberufshilfen, Wirtschaft und Institutionen der Berufsberatung.

3.5.3 Angebots- und Arbeitsstrukturen in Rheine und Perspektiven der Weiterentwicklung

Die Problematik des Übergangs von der Schule in den Beruf wird bestätigt durch die Einschätzungen der Schulleiter, sh. 1.2. Bei der Darstellung von schulbezogenen Problemlagen aus der Sicht der Schulleiter hat sich gezeigt, dass **Probleme der Berufseinmündung** ein gravierendes Problem darstellen, das in seiner Bedeutung gegenüber dem Stand aus 2001 erheblich zugenommen hat und von dem insbesondere die Hauptschulen stark betroffen sind.

Nachfolgende Tabelle verdeutlicht **die vielfältigen Aktivitäten der Schulen im Kreis Steinfurt** im Bereich Berufswahlvorbereitung und Gestaltung des Übergangs in den Beruf in Kooperation mit weiteren Partnern. Mit Ausnahme einiger spezieller Projekte werden sämtliche Maßnahmen auch von den Schulen in Rheine angeboten.

Schulische Aktivitäten im Rahmen der Berufswahlvorbereitung, Schulen im Kreis Steinfurt

Maßnahme	Adressaten	Partner
Beratung	Alle Schülerinnen und Schüler	Beratungslehrkräfte, Sozialpädagogen, Berufsberatung, Freie Träger
Schülerbetriebspraktikum (2-3 Wochen)	Klassen 9 und 10	Betriebe
Ausstellung zum Schülerbetriebspraktikum	Schüler, Eltern, Betriebe	Betriebe u. a.
Besuch des BIZ	Klassen 9 und 10	Agentur für Arbeit
Berufsberatung (regelmäßig)	Klassen 9 und 10	Agentur für Arbeit
Berufswahlpass	Klassen 7-10	Agentur für Arbeit, StarRegio u. andere
Elterninformationen, Elternabende	Eltern (Klassen 8-10)	Berufsberatung u. andere
Bewerbertraining	Klassen 9 und 10	Sparkassen, Betriebe, Kammern, Krankenkassen, Freie Träger u. a.
Jahrespraktikum	Klassen 10A	Betriebe
Kooperation mit Berufskollegs	Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler	Berufskollegs
Kooperation mit Bildungsträgern	Schüler, Lehrer, Eltern	Freie Bildungsträger (z.B. Lernen fördern, CJD, Caritas, Ev. Jugendhilfe u. a.)
Projektstage an außerschulischen Lernorten	Schülerinnen und Schüler Klassen 7-10	Betriebe, soziale Einrichtungen, Landwirtschaft, Kammern u. a.
Besichtigungen, Betriebserkundungen	alle Schülerinnen und Schüler	Betriebe, Kammern
Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft	Schüler/ Lehrkräfte	Kreishandwerkerschaft Steinfurt / Handwerksbetriebe
Kooperation mit der IHK Nordwestfalen	Schüler / Lehrkräfte	IHK / Industriebetriebe, Arbeitskreis Schule-Wirtschaft Ibbenbüren und Rheine

Kooperation mit der Handwerkskammer Münster	Schüler / Lehrkräfte	HWK Münster / Handwerksbetriebe im Kreis Steinfurt
Kooperation mit der Agentur für Arbeit Rheine	Schüler / Lehrkräfte	Agentur für Arbeit (speziell Berufsberatung)
BUS-Projekte / 8 Hauptschulen im Kreisgebiet	Schüler ohne Abschluss	Betriebe / Sozialpädagogen
Nachbetreuung entlassener Schüler	Ehemalige Schülerinnen und Schüler	Lehrkräfte, Sozialpädagogen, Betriebe
Mädchen- und Jungenprojekte z.B. Girlsday, Boysday etc.	Mädchen und Jungen	Betriebe / Kammern
Schulfirmen	alle Schülerinnen und Schüler	Eltern / Fördervereine
Projekt „Lernen im Betrieb“	Ganztagshauptschule Laggenbeck	Betriebe
Schnuppertage in Betrieben	Klassen 7 – 8	Betriebe / Kammern
Informationsveranstaltungen	Schüler / Eltern / Betriebe	Agentur für Arbeit u. a.
Projekt „Berufe begreifen“ (Greven)	Schülerinnen und Schüler	„Lernen fördern“
Kompetenzcheck	Klassen 9	Bildungsträger, Agentur für Arbeit, Kreishandwerkerschaft u. a.
Landwirtschaftsprojekt (HS Recke)	Klassen 7	Landwirtschaftliche Betriebe
Projekt „Change over“ Schule am Bagno Burgsteinfurt	Klassen 9-10	Ev. Jugendhilfe
Berufserfahrungsparcours (Hopsten)	Klassen 8	Technikzentrum Minden/Lübbecke
Berufsinformationstag (HS Rheine-Mesum) alle 3 Jahre	Schüler / Lehrkräfte Eltern / Betriebe	Betriebe / Kammern

Quelle: Schulamts für den Kreis Steinfurt

Entsprechend den Vorgaben im Schulgesetz - Berufswahlorientierung als gemeinsame Aufgabe von Schule und Berufsberatung der Agentur für Arbeit - steht **die Kooperation mit der Agentur für Arbeit** im Mittelpunkt. Die Schulen der Sekundarstufe verweisen übereinstimmend auf eine regelmäßige und intensive Kooperation, die durchweg positiv eingeschätzt wird. Hervorzuheben sind insbesondere

- die regelmäßigen Sprechstunden der Berufsberater vor Ort in den Schulen
- Informationsveranstaltungen in den Klassen sowie für Eltern und Lehrkräfte
- Besuche / Informationsveranstaltungen im BIZ

Generell wird jede Schule von einem festen Ansprechpartner betreut, so dass ein regelmäßiger Arbeits- und Gesprächszusammenhang gewährleistet ist. Wichtige Kooperationspartner der Schulen sind daneben Betriebe, Kammern und Verbände.

Zur verbesserten Unterstützung der Schulen wurden auf Landesebene verschiedene Projekte und Programme initiiert. Hervorzuheben ist insbesondere **das Landesprogramm Beruf und Schule (BUS)**. Es richtet sich an benachteiligte Jugendliche mit absehbar schwierigem Schul- und Berufsverlauf, um drohender Arbeitslosigkeit möglichst schon im Vorfeld des Übergangs von der Schule ins Berufsleben entgegenzuwirken und die Berufs- und Arbeitsplatzwahl zu erleichtern. Durch betriebliche Praktika und durch die Kombination schulischen Lernens mit betrieblicher Erfahrung erhalten lernschwächere Jugendlichen eine Alternative zum rein schulischen Lernen und werden gezielt auf den Übergang in Ausbildung oder Beschäftigung vorbereitet. Angesprochen sind Jugendliche im letzten Pflichtschuljahr, die die Schule sonst ohne Perspektiven für ihre berufliche Zukunft verlassen würden. Die Jugendlichen werden in Gruppen von bis zu 15 Schülern unterrichtet, die auch schulübergreifend angelegt sein können - die durchführende Schule erhält hierfür eine gesonderte Lehrerstelle. Der schulische Unterricht erfolgt an drei Wochentagen und orientiert sich an den Anforderungen des Berufslebens,

an zwei weiteren Wochentagen befinden sich die Schülerinnen und Schüler im betrieblichen Praktikum. Die Betriebe, die im Rahmen des Modellprojektes einen Jahrespraktikumsplatz zur Verfügung stellen, erhalten dafür einen festen Förderzuschuss.

In Rheine wird von der Elisabethschule seit mehreren Jahren eine BUS-Gruppe angeboten, die sich aus Schülern der drei Hauptschulen sowie der Gesamtschule zusammensetzt. Die bisherigen Erfahrungen sind ausgesprochen positiv: Aufgrund der guten Kontakte zu örtlichen Betrieben stehen jeweils ausreichend Praktikumsplätze zur Verfügung. Für die Teilnehmer konnte bisher in der Regel ein beruflicher Anschluss gefunden werden, z.B. in Anschlussprojekten, in Arbeitsverhältnissen sowie z.T. auch in regulären Ausbildungsverhältnissen.

Aufgrund der guten Erfahrungen soll die Gruppe auch in den nächsten Jahren weitergeführt werden. Der Umfang des Angebots erscheint mit einer Gruppe für den Bereich der Stadt Rheine ausreichend, da bisher keine Interessenten abgewiesen werden mussten und in den nächsten Jahren sinkende Schülerzahlen zu erwarten sind. Auch bei rückläufigen Schülerzahlen sollte das Angebot in jedem Fall aufrechterhalten werden.

Ebenfalls einen relevanten Beratungsansatz stellt der Kompetenzcheck dar: **Der Kompetenzcheck Ausbildung NRW** ist ein zusätzliches Element der gezielten Berufswahlorientierung, das in den Schulalltag integriert werden kann. Der Kompetenzcheck richtet sich aufgrund des berufswahlorientierenden Charakters an alle Schülerinnen und Schüler der Klasse 9 von Haupt-, Real-, Gesamt- und Förderschulen sowie an Schülerinnen und Schüler von Gymnasien, die eine Berufsausbildung im dualen System anstreben. Der zweitägige Kompetenzcheck wird von Bildungsträgern durchgeführt und bietet einen Rahmen, um den Jugendlichen außerhalb von Schule ihre Kompetenzen und Stärken zu verdeutlichen. Finanziert wird der Kompetenzcheck aus Landesmitteln sowie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, die Teilnahme ist für die Schülerinnen und Schüler kostenlos.

In Richtung nachhaltige Stärkung der Ausbildungsfähigkeit und der Sozialkompetenz zielt das geplante und bereits angesprochene **AS-Projekt** in Kooperation von VHS, Schulen, weiteren Bildungseinrichtungen sowie Einrichtungen der Jugendhilfe und Jugendberatung, das sich an Schüler der Klassen 7-9 von Hauptschulen, Gesamtschule und Förderschule richtet und ebenfalls einen Beitrag zum Gelingen des Übergangs von Schule in Ausbildung leisten soll, sh. schulbezogene Sozialarbeit und Präventionsarbeit.

Ein Ansatz, der spezieller auf Jugendliche mit Problemen im Übergang Schule-Beruf ausgerichtet ist, ist **das Projekt „In Bewegung“** (= Individuelle Berufswegeplanung für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf im Raum Rheine) des Berufskollegs. Das Projekt richtet sich an schulmüde Jugendliche ab Klasse 8, überwiegend aus Hauptschule, Förderschule und Gesamtschule, vereinzelt auch aus Realschule und Gymnasium. Die Gruppe von Jugendlichen, bei denen der spätere Übergang in Ausbildung aufgrund mangelnden Interesses an Schule und Ausbildung gefährdet erscheint, wird vom Projekt auf jährlich 30-50 Jugendliche geschätzt. Angeboten wird individuelle Betreuung und Beratung sowie die Teilnahme an Orientierungsmaßnahmen und Maßnahmen zum Kennenlernen von Berufsfeldern. Das Projekt, das aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert wird, wird von sieben Lehrkräften des Berufskollegs in Kooperation mit Betrieben sowie weiteren Institutionen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes getragen und läuft z.Zt. im 2. Jahr. Betreut werden ca. 30 Schüler pro Jahr.

Weitere Element des Projekts betreffen die Kooperation mit den Schulen sowie die Unterstützung der Vernetzung der berufsbezogenen Institutionen in der Stadt Rheine. Die Kooperation mit der Sekundarstufe betrifft die möglichst frühzeitige Identifizierung von Jugendlichen, bei denen ein besonderer Förderbedarf besteht, die gemeinsame Erarbeitung individueller und praxisnaher Angebote aus dem Bereich Arbeitsleben sowie Fortbildungsangebote für Lehrkräfte (z.B. Vermittlung von Betriebspraktika). Daneben sieht das Projekt einen regelmäßigen runden Tisch aller beteiligten Institutionen vor (Kreishandwerkerschaft, IHK, Agentur für Arbeit, KMU der Region, Träger der Jugendhilfe). Ein direkte Überschneidung zum BUS-Projekt ist nicht gegeben, da BUS wesentlich später - im letzten Pflichtschuljahr - ansetzt und weniger auf individuelle Betreuung und stärker auf Formen betrieblichen Lernens hin ausgerichtet ist.

Wichtige generelle Zielsetzung über berufliche Beratungs- und Förderangebote hinaus: Das Herausfallen aus dem Schul- und Ausbildungssystem muss möglichst verhindert werden. Erforderlich sind zum einen früh ansetzende Maßnahmen im schulischen Kontext, sh. auch die Ausführungen zur Schulsozialarbeit bzw. zum Angebot schulbezogener Beratung und Sozialarbeit. Erforderlich sind zum anderen niedrigschwellige außerschulische Angebote für Jugendliche im Übergang Schule-Beruf. Wichtige außerschulische Institutionen:

Die Jugendberatungsstelle des Caritas-Verbandes ist Ansprechpartner für Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14-27 Jahre.⁴³ Im Vordergrund steht die Beratung und Unterstützung zur Verhinderung und Beseitigung von Arbeitslosigkeit sowie damit verbundener existenzieller Notlagen, daneben Hilfestellung zur Überwindung individueller persönlicher Probleme und Beeinträchtigungen. In 2005 wurden laut Jahresbericht ca. 600 Jugendliche erreicht. Der Schwerpunkt lag in der Beratungsarbeit, daneben wurden in Kooperation mit weiteren Anbietern Präventionsangebote in den Bereichen Suchtprävention, Selbstbehauptung, Mädchenarbeit angeboten.

Die Jugendwerkstatt des Caritas-Verbandes bietet – als Angebot der Jugendberufshilfe - ein niedrigschwelliges Beschäftigungsangebot für arbeitslose, benachteiligte und schwer vermittelbare Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren. In 2005 wurden 37 Jugendliche und junge Erwachsene betreut.

Die vorstehende Auflistung zeigt **die Vielfalt der laufenden oder geplanten Maßnahmen und Arbeitsansätze**. In den nächsten Jahren kann zwar – aufgrund der Entwicklung bei den Schulabgängern - einerseits von einer Entspannung auf dem Lehrstellenmarkt ausgegangen werden. Andererseits kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich die Zahl der Jugendlichen, für die besondere Unterstützungsangebote erforderlich sind, in gleicher Weise rückläufig entwickeln wird. Daher ist **eine kontinuierliche Überprüfung und Weiterentwicklung der Angebotsstruktur** erforderlich. Das betrifft insbesondere Angebote für Jugendliche, bei denen die Gefahr besteht, dass sie die Schule ohne Bildungsaufschluss verlassen oder die aufgrund sozialer oder kognitiver Probleme aus dem Bildungssystem herauszufallen drohen, daneben Jugendliche, die durch Maßnahmen im schulischen Kontext nur noch schwer erreicht werden können.

Die konkreten Erfordernisse können von den Schulen sowie den Anbietern und Trägern nur im fachlichen Austausch und in Reaktion auf aktuelle Entwicklungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bestimmt werden. Wichtig: außerschulisches, schulbezogenes und schuli-

⁴³ sh. Sachbericht 2005 der Jugendberatungsstelle

sches Angebot müssen aufeinander abgestimmt und miteinander verzahnt sein. Ebenfalls wichtig ist, dass möglichst keine konkurrierenden Angebote aufgebaut werden. Zwingend erforderlich ist daher **ein gesamtstädtischer Arbeitszusammenhang**, in den alle relevanten lokalen Akteure eingebunden sind, und in dem die örtliche Angebotsstruktur kontinuierlich abgestimmt und weiterentwickelt wird.

Der bestehende **Beirat Schule und Beruf auf Kreisebene** ist im Schulgesetz verbindlich vorgesehen. Aufgabe: schulübergreifende Abstimmung und Unterstützung aller am Prozess der Berufswahlorientierung Beteiligten, Analyse der Entwicklung auf dem regionalen Ausbildungsmarkt und der aktuellen Probleme des Übergangs von der Schule in den Beruf. Der Beirat soll im Rahmen seiner Möglichkeiten über freie Ausbildungsplätze, neue Berufe sowie die absehbare Entwicklung von Angebot und Nachfrage bei Ausbildungsplätzen informieren sowie bei Bedarf Empfehlungen für die Arbeit von Schulen und Agenturen für Arbeit im Bereich der Berufswahlorientierung geben. Beteiligte: Schulamt, Agentur für Arbeit, Vertreter jeder Schulform der Sekundarstufe I und II einschließlich der Berufskollegs, Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammern und andere zuständige Stellen nach dem Berufsbildungsgesetz, die Jugendhilfe, Gewerkschaft, Arbeitgeberverbände, weitere Mitglieder nach Bedarf. Der Beirat tagt mindestens zweimal im Jahr.

Der Beirat gewährleistet zwar einerseits eine Abstimmung im regionalen Kontext. Andererseits ist der Bezugsrahmen eines Flächenkreises kaum geeignet für eine Analyse örtlicher Strukturen und Bedarfe sowie für die Abstimmung örtlicher Angebote. Erforderlich sind daher über den Beirat hinaus örtliche Abstimmungs- und Arbeitszusammenhänge.

In Rheine besteht bereits **ein lokaler Arbeitskreis** unter Beteiligung von Agentur für Arbeit, Schulen der Sekundarstufe einschließlich Berufskollegs, Jugendamt, freien Trägern der Jugendhilfe, Bildungseinrichtungen, Wirtschaftsverbänden, Handwerkskammer. Der Arbeitskreis ist auf eine Analyse des örtlichen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes ausgerichtet sowie auf Probleme und Maßnahmenerfordernisse im Bereich des Übergangs von Schule in den Beruf. Die Zielsetzungen entsprechen damit im wesentlichen den Zielen des Kreis-Beirats übersetzt auf die örtliche Ebene. Die Arbeit ist allerdings bisher nur zögerlich angelaufen und hat sich noch nicht verstetigt. Hier muss **eine kontinuierliche Arbeit mit möglichst verbindlicher Teilnahme** erreicht werden.

Zwar bestehen deutliche Überschneidungen zum Arbeitsbereich Schule - Jugendsozialarbeit, eine Aufteilung in zwei getrennte Arbeitsgremien mit den Schwerpunkten Schule und Jugendhilfe / Jugendsozialarbeit einerseits sowie Schule und Arbeitsmarkt andererseits erscheint jedoch sinnvoll. Entscheidend ist der verstetigte Arbeitszusammenhang sowie die verbindliche Teilnahme der relevanten Institutionen. Die Federführung / Geschäftsführung sollte jeweils in der Hand des öffentlichen Trägers liegen.

3.6 Betreuungs- und Ganztagsangebote, Öffnung der Schule

3.6.1 Betreuungs- und Ganztagsangebote im Primarbereich

Ausgangslage und Zielperspektiven der Entwicklung

Grundlagen für die bestehenden Betreuungs- und Ganztagsangebote sind die Landesprogramme „acht bis eins“ und „Offene Ganztagsgrundschule“.

Das Programm „acht bis eins“ besteht bereits seit 1996. Es bildet die Grundlage für die Anbindung von Betreuungsangeboten im Schulbereich und zielt auf das Angebot verlässlicher Grundschulzeiten. Mit dieser Zielsetzung war es ein erster Schritt im Sinne einer kindgerechten und familienfreundlichen Schulorganisation. Allerdings liegt dem Programm ein rein additives Konzept zugrunde: gefördert wird eine zusätzliche Leistung, ohne dass sich damit das Ziel einer Integration in das schulische Angebot verbindet. In 2001 war in Rheine bereits ein annähernd flächendeckendes Angebot erreicht. Mit Ausnahme von drei Standorten wurde an allen Grundschulen mindestens eine Gruppe angeboten.

Seit 2003 besteht die Initiative der Landesregierung zum forcierten **Ausbau der Grundschulen zu offenen Ganztagschulen**. Sie reflektiert geänderte und erweiterte Ansprüche der Verbindung von Bildung, Erziehung und Betreuung und ist gegenüber dem Programm „acht bis eins“ als qualitative Neuorientierung anzusehen. Das Ganztagskonzept stellt einen umfassenderen Ansatz dar, der über die Garantie verlässlicher Zeiten deutlich hinausgeht.

Ziel ist im Kern die Ausweitung des schulischen Angebots auf den Nachmittag und die Verbindung von Unterricht und Betreuung im Rahmen eines ganztägig organisierten Schulbetriebs. Angestrebt ist die Offene Ganztagsgrundschule als Ort des Lernens, der Förderung und des Spielens, wobei in der Verbindung der verschiedenen Aspekte der entscheidende Unterschied zum reinen Betreuungsmodell zu sehen ist.

Verbundene Ziele betreffen familienpolitisch die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Das Ganztagsangebot soll für alle Eltern mit Betreuungsbedarf bereitstehen. Bildungspolitisch fügt sich die Ganztagschule ein in die allgemeine Zielvorstellung einer verbesserten Abstimmung und Integration von Bildung, Erziehung und Betreuung: angezielt ist ein integratives Konzept zur Verbindung von schulischen Angeboten / Unterricht und Betreuungsangeboten im Lebensraum Schule.

Zielperspektiven der weiteren Angebotsentwicklung im Betreuungs- und Ganztagsbereich betreffen

- die Gewährleistung und Weiterentwicklung einer sozialräumlich ausgewogenen Versorgung mit offenen Ganztagsangeboten
- eine plurale und flexible Angebotsstruktur, die unterschiedliche Angebotsformen vorsieht
- in den Standorten ohne Ganztagsangebot flächendeckend die Gewährleistung von Betreuungsangeboten
- die Abstimmung von Standards bei Modellen in unterschiedlicher Trägerschaft bzw. die Gewährleistung bestimmter Mindeststandards sowie die inhaltliche Weiterentwicklung des Angebots

- die Gewährleistung eines quantitativ ausreichenden Angebots angesichts wachsender Nachfrage sowie die Sicherstellung kontinuierlicher Bedarfsermittlung zur Anpassung an sich ändernde Bedarfslagen

Derzeitiger Ausbaustand in Rheine

In der Stadt Rheine erfolgte in den letzten Jahren **ein offensiver Ausbau des offenen Ganztagsangebots**. Im aktuellen Schuljahr 2006/07 haben nochmals verschiedene Grundschulen den Betrieb als offene Ganztagschulen aufgenommen. Insgesamt ergibt sich aktuell folgendes Bild:

Ganztags- und Betreuungsangebote an den Grundschulen der Stadt Rheine

Schule	Angebot	Umfang	Träger
Annetteschule	OGS seit 2003/04	2 Gr., 55 Kinder	Verein zur Betr. a.d. Annetteschule
Edith-Stein-Schule	OGS ab 2006/07	1 Gr., 39 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Gertrudenschule	OGS ab 2006/07	1 Gr., 12 Kinder	Verein Jahn Rheine
Johannesschule Eschendorf	OGS seit 2004/05	2 Gr., 41 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Johannesschule Mesum	OGS ab 2006/07	1 Gr., 28 Kinder	TV Mesum
Ludgerusschule Schotthock	OGS seit 2003/04	2 Gr., 56 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Marienschule Hauenhorst	OGS ab 2006/07	1 Gr., 20 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Michaelschule	OGS seit 2005/06	2 Gr., 56 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Paul-Gerhardt-Schule	OGS ab 2006/07	1 Gr., 25 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Südeschule	OGS ab 2006/07	2 Gr., 35 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
OGS gesamt	10 von 17	15 Gr. 366 Ki.	
Bodenschwinghschule	Betreuung bis 14.00	1 Gr., 20 Kinder	städtische Trägerschaft
Canisiusschule	Betreuung bis 14.00	1 Gr., 6 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Diesterwegschule	Betreuung bis 14.00	1 Gr., 6 Kinder	städtische Trägerschaft
Franziskusschule Mesum	Betr., ab 07/08 OGS	1 Gr., 28 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Josefschule Rodde	Betreuung bis 14.00	3 Kinder	über Jugendamt
Kardinal-von-Galen-Schule	Betreuung bis 14.00	1 Gr., 19 Kinder	städtische Trägerschaft
Ludgerusschule Elte	Betreuung bis 14.00	1 Gr., 10 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Betreuung gesamt	7 von 17	6 Gr. 92 Ki.	

Quelle: ZASP-Befragung der Rheiener Schulen, September 2006

- Im Schuljahr 2006/07 werden 10 von 17 Schulen als offene Ganztagschule geführt, ab Schuljahr 2007/08 – mit Aufbau eines Angebots an der Franziskusschule Mesum – 11 Schulen. Die offene Ganztagschule ist damit in Rheine mehrheitlich umgesetzt.
- An den Grundschulen ohne Ganztagsangebot besteht durchgängig ein Betreuungsangebot auf der Grundlage des Programms acht bis eins.
- Die Angebote werden überwiegend in Trägerschaft des Jugend- und Familiendienstes geführt, daneben in Trägerschaft eines Elternvereins sowie von zwei Sportvereinen.

Grundsätzlich handelt es sich bei allen Angeboten um jahrgangsstufenübergreifende Gruppen mit Schülern unterschiedlichen Alters und aus unterschiedlichen Klassen. Für eine jahrgangsbezogene Gruppenbildung sind die Zahlen z.Zt. nicht ausreichend.

Eine flächendeckende Versorgung bei pluraler Angebotsstruktur ist insgesamt gewährleistet. Als dominierendes Trägermodell wurde die Trägerschaft durch einen externen Träger der Jugendhilfe gewählt. Die Konzentration auf im wesentlichen einen Träger hat den Vorteil vergleichbarer Bedingungen an den einzelnen Standorten.

An sechs der zehn Ganztagschulen besteht das Angebot erst seit dem aktuellen Schuljahr 2006/07, daher liegen bisher noch kaum Erfahrungswerte vor bzw. sind noch kaum fundierte

Aussagen zu Ertrag und Problemen möglich. Hier muss die weitere Entwicklung abgewartet werden.

Die Quote der Inanspruchnahme variiert stark und ist abhängig von der Art des Angebots:

Inanspruchnahme von Ganztags- und Betreuungsangeboten an den Grundschulen

Name der Schule	Beginn OGS	städt. Teilgebiet	Schülerzahl*	Anzahl Gruppen	Anzahl Kinder	Inanspruchn.	Träger des Angebots
Offene Ganztagschule							
Annetteschule	2003/04	1	284	2	55	19,4	Elternverein
Edith-Stein-Schule	2006/07	3	104	1	39	37,5	JFD Rheine
Gertrudenschule	2006/07	3	209	1	12	5,7	Jahn Rheine
Johannesschule Eschend.	2004/05	1	182	2	41	22,5	JFD Rheine
Johannesschule Mesum	2006/07	4	202	1	28	13,9	TV Mesum
Ludgerusschule Schotth.	2003/04	2	216	2	56	25,9	JFD Rheine
Marienschule Hauenhorst	2006/07	4	219	1	20	9,1	JFD Rheine
Michaelschule	2005/06	3	230	2	55	23,9	JFD Rheine
Paul-Gerhardt-Schule	2006/07	3	193	1	25	13,0	JFD Rheine
Südeschschule	2006/07	1	321	2	35	10,9	JFD Rheine
OGS gesamt			2.160	15	366	16,9	
Betreuungsangebot							
Bodelschwingschule		2	164	1	20	12,2	städtisch
Canisiusschule		2	198	1	6	3,0	JFD Rheine
Diesterwegschule		3	86	1	6	7,0	städtisch
Franziskusschule Mesum	2007/08	4	274	1	28	10,2	JFD Rheine
Josefschule Rodde		1	69	-	3	4,3	Jugendamt
Kardinal-v.-Galen-Schule		3	202	1	19	9,4	städtisch
Ludgerusschule Elte		4	137	1	10	7,3	JFD Rheine
Betreuung gesamt			1130	7	92	8,1	
alle Angebote			3.290	21	458	13,9	

Quelle: ZASP-Befragung der Rheiner Schulen, Sep. 2006, *Schülerprognose 2006, eigene Berechnungen

Mit dem offenen Ganztagsangebot werden – bezogen auf die Schulen mit entsprechendem Angebot – im aktuellen Schuljahr insgesamt 16,9% der Schüler erreicht, mit dem Betreuungsangebot 8,1%. Die offene Ganztagschule wird damit deutlich stärker in Anspruch genommen. Da das OGS-Angebot an der Mehrzahl der Schulen in diesem Schuljahr erst angelaufen ist, kann im weiteren Verlauf noch eine Steigerung der Nachfrage erwartet werden. Hier ist auch ein Zusammenhang mit der zunehmenden Zahl von Ganztagsplätzen in den Kindertageseinrichtungen zu unterstellen: ein entsprechender Ausbau im Kindertagesstätten-Bereich dürfte mittelfristig auch eine Zunahme der Nachfrage nach Ganztagsbetreuung im Primarbereich zur Folge haben.

Unter sozialräumlichen Gesichtspunkten bzw. im Hinblick auf **die teilräumliche Angebotsstruktur** ergibt sich folgendes Bild:

Ganztags- und Betreuungsangebote in den großräumigen Teilgebieten der Stadt Rheine

Teilgebiet und Schule	Angebot	Umfang	Träger
Eschendorf/Gellendorf/Rodde			
Annetteschule	OGS seit 2003/04	2 Gr., 55 Kinder	Verein zur Betr. a.d. Annetteschule
Johannesschule Eschendorf	OGS seit 2004/05	2 Gr., 41 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Josefschule Rodde	Betreuung bis 14.00	1 Gr., 3 Kinder	über Jugendamt
Südeschschule	OGS ab 2006/07	2 Gr., 35 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Altenrheine/Schotthock			
Bodelschwingschule	Betreuung bis 14.00	1 Gr., 20 Kinder	städtische Trägerschaft
Canisiusschule	Betreuung bis 14.00	1 Gr., 6 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Ludgerusschule Schotthock	OGS seit 2003/04	2 Gr., 56 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Rheine links der Ems			
Diesterwegschule	Betreuung bis 14.00	1 Gr., 6 Kinder	städtische Trägerschaft
Edith-Stein-Schule	OGS ab 2006/07	1 Gr., 39 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Gertrudenschule	OGS ab 2006/07	1 Gr., 12 Kinder	TV Jahn Rheine
Kardinal-von-Galen-Schule	Betreuung bis 14.00	1 Gr., 19 Kinder	städtische Trägerschaft
Michaelschule	OGS seit 2005/06	2 Gr., 56 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Paul-Gerhardt-Schule	OGS ab 2006/07	1 Gr., 25 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Südraum			
Franziskusschule Mesum	Betr., ab 07/08 OGS	1 Gr., 28 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Johannesschule Mesum	OGS ab 2006/07	1 Gr., 28 Kinder	TV Mesum
Ludgerusschule Elte	Betreuung bis 14.00	1 Gr., 10 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine
Marienschule Hauenhorst	OGS ab 2006/07	1 Gr., 20 Kinder	Jugend- und Familiendienst Rheine

Quelle: ZASP-Befragung der Rheiener Schulen, Sep. 2006, *Schülerprognose 2006, eigene Berechnungen

Kennziffern zur sozialräumlichen Versorgung mit Ganztags- und Betreuungsangeboten

	Eschendorf/ Gellendorf/R.	Altenrheine/ Schotthock	links der Ems	Süd- raum	Gesamt- stadt
Anzahl Grundschulen mit off. Ganztags	3/4	1/3	4/6	2/4	10/17
Schülerzahl der GS mit Ganztags	787	216	736	421	2.160
Anteil an allen Schülern im Teilgebiet	91,9	37,4	71,9	50,6	65,7
Schüler im Ganztagsangebot	131	56	131	48	366
Quote der Inanspruchnahme (%)	16,6	25,9	17,8	11,4	16,9
Anzahl Grundschulen mit Betreuung	1/4	2/3	2/6	2/4	7/17
Schülerzahl der GS mit Betreuung	69	362	288	411	1.130
Anteil an allen Schülern im Teilgebiet	8,1	62,6	28,1	49,4	34,3
Schüler im Betreuungsangebot	3	26	25	38	92
Quote der Inanspruchnahme (%)	4,3	7,2	8,7	9,2	8,1
Schülerzahl der Grundschulen gesamt	856	578	1024	832	3.290
davon in Ganztags oder Betreuung	134	82	156	86	458
Quote der Inanspruchnahme (%)	15,7	14,2	15,2	10,3	13,9
Quote Ganztags bezogen auf Teilgebiet	15,3	9,7	12,8	5,8	11,1
Quote Betreuung bez. auf Teilgebiet	0,4	4,5	2,4	4,6	2,8

Quelle: ZASP-Befragung der Rheiener Schulen, Sep. 2006, Schülerprognose 2006, eigene Berechnungen

- Teilräumlich wird eine breite Streuung der Angebote über das gesamte Stadtgebiet deutlich. Jeder großräumige Sozialraum weist mindestens ein OGS-Angebot auf, es bestehen jedoch deutliche Unterschiede in der Angebotsdichte.
- Im Bereich Eschendorf/Gellendorf/Rodde sowie im Bereich links der Ems steht jeweils für die überwiegende Mehrzahl der Schüler ein Angebot zur Verfügung. In den anderen beiden Bereichen ist die Versorgung deutlich geringer.
- In Altenrheine / Schotthock fällt der Anteil der Schüler, für die ein Angebot zur Verfügung steht, mit ca. 37% am geringsten aus, da nur eine von drei Schulen ein offenes Ganztagsangebot bereit hält.
- Der Südraum weist z.Zt. ebenfalls noch eine unterdurchschnittliche Versorgungsquote auf, wird sich aber in 2007/08 angleichen, da die Franziskusschule Mesum ebenfalls den offenen Ganztagsbetrieb aufnimmt.

Die vergleichsweise geringe Angebotsdichte im Bereich Altenrheine / Schotthock wiegt umso schwerer, als es sich hier um ein Stadtgebiet handelt, das im Hinblick auf besondere Zielgruppen der Jugendhilfe z.T. überdurchschnittliche Anteile aufweist. Das betrifft z.B. den Anteil der Familien mit Migrationshintergrund und den Anteil von Familien mit schwächerem ökonomischen Status. Gerade bei diesen Gruppen kann ein besonderer Bedarf an Betreuungsangeboten unterstellt werden. Zudem ist die Ganztagschule aus der Sicht der Jugendhilfe auch im Sinne der Kompensation von benachteiligten Lebenssituationen und der Förderung besonderer Bedarfsgruppen zu sehen. Es sollte daher überlegt werden, in diesem Teilgebiet **eine weitere Schule** zur offenen Ganztagschule auszubauen.

Erfahrungen und Probleme

Offene Ganztagschule

Kernkomponenten und Handlungsfelder der offenen Ganztagschule sind: Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung, teilweise verbunden mit Angeboten zur individuellen Förderung, teilweise zielgruppenspezifische Bildungs- und Förderangebote, Freizeitgestaltung.

Als allgemeines Ablaufschema gilt: Mittagsangebot, danach Betreuung bis 15 Uhr, ab 15.00 verschiedene Angebote in Kooperation mit unterschiedlichen externen Anbietern. Innerhalb dieses Rahmens arbeitet jede Schule mit eigenem Konzept. Die Einzelkonzepte können hier nicht im einzelnen untersucht werden.

Personalausstattung laut Vereinbarung mit dem Jugend- und Familiendienst: bis unter 25 Kinder eine Erzieherin mit mindestens 25 Betreuungsstunden pro Woche, zusätzlich Honorarkräfte in Abhängigkeit von der Anzahl der Kinder

Die ZASP-Befragung an den Grundschulen gibt zunächst Hinweise auf **Probleme und Entwicklungserfordernisse aus der Sicht der Schulleiter/innen**:

Versorgung mit offenen Ganztagsangeboten und Entwicklungsbedarf aus der Sicht der Schulen

Schule	quantitative Versorgung	Erweiterungserfordernisse aus der Sicht des Schulleiters	angeführte Erfordernisse der Unterstützung durch Schulträger
Annetteschule	sehr gut	<ul style="list-style-type: none"> Erfahrung seit 3 Jahren; Konzept hat sich bewährt, z.Zt. keine Entwicklungserfordernisse 	<ul style="list-style-type: none"> finanzielle Unterstützung bei Nicht- bzw. Geringzahlern Mittel für Sport- / Kulturangebote Vergleichbarkeit der Angebote, z.B. bei Personalausstattung
Edith-Stein-Schule	ausreichend	<ul style="list-style-type: none"> Weiterentwicklung zur gebundenen Ganztagschule Ausweitung des Einsatzes hauptamtlicher Betreuer 	<ul style="list-style-type: none"> bessere finanzielle Unterstützung Verbesserung der räumlichen Ausstattung
Gertrudenschule	ausreichend	<ul style="list-style-type: none"> inhaltliche Erweiterung: <ul style="list-style-type: none"> - Koop mit städtischen Museen - auf Dauer zwei Projektstage 	<ul style="list-style-type: none"> Unterstützung ist sehr gut
Johannesschule Eschendorf	sehr gut	<ul style="list-style-type: none"> personelle Unterstützung: <ul style="list-style-type: none"> - Arbeit in Kleingruppen - Nutzung d. räuml. Möglichkeiten - festes Küchenpersonal 	<ul style="list-style-type: none"> mehr Arbeitszeit d. Erzieherinnen: <ul style="list-style-type: none"> - Vor- und Nachbereitung - Frühdienst - Weiterentwicklung des Konzepts

Fortsetzung: Versorgung mit offenen Ganztagsangeboten

Johannesschule Mesum	ausreichend	<ul style="list-style-type: none"> • bessere räumliche Ausstattung • Betreuungspersonal aufstocken • Freizeitangebote erweitern durch Bezahlung von Fachkräften 	<ul style="list-style-type: none"> • bessere finanzielle Unterstützung • Fortbildungsangebot
Ludgerusschule Schotthock	sehr gut	<ul style="list-style-type: none"> • flexiblere Betreuungszeiten • langfristig Ausbau zur gebundenen Ganztagschule • Weiterentwicklung der Qualität der Angebote • bessere Verzahnung Vormittag - Nachmittag 	<ul style="list-style-type: none"> • Einsatz von Sozialarbeitern • Räume und Personal für Beratung und Kommunikation • Einsatz von qualifiziertem Personal in der Hausaufgabenhilfe • Aufstockung der Stunden für das Sekretariat
Marienschule Hauenhorst	sehr gut	<ul style="list-style-type: none"> • inhaltliches Konzept weiter verbessern 	<ul style="list-style-type: none"> • finanzielle Unterstützung • Sporthallenbedarf
Michael-schule	stark erweiterungsbedürftig	<ul style="list-style-type: none"> • Konzept hat sich im Prinzip bewährt • Angebote schulischer und außerschulischer Art 	<ul style="list-style-type: none"> • klare Vertragsgestaltung, klare Zuweisung der Aufgaben von Schule und Träger • Durchsetzungshilfen bei Problemen • Abnahme von Verwaltungsarbeit
Paul-Gerhardt-Schule	erweiterungsbedürftig	<ul style="list-style-type: none"> • sichere personelle Besetzung • qualitative Hausaufgabenbetreuung • angemessene personelle und sachliche Ausstattung 	<ul style="list-style-type: none"> • geeignete Räume, speziell Hallenangebote • Flexibilisierung in Bezug auf Kooperationspartner
Stüdesch-schule	ausreichend	<ul style="list-style-type: none"> • Betrieb wird gerade aufgenommen, noch keine Erfahrungswerte 	

Quelle: ZASP-Befragung der Rheiner Schulen, September 2006

Das quantitative Angebot stellt sich – mit Blick auf die Elternnachfrage - aus der Sicht der Schulleiter/innen mehrheitlich als sehr gut oder zumindest ausreichend dar. Nur zwei Schulen verweisen auf deutliche Erweiterungsbedarfe. An den Schulen, die bereits seit einiger Zeit als Ganztagschulen geführt werden, wird überwiegend darauf verwiesen, dass sich das Konzept bewährt hat. Z.T. werden aber auch inhaltliche Kritikpunkte angeführt. Insgesamt ist festzustellen, dass angesichts der kurzen Zeitspanne seit der Einführung **erst noch Erfahrungen gesammelt werden müssen**.

Im Hinblick auf **die Teilnehmerstruktur** stehen Daten zum Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund zur Verfügung:

Anteil der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund an Ganztags-/Betreuungsangeboten

	Eschendorf/ Gellend./R.	Altenrheine/ Schotthock	Rheine links d. Ems	Süd- raum	Gesamt- stadt
Teilnehmer im Ganztagsangebot	131	56	131	48	366
dav. Kinder aus Migrantenfamilien	40	38	48	12	138
Anteil Migrantenkinder in %	30,5	67,9	36,6	25,0	37,7
Vergleichsanteil laut Schulstatistik	15,5	40,4	13,9	6,1	15,7
Teilnehmer Betreuungsangebot	3	26	25	38	92
dav. Kinder aus Migrantenfamilien	1	10	4	3	18
Anteil Migrantenkinder in %	33,3	38,5	16,0	7,9	19,6
Vergleichsanteil laut Schulstatistik	6,3	11,0	15,6	3,8	9,2
Teilnehmer insgesamt	134	82	156	86	458
dav. Kinder aus Migrantenfamilien	41	48	52	15	156
Anteil Migrantenkinder in %	30,6	58,5	33,3	17,4	34,1
Anteil an Schülern im Teilgebiet	14,8	21,9	14,4	5,0	13,5

Quelle: ZASP-Befragung der Rheiner Schulen, September 2006, Schulstatistik Novemberzahlen, eigene Berechnungen

Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sind sowohl im Bereich der offenen Ganztagsangebote wie auch in den Angeboten zur erweiterten Betreuung durchweg überrepräsentiert. Der hohe Anteil von Migrantenkinder verweist auf die Notwendigkeit gezielter Förderangebote sowie auf das Erfordernis interkultureller Arbeitsansätze.

Bezieht man die Rückmeldungen aus Gesprächen mit Trägern und Fachkräften mit ein, **so zeichnen sich für die offene Ganztagschule bisher folgende Problempunkte ab:**

- **Konzentration auf Defizitgruppen / Problemgruppen** bzw. auf Kinder in belasteten Familiensituationen (Trennung, Finanzprobleme, erzieherische Probleme): die Angebote weisen überwiegend einen überproportional hohen Anteil von Kindern aus Migrantenfamilien sowie einen überproportional hohen Anteil unterer Einkommensgruppen auf. Diese Struktur stellt hohe Anforderungen an die Betreuung und an die personelle Ausstattung. Es muss daher darum gehen, verstärkt auch andere Gruppen für die Teilnahme gewinnen. Mit Zunahme der Zahl der Ganztagsangebote in den Kindertageseinrichtungen kann allgemein von einer steigenden Nachfrage nach Ganztagsangeboten auch im Primarbereich ausgegangen werden.
- **Unzureichende Sach- und Finanzausstattung:** die derzeitige Finanzausstattung reicht – auch nach Trägereinschätzung - nur bedingt für ein qualifiziertes Angebot. Das betrifft die Sachausstattung sowie insbesondere die personelle Ausstattung.
- **Einbindung externer Partner:** es bestehen zum Teil noch Schwierigkeiten, externe Partner für eine Kooperation im Rahmen der offenen Ganztagschule zu gewinnen. Diese sind jedoch wichtiger Bestandteil des Grundkonzepts. Hier bestehen z.T. Zielkonflikte zwischen offener Kinder- und Jugendarbeit, die auf Freiwilligkeit der Teilnahme setzt, und der eher verpflichtenden Teilnahme im Rahmen der OGS (nach Anmeldung). Ein Ansatz könnte in der verstärkten Durchführung gemeinsamer Projekte liegen.
- **Fragen der Fach- und Personalaufsicht:** Die OGS ist eine schulische Veranstaltung, jedoch ausgelagert an externe Träger. Hieraus resultieren z.T. Abstimmungsprobleme im Hinblick auf Ablauf und Inhalte. Hier sind klare Regelungen erforderlich, ebenso eine regelmäßige Abstimmung von Lehrkräften und Mitarbeitern der außerunterrichtlichen Angebote.
- **Frage der Verpflegung:** Mittagsversorgung ist nicht obligatorisch, was dazu führt, dass ein Teil der Kinder nicht teilnimmt, auch aus Kostengründen (muss separat gezahlt werden). Erfordernis: Gesamtpaket einschließlich über Mittag-Versorgung.
- Besonders aus Schulleitersicht wird z.T. **die mangelnde Verbindung von Schule und Ganztagsangebot** beklagt. Das Nachmittagsangebot ist weitgehend additiv, ohne Verbindung zum vormittäglichen Schulbetrieb. Seit neuerem stehen hier allerdings 3 zusätzliche Lehrerstunden zur Verfügung, die von den Schulen überwiegend genutzt werden, so dass sich hier noch eine Entwicklung vollzieht. Grundsätzlich sind die Möglichkeiten der Integration von Vormittags- und Nachmittagsangebot im Rahmen der offenen Ganztagschule allerdings begrenzt, da das Angebot nicht verbindlich ist und sich nur an einen Teil der Schüler richtet.

Die angesprochenen Probleme sind auch aus anderen Erfahrungsberichten / anderen Kommunen bekannt und decken sich mit den Ergebnissen aus der wissenschaftlichen Auswertung der Pilotphase.⁴⁴

⁴⁴ Wissenschaftlicher Kooperationsverbund: Die offene Ganztagschule im Primarbereich in Nordrhein-Westfalen. Ausgewählte Befunde aus der Pilotphase. Januar 2005

Erweiterte Betreuung

Die durchgeführte Befragung gibt auch hier Hinweise auf **Probleme und Entwicklungserfordernisse aus der Sicht der Schulleiter/innen**:

Versorgung mit Betreuungsangeboten und Entwicklungsbedarf aus der Sicht der Schulen

Schule	quantitative Versorgung	Erweiterungserfordernisse aus der Sicht des Schulleiters	angeführte Erfordernisse der Unterstützung durch Schulträger
Bodelschwingh-schule	gut	-	-
Canisius-schule	sehr gut	-	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung durch Schulträger ist gegeben
Diesterweg-schule	ausreichend	<ul style="list-style-type: none"> • Ganztagsangebot verbindlich • Nachmittagsunterricht 	<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung eines Bewegungsraumes • Einrichtung einer Schulküche
Franziskus-schule Mesum	erweiterungsbedürftig	<ul style="list-style-type: none"> • Konzept für OGS wird in diesem Schuljahr erstellt 	<ul style="list-style-type: none"> • bessere Raumausstattung • Bau einer fehlenden Sporthalle
Josefschule Rodde	ausreichend	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung in Abhängigkeit von der Nachfrage 	<ul style="list-style-type: none"> • z.Zt. kein weiterer Unterstützungsbedarf
Kardinal-von-Galen-Schule	sehr gut	<ul style="list-style-type: none"> • Elternnachfrage nach Betreuung an 2-3 Tagen anstelle von 5 Tagen verpflichtend 	<ul style="list-style-type: none"> • flexiblerer Personaleinsatz, z.Zt. 19 Kinder für 1 Erzieherin
Ludgerusschule Elte	sehr gut	<ul style="list-style-type: none"> • flexibleres Betreuungsangebot, tageweise evtl. auch stundenweise in Abhängigkeit vom Stundenplan 	<ul style="list-style-type: none"> • Räumlichkeiten und Ausstattung jetzt sehr gut

Quelle: ZASP-Befragung der Rheiner Schulen, September 2006

Das Konzept der erweiterten Betreuung **ist inzwischen langjährig erprobt**. Wie bereits betont ist der Anspruch insgesamt deutlich geringer als in der OGS, im Kern geht es um die Sicherung verlässlicher Grundschulzeiten.

Aufgrund der längerjährigen Praxis werden deutlich weniger Entwicklungserfordernisse genannt. Ein wesentlicher Kritikpunkt betrifft **die fehlende Flexibilität des Angebots**.

Abstimmungsstrukturen

Das bestehende Angebot bedarf der ständigen kritischen Evaluation und Weiterentwicklung. Auf der schulischen Ebene ist **eine kontinuierliche Abstimmung zwischen Schule, Träger des Angebots und ggf. den weiteren außerunterrichtlichen Partnern** erforderlich. Entsprechend wird ein fachgerechter Austausch sowie die Einbeziehung der Mitarbeiter außerunterrichtlicher Angebote in schulische Beratungen zum Ganztagskonzept im Runderlass zur Offenen Ganztagschule⁴⁵ ausdrücklich gefordert. Wichtige, im Erlass genannte Aspekte:

- regelmäßiger, institutionalisierter Austausch zwischen pädagogischen Mitarbeitern der OGS und Lehrkräften
- kooperative Entwicklung und Weiterentwicklung von Angeboten und Konzepten
- Einbindung der Mitarbeiter des Ganztags in die Entscheidungsgremien der Schule, soweit es um Fragen der Entwicklung des Ganztagsangebots geht.

⁴⁵ Offene Ganztagschule im Primarbereich, RdErl. d. Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder v. 12.2.2003

Diese Anforderungen müssen auf der Ebene der einzelnen Schulen – in Kooperation von Schule und Träger des Angebots - umgesetzt werden.

Die schulübergreifende Abstimmung zur allgemeinen Qualitätssicherung und zur Weiterentwicklung von Standards ist in Rheine mehrstufig angelegt:

- Auf Kreisebene besteht ein Arbeitskreis von Schulen, Schulträgern und Trägern der außerunterrichtlichen Angebote. Die Rheiner Schulen sind hier durch eine Sprecherin vertreten. Gegenstand: Fragen der Angebots- und Qualitätsentwicklung
- Auf städtischer Ebene besteht ein Arbeitskreis der Grundschulen mit Ganztagsangebot, in den auch Schulverwaltung, Jugendamt sowie die Träger des Ganztagsangebots eingebunden sind. Arbeitskreis ist als Abstimmungsgremium der Schulen angelegt. Weitere Kooperationspartner werden bei Bedarf und in Abhängigkeit vom Thema hinzugezogen.

Die notwendigen lokalen Abstimmungsstrukturen zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der offenen Ganztagschule sind damit gegeben. Der Arbeitskreis OGS kann allerdings **einen thematisch breiter angelegten Arbeitszusammenhang** zwischen Grundschulen, Jugendamt und Trägern der Jugend- und Familienhilfe, Schulverwaltung sowie weiteren Partnern von Schule nicht ersetzen, der für Rheine erst noch aufzubauen ist. Erforderlich ist eine kontinuierliche und verbindliche Abstimmung aller im Primarbereich relevanten Akteure. Der Arbeitskreis OGS sollte hier als Teilbereich bzw. Untergliederung eingebunden sein.

Empfehlungen

Die offene Ganztagsgrundschule ist – vor dem Hintergrund der aktuellen schulpolitischen Diskussion - **als Zukunftsmodell anzusehen**, das neue Chancen für die Gestaltung des Schulalltags und die Weiterentwicklung von Bildungsprozessen eröffnet. Kurzfristig ist in Rheine bereits ein guter Ausbaustand erreicht, **langfristig sollte ein weiterer Ausbau erfolgen**.

Erforderlich ist **die regelmäßige Auswertung der Erfahrungen**. Z.Zt. bestehen nur geringe Erfahrungswerte, da die Mehrzahl der Schulen den Ganztagsbetrieb erst im aktuellen Schuljahr aufgenommen hat.

- Im Bereich Schotthock / Altenrheine sollte **ein zweites Angebot** aufgebaut werden, um sozialräumlich eine ausgewogene Versorgung sicherzustellen.
- **Regelmäßiger Erfahrungsaustausch** zur abgestimmten konzeptionellen Weiterentwicklung und zur Sicherung von Qualitätsstandards. Ausbau des Arbeitskreises „Offene Ganztagschule“ zu einem trägerübergreifenden Gremium. In den Erfahrungsaustausch sollten Schulen, Träger des Ganztagsangebots, Schulverwaltung, Träger der Jugendhilfe und Jugendarbeit, Vertreter des Jugendamtes / der Erziehungshilfe eingebunden werden.
- **Anbindung von sozialpädagogischer Kompetenz der Erziehungshilfe**, etwa durch regelmäßige Beratung der Lehrer und Betreuungskräfte, sh. Überlegungen zur Schulsozialarbeit bzw. zur Prävention im Primarbereich. Dieser Aspekt ist besonders dringlich aufgrund der derzeitigen Teilnehmerstruktur. Gleichzeitig sollte durch offensives Marketing auf eine ausgewogenere Teilnehmerstruktur hingewirkt werden.
- **Gesamtpaket einschließlich Mittagversorgung** entwickeln. Das Mittagessen sollte nicht separat abgerechnet werden, sondern obligatorischer Teil des Konzepts sein.

- **Verbindung Schule-Ganzttag weiterentwickeln**, z.B. in Form gegenseitiger Beratung und Klärung der Verantwortlichkeiten. Kontinuierlicher Austausch zwischen Betreuern und Lehrkräften über Infos und Probleme, kontinuierlicher Austausch mit externen Kooperations-Partnern. Einbindung der außerunterrichtlichen Partner in die schulischen Beratungen zur Ganztagskonzeption sowie in die Schulmitwirkungs-gremien.
- **Weiterentwicklung der Qualitätsstandards**: Vorgaben für das pädagogisches Rüstzeug für Betreuer/innen und für die Qualifikation des Personals entwickeln; ausreichende Zeitkontingente für Vor- und Nachbereitung, für die konzeptionelle Weiterentwicklung sowie zur Wahrnehmung von Abstimmungs- und Kooperationsaufgaben mit Schule und externen Partnern gewährleisten; Einbindung der Eltern in die Planung und Gestaltung des Angebots
- **kontinuierliche Weiterentwicklung der Inhalte**: Weiterentwicklung von Förderangeboten, neben unterrichtsbezogener Förderung sollten auch Förderangebote entwickelt werden, die sich aus der Familiensituation der teilnehmenden Kinder sowie aus den Strukturmerkmalen des Sozialraums ergeben; Einbindung der Eltern sowie Einbindung von Präventionsprojekten, z.B. in Kooperation mit dem Kinderschutzbund sowie mit dem Jugendschutz der Stadt. Im Rahmen sozialräumlicher Arbeitsansätze sollte versucht werden, verstärkt externe Anbieter zur Mitarbeit gewinnen (z.B. Sport- und Freizeitvereine, Einrichtungen der offenen Jugendarbeit).

3.6.2 Ganztags- und Betreuungsangebote in der Sekundarstufe

Ganztagsangebot

Die Vorteile eines Ganztagsangebots sind auch für den Sekundarbereich unbestritten: Ganztagsangebote bieten erweiterte methodische, didaktische und erzieherische Chancen und leisten gleichzeitig einen Beitrag zur Unterstützung der Erziehung in der Familie sowie zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Aktuell fördert die Landesregierung **den Aufbau von Ganztagshaupt- und Ganztagsförderschulen**, um die Bildungschancen in diesen Schulformen zu erhöhen.⁴⁶ Ziel ist es, diese Schulen zu stärken und durch den Aufbau verbindlicher Ganztagschulen verbesserte Förderangebote in schulischer Verantwortung zu ermöglichen. Bis zum Jahr 2012 sollen – durch sukzessive jahrgangsbezogene Umstellung an den Schulen mit Ganztagsbetrieb - landesweit 50.000 Ganztagsplätze bereitgestellt sein.

Die Landesstrategie zum Ausbau eines Ganztagsangebots im Sekundarbereich ist demnach aktuell durch **zwei Festlegungen** gekennzeichnet:

- Der Ausbau beschränkt sich auf Hauptschulen und Förderschulen, Ganztagsangebote im Realschul- und Gymnasialbereich werden zur Zeit nicht gefördert.
- Es sind ausschließlich Angebote in Form einer gebundenen, obligatorischen Ganztagschule vorgesehen.

⁴⁶ sh. Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW: Neue erweiterte Ganztagshaupt- und Ganztagsförderschulen, RdErl. vom 25.1.2006

Der Ausbau der Ganztagsangebote an den Haupt- und Förderschulen zielt **auf eine Verbesserung der Startchancen für Kinder und Jugendliche** und soll dazu beitragen,

- durch individuelle Förderung insbesondere von Lernschwächeren die Bildungs- und Abschlusschancen zu verbessern
- Benachteiligungen von Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Milieus auszugleichen
- die Chancen beim Übergang in Ausbildung und Beruf nach Abschluss der Sekundarstufe I zu erhöhen.

Bei der Genehmigung von Anträgen zur Umwandlung in eine Ganztagschule werden Schulen in besonders belasteten Stadt- und Landesteilen bevorzugt berücksichtigt, wobei der Quote der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund eine besondere Bedeutung zukommt. Genehmigungsfähig sind jedoch auch Anträge von Schulen, die diesem Kriterium nicht entsprechen.

Im Unterschied zur offenen Ganztagschule handelt es sich bei der gebundenen Ganztagschule um ein verpflichtendes Angebot. D.h.:

- Anwesenheitspflicht von 8 bis 16 Uhr an vier Tagen, an einem Tag von 8 bis 14.45 Uhr
- Unterricht und Freizeitprogramm sind über den ganzen Tag verteilt
- Rhythmisierung des Unterrichts: Lernphasen und Entspannung im Wechsel
- keine schriftlichen Hausaufgaben
- gemeinsames Mittagessen

Generell unterstützt die Ganztagsform den Aufbau bedarfsgerechter Förderkonzepte sowie zusätzlicher Lern- und Bildungsangebote. Gegenüber der offenen Form mit Wahlangeboten am Nachmittag für einen Teil der Schüler ermöglicht die gebundene Form darüber hinaus eine bessere Verteilung von Unterrichts-, Lern- und Erholungsphasen und eine für die Lernsituation der Schüler günstigere Rhythmisierung des Schultags. Dem steht allerdings die größere Flexibilität offener Ganztagsangebote für Schüler und Eltern gegenüber.

Der Kooperation mit außerschulischen Partnern, insbesondere mit Partnern der Jugendhilfe, kommt in den neuen erweiterten Ganztagshaupt- und Ganztagsförderschulen zentrale Bedeutung zu. Die für die Durchführung der erweiterten Ganztagsangebote bereitgestellten Mittel können auch für sozialpädagogische Fachkräfte und für Angebote der Kinder- und Jugendhilfe oder anderer außerunterrichtlicher Partner der Ganztagschulen verwendet werden. Die Einbindung externer Partner - etwa aus Jugendhilfe, Sport- oder Musikvereinen, Kultur- und Bildungseinrichtungen, Handwerk oder Betrieben – ist allerdings entsprechend §5 Schulgesetz für alle Schulen der Sekundarstufe von Bedeutung, so dass hier eine kontinuierliche Entwicklung unabhängig von der Eigenschaft als Ganztagschule erfolgen sollte. Entsprechend kann bei den Haupt- und Förderschulen in der Regel auch auf langjährige Erfahrungen in der Kooperation z.B. mit Trägern der Jugendarbeit zurückgegriffen werden.

Der aktuelle Stand in Rheine stellt sich folgendermaßen dar:

Alle drei Rheiner Hauptschulen sowie die Förderschule haben einen Antrag auf Umwandlung in eine Ganztagschule gestellt. Eine Bewilligung erfolgte bisher lediglich für die Elisabethschule, die im Schuljahr 2006/07 mit dem Eingangsjahrgang den Betrieb als Ganztagschule aufgenommen hat. In den nächsten Jahren erfolgt jeweils jahrgangsweise die Umstellung auf

den Ganztagsbetrieb. Für die anderen Schulen bleiben die gestellten Anträge – sofern keine Rücknahme durch den Schulträger erfolgt - weiterhin wirksam.

Die Umwandlung zumindest einer weiteren Hauptschule sowie der Förderschule in ein Ganztagsangebot sollte in jedem Fall weiterverfolgt werden, da die Vorteile dieser Angebotsform in der pädagogischen Fachdiskussion unbestritten sind. Dies betrifft insbesondere die erweiterten Möglichkeiten der Förderung bildungsferner und benachteiligter Schülergruppen. Gleichzeitig kann der Ausbau des Ganztagsangebots zu einer relativen Stärkung der Hauptschulen gegenüber der Gesamtschule beitragen, da in den hohen Anmeldezahlen zur Gesamtschule z.T. auch der Elternwunsch nach einem Ganztagsangebot im Eingangsbereich der Sekundarstufe zum Ausdruck kommen dürfte. Vor dem Hintergrund veränderter Erwerbsrollen sowie vor dem Hintergrund des forcierten Ausbaus der offenen Ganztagsgrundschule ist in Zukunft aller Voraussicht nach mit einer weiteren Zunahme der Nachfrage nach Ganztagsangeboten zu rechnen.

Die Chancen der Stadt Rheine, kurzfristig einen weiteren Ausbau des Ganztagsangebots zu erreichen, sind allerdings eher pessimistisch einzuschätzen, da zum einen bezogen auf das Landesziel von 50 Tsd. Plätzen in 2012 das Gros der Genehmigungen bereits erfolgt ist, und da zweitens im Kreis Steinfurt verschiedene Kommunen bisher noch kein Ganztagsangebot aufweisen. **Dennoch sollte an der Zielvorstellung eines weiteren Ausbaus festgehalten werden.**

Für den Realschul- und Gymnasialbereich eröffnen sich kurzfristig keine Möglichkeiten, da die Landesförderung auf den Bereich der Hauptschulen und Förderschulen beschränkt ist. Andererseits stellt der Aufbau von Ganztagsangeboten auch an diesen Schulformen pädagogisch-fachlich ein wichtiges Ziel dar. Dies gilt umso mehr, als durch die Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs sowie die zunehmende Belegung von Nachmittagsanteilen in der Sekundarstufe ohnehin eine schleichende Entwicklung in Richtung Ganztagsangebot festzustellen ist. Generell deutet sich in der schulpolitischen Diskussion eine verstärkte Orientierung an Ganztagsmodellen an.

Empfehlung: Beobachtung der schulpolitischen Diskussion bzw. der Entwicklung der Förderpolitik der Landesregierung. Sofern sich die Möglichkeit eröffnet, sollte die Stadt Rheine versuchen, auch im Bereich der Realschulen und Gymnasien – unter Berücksichtigung der Elternpräferenzen sowie mit der Zielvorgabe einer pluralen Angebotsstruktur - **einen Einstieg in den Aufbau von Ganztagsangeboten herbeizuführen.**

Betreuung

Neben dem Aufbau eines Ganztagsangebots im Bereich der Haupt- und Förderschulen fördert das Land für den Bereich der Sekundarstufe – ähnlich wie im Primarbereich – weiterhin Betreuungsangebote im schulischen Kontext. Basis ist das **Förderprogramm 13plus**. Es zielt auf verlässliche Nachmittagsangebote in der Sekundarstufe I (Mittagsimbiss, Hausaufgaben erledigung, offene Angebote im Bereich Sport / Freizeit), und zwar in der Regel in der Zeit zwischen 13.30 Uhr und 15.30 Uhr.

Im Unterschied zur gebundenen Ganztagschule handelt es sich **um ein freiwilliges außerunterrichtliches Angebot**, das von einem Teil der Schüler in Anspruch genommen wird und für das Teilnahmebeiträge zu entrichten sind. Da es sich gegenüber entsprechenden Betreuungs-

angeboten in der Grundschule um eine andere Altersgruppe handelt, unterliegt die Ausgestaltung des Angebots naturgemäß anderen Anforderungen.

In Rheine existieren entsprechende Angebote an den drei Hauptschulen sowie an der Fürstenberg-Realschule. Das Angebot in der Elisabethschule besteht nur noch übergangsweise für Klasse 6 und 7 und wird im Zuge des weiteren Ausbaus zur Ganztagschule ganz entfallen.

13plus-Betreuungsangebote in der Sekundarstufe, Stand September 2006

Schule	Angebot	Teilnehmer	Träger	Räumlichkeiten
Don-Bosco-Hauptschule	13plus-Angebot 4 Tage 13.00-15.30	1 Gruppe 18 Kinder	kath. Jugendwerk Mesum e.V.	es stehen 2 Räume zur Verfügung
Elisabethschule	geb. Ganztagsch. ab 2006/07 Kl. 5 13plus für Kl. 6+7 4 Tage 13.00-14.30	1 Gruppe 18 Schüler	TV Jahn Rheine	Schulräume Schülercafe Schulhof/Turnhalle
Overbergschule	13plus-Angebot 4 Tage 13.00-15.30	keine festen Gr. 43 Schüler	Jugend- und Familiendienst	Neubau mit 13plus-Raum Mensa, Cateringküche
Elsa-Brandström-Realschule	geringer Bedarf			
Fürstenberg-Realschule	13plus-Angebot 4 Tage 13.00-15.30	1 Gruppe	selbstorganisiert	Klassen- u. Fachräume Schulgarten

Quelle: ZASP-Befragung der Rheiner Schulen, September 2006

Das Programm 13plus ist nicht primär auf Hauptschulen ausgerichtet, sondern kommt grundsätzlich auch für andere Schulformen der Sekundarstufe in Betracht. Bis auf die Fürstenberg-Realschule besteht allerdings nach Einschätzung der Schulleiter bisher kein oder nur geringer Bedarf. Andererseits verweisen die Schulleiter der Schulen, die ein entsprechendes Angebot vorhalten, durchweg **auf quantitative Erweiterungserfordernisse**.

Versorgung mit Betreuungsangeboten und Entwicklungsbedarf aus der Sicht der Schulen

Schule	quantitative Versorgung	Erweiterungserfordernisse aus der Sicht des Schulleiters	angeführte Erfordernisse der Unterstützung durch Schulträger
Don-Bosco-Schule Mesum	erweiterungsbedürftig	<ul style="list-style-type: none"> Ausgestaltung ist z.Zt. zufriedenstellend 	<ul style="list-style-type: none"> fehlende Infrastruktur: Mensa, Aufenthaltsräume
Elisabethschule		<ul style="list-style-type: none"> Ganztagschule im Aufbau, 13plus-Angebot läuft aus 	-
Overbergschule	erweiterungsbedürftig	<ul style="list-style-type: none"> weitere Förderangebote Berufswahlvorbereitung interessenorientierte Angebote das Lernen lernen 	<ul style="list-style-type: none"> Kosten für die Mittagsverpflegung Zusammenarbeit mit kommunalen Institutionen regionale Bildungslandschaft, Kräfte bündeln
Elsa-Brandström-Realschule	z.Zt. kein Angebot	-	<ul style="list-style-type: none"> personell: Betreuungskosten räumlich: Mensa finanziell: Übernahme zusätzlicher Schülerfahrtkosten
Fürstenberg-Realschule	erweiterungsbedürftig	<ul style="list-style-type: none"> weitere Förderangebote bzw. mehr Förderzeit insbs. in den Kernfächern (personelle Ressourcen) sportliche Aktivitäten 	<ul style="list-style-type: none"> Infrastrukturausstattung für Mittagsangebot: Küche, Speiseraum Finanzierung des Personals für Mittagsangebot

Quelle: ZASP-Befragung der Rheiner Schulen, September 2006

Die Hinweise der Schulleiter auf quantitative Erweiterungserfordernisse verdeutlichen die Relevanz entsprechender Ansätze. Im Zuge der Diskussion um den Ausbau von Ganztagsangeboten ist in der Tendenz auch für den Sekundarbereich **von einer Zunahme der Nachfrage nach Nachmittagsangeboten** auszugehen (bezogen auf den Anteil der Schüler, die ein entsprechendes Angebot in Anspruch nehmen). Daher sollte an sämtlichen Schulen eine regel-

mäßige Bedarfsabfrage erfolgen, z.B. durch Erörterung des Themas in der Schulkonferenz sowie durch Elternbefragung der Schuljahrgänge 5-7. Im Bedarfsfall sollte – sofern noch nicht gegeben - der Aufbau eines Angebots erfolgen.

Generell besteht das Angebot bereits langjährig und hat sich zwischenzeitlich eingespielt. Entwicklungserfordernisse aus der Sicht der Schulleiter betreffen in erster Linie die Infrastruktur-Ausstattung (z.B. Küche, Speiseraum) bzw. Kostenaspekte. Soweit noch räumliche Engpässe bestehen, ist aufgrund der Schülerzahlenentwicklung in der Sekundarstufe I bereits kurzfristig mit einer Ausweitung der Spielräume zu rechnen.

Andererseits **bestehen inhaltlich nach wie vor besondere Herausforderungen** aufgrund der Zusammensetzung der Gruppen (überproportionaler Anteil von Kindern aus Migrantenfamilien, hoher Anteil von Kindern mit Schul- und Verhaltensproblemen sowie aus Familien, die sich mit der Erziehung überfordert fühlen). Diese Ausgangslage stellt besondere Anforderungen an die Qualifikation der Mitarbeiter/innen. Erforderlich ist in jedem Fall eine ausgebildete Fachkraft sowie eine ständige Doppelbesetzung der Gruppen.

Zwischen den verschiedenen Trägern / Anbietern, den Schulen, der Schulverwaltung sowie der Jugendhilfe sollte **ein regelmäßiger fachlicher Austausch** installiert werden, um gleiche fachliche Standards und eine abgestimmte Weiterentwicklung des Angebots zu gewährleisten. Dies kann als Teilsegment im Zuge der aufzubauenden gesamtstädtischen Abstimmungsstruktur Schule-Jugendsozialarbeit-Jugendarbeit für den Sekundarbereich gewährleistet werden.

Wie im Grundschulbereich sollte **eine regelmäßige sozialpädagogische Beratung** bzw. ein regelmäßiger Austausch von Lehrern, Betreuungskräften, ggf. Schulsozialarbeit, externem Beratungsangebot der Jugendhilfe sichergestellt sein, sh. auch Überlegungen zur Schulsozialarbeit. Dieser Aspekt ist besonders dringlich aufgrund der derzeitigen Teilnehmerstruktur.

Falls zur Sicherstellung eines qualitativ ausreichenden Angebots erforderlich, sollte im Bedarfsfall erwogen werden, **den Förderanteil des Schulträgers zu erhöhen**. Erhöhungen des Elternanteils stehen in diesem Bereich kaum zur Diskussion, da bereits jetzt ein erheblicher Teil der Familien von den Elternbeiträgen befreit ist und generell erhebliche Probleme bei der Einziehung der Elternbeiträge bestehen.

Grundsätzlich sollte **dem Aufbau eines echten Ganztagsangebots Vorrang eingeräumt werden**, da sich hiermit erhebliche weiterreichende pädagogische und erzieherische Chancen und Möglichkeiten verbinden. Entscheidend ist hier allerdings die weitere Entwicklung der Förderpraxis auf Landesebene.

Das Angebot 13plus sollte daneben erweitert und ergänzt werden **durch eine verstärkte Kooperation von Schule und Jugendarbeit**. Dies betrifft zum einen die verstärkte Integration von Angeboten der Jugendarbeit in das Betreuungsangebot, z.B. von Sport- und Freizeitvereinen. Ebenso können in Abhängigkeit von der jeweiligen Teilnehmerstruktur auch Elemente aus dem Bereich der Präventionsarbeit mit einbezogen werden. Hier sind standortbezogene Konzepte zu entwickeln. Dies betrifft zum anderen über das Ganztags- und Nachmittagsangebot hinaus weitere Kooperationen von Jugendarbeit und Schulen, um Jugendliche durch offene Angebote (Freiwilligkeit der Teilnahme) im schulischen Kontext sowie in schulnahen Einrichtungen stärker einzubinden. Hier sind neben der Schule (Öffnung der Schulen) auch die Träger der Jugendarbeit gefordert.

3.6.3 Weitere Perspektiven der Kooperation von Schule und Jugendarbeit / Öffnung der Schulen

Im Rahmen der Erörterung von Nachmittags- und Ganztagsangeboten sind **erhebliche Berührungspunkte zwischen Schule und dem Arbeitsbereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit** deutlich geworden. Ebenso verweist die schulpolitische Diskussion zum Ausbau schulischen Lebens über den Unterricht hinaus sowie zur vermehrten Kontaktaufnahme mit außerschulischen Partnern und Initiativen im lokalen Umfeld (ehemals GÖS-Initiativprogramm = Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule) auf Kooperationen zwischen den beiden Bereichen.

In den vergangenen Jahren kamen Kooperationen vielfach auf der Basis des zwischenzeitlich ausgelaufenen GÖS-Programms zustande. Unterstützt wurden insbesondere Aktivitäten in den Schwerpunkten

- Beruf und Arbeitswelt,
- Gemeinwesen und soziale Verantwortung,
- Interkulturelle Verständigung,
- Kultur,
- Umweltbildung,

daneben auch Sportprojekte, Medienprojekte und technische Projekte.

Mittlerweile liegt der Fokus **vorrangig auf Kooperationen im Rahmen der offenen Ganztagschule**. Der Runderlass zur offenen Ganztagschule im Primarbereich⁴⁷ nennt als mögliche Inhalte neben Förderangeboten für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedarfen (z.B. Hausaufgabenhilfe, Förderkurse, Sprachförderung) insbesondere auch:

- themenbezogene, klassen- und jahrgangsstufenübergreifende Aktivitäten, Arbeitsgemeinschaften und Projekte (z. B. Kunst, Theater, Musik, Werken, Geschichtswerkstätten, naturwissenschaftliche Experimente, Sport usw.)
- Angebote zur musisch-künstlerischen Bildung und Erziehung sowie Bewegung, Spiel und Sport einschließlich kompensatorischer Bewegungsförderung,
- Projekte der Kinder- und Jugendhilfe, vor allem der außerschulischen Jugendarbeit (beispielsweise mit geschlechtsspezifischen und interkulturellen Angeboten).

Über die Fokussierung auf OGS hinaus ist die Kooperation von Schule und Kinder- und Jugendarbeit jedoch **auch für Schulen ohne Ganztagsangebot generell von hohem Interesse**. Angesprochen sind im Schulgesetz neben der Zusammenarbeit mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe weitere Träger und Institutionen wie z. B. Kirchen, Bibliotheken, Sportvereine, Musikschulen, örtliche Vereine (§5Abs. 2 SchulG). Schulen sowie Anbieter und Träger der offenen Jugendarbeit müssen eingebunden sein in eine vernetzte lokale Bildungs- und Angebotslandschaft. Besondere Bedeutung kommt der gemeinsamen, abgestimmten Angebotsentwicklung von Schule und dezentralen Anbietern der Jugendarbeit im Rahmen sozialraumbezogener Arbeitszusammenhänge zu.

⁴⁷ Offene Ganztagschule im Primarbereich, RdErl. des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder vom 12.2.2003

Derzeitige Kooperationsstruktur

Im Gesamtüberblick der schulischen Angebote im Anhang wird für den **Grundschulbereich** deutlich: es bestehen vielfältige Kooperationen, wobei sich die Zusammenhänge ähnlich darstellen wie in der letzten Planung. Genannt werden insbesondere Kooperationen

- mit Sportvereinen (9x genannt)
- mit Kirchengemeinden (3x genannt)
- mit der Musikschule (5x genannt)

sowie daneben verschiedene Projekte und Einzelangebote.

Im **Sekundarbereich** verschiebt sich der Akzent - neben verschiedensten Freizeit- und Sportangeboten - stärker in Richtung Präventionsarbeit bzw. in Richtung auf Angebote im Schnittbereich von offener Jugendarbeit und schulbezogener Sozialarbeit, z.B.

- Mädchen-/Jungenarbeit (3x genannt)
- Suchtprävention (6x genannt)
- Gewaltprävention, Streitschlichterprogramme (4x genannt)

Hinzu kommt der gesamte Bereich der Berufswahlvorbereitung / Berufsorientierung.

Die **Angebotsstruktur vor Ort** ist abhängig von den jeweiligen Ausgangsvoraussetzungen und Strukturen an der einzelnen Schule (z.B. Zielgruppenstruktur, konkrete Problemlagen oder Interessen, Angebotsstruktur im Umfeld, Ganztagskonzept), so dass es nicht Aufgabe der Analyse sein, konkrete Projekte oder Vorhaben vorzugeben. Diese können nur im Zusammenwirken der Beteiligten vor Ort sowie auf der Grundlage der jeweils spezifischen Interessenlagen entwickelt werden. Die Dokumentation bestehender Angebote und Kooperationen kann allerdings die Grundlagen für einen schulübergreifenden Erfahrungsaustausch und für die Weiterentwicklung von Angeboten verbessern und sollte daher regelmäßig fortgeführt werden.

In der **Einschätzung der Schulleiter** wird die **Kooperation mit Trägern der Kinder- und Jugendarbeit** mehrheitlich positiv beurteilt. In der durchgeführten Umfrage an den Rheiner Schulen waren als (mögliche) Kooperationspartner beispielhaft Vereine, Kirchengemeinden, Jugendfreizeiteinrichtungen vorgegeben. Nur eine Minderheit der Schulleiter (10 von 26) sieht hier Erweiterungsbedarf oder verweist auf gänzlich fehlende Kooperation. Im Vergleich zur Umfrage aus 2001 fällt die Einschätzung allerdings insgesamt etwas ambivalenter aus.

Einschätzung der Kooperation mit externen Partnern durch die Schulleiter/innen

Kooperation mit Jugendarbeit	1	2	3	4	5	Befragung 2006		Befragung 2001	
	sehr gut	ausreichend	erweit. bedürft	keine Koop	keine Angabe	Anteil 1+2	Anteil 3+4	Anteil 1+2	Anteil 3+4
alle Schulen	8	7	9	1	1	57,7	38,5	69,6	26,1
Grundschulen	5	5	6	0	1	58,8	35,3	66,7	26,7
Sekundarstufe	3	2	3	1	0	55,6	44,4	75,0	25,0

Quelle: ZASP-Befragung der Schulen in der Stadt Rheine, September 2006 und September 2001

Von den Schulleitern werden auch **Entwicklungserfordernisse der Kooperation von Schule und Trägern der Jugendarbeit** benannt. Angeführte Erfordernisse betreffen:

- die Offenlegung der bestehenden Angebote,
- fehlende Informationen, welche Arbeit die einzelnen Einrichtungen leisten
- Entwicklung besonderer Angebote für Kinder mit Migrationshintergrund

- Benennung von Ansprechpartnern
- fehlende Kontakte zu Kirchengemeinden
- vermehrte Kooperation im Rahmen von OGS
- vermehrte Kooperation im Rahmen der Über-Mittag-Betreuung

Die Anmerkungen zielen – ähnlich wie bereits 2001 - im wesentlichen auf

- eine verbesserte Information über bestehende Angebote und Aktivitäten der Träger der Jugendarbeit
- eine bessere Vernetzung von Schule und Trägern
- eine verstärkte Kooperation / Einbindung im Rahmen der Offenen Ganztagschule sowie der Über-Mittag-Betreuung

Fehlende Angebotstransparenz kann über - teilräumliche - Angebots- und Veranstaltungskalender hergestellt werden. Wichtiger als eine bloße Information ist allerdings der regelmäßige Gesprächszusammenhang zur Erörterung von Kooperationsmöglichkeiten und zur Entwicklung gemeinsamer Aktivitäten, z.B. im Rahmen regelmäßiger Sozialraumkonferenzen.

Kooperation von Schule und Einrichtungen der offenen Jugendarbeit

In der Auflistung von Kooperationen ist auffällig, dass kaum auf konkrete Zusammenarbeit mit Einrichtungen der offenen Jugendarbeit verwiesen wird. Hier besteht augenfällig Entwicklungsbedarf. Im Hinblick auf Perspektiven der Kooperation ist die zwischen 1999 und 2002 vollzogene **dezentrale Reorganisation der offenen Jugendarbeit in der Stadt Rheine** von besonderer Wichtigkeit:

Bis Ende der 90er Jahre gab es in Rheine drei klassische Jugendzentren mit je drei hauptamtlichen Pädagogen, davon zwei Standorte in der Kernstadt sowie ein Standort in Mesum. Daneben bestanden in 5 Kirchengemeinden Häuser der teiloffenen Tür, die ehrenamtlich geleitet wurden. Zusätzlich hatten auch die übrigen Kirchengemeinden Jugendheime, die traditionell offene Angebote machten.

Die ab 1999 vorgenommene Neuausrichtung der Jugendarbeit verfolgte das Ziel einer stärker dezentral orientierten Organisations- und Angebotsstruktur. Durch Aufgabe eines zentralen Standorts in der Innenstadt wurden hauptamtliche Personalressourcen verfügbar, so dass eine Stärkung der Jugendarbeit in den dezentralen Einrichtungen vorgenommen werden konnte. Als Kooperationspartner konnten die katholischen Kirchengemeinden sowie der Trägerverein der katholischen Jugendarbeit gewonnen werden. In Absprache mit den Kirchengemeinden und dem Trägerverein wurden fünf Kooperationseinheiten mit je zwei Jugendeinrichtungen gebildet, die von je einem hauptamtlichen Mitarbeiter geleitet werden. Daneben besteht im Kernstadtbereich weiterhin eine größere Einrichtung in Trägerschaft der evangelischen Kirchengemeinde (Jugendzentrum Jakobi) sowie in Mesum eine größere Einrichtung in Trägerschaft des katholischen Jugendwerks Mesum (HOT Alte Dame), wobei letztere zusätzlich mit je einer halben Stelle die offene Jugendarbeit in den Jugendheimen der südlichen Stadtteile Hauenhorst und Elte mit organisiert. Im Ergebnis stehen in Rheine aktuell insgesamt 14 Einrichtungen der offenen Tür mit hauptamtlichem Personal zur Verfügung, die zusammen ein ortsnahes, dezentrales Angebot sicherstellen.

Nachfolgende Tabelle **verdeutlicht die Angebotsstruktur in Bezug auf die vier großräumigen Planungsgebiete** aus der Kita- und Schulplanung:

Einrichtungen der offenen Jugendarbeit in den Planungsbereichen

	Eschendorf, Gellendorf, Rodde	Schotthock, Altenrheine	Rheine links der Ems	Südraum
Kinder u. Jug. 6-<18 Jahre	2.972	1.904	3.248	2.527
Anteil an Stadt gesamt	27,9%	17,8%	30,5%	23,7%
Grundschulen	-Annetteschule -Johannesschule -Josefschule Rodde -Südeschule	-Bodelschwingschule -Cansiuschule -Ludgerussch. Schotth.	-Diesterwegschule -Edith Stein Schule -Gertrudenschule -Kard.-v.-Galen-Sch. -Michaelschule -Paul Gerhard Schule	-Franziskusschule -Johannessch. Mesum -Ludgerusschule Elte -Mariensch. Hauenh.
weiterführende Schulen	-Overberg-HS -Kopernikus-Gym. -Euregio-GesS	-Fürstenberg-RS	-Elisabeth-HS -Elsa-Brändström-RS -Emsland-Gym. -Gym. Dionysianum	-Don-Bosco-HS
Einrichtungen d. off. Jugendarbeit	-Bistro Charly -Rodde's Corner -Der Keller -Jug.treff St. Konrad	-Jugendh. St. Antonius -Jug.treff St. Ludgerus	-Jugendzentr. Jakobi -Jug.treff St. Elisabeth -Jug.treff St. Michael -Schülercafe Sonnenw. -Jupp – Offener Treff	-Hot Alte Dame -Jug.treff Elte -Jug.treff Hauenhorst
VZ-Stellen hauptamtl.	2,0	1,0	7,0 (4,0)	3,5
ca. Jugendl. / VZ-Stelle	1.500	1900	460 (810)	720
Öffnungsstd. / Woche total	45,5	19	74 (47)	46
Anteil Std. an Stadt gesamt	25% (29%)	10% (12%)	40% (30%)	25% (29%)

Quelle: Jugendamt, Schulamt, eigene Berechnungen; Einwohnerdaten Stand 31.12.06; Werte in Klammern = Berechnung ohne Jugendzentrum Jakobi wegen gebietsübergreifender Angebotsfunktion

- Da sowohl die schulischen Standorte wie auch die Standorte der offenen Jugendarbeit an einer dezentralen Versorgungsstruktur orientiert sind, ergeben sich in allen Planungsbereichen Anknüpfungspunkte für wohngebietsbezogene Kooperationen. Mit Abstrichen gilt dies auch für die weiterführenden Schulen, da sich in jedem Planbereich mindestens eine weiterführende Schule befindet.
- Auffällig ist die vergleichsweise schwache Versorgung des Bereichs Schotthock/Altenrheine. Obwohl in diesem Bereich ca. 18% der Jugendlichen der Stadt Rheine wohnen, entfallen rechnerisch lediglich 10% der insgesamt stadtweit in den Einrichtungen angebotenen wöchentlichen Öffnungsstunden auf dieses Gebiet. Die personelle Ausstattung mit hauptamtlichen Kräften ist mit rechnerisch einer Vollzeitstelle ebenfalls unterdurchschnittlich. Die - rechnerisch - unterdurchschnittliche Angebotslage gilt auch dann, wenn man berücksichtigt, dass eine größere Einrichtung wie etwa das Jugendzentrum Jakobi im Zentrum teilweise auch bereichsübergreifende Angebotsfunktionen übernimmt, also nicht ausschließlich dem Bereich „links der Ems“ zugerechnet werden kann.

Aus der Zusammenstellung sozialstruktureller Indikatoren im vorderen Berichtsteil ist deutlich geworden, dass der Bereich Schotthock/Altenrheine starke interne Differenzierungen sowie insgesamt überdurchschnittliche Ausprägungen bei verschiedenen jugendhilferelevanten Aspekten aufweist: der Anteil von Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, von Haushalten mit geringem Einkommen sowie von Ein-Eltern-Familien liegt jeweils deutlich über dem städtischen Durchschnitt, was auf besondere zielgruppenspezifische Anforder-

rungen bzw. auf besondere Anforderungen an die Angebotsstruktur für Kinder, Jugendliche und Familien hinweist. Gerade hier kann von einem besonderer Bedarf an Angeboten auch der offenen Jugendarbeit ausgegangen werden, z.B. mit Schwerpunkt im Bereich interkultureller Arbeit. Jenseits der Überlegungen zur Schulentwicklung sollte daher **eine Stärkung des Angebots der offenen Jugendarbeit in diesem städtischen Bereich** angestrebt werden.

Grundsätzlich ergeben sich aus der Struktur der offenen Jugendarbeit in Rheine **günstige Bedingungen der Kooperation von Schule und Jugendarbeit**:

- Durch die Präsenz hauptamtlicher Kräfte der Jugendarbeit in den dezentralen Einrichtungen vor Ort kann der Aufbau fester Kooperationsbezüge zwischen Jugendarbeit und Schule wirksam unterstützt und institutionalisiert werden. Die Schulen haben feste - hauptamtliche - Ansprech- und Kooperationspartner im städtischen Umfeld, mit deren Unterstützung konkrete Kooperationsprojekte an den Schulen initiiert und umgesetzt werden können.
- Die Zusammenfassung der Angebote der Jugendarbeit unter dem Dach weniger Träger bei relativer Unabhängigkeit von den einzelnen Kirchengemeinden eröffnet zudem günstige Voraussetzungen für einen einrichtungübergreifenden Erfahrungsaustausch sowie für die einrichtungübergreifende Entwicklung von Arbeits- und Kooperationsansätzen.

Punktuelle Gespräche mit den Mitarbeitern in den Einrichtungen haben allerdings – ebenso wie die Abfrage von Kooperationen bei den Schulen, sh. oben – ergeben, dass z.Zt. **nur in eher geringem Umfang Kooperationen mit den Schulen** bzw. gemeinsame Angebote von Schule und Einrichtungen der Jugendarbeit zu verzeichnen sind. Hierfür kommen **verschiedene Gründe** in Betracht:

- Die Altersgruppen im Grundschulbereich werden von den Einrichtungen der Jugendarbeit nur bedingt als Zielgruppen der offenen Jugendarbeit angesehen, der Schwerpunkt der Arbeit konzentriert sich eher auf die Altersbereiche der Sekundarstufe.
- Im Bereich der Ganztagsangebote geht das Interesse der Schulen eher in Richtung auf verbindliche und auf das gesamte Schuljahr hin ausgerichtete Angebote. Dies kann von den kleinen dezentralen Einrichtungen der Jugendarbeit auf der Basis des vorhandenen Personals kaum geleistet werden, da vorrangig ausreichende Öffnungszeiten an den einzelnen Standorten gewährleistet werden müssen. Die Zusammenarbeit scheitert hier an begrenzten personellen Ressourcen.
- Feste Angebote mit verbindlicher Teilnahme stehen nur bedingt im Einklang mit dem Selbstverständnis der offenen Jugendarbeit, das auf ein offenes Angebot mit Freiwilligkeit der Teilnahme hin ausgerichtet ist. Ebenso sieht sich Jugendarbeit nicht als nachgeordnete Instanz zur Übernahme schulischer Aufgaben im Bereich der Betreuung. Erforderlich ist eine gleichberechtigte Kooperation auf Augenhöhe.
- Verschiedentlich werden fehlende regelmäßige Kontakte zu den Schulen / den Schulleitungen im Umfeld sowie fehlende Initiativen der Schulen zur Einleitung von Kooperationen beklagt. Andererseits verweisen die Schulen teilweise auf fehlende Information über bestehende Angebote und Aktivitäten der Jugendarbeit, sh. oben. Es fehlt offensichtlich – zumindest teilweise - ein regelmäßiger Gesprächszusammenhang der beteiligten Institutionen.

Perspektiven

Als Ausweg aus den begrenzten personellen Ressourcen sowie den angesprochenen Restriktionen sollten **stärker projektbezogene und punktuelle Kooperationen** angestrebt werden.

Zur Konzeptentwicklung kann auch eine Zusammenarbeit mehrerer Einrichtungen und Schulen erfolgen.

Ein Beispiel ist z.B. das Jungenprojekt des HOT Alte Dame in Kooperation mit der benachbarten Johannes-Grundschule sowie die Jungenarbeit in Kooperation mit der Don-Bosco-Hauptschule. In Zusammenarbeit von HOT, Suchtberatungsstelle und Caritas-Jugendberatung werden darüber hinaus zum Thema Jungenarbeit Module entwickelt, die in Kooperation mit weiteren Schulen angeboten werden können.

Längerfristige verbindliche Kooperationen oder feste Angebote im Schulkontext – z.B. im Rahmen der offenen Ganztagschule – erfordern gemeinsam mit den Schulen die Entwicklung spezifischer Angebotskonzepte, die über die derzeitige Arbeit in den Einrichtungen hinausgehen. Die Orientierung auf entsprechende feste Angebote im Zusammenhang mit Schule ist zur Zeit im Bereich der Jugendarbeit noch wenig ausgeprägt und sollte verstärkt werden. Zur Umsetzung ist auch die Bereitstellung von Mitteln durch die Schulen und durch die Träger erforderlich. Daneben sollte die Kommune innovative Projekte in Kooperation von Schule und Trägern der Jugendarbeit gezielt fördern.

Grundsätzlich sollte die Kooperation **im Kontext sozialräumlicher / gemeinwesenbezogener Arbeitsansätze entwickelt werden**. Den hauptamtlichen Fachkräften in der dezentralen Jugendarbeit kann hier die Aufgabe zukommen, zur Vernetzung der verschiedenen Verbände, Initiativen und Angebote vor Ort in den Stadtteilen beizutragen. Ein geeignetes Instrument ist die Durchführung regelmäßiger Sozialraumkonferenzen, in die Anbieter und Träger der Jugendarbeit, Kirchengemeinden, Vereine, Schulen und Kindertagesstätten einzubeziehen sind.

Für die Schulen muss es noch stärker darauf ankommen, tragfähige Kommunikations- und Kooperationsstrukturen zu den Anbietern der Jugendarbeit im sozialräumlichen Umfeld aufzubauen. Dies ist für die Grundschulen aufgrund ihres hohen Wohngebietsbezugs in höherem Maße relevant als für die Schulen des Sekundarbereichs, gilt jedoch im Prinzip für alle Schulformen. Art und Umfang der Kontakte sind abhängig von der Schulform, vom Schulprofil sowie von der Angebotsstruktur im Umfeld. Schulintern sollten **Projektkoordinatoren** benannt werden, um die Kontakte zu Anbietern und Initiativen im Umfeld personell zu verstetigen. Grundsätzlich eröffnen sich für die Schulen durch die Erweiterung der Autonomie erhöhte Spielräume, z.B. im Bereich der Mittelverwendung.

Die sozialräumliche orientierte Arbeit muss ergänzt werden **durch einen gesamtstädtischen Erfahrungstransfer**, z.B. im Rahmen des Arbeitskreises offene Ganztagschule und im Rahmen zu bildender gemeinsamen Arbeitsgremien von Schule und Jugendhilfe für die Primar- und die Sekundarstufe. Die Träger und Anbieter offener Jugendarbeit sind hier in geeigneter Weise einzubeziehen.

3.7 Entwicklung von Kooperations- und Koordinationsstrukturen auf gesamtstädtischer Ebene

Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen sind zentrale Aufgaben kommunaler Selbstverwaltung. Die Überlegungen in den vorstehenden Kapiteln haben gezeigt, dass hier **eine ganzheitliche Sichtweise erforderlich ist**. Zwar ist der kommunale Gestaltungsspielraum im Schulbereich nicht so groß wie in der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch im Schulbereich muss sich der kommunale Schulträger nicht auf die gesetzlich vorgegebene Zuständigkeit für die äußeren Schulangelegenheiten im Sinne einer reinen Infrastrukturverwaltung beschränken. Naheliegend ist ein erweitertes Verständnis von Schulträgerschaft, nicht im Sinne einer Übernahme von Länderaufgaben durch die Kommune, aber im Sinne verstärkter Gestaltung und Vernetzung. Die Kommune muss initiativ werden **für ein abgestimmtes lokales und regionales Bildungs- und Erziehungssystem**. Gefordert ist ein übergreifender Ansatz, der die unterschiedlichen Handlungsbereiche und Module des Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungssystems miteinander verbindet sowie sozialräumliche Arbeitsansätze für eine integrierte Arbeit vor Ort entwickelt.

Für das Ziel müssen Strukturen zur Verfügung stehen, die eine bereichsübergreifende Bearbeitung des Themas ermöglichen. Voraussetzung ist, dass alle Beteiligten - Familie, Kindertageseinrichtungen, Grundschulen sowie weiterführende und berufsbildende Schulen, Jugendhilfe, Schulaufsicht, Schulträger und externe Partner - zusammenwirken. Hierfür müssen geeignete organisatorische Strukturen und Kooperationsregeln gefunden werden.

Ein Grundproblem besteht darin, dass Jugendhilfe und Schule in unterschiedliche Verwaltungsstrukturen und Verwaltungsebenen eingebunden sind (Jugendamt vs. Schulverwaltung und Schulaufsicht). In der Stadt Rheine ist die Ausgangssituation allerdings insofern bereits sehr günstig, als Jugendamt und Schulverwaltung Teil eines Dezernats sind, was die Möglichkeiten der Kooperation fördert.

Erforderlich sind darüber hinaus **gesamtstädtisch angelegte Strukturen zur fachbezogenen Abstimmung** der Träger der Jugendhilfe und Jugendarbeit, der Bildungsarbeit sowie der Schulen. Das KJHG sieht als Abstimmungs- und Kooperationsinstrument die AG nach § 78 vor, in die die Schulen mit eingebunden werden können. Diese kann – um arbeitsfähige Gremien zu erhalten - nach unterschiedlichen Teilarbeitsbereichen oder thematischen Bereichen untergliedert sein oder auch in Form mehrerer AGs ausgestaltet sein.

Die gesamtstädtische Abstimmung muss zum einen eingebunden sein **in regionale Entwicklungs- und Gesprächszusammenhänge**, etwa auf Kreisebene. Essentiell sind daneben **sozialräumliche Arbeits- und Abstimmungsstrukturen** zur Bündelung der Ressourcen im städtischen Teilgebiet. Grundidee ist der räumliche Bezug als Klammer der Organisations- und Kooperationsentwicklung. Der Ansatz ist für den Elementar- und Primarbereich von besonderer Bedeutung, daneben aber auch für den Sekundarbereich.

Fasst man die an den verschiedenen Stellen im Bericht angesprochenen Abstimmungs- und Vernetzungsstrukturen nochmals zusammen, so stellt sich die Situation für die Stadt Rheine wie folgt dar:

Wesentliche Arbeits- und Abstimmungsstrukturen im Elementar- und Primarbereich

- AG 78 für den Bereich Kindertagesstätten, Abstimmung und Weiterentwicklung der Angebotsstruktur: Fachberater/innen der Träger, Sprecher/innen der Einrichtungen, Jugendamt
- Arbeitskreis der Kindertagesstätten: Leiter/innen der Tagesstätten
- Schulleiterkonferenz: Leiter/innen der Grundschulen
- Arbeitskreis zur Qualitätsentwicklung der offenen Ganztagsgrundschule: Leiter/innen der Ganztagschulen, Träger der Angebote, Jugendhilfe / Jugendamt
- seit Ende des Jahres: Gesprächskreis Grundschulen, Erziehungsberatung, Jugendhilfe / Jugendamt
- Sozialraumkonferenzen in den vier großräumigen Planungsbereichen: Kindertageseinrichtungen, Grundschulen, weitere Träger und Anbieter im Sozialraum, bisher nur sporadisch bei Fokussierung auf den Kita-Bereich

Sozialräumliche Arbeitsansätze sind teilweise umgesetzt, müssen aber noch ausgebaut und verstetigt werden. Die erforderliche gesamtstädtische Abstimmung der Träger der Jugendhilfe und der Schulen ist bisher für den Schulbereich nur unzureichend umgesetzt. Zwar besteht seit kurzem ein Gesprächszusammenhang von Grundschulen, Erziehungsberatung und Jugendamt, dieser stellt jedoch kein verbindliches Arbeitsgremium zur Vernetzung von Schule und Jugendhilfe dar.

Sekundarbereich

- Stadtschulleiterkonferenz: Leiter/innen aller Schulen
- Präventionsrat unter Beteiligung der Schulen, Bildungseinrichtungen, Träger der Jugendhilfe, Jugendamt, Polizei
- Arbeitskreis der Beratungslehrer unter Federführung der Drogenberatung, Fokus Prävention
- Gesprächskreis aus dem AS-Projekt unter Beteiligung der Hauptschulen, der Gesamtschule und der Förderschule, Trägern der Bildungsarbeit, Trägern der Jugendhilfe und Jugendarbeit, Jugendamt

Sozialräumliche Arbeitsansätze sind bisher kaum umgesetzt, können jedoch auch für den weiterführenden Bereich aufgebaut werden. Gesamtstädtische Abstimmung bisher in erster Linie in Form des Präventionsrats, es fehlt ein gesamtstädtischer Arbeitskreis Schule - Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit. Der seit kurzem bestehende, zunächst noch auf das AS-Projekt bezogene Gesprächskreis unter Federführung der VHS könnte ein geeigneter Ansatz sein, müsste dann aber in Richtung auf ein verbindliches Abstimmungsgremium unter Beteiligung auch der übrigen Schulen der Sekundarstufe aufgewertet werden.

Übergang Schule – Beruf, berufsbildender Bereich

- Beirat Schule und Beruf auf Kreisebene
- Gesprächskreis lokaler Ausbildungs- und Arbeitsmarkt unter Federführung der Agentur für Arbeit: weiterführende Schulen, berufsbildende Schulen, Kommune, Arbeitsagentur, Kammern

Der lokale Arbeitskreis ist bisher kaum verstetigt und muss aufgewertet werden zu einem regelmäßig tagenden Gremium zur Bewertung und Weiterentwicklung der Angebotsstruktur.

Insgesamt besteht in der Stadt Rheine bereits ein hoher Vernetzungsgrad mit einer Vielzahl von bereichsübergreifend angelegten Arbeitszusammenhängen. Andererseits bestehen – im Sinne der formulierten Anforderungen - nicht immer optimale Voraussetzungen für den Aufbau eines integrierten Angebots. Das betrifft sowohl sozialräumliche Arbeitsansätze, die bisher nur teilweise umgesetzt sind und noch ausgebaut und verstetigt werden müssen, als auch die gesamtstädtische fachbezogene Abstimmung der Träger der Jugendhilfe und der Schulen.

Perspektiven

1. Leitbild kommunale Verantwortungsgemeinschaft verankern: Die einzelnen Komponenten des Erziehungs- und Bildungssystems müssen noch stärker miteinander vernetzt, die Kooperation ausgebaut werden. Im Mittelpunkt muss eine möglichst optimale Förderung von Kindern und Jugendlichen stehen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle beteiligten Akteure und Institutionen (Elternhaus, Kindertageseinrichtungen, Grundschulen, weiterführende Schulen, berufsbildende Schulen, Ausbildungsbetriebe, Jugendhilfe, Schulaufsicht, Schulträger, externe Partner, etc.) zusammenwirken. Es gilt, Zuständigkeitsgrenzen zu überwinden und eine Kultur der gemeinsamen, bereichübergreifenden Verantwortlichkeit zu etablieren.

2. Regelmäßige gesamtstädtische Abstimmung aller relevanten Akteure der Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit etablieren: Schaffung einer organisatorischen Struktur mit verbindlicher Teilnahme von Schulverwaltung, Schulen, Jugendamt, Anbietern und Trägern der Jugend- und Familienhilfe, z.B. in Form einer AG nach § 78 KJHG. Diese kann nach Elementarbereich, Primarbereich und Sekundarbereich untergliedert bzw. in Form eigenständiger AGs für die einzelnen Bereiche ausgestaltet sein, daneben sind je nach Bedarf Untergliederungen in einzelne Themenbereiche und Felder der Kooperation denkbar.

3. Stärkung der Koordinationsfunktion der Verwaltung: Einrichtung einer Koordinationsstelle zur Weiterentwicklung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule und zur Entwicklung eines integrierten Bildungs- und Erziehungssystems. Die Koordinationsfunktion kann an der Schulverwaltung oder im Jugendamt angebundener sein. Der Koordinationsstelle obliegt die operative Steuerung der Abstimmungs- und fachlichen Diskussionsprozesse sowohl verwaltungsintern wie auch in der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Träger. Die Schulen benennen, differenziert nach Schulformen, ebenfalls jeweils einen Beauftragten für die Weiterentwicklung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule.

4. Weiterentwicklung sozialräumlicher Vernetzungs- und Arbeitsformen: sozialräumliche Ausrichtung der Arbeit und Förderung der kleinräumigen Vernetzung von Einrichtungen, Dienste und Träger, um örtliche Potentiale zu mobilisieren und stadtteilbezogene Verbundsysteme aufzubauen. Den Schulen im Stadtteil kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Wichtigstes Instrument ist die regelmäßige Durchführung von Sozialraumkonferenzen. Als räumlicher Bezugsrahmen für die Entwicklung wohngebietsbezogener Verbundsysteme bieten sich die vier großräumigen Planungsgebiete aus der Kindertagesstättenbedarfsplanung an.

5. Unterstützung der Schulen durch Fortbildungs- und Beratungsangebote zur stärkeren Verankerung sozialpädagogischer Inhalte im Schulbereich sowie zu Kooperationsmöglichkeiten Schule-Jugendhilfe: Hier ist neben den örtlichen Diensten (z.B. Erziehungsbe-

ratungsstelle, schulpsychologischer Dienst) insbesondere auch die Schulaufsicht gefordert, entsprechende Fortbildungsangebote zu entwickeln bzw. anzubieten. Von besonderer Relevanz ist die Durchführung gemeinsamer Fortbildungen von Lehrkräften und Fachkräften der Jugendhilfe und Jugendarbeit.

6. Absicherung der Kooperation auf der Leitungsebene und der politischen Ebene:

Durch die Zuordnung von Schulverwaltung und Jugendamt zu einem Dezernat sind im Grundsatz bereits günstige Voraussetzungen für eine bereichsübergreifende Kooperation gegeben. Erforderlich ist eine entsprechende operative Umsetzung: regelmäßiger institutionalisierter Austausch zwischen Schulamt und Jugendamt, um gegenseitige Information und abgestimmte Weiterentwicklung der Angebotsstruktur sicherzustellen, z.B. regelmäßige verwaltungsinterne Arbeitsgruppe; regelmäßige gemeinsame Sitzungen von Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss zu Schwerpunktthemen, die beide Bereiche berühren

7. Erweiterte Schulträgerschaft:

Auch bei stark institutionalisierter und gut funktionierender Kooperation der unterschiedlichen Bereiche und Träger schränkt die Trennung in innere Schulangelegenheiten (Schulaufsicht) und äußere Schulangelegenheiten (Kommune) die Steuerungsfähigkeit der Kommune stark ein. Aus dem Modellversuch „Selbständige Schule“ resultieren erste Impulse in Richtung auf eine Neudefinition der Schulträgerrolle bei Beibehaltung der rechtlich definierten Zuständigkeiten. Gedacht ist an eine verstärkte Übernahme aktivierender und koordinierender Funktionen bei der Entwicklung einer integrierten Bildungslandschaft. Sofern sich die Möglichkeit ergibt, Teilnahme an Modellversuchen, die in Richtung auf eine erweiterte Schulträgerschaft zielen. Erst auf der Basis einer erweiterten Verantwortlichkeit über die Bereitstellung von Infrastruktur hinaus ergeben sich für die Kommune adäquate Steuerungsmöglichkeiten in Richtung auf ein integriertes örtliches Bildungs- und Erziehungssystem.

8. Verlagerung von Kompetenzen auf die Einzelschule:

Bestehende Handlungsspielräume zur Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die Einzelschule sollten soweit als möglich ausgeschöpft werden. Im Gegenzug Unterstützung des kontinuierlichen Erfahrungsaustausches und der kontinuierlichen Qualitätsentwicklung der Schulen untereinander. Schulprofil und Schulprogramm auf jeweiligen Einzugsbereich / Sozialraum orientieren

9. Unterstützung lokaler Vernetzung durch Einbindung in regionale Strukturen:

Verstärkung regionaler Abstimmungen und eines regelmäßigen interkommunalen Erfahrungsaustausches auf Kreisebene. Beispiel: Kreisweite Vernetzung im Rahmen des Modellversuchs Selbständige Schule, Aufbau einer regionalen Bildungslandschaft. Lokale Erfahrungen in den Kreiskontext hineinragen sowie Austausch über Kooperationsprojekte Schule-Jugendhilfe in anderen Kommunen.

4 Angesprochene Handlungsperspektiven und Maßnahmenempfehlungen im Überblick

4.1 Ergebnisse und Empfehlungen aus der quantitativen Bedarfsanalyse

I. Grundschulen
allgemein
<ul style="list-style-type: none"> • Aufgrund gesunkener und weiter rückläufiger Schülerzahlen insgesamt keine Kapazitätsprobleme, andererseits im Planungszeitraum (2006-2012) auch noch keine akute Standortgefährdung • Voraussichtlich 4 Standorte einzügig (Diesterwegschule, Edith-Stein-Schule, Josefschule Rodde, Ludgerusschule Elte), jedoch mit Ausnahme des Standorts Josefschule regulärer Schulbetrieb durchweg gesichert • Wegen Abschaffung der Grundschulbezirke ausgewogene Entwicklung der einzelnen Standorte und gleiche sächliche und räumliche Standards sicherstellen (z.B. Ganztagsangebot), um Auszehrung einzelner Standorte zu vermeiden • Bezirksgrenzen als kleinräumiges Prognoseinstrument für die Schülerzahlentwicklung sowie als Einzugsbereiche für den Anspruch auf Aufnahme in eine Grundschule planerisch und administrativ weiterführen • In der längerfristigen Perspektive Standortsicherung vor Standortschließung, um Grundschulen in ihrer gemeinwesenbezogenen Funktion zu erhalten und ein wohnortnahes Schulangebot zu sichern • Im Bedarfsfall Bildung von Grundschulverbänden (Führung kleiner Schulen als Teilstandort einer anderen Grundschule), um einzügige Schulen als Standorte zu sichern und ausreichende Klassen- und Schulgrößen zu gewährleisten
standortbezogen
<ul style="list-style-type: none"> • Josefschule Rodde: Möglicherweise gefährdet wegen geringer Jahrgangsstärken. Empfehlung: regelmäßige Überprüfung der Jahrgangszahlen; im Bedarfsfall Standort als Nebenstelle einer Schule aus dem Kernstadtbereich weiterführen (Canisiusschule) • Kardinal-von-Galen-Schule: Anmeldezahlen übersteigen teilw. die verfügbaren Kapazitäten, da kath. Bekenntnisschule. Empfehlung: Elterngespräche unter Beteiligung der benachbarten Schulen, um auf eine gleichmäßige Auslastung hinzuwirken sowie Abstimmung der Aufnahmen mit der Südeschule, kath. Bekenntnisschule. • Ludgerusschule Schotthock: Schule wird z.Zt. verteilt auf zwei Standorte geführt. Empfehlung: Nebenstandort zunächst beibehalten, da Raumkapazität am Hauptstandort in den nächsten Jahren nicht ausreichend; erneute Prüfung zum Ende des aktuellen Planungszeitraums • Michaelschule: Aufgrund umfangreicher Neubautätigkeit entgegen der gesamtstädtischen Entwicklung steigende Schülerzahlen, vom Raumangebot her jedoch voraussichtlich unproblematisch. Empfehlung: regelmäßige Überprüfung der Jahrgangszahlen, im Bedarfsfall Anpassung der Einzugsgebiete mit Nachbarschulen • Südeschule: Schule wird z.Zt. verteilt auf zwei Standorte geführt. Empfehlung: Nebenstandort zunächst beibehalten, da Raumkapazität am Hauptstandort in den nächsten Jahren nicht ausreichend; erneute Prüfung zum Ende des aktuellen Planungszeitraums

II. Sekundarstufe
allgemein
<ul style="list-style-type: none"> • Kontinuierliche qualitative Weiterentwicklung der Infrastruktur, um neue Anforderungen zu bewältigen und Bildungsangebot in Rheine attraktiv zu halten: technische und mediale Ausstattung, Flexibilisierung des Raumangebots, Zonen für selbständiges Lernen • Bei zunehmender Inanspruchnahme des Nachmittagsbereichs Schaffung der Voraussetzungen für Über-Mittag-Angebote an allen Standorten • Kontinuierliche Feststellung von Renovierungs- und Sanierungsbedarfen an allen Standorten, Erstellung einer Prioritätenliste • Ganztags- und Betreuungsangebot weiter ausbauen, bedarfsabhängig Angebot für alle Schulformen der Sekundarstufe anstreben • Bei Bedarf Abstimmung der Aufnahmeentscheidungen zwischen den Standorten einer Schulform, um größere Disparitäten in der Auslastung zu vermeiden • In der längerfristigen Perspektive schulformübergreifende Verbundsysteme aufbauen, um bei sinkenden Schülerzahlen die Vielfalt des Angebots zu gewährleisten und die Durchlässigkeit der Schulformen zu erhöhen
Hauptschulen
<ul style="list-style-type: none"> • Aktuell hohe Auslastung, aber aufgrund des demografisch bedingten Rückgangs der Schülerzahlen in der Perspektive unproblematisch. Andererseits im Planungszeitraum keine Standortgefährdung • In den nächsten Jahren / kurzfristig Abstimmung der Aufnahmeentscheidungen zwischen den beiden Kernstadt-Standorten, um größere Disparitäten in der Auslastung zu vermeiden • In der Perspektive Hauptschulstandorte stärken durch inhaltliche Weiterentwicklung und moderne Schul-Infrastruktur, wenn möglich zweiten Standort zur Ganztagschule umwandeln • Mittel- bis längerfristig Verbundsystem Hauptschule – Realschule einrichten, um die Standorte zu sichern und die Attraktivität der Hauptschule zu stärken • Ansatzpunkte für qualitative Weiterentwicklung der Infrastruktur: An der Don-Bosco-Schule fehlen eine Mensa und ein Aufenthaltsraum; Elisabethschule wird z.Zt. umgestaltet im Zuge der Aufbaus eines gebundenen Ganztagsangebots
Realschulen
<ul style="list-style-type: none"> • Aufgrund der in 2004 vorgenommenen Ausweitung der Raumkapazitäten und der zu erwartenden rückläufigen Schülerzahlen quantitativ kein Erweiterungsbedarf • Kontinuierliche Überprüfung von Ausstattungsbedarfen an beiden Schulen. Die Fürstenbergschule verweist aktuell auf einen fehlenden Biologie-Fachraum, aufgrund des Alters der Schule besteht verschiedentlich Sanierungsbedarf • An der Fürstenberg-Realschule mittelfristig die Infrastrukturvoraussetzungen für Über-Mittag-Aufenthalt und Über-Mittag-Angebote schaffen • An der Elsa-Brandström-Schule - ähnlich wie an der Fürstenbergschule – bedarfsabhängig ein Betreuungsangebot nach dem Unterricht für die Jahrgänge 5 und 6 einrichten • Die erforderliche 3-Zügigkeit ist im Planungszeitraum für beide Standorte gesichert. Bei sich abzeichnender Tendenz zur 2-Zügigkeit Bildung von Schulverbänden in Betracht ziehen, sh. Hauptschulen

Gymnasien
<ul style="list-style-type: none"> • Gymnasien aktuell mit hoher Auslastung; bei langsam sinkenden Schülerzahlen in der Sek I und ansteigenden Schülerzahlen in der Sek II im Saldo zunächst noch steigende quantitative Anforderungen mit Gipfelpunkt in 2008/09 und 2009/10 • Für die sich abzeichnenden Kapazitätsengpässe im Zeitraum von 2007-2009 befristete Übergangslösungen entwickeln (schulorganisatorische Maßnahmen, Anmietung zusätzlicher Raumkapazität); betrifft vorrangig Kopernikus-Gymnasium und Dionysianum • Unabhängig von der insgesamt verfügbaren Kapazität durch organisatorische Maßnahmen gleichmäßige Auslastung der einzelnen Standorte sicherstellen: Abstimmung der Aufnahmeentscheidungen unter Beteiligung der Schulverwaltung • Ansatzpunkte für qualitative Weiterentwicklungen der Infrastruktur: Kopernikus-Gymnasium: vorliegendes Konzept für eine Mediothek mit Mensa, Aufenthalts- und Selbstlernbereichen sowie flexiblem Raumkonzept, Umsetzung sollte erwogen werden. Emsland-Gymnasium: es fehlen eine Aula sowie Differenzierungsräume. Umsetzung mittelfristig im Rahmen eines Gesamtkonzepts zum Aufbau eines Ganztagsangebots
Gesamtschule
<ul style="list-style-type: none"> • Nachfrage übersteigt die verfügbare Angebotskapazität, Situation wird - bei nachlassender Tendenz aufgrund rückläufiger Schülerzahlen – voraussichtlich in den nächsten Jahren noch andauern • Weitere Entwicklung beobachten, insbesondere Auswirkungen des Ganztagsangebots an der Elisabeth-Hauptschule auf die Anmeldezahlen der Gesamtschule. Durch Verbundsysteme von Hauptschule und Realschule Attraktivität und Durchlässigkeit der Hauptschule steigern und Anmeldezahlen an der Gesamtschule entlasten <p>Es besteht ein Defizit bei der Sporthallenkapazität; Hallenkapazität der Schule erweitern und an die 5-Zügigkeit der Schule anpassen.</p>

III. Förderschule
<ul style="list-style-type: none"> • Situation aktuell ausgeglichen, im Planungszeitraum tendenziell sinkende Schülerzahlen aufgrund der demographischen Entwicklung • Anpassung des Kontingents der extern angemieteten Räumlichkeiten an die Schülerzahlenentwicklung • Ziel des Ausbaus zur Ganztagschule weiterverfolgen, zwischenzeitlich Intensivierung der Kooperation mit der benachbarten Elisabethschule

IV. Berufskollegs
<ul style="list-style-type: none"> • Situation aktuell noch annähernd ausgeglichen, aber kaufmännische Schulen an der Kapazitätsgrenze; kurzfristig voraussichtlich noch steigende Anforderungen, ab 2009/10 rückläufige Zahlen • engmaschige Beobachtung der Schülerzahlenentwicklung wegen erheblicher Prognoseunsicherheiten; im Bedarfsfall Ausweitung des Kontingents angemieteter Räume für den Zeitraum 2007/08 und 2008/09, insbesondere für kaufmännische Schulen

4.2 Ergebnisse und Empfehlungen zur verbesserten Integration von Schule und Jugendhilfe

<p>I. Zusammenwirken von Elementar- und Primarbereich</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Generelle Perspektive: frühzeitige und gezielte Förderung, Prävention und Unterstützung von Kindern und Familien durch Vernetzung von Kindertagesstättenbereich, Grundschulbereich und Angeboten der Jugend- und Familienhilfe
<ul style="list-style-type: none"> • Angebote zur weiteren Steigerung der Kita-Inanspruchnahme durch Eltern aus bildungsfernen Gruppen sowie Eltern mit Migrationshintergrund <ul style="list-style-type: none"> • Informationsveranstaltungen der Einrichtungen und der Schulen, Zielgruppe Eltern • gemeinwesenbezogene Info-Arbeit bei relevanten Akteuren in den Planungsräumen • zielgruppenspezifische Angebote der Einrichtungen für Familien und Kinder mit Migrationshintergrund
<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau von Familienzentren in Abhängigkeit von der Landesförderung, Nahziel: mindestens eine Einrichtung in jedem Planungsraum; längerfristig weiterer Ausbau
<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung des Beratungs- und Leistungsprofils der Regeleinrichtungen für Eltern/Familien <ul style="list-style-type: none"> • Angebote der Elternarbeit und Elternberatung • umfassende Beratung, Information und Hilfe • Vernetzung mit Institutionen der Familienbildung
<ul style="list-style-type: none"> • Frühzeitige und nachhaltige Sprachförderung für Kinder aus Migrantenfamilien sowie für Kinder mit sprachlichem Förderbedarf <ul style="list-style-type: none"> • ab dem 4. Lebensjahr in den Tageseinrichtungen • interkulturelle Arbeitsansätze im Kindertagesstätten- und Grundschulbereich • muttersprachliche Angebote / muttersprachlicher Unterricht • gezielte Elternarbeit im Kita- und Grundschulbereich / Sprachkurse für Eltern
<ul style="list-style-type: none"> • Kontinuierliche Angebotsentwicklung für weitere Zielgruppen im Bereich erzieherischer, sozialer und emotionaler Förderung: <ul style="list-style-type: none"> • Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf • Verhaltensauffällige / verhaltensoriginelle Kinder unterhalb der Schwelle des sonderpädagogischen Förderbedarfs • Kinder in belasteten Lebens- oder Familiensituationen, z.B. Erziehungsschwierigkeiten der Eltern, Suchtprobleme
<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung sozialräumlicher Vernetzung <ul style="list-style-type: none"> • Verstetigung stadtteilbezogener Arbeitsformen unter Beteiligung von Kindertageseinrichtungen, Grundschulen, Anbietern und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe/-arbeit, Kultur- und Sportvereine, Kirchengemeinden, u.a. • Abstimmung von Leistungsprofilen, Qualitätsstandards und Kooperationsformen in der bestehenden AG Elementarbereich durch Träger, Anbieter und Jugendamt
<ul style="list-style-type: none"> • Gestaltung des Übergangs Kita-Grundschule <ul style="list-style-type: none"> • Regelmäßige gegenseitige Besuche und Hospitationen • gemeinsame Einschulungskonferenzen • regelmäßiger fallunabhängiger Informationsaustausch, wechselseitige Information über Arbeitsfelder und bestehende Förderangebote • gemeinsame Entwicklung von Angeboten und Projekten im Stadtteil
<p>II. Zusammenwirken von (Grund-)Schule und Erziehungs- und Familienhilfen</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Generelle Perspektive: Gemeinsame Verantwortung von Schule und Jugendhilfe für ein abgestimmtes Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungssystem; Verantwortung auch der Schule für Erziehungsaufgaben und für die Unterstützung im Falle erkennbarer Problemlagen

<ul style="list-style-type: none"> • Aufbau eines Frühwarnsystems in Kooperation von Grundschule und Jugendhilfe: <ul style="list-style-type: none"> • kooperativ ausgearbeitetes Indikatorensystem zur Erkennung von Problemlagen • zwischen den beteiligten Institutionen abgestimmte Verfahrensweisen • Ausrichtung auf Angebote und Hilfen unterhalb der Schwelle zur Erziehungshilfe, um schon im Vorfeld von Hilfeplanverfahren Unterstützung zu mobilisieren <p>in einem späteren Schritt in angepasster Form auf den Sekundarbereich übertragen</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Anbindung sozialpädagogischer Kompetenz und niedrigschwelliger Beratung in den Grundschulen (und Kindertageseinrichtungen) in Form regelmäßiger stundenweiser Präsenz einer Erziehungshilfefachkraft vor Ort. Mögliche Inhalte und Zielsetzungen: <ul style="list-style-type: none"> • Beratung von Erzieherinnen / Lehrkräften • niedrigschwelliges Beratungsangebot für Schüler und Eltern • Aktivierung weiterführender Hilfen <p>Umsetzung durch ASD und / oder Erziehungsberatungsstelle</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Generelle Ansätze zur Intensivierung der Kooperation Schule – Erziehungshilfe: <ul style="list-style-type: none"> • Wechselseitige Benennung von festen Ansprechpartnern Schulen - Jugendhilfe • Einbeziehen von Lehrern in die Entscheidungsfindung und die Erstellung des Hilfeplans unter Beachtung des Datenschutzes, gemeinsame Planung des Vorgehens • Regelmäßige einzelfallunabhängige Kontakte zwischen Erziehungshilfe und Schule zur Stärkung des Informationsaustausches und der Präventivfunktion • Einbindung der Mitarbeiter der Erziehungshilfe in die Schulkonferenzen • Ausbau einzelfallübergreifender Kooperationen, z.B. Ausbau von Präventionsangeboten (Gewalt, Drogen) in Kooperation mit Fachdiensten der Jugendhilfe
<ul style="list-style-type: none"> • Verstärkte Einbindung sozialpädagogischer Arbeitsansätze in das schulische Angebot: <ul style="list-style-type: none"> • Gezielte Fortbildung der Lehrkräfte im Bereich sozialpädagogischer Themen (z.B. Umgang mit schwierigen Schülern, Ausbau der Beratungskompetenz) • Offensive Wahrnehmung des Schutzauftrags nach §42 durch die Schulen, gemeinsam mit der Jugendhilfe Entwicklung von Verfahrensweisen • Beratungskonzept als fester Bestandteil des Schulprogramms, Einbindung außerschulischer Angebote in das schulische Beratungskonzept • Präventionsansätze in Kooperation mit den Trägern der Jugendhilfe als fester Bestandteil der schulischen Arbeit
<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung sozialräumlicher Arbeitsansätze und gesamtstädtischer Abstimmung <ul style="list-style-type: none"> • Regelmäßige Durchführung von Sozialraumkonferenzen, sh. Elementarbereich • regelmäßiger gesamtstädtischer Erfahrungsaustausch unter Teilnahme der Schulen und der Anbieter u. Träger der Jugendhilfe; Gremien: Arbeitskreise für Primar- und Sekundarbereich
<h3>III. Weiterentwicklung von Schulsozialarbeit und schulbezogener Jugendsozialarbeit</h3>
<ul style="list-style-type: none"> • Generell: Verstärkung der Kooperation von Schule und Jugendsozialarbeit mit dem Ziel, für Kinder und Jugendliche mit individuellen Beeinträchtigungen oder Schwierigkeiten im Sozialverhalten eine frühzeitige Förderung innerhalb und außerhalb der Schule zu ermöglichen.
<ul style="list-style-type: none"> • Engere Einbindung der bestehenden Schulsozialarbeit an den Hauptschulen und der Gesamtschule in die örtliche Erziehungs- und Jugendhilfe, z.B. <ul style="list-style-type: none"> • regelmäßige Teilnahme an relevanten Arbeitssitzungen des sozialen Dienstes • regelmäßiger Austausch mit dem Jugendamt über strukturelle Fragen • Einbindung in sozialräumliche Arbeitsstrukturen der Jugendhilfe und Jugendarbeit.
<ul style="list-style-type: none"> • Festes Angebot an Schulsozialarbeit/Jugendsozialarbeit im Bereich der Förderschule anstreben, da hier besondere Bedarfe bestehen. Sofern in Trägerschaft der Bezirksregierung kurzfristig nicht realisierbar, sollten Stadt und Kreis eigene Ressourcen einsetzen.
<ul style="list-style-type: none"> • Offene Beratungsangebote der Dienste der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit an den weiterführenden Schulen ohne Schulsozialarbeit entwickeln, z.B. regelmäßige Sprechstunden für Schüler und Eltern, um ein niedrigschwelliges Angebot vor Ort umzusetzen

<ul style="list-style-type: none"> • Aufbau/Weiterentwicklung außerschulischer Angebote durch die Träger der Jugendhilfe, um die Jugendlichen zu erreichen, die über die Institution Schule nicht mehr angesprochen werden können. Aktuell: Umsetzung des vorliegenden Projektkonzepts zum Aufbau eines außerschulischen Lernorts in Kooperation von Hauptschulen, Gesamtschule, Förderschule, Jugendberatungsstelle, Jugendamt
<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung und Stärkung von Präventionsangeboten im schulischen Kontext <ul style="list-style-type: none"> • Entsprechende Ansätze müssen fest im Schulalltag verankert und kontinuierlicher Bestandteil der Erziehungsarbeit sein • Entwicklung von Bausteinen, die in die schulische Arbeit integriert werden können, gemeinsam durch Schule und Jugendhilfe • Wichtige Arbeitsfelder: Gewaltprävention, Drogenprävention, Stärkung der Sozialkompetenz, Abbau interkultureller Gegensätze, Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern • Betrifft neben dem Sekundarbereich auch die Grundschulen sowie den Elementarbereich
<ul style="list-style-type: none"> • Geplantes AS-Projekt (<u>A</u>usbildungsfähigkeit und <u>S</u>ozialkompetenz) als wichtiges Projekt zur kontinuierlichen und nachhaltigen Integration zusätzlicher Inhalte in den Schulalltag, ggf. in Teilen auch ohne externe Förderung umsetzen
<ul style="list-style-type: none"> • Kontinuierliche Abstimmung sowie regelmäßige gemeinsame Bedarfsanalyse und Angebotsentwicklung von weiterführenden Schulen, Trägern der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit; Gremium: zu bildender Arbeitskreis Schule und Jugendsozialarbeit
<p>IV. Übergang Schule – Beruf als besondere Herausforderung</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Trotz sich abzeichnender Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt weiterhin anhaltend hohe Zahl von Jugendlichen, für die besondere Unterstützungsangebote erforderlich sind. Wichtige Zielgruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf: <ul style="list-style-type: none"> • Haupt- und Sonderschüler/innen mit fehlendem oder schlechtem Schulabschluss • Jugendliche mit Migrationshintergrund, vielfach verbunden mit Sprachproblemen • Jugendliche, die aufgrund sozialer oder kognitiver Probleme aus dem Bildungssystem herauszufallen drohen
<ul style="list-style-type: none"> • Kontinuierliche Überprüfung und Weiterentwicklung der Angebotsstruktur unter Mitwirkung aller relevanten örtlichen Träger und Akteure <ul style="list-style-type: none"> • Regelmäßige Abstimmung der Anbieter, um Bedarfe zu erkennen sowie konkurrierende Angebote zu vermeiden. • Gremium: lokaler Arbeitskreis Schule und Arbeitsmarkt, aufwerten und verstetigen • Geschäftsführung durch Kommune oder Arbeitsverwaltung
<ul style="list-style-type: none"> • Wichtige Einzelprojekte: <ul style="list-style-type: none"> • BUS-Projekt (Beruf und Schule) • InBewegung (Individuelle Berufswegeplanung) • AS-Projekt (Ausbildungsfähigkeit und Sozialkompetenz) auf Dauer stellen und bedarfsabhängig ausbauen
<p>V. Betreuungs- und Ganztagsangebote im Primar- und Sekundarbereich</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Offene Ganztagsgrundschule als Zukunftsmodell, das neue Chancen für die Gestaltung des Schulalltags und die Weiterentwicklung von Bildungsprozessen eröffnet <ul style="list-style-type: none"> • Derzeit in Rheine guter Ausbaustand, aber teilräumliche Unterschiede • Im Bereich Altenrheine/Schotthock kurzfristig ein weiteres Angebot aufbauen • Langfristig einen weiteren Ausbau des Angebots anstreben
<ul style="list-style-type: none"> • Regelmäßiger Erfahrungsaustausch zur konzeptionellen Weiterentwicklung und zur Sicherung von Qualitätsstandards, da bisher noch wenig Erfahrungswerte vorliegen <ul style="list-style-type: none"> • Ausbau des Arbeitskreises „Offene Ganztagschule“ zu einem trägerübergreifenden Gremium • Einbindung von Schulen, Trägern des Ganztagsangebots, Schulverwaltung, Trägern der Jugendhilfe und Jugendarbeit, Jugendamt / Erziehungshilfe

<ul style="list-style-type: none"> • Einzelaspekte der Weiterentwicklung der offenen Ganztagsgrundschule: <ul style="list-style-type: none"> • Anbindung von sozialpädagogischer Kompetenz der Erziehungshilfe, z.B. durch regelmäßige Beratung der Lehrer und Betreuungskräfte • Gesamtpaket einschließlich Mittagsversorgung entwickeln • Verbindung Schule-Ganztag weiterentwickeln, z.B. in Form gegenseitiger Beratung, kontinuierlicher Austausch zwischen Betreuern und Lehrkräften über Infos und Probleme • Weiterentwicklung der Qualitätsstandards, z.B. ausreichende Zeitkontingente für Vor- und Nachbereitung sowie zur Wahrnehmung von Abstimmungs- und Kooperationsaufgaben • Weiterentwicklung der Inhalte: verstärkte Förderangebote, Einbindung der Eltern, Einbindung von Präventionsprojekten • Im Rahmen sozialräumlicher Arbeitsansätze verstärkte Einbindung externer Anbieter, z.B. Sport- und Freizeitvereine, Einrichtungen der offenen Jugendarbeit
<p>VI. Betreuungs- und Ganztagsangebote im Sekundarbereich</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Umwandlung einer weiteren Hauptschule sowie der Förderschule in ein Ganztagsangebot weiter verfolgen, da die Vorteile dieser Angebotsform unbestritten sind. Betrifft insbs. die Möglichkeiten der Förderung bildungsferner und benachteiligter Schülergruppen; kann gleichzeitig zu einer relativen Stärkung der Hauptschulen gegenüber der Gesamtschule beitragen.
<ul style="list-style-type: none"> • Sofern sich die Möglichkeit eröffnet, auch im Bereich der Realschulen und Gymnasien einen Einstieg in den Aufbau von Ganztagsangeboten herbeiführen. Beobachtung der Förderpolitik der Landesregierung.
<ul style="list-style-type: none"> • Im Bereich von Betreuungsangeboten (13plus) besteht ein eingespieltes Angebot, da mehrjährige Erfahrungen vorliegen. An Schulen ohne Betreuungsangebot regelmäßige Bedarfsabfrage in Jahrgangsstufe 5-7, ggf. Angebot aufbauen.
<ul style="list-style-type: none"> • Betreuungsangebote im Hauptschulbereich mit besonderen Herausforderungen aufgrund der z.T. ungünstigen Zusammensetzung der Gruppen. Stellt besondere Anforderungen an die Qualifikation der Mitarbeiter/innen. Erforderlich: eine ausgebildete Fachkraft sowie ständige Doppelbesetzung der Gruppen.
<ul style="list-style-type: none"> • Aspekte der Weiterentwicklung des Angebots: <ul style="list-style-type: none"> • Wie im Grundschulbereich regelmäßigen Austausch von Lehrern, Betreuungskräften, Schulsozialarbeit, externem Beratungsangebot der Jugendhilfe sicherstellen • Falls zur Sicherstellung eines qualitativ ausreichenden Angebots erforderlich, im Bedarfsfall den Förderanteil des Schulträgers erhöhen • Grundsätzlich Vorrang für den Aufbau eines echten Ganztagsangebots, da sich hiermit erweiterte pädagogische und erzieherische Chancen und Möglichkeiten verbinden • Regelmäßiger fachlicher Austausch zwischen den verschiedenen Trägern / Anbietern, Schulen, Schulverwaltung und Jugendhilfe, um gleiche fachliche Standards und eine abgestimmte Weiterentwicklung des Angebots zu gewährleisten
<p>VII. Verstärkte Kooperation von Schule und offener Jugendarbeit</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Dezentrale Struktur der offenen Jugendarbeit bietet günstige Voraussetzungen zum Aufbau von Kooperationen mit den Schulen, aber begrenzte personelle Ressourcen sowie Unterschiede im Arbeitsansatz und Selbstverständnis.
<ul style="list-style-type: none"> • Ausweg: zunächst verstärkt projektbezogene und punktuelle Kooperationen anstreben. Zur Konzeptentwicklung Zusammenarbeit mehrerer Einrichtungen und Schulen herbeiführen
<ul style="list-style-type: none"> • Für längerfristige verbindliche Kooperationen bzw. feste Angebote im schulischen Kontext gemeinsam mit den Schulen spezifische Angebotskonzepte entwickeln <ul style="list-style-type: none"> • Setzt im Bereich der Jugendarbeit verstärkte Orientierung auf verbindliche Angebote voraus • Umsetzung erfordert die Bereitstellung von Mitteln durch die Schulen und die Träger, daneben gezielte Förderung innovativer Projekte durch die Kommune
<ul style="list-style-type: none"> • Kooperation im Kontext sozialräumlicher Arbeitsansätze entwickeln. Die Fachkräfte in der dezentralen Jugendarbeit können wirksam zur Vernetzung in den Stadtteilen beitragen. Instrumente: regelmäßige Sozialraumkonferenzen, fester Gesprächszusammenhang mit den Schulen

VIII. Gesamtstädtische Kooperationsstrukturen als Handlungsrahmen
<ul style="list-style-type: none"> • Leitbild kommunale Verantwortungsgemeinschaft etablieren: <ul style="list-style-type: none"> • Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen als zentrale Aufgaben kommunaler Selbstverwaltung, erfordert eine ganzheitliche Sichtweise • Optimale Förderung von Kindern und Jugendlichen als zentrales Ziel • Zusammenwirken aller Institutionen, Stärkung einer Kultur der gemeinsamen, bereichsübergreifenden Verantwortlichkeit
<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung organisatorischer Strukturen für eine regelmäßige gesamtstädtische Abstimmung aller relevanten Akteure der Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit: <ul style="list-style-type: none"> • verbindliche Gremien, z.B. als AGs nach §78 KJHG, für Elementarbereich, Primarbereich und Sekundarbereich, zusätzlich thematische Untergliederungen nach Bedarf • regelmäßige Bedarfsanalyse, Abstimmung und Weiterentwicklung der Angebotsstruktur • verbindlicher Teilnahme von Schulverwaltung, Schulen, Jugendamt, Anbietern und Trägern der Jugend- und Familienhilfe, Kinder- und Jugendarbeit, Bildungsarbeit • zusätzlich Aufwertung und Verstetigung der örtlichen Arbeitsgruppe Schule und Beruf
<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der Koordinationsfunktion der Verwaltung: <ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung einer Koordinationsstelle zur Weiterentwicklung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule und zur Entwicklung eines integrierten Bildungs- und Erziehungssystems • Anbindung an Schulverwaltung oder Jugendamt • Operative Steuerung der Abstimmungs- und fachlichen Diskussionsprozesse sowohl verwaltungsintern wie auch in der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Träger • Die Schulen benennen, differenziert nach Schulformen, ebenfalls jeweils einen Beauftragten für die Weiterentwicklung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule
<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung sozialräumlicher Vernetzungs- und Arbeitsformen: <ul style="list-style-type: none"> • Sozialräumliche Ausrichtung der Arbeit und Förderung der kleinräumigen Vernetzung von Einrichtungen, Diensten und Trägern, um örtliche Potentiale zu mobilisieren • Regelmäßige Durchführung von Sozialraumkonferenzen • Vier Planungsgebiete aus der Kindertagesstättenplanung als räumlicher Bezugsrahmen
<ul style="list-style-type: none"> • Absicherung der Kooperation auf der Leitungsebene und der politischen Ebene: <ul style="list-style-type: none"> • Durch die bestehende Zuordnung von Schulverwaltung und Jugendamt zu einem Dezernat bereits günstige Voraussetzungen für eine bereichsübergreifende Kooperation • Regelmäßiger institutionalisierter Austausch zwischen Schulamt und Jugendamt, z.B. regelmäßige verwaltungsinterne Arbeitsgruppe • Regelmäßige gemeinsame Sitzungen von Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss zu Schwerpunktthemen, die beide Bereiche berühren
<ul style="list-style-type: none"> • Erweiterte Schulträgerschaft anstreben: <ul style="list-style-type: none"> • Neudefinition der Schulträgerrolle bei Beibehaltung der rechtlichen Zuständigkeiten, verstärkte Übernahme aktivierender und koordinierender Funktionen bei der Entwicklung einer integrierten Bildungslandschaft. • Sofern sich die Möglichkeit ergibt, Teilnahme an Modellversuchen, die in Richtung auf eine erweiterte Schulträgerschaft zielen
<ul style="list-style-type: none"> • Verlagerung von Kompetenzen auf die Einzelschule: <ul style="list-style-type: none"> • Bestehende Handlungsspielräume zur Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die Einzelschule soweit als möglich ausschöpfen • Im Gegenzug Unterstützung des kontinuierlichen Erfahrungsaustausches und der kontinuierlichen Qualitätsentwicklung der Schulen
<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung lokaler Vernetzung durch Einbindung in regionale Strukturen: <ul style="list-style-type: none"> • Verstetigung regionaler Abstimmungen, regelmäßiger Erfahrungsaustausch auf Kreisebene • Beispiel: Kreisweite Vernetzung im Rahmen des Modellversuchs Selbständige Schule • Lokale Erfahrungen in den Kreiskontext hineinragen sowie Austausch über Kooperationsprojekte Schule-Jugendhilfe in anderen Kommunen

5 Anhang

- Langfristige Bevölkerungsprognose für die Stadt Rheine bis 2020, jeweils 4 Varianten
 - Altersgruppe 6-<10 Jahre und Altersjahrgang der 6-<7-Jährigen
 - Altersgruppe 10-<16 Jahre und Altersjahrgang 10-<11-Jährigen
 - Altersgruppe 16-<19 Jahre und Altersjahrgang 16-<17 Jährigen

- Potentielle Siedlungsflächen in der Stadt Rheine nach Umsetzungszeitraum, möglicher Zahl der Wohneinheiten und geschätzter Einwohnerzahl

- Raumbilanzen der allgemeinbildenden Schulen in der Stadt Rheine
 - Raumbilanz Grundschulen bis 2011/12
 - Raumbilanz Schulen des Sekundarbereichs bis 2012/13, allgemeiner Unterrichtsbereich

- Über den Unterricht hinausgehende Angebote und Kooperationen in den Schulen der Stadt Rheine
 - Grundschulbereich
 - Sekundarbereich

- Gebietskennblätter: Zusammenstellung teilträumlicher Daten und Kennzahlen als Informationsgrundlage für sozialraumbezogene Arbeitsansätze
 - Eschendorf, Gellendorf, Rodde
 - Altenrheine, Schotthock
 - Rheine links der Ems
 - Südraum

Langfristige Bevölkerungsprognose für die Stadt Rheine

Langfristige Bevölkerungsprognose für die Stadt Rheine: mögliche Entwicklung der Altersgruppe 6-<10 Jahre und des Altersjahrgangs der 6-<7-Jährigen bis 2020; 4 Varianten

Jahr	Nullvariante		Basisvariante		Trendvariante		Zuwanderungsvariante	
	6-<10 abs.	% v. 2003	6-<10 abs.	% v. 2003	6-<10 abs.	% v. 2003	6-<10 abs.	% v. 2003
2003	3.432	100	3.432	100	3.432	100	3.432	100
2004	3.316	97	3.316	97	3.322	97	3.328	97
2005	3.251	95	3.251	95	3.264	95	3.277	95
2006	3.247	95	3.244	95	3.263	95	3.285	96
2007	3.151	92	3.145	92	3.170	92	3.202	93
2008	3.047	89	3.038	89	3.070	89	3.111	91
2009	2.901	85	2.889	84	2.927	85	2.977	87
2010	2.761	80	2.746	80	2.789	81	2.849	83
2011	2.623	76	2.598	76	2.652	77	2.720	79
2012	2.525	74	2.491	73	2.556	74	2.638	77
2013	2.486	72	2.443	71	2.519	73	2.614	76
2014	2.445	71	2.393	70	2.480	72	2.588	75
2015	2.416	70	2.355	69	2.454	72	2.575	75
2016	2.398	70	2.322	68	2.433	71	2.571	75
2017	2.387	70	2.297	67	2.419	70	2.574	75
2018	2.385	69	2.281	66	2.414	70	2.586	75
2019	2.390	70	2.271	66	2.415	70	2.603	76
2020	2.399	70	2.267	66	2.421	71	2.625	76
Jahr	6-<7 J. abs.	% v. 2003	6-<7 J. abs.	% v. 2003	6-<7 J. abs.	% v. 2003	6-<7 J. abs.	% v. 2003
2003	860	100	860	100	860	100	860	100
2004	816	95	816	95	818	95	819	95
2005	791	92	791	92	794	92	797	93
2006	781	91	780	91	785	91	790	92
2007	765	89	763	89	769	89	777	90
2008	712	83	710	83	717	83	728	85
2009	645	75	642	75	651	76	664	77
2010	640	74	636	74	647	75	661	77
2011	626	73	619	72	633	74	649	75
2012	614	71	605	70	621	72	641	75
2013	606	70	595	69	614	71	637	74
2014	600	70	587	68	608	71	635	74
2015	597	69	582	68	606	70	635	74
2016	596	69	577	67	604	70	639	74
2017	595	69	574	67	604	70	641	75
2018	597	69	572	67	605	70	647	75
2019	601	70	572	67	607	71	653	76
2020	605	70	573	67	611	71	661	77

Quelle: Bevölkerungsprognose für die Stadt Rheine, Basisjahr 2003; eigene Berechnungen

Nullvariante: ohne Wanderungseinflüsse

Basisvariante: moderate Abwanderung

Trendvariante: leichte und nachlassende Zuwanderung

Zuwanderungsvariante: höhere und anhaltende Zuwanderung

Langfristige Bevölkerungsprognose für die Stadt Rheine: mögliche Entwicklung der Altersgruppe 10-<16 Jahre und des Altersjahrgangs der 10-<11-Jährigen bis 2020; 4 Varianten

Jahr	Nullvariante		Basisvariante		Trendvariante		Zuwanderungsvariante	
	10-<16 abs.	% v. 2003	10-<16 abs.	% v. 2003	10-<16 abs.	% v. 2003	10-<16 abs.	% v. 2003
2003	5.716	100	5.716	100	5.716	100	5.716	100
2004	5.689	100	5.689	100	5.699	100	5.708	100
2005	5.587	98	5.587	98	5.606	98	5.625	98
2006	5.482	96	5.477	96	5.506	96	5.539	97
2007	5.320	93	5.311	93	5.349	94	5.396	94
2008	5.183	91	5.169	90	5.216	91	5.278	92
2009	5.037	88	5.018	88	5.075	89	5.150	90
2010	4.885	85	4.862	85	4.928	86	5.018	88
2011	4.794	84	4.757	83	4.842	85	4.946	87
2012	4.721	83	4.669	82	4.773	84	4.902	86
2013	4.506	79	4.440	78	4.563	80	4.715	82
2014	4.331	76	4.250	74	4.392	77	4.567	80
2015	4.166	73	4.071	71	4.230	74	4.428	77
2016	3.999	70	3.881	68	4.058	71	4.282	75
2017	3.841	67	3.700	65	3.893	68	4.143	72
2018	3.729	65	3.565	62	3.775	66	4.050	71
2019	3.681	64	3.494	61	3.720	65	4.020	70
2020	3.636	64	3.427	60	3.670	64	3.994	70
Jahr	10-<11 J.	% v. 2003	10-<11 J.	% v. 2003	10-<11 J.	% v. 2003	10-<11 J.	% v. 2003
2003	937	100	937	100	937	100	937	100
2004	932	99	932	99	934	100	935	100
2005	855	91	855	91	858	92	861	92
2006	785	84	784	84	789	84	794	85
2007	860	92	858	92	864	92	873	93
2008	816	87	813	87	821	88	831	89
2009	791	84	787	84	797	85	810	86
2010	781	83	776	83	788	84	802	86
2011	765	82	758	81	772	82	790	84
2012	711	76	704	75	720	77	742	79
2013	645	69	634	68	654	70	679	72
2014	640	68	627	67	650	69	678	72
2015	626	67	609	65	635	68	668	71
2016	614	66	594	63	623	66	658	70
2017	606	65	582	62	614	66	654	70
2018	599	64	572	61	606	65	651	69
2019	597	64	566	60	603	64	651	69
2020	595	64	561	60	601	64	654	70

Quelle: Bevölkerungsprognose für die Stadt Rheine; eigene Berechnungen

Nullvariante: ohne Wanderungseinflüsse

Basisvariante: moderate Abwanderung

Trendvariante: leichte und nachlassende Zuwanderung

Zuwanderungsvariante: höhere und anhaltende Zuwanderung

Langfristige Bevölkerungsprognose für die Stadt Rheine: mögliche Entwicklung der Altersgruppe 16-<19 Jahre und des Altersjahrgangs der 16-<17-Jährigen bis 2020; 4 Varianten

Jahr	Nullvariante		Basisvariante		Trendvariante		Zuwanderungsvariante	
	16-<19 abs.	% v. 2003	16-<19 abs.	% v. 2003	16-<19 abs.	% v. 2003	16-<19 abs.	% v. 2003
2003	2.728	100	2.728	100	2.728	100	2.728	100
2004	2.809	103	2.809	103	2.814	103	2.819	103
2005	2.875	105	2.875	105	2.885	106	2.894	106
2006	2.803	103	2.800	103	2.815	103	2.831	104
2007	2.865	105	2.861	105	2.880	106	2.903	106
2008	2.861	105	2.854	105	2.878	105	2.908	107
2009	2.908	107	2.898	106	2.927	107	2.965	109
2010	2.819	103	2.807	103	2.840	104	2.885	106
2011	2.721	100	2.702	99	2.744	101	2.797	103
2012	2.569	94	2.543	93	2.595	95	2.659	97
2013	2.496	91	2.463	90	2.525	93	2.601	95
2014	2.457	90	2.417	89	2.488	91	2.576	94
2015	2.463	90	2.416	89	2.496	91	2.596	95
2016	2.384	87	2.325	85	2.414	88	2.529	93
2017	2.332	85	2.261	83	2.361	87	2.489	91
2018	2.254	83	2.171	80	2.280	84	2.422	89
2019	2.118	78	2.023	74	2.142	79	2.298	84
2020	1.994	73	1.888	69	2.015	74	2.185	80
Jahr	16-<17 J.	% v. 2003	16-<17 J.	% v. 2003	16-<17 J.	% v. 2003	16-<17 J.	% v. 2003
2003	962	100	962	100	962	100	962	100
2004	958	100	958	100	960	100	960	100
2005	957	99	957	99	959	100	963	100
2006	890	93	889	92	894	93	899	93
2007	1.020	106	1.019	106	1.025	107	1.033	107
2008	952	99	950	99	957	99	968	101
2009	936	97	934	97	943	98	955	99
2010	931	97	927	96	938	98	953	99
2011	854	89	848	88	862	90	880	91
2012	784	81	776	81	793	82	814	85
2013	859	89	848	88	868	90	894	93
2014	815	85	802	83	825	86	855	89
2015	790	82	774	80	801	83	835	87
2016	780	81	760	79	790	82	829	86
2017	763	79	740	77	773	80	815	85
2018	711	74	683	71	720	75	767	80
2019	644	67	613	64	652	68	704	73
2020	640	67	604	63	647	67	703	73

Quelle: Bevölkerungsprognose für die Stadt Rheine; eigene Berechnungen

Nullvariante: ohne Wanderungseinflüsse

Basisvariante: moderate Abwanderung

Trendvariante: leichte und nachlassende Zuwanderung

Zuwanderungsvariante: höhere und anhaltende Zuwanderung

Potentielle Siedlungsflächen in der Stadt Rheine nach Umsetzungszeitraum, möglicher Zahl der Wohneinheiten und geschätzter Einwohnerzahl

Stadtteilbereiche und Zuordnung zu den Grundschulbezirken		rechtsverbindlich		kurzfristig 0-3 Jahre		mittelfristig 4-8 Jahre	
Baugebiet	Grundschulbereich	ca. WE	ca. Einw.	ca. WE	ca. Einw.	ca. WE	ca. Einw.
Innenstadt							
<i>rechtsverbindlich vor 1997</i>							
- Hansanstraße Süd	Ludgerusschule Schotthock	5	11				
- Humboldtstraße	Ludgerusschule Schotthock	5	12				
Stadtraum links der Ems							
Dutum / Dorenkamp / Hörstkamp							
- Wohnpark Dutum - Nord	Michaelschule			70	167		
- Wohnpark Dutum - Süd	Michaelschule					141	339
- Kleingartenanlage Dorenkamp	Michaelschule					35	84
- Damloup-Kaserne - Ost	Edith-Stein-Schule					146	351
- Helenenweg	Diesterwegschule	16	39				
- Kettelerufer	Diesterwegschule	11	26				
- Staelskottenweg / Hauenhorster Str.	Edith-Stein-Schule	83	200				
- Wohnpark Dutum - Teile A-D	Michaelschule	199	477				
- Lindenstraße - West	Michaelschule	4	9				
<i>rechtsverbindlich vor 1997</i>							
- Hörstkamp – Ost - Teil A	Diesterwegschule	11	28				
- Hörstkamp / B 481	Diesterwegschule	3	8				
- Edith-Stein-Straße / Hauenhorster Straße	Edith-Stein-Schule	2	5				
- Wellenbrink	Kardinal-von-Galen Schule	5	11				
- Liegnitzer Weg	Kardinal-von-Galen Schule	13	32				
- Fliederweg	Kardinal-von-Galen Schule	3	6				
- Zeppelinstraße / Steinfurter Straße	Michaelschule	10	24				
- Rossininweg	Michaelschule	6	15				
Schleupe / Wadelheim							
- Beckeringsstraße - Ost	Paul-Gerhard-Schule			12	30		
- Stovener Straße - Süd / Ost	Paul-Gerhard-Schule					29	69
- Salzweg	Gertrudenschule	78	187				
- Gronauer Straße / Thieberg	Michaelschule	154	371				
- Ochtruper Straße - Südost	Michaelschule	19	45				
- Nethestraße - Nord	Gertrudenschule	23	56				
- Stovener Straße	Paul-Gerhard-Schule	3	8				
- Franz-Tacke-Straße	Paul-Gerhard-Schule	3	8				
- Im Uhlenhook (Ruthen)	Gertrudenschule	13	32				
- Wadelheim-Ost / Sassestraße - Teile A+B1	Michaelschule	23	56				
- Wadelheim-Ost / Sassestraße - Teile B2	Michaelschule	36	86				
<i>rechtsverbindlich vor 1997</i>							
- Wadelheim - Teile A+B	Gertrudenschule	45	108				
- Landersumer Weg - Nord	Michaelschule	29	69				
- Ochtruper Straße - Nord	Paul-Gerhard-Schule	56	135				
Wietesch / Bentlage							
- Schultenstraße-Ost	Gertrudenschule					75	181
- Ellinghorst - Teil C Süd	Gertrudenschule					54	129
- Ellinghorst - Teil A	Gertrudenschule	18	43				
Stadtraum rechts der Ems							
Schotthock / Altenrheine							
- Lambertring / Paschenastraße	Canisiusschule	17	41				
<i>rechtsverbindlich vor 1997</i>							
- Hildebrandweg	Bodelschwingschule	18	42				
- Birkenallee	Bodelschwingschule	9	21				
- Hagenstraße - Süd	Bodelschwingschule	4	9				
- Am Stadtwalde	Bodelschwingschule	3	8				
- Reidstraße	Canisiusschule	2	4				
- Staufenstraße	Gertrudenschule	2	6				
- Saalriet Teil A	Johannesschule Eschendorf	8	18				
- Saalriet Teil B	Johannesschule Eschendorf	10	24				
- Kreyenesch	Ludgerusschule Schotthock	29	70				
- Ludgeruskirche	Ludgerusschule Schotthock	20	47				
Stadtberg / Eschendorf / Rodde							
- Ändg. Stadtberg / Fürstenstraße	Ludgerusschule Schotthock			27	64		
- Im Lied – Süd - Teil A	Josefschule Rodde			46	107		
- Im Lied – Süd -Teil B	Josefschule Rodde					32	78
- Schepers Kotten	Josefschule Rodde	10	24				
- Klusenweg – Ost	Annetteschule	3	0				

Fortsetzung: Potentielle Siedlungsflächen

<i>rechtsverbindlich vor 1997</i>						
- Schäfergasse	Annetteschule	11	27			
- Memeler Straße - Teil A	Annetteschule	18	43			
- In der Lake - Teil A	Annetteschule	11	25			
- Kleinbahnbrücke	Annetteschule	4	11			
- Oststraße - Teil A	Annetteschule	2	5			
- Im Diek	Josefschule Rodde	8	19			
- Stadtberg / Fürstenstraße	Ludgerusschule Schotthock	27	64			
Südesch / Kiebitzheide / Gellendorf						
- Zur Heide / Ergänzung	Südeschschule			32	78	
- Basilikastraße	Johannesschule Eschendorf			108	259	
- Gellendorfer Markt - Süd / West / Ost	Südeschschule			119	285	
- General-Wever-Kaserne - Ost	Südeschschule					202 485
- General-Wever-Kaserne - West	Südeschschule					274 657
- Kiebitzheide - Nord	Südeschschule					61 147
- Dahlkampstraße	Südeschschule	34	82			
- Alter Sportplatz 09	Südeschschule	11	26			
<i>rechtsverbindlich vor 1997</i>						
- Feldkamp	Südeschschule	25	60			
- Spiekstraße	Südeschschule	15	37			
- Hohenkampstraße / Timmermanufer	Südeschschule	22	52			
- Zur Heide B	Südeschschule	2	4			
- Eulenstraße	Südeschschule	3	7			
- Jägerstraße / Surenburger Weg	Südeschschule	4	11			
- Martin-Luther-Schule	Südeschschule	4	9			
- Schmalestraße - Ost	Südeschschule	3	7			
- Bussardweg	Südeschschule	3	6			
- Lohorststraße - Nord-Ost	Südeschschule	4	11			
Südraum						
Hauenhorst / Catenhorn						
- Pater-Schunath-Straße - Ost	Marienschule Hauenhorst					19 47
- Am Hilgenfeld – Ost / Kleingärten	Marienschule Hauenhorst					34 81
- Am Hilgenfeld - Ost	Marienschule Hauenhorst	53	127			
- Hauenhorst - West	Marienschule Hauenhorst	61	147			
<i>rechtsverbindlich vor 1997</i>						
- Hilgenfeld – Hauenhorst inkl. Robbenskamp	Marienschule Hauenhorst	18	43			
- Hauenhorst - Mitte	Marienschule Hauenhorst	6	15			
- Amselweg	Marienschule Hauenhorst	10	24			
- Nienkamp	Marienschule Hauenhorst	2	5			
- Hessenweg - Süd	Marienschule Hauenhorst	2	4			
- Auf der Hüchte	Marienschule Hauenhorst	4	9			
Mesum						
- Auf dem Schloß	Franziskusschule Mesum			33	78	
- Änderg.+Erg. Johanneskirche	Johannesschule Mesum			15	36	
- Mesum Nord / Ost	Johannesschule Mesum			235	564	
- Mesum Nord / West	Johannesschule Mesum					136 326
- Schoppenkamp	Franziskusschule Mesum					82 198
- Ringstraße / Kolgeweg	Johannesschule Mesum	17	42			
- Nasigerstraße	Franziskusschule Mesum	10	24			
- Wohnpark Mesum	Überschn.-Gebiet Mesum	24	57			
<i>rechtsverbindlich vor 1997</i>						
- Industriegebiet Mesum - West	Franziskusschule Mesum	19	46			
- Wörststraße - Nord	Franziskusschule Mesum	34	81			
- An der Schmiede	Franziskusschule Mesum	14	34			
- Moorstraße	Franziskusschule Mesum	16	38			
- Johanneskirche	Johannesschule Mesum	22	52			
- Kolgeweg - Teil A+B	Johannesschule Mesum	61	146			
- Rheiner Straße - Nord	Johannesschule Mesum	14	34			
- Dannenkamp	Johannesschule Mesum	21	51			
- Burgsteinfurter Damm	Überschn.-Gebiet Mesum	20	47			
- Elter Straße	Überschn.-Gebiet Mesum	19	46			
Elte / Heine						
- Schmidts Kämpken (Stadt)	Ludgerusschule Elte			24	58	
- Südhoek	Ludgerusschule Elte	43	103			
- Kolon-Eggert-Straße / Laugärten	Ludgerusschule Elte	36	85			
<i>rechtsverbindlich vor 1997</i>						
- Im Schultenhoek	Ludgerusschule Elte	10	25			
- Wischmannstraße - Nord Teile A+B	Ludgerusschule Elte	21	49			
- Osteresch	Ludgerusschule Elte	2	5			
- Laugärten	Ludgerusschule Elte	9	21			

Raumbilanzen der allgemeinbildenden Schulen in der Stadt Rheine

Raumbilanz Grundschulen bis 2011/12

		2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
1. Eschend/Gellend/Rodde									
Annetteschule	Eing.-Kl.	3	3	3	3	3	2	3	2
Ist-Stand: 9 +5 UR, 4 MR	Kl. ges.	12	12	12	12	12	11	11	10
Soll 3-zg.: 12 UR, 3 MR	R.-Bilanz			+	+	+	++	++	++
Johannesschule Eschendorf	Eing.-Kl.	2	2	2	2	2	2	2	2
Ist-Stand: 11 UR, 1 MR	Kl. ges.	8	8	8	8	8	8	8	8
Soll 2-zg.: 8 UR, 2 MR	R.-Bilanz			+	+	+	+	+	+
Josefschule Rodde	Eing.-Kl.	1	1	1	1	1	1	1	1
Ist-Stand: 4 UR, 1 MR	Kl. ges.	4	4	4	4	4	4	4	4
Soll 1-zg.: 4 UR, 1 MR	R.-Bilanz			±	±	±	±	±	±
Südeschschule	Eing.-Kl.	3	3	3	3	3	3	3	3
Ist-Stand: 10+6 UR, 1 GR	Kl. ges.	12	12	12	12	12	12	12	12
Soll 3-zg.: 12 UR, 3 MR	R.-Bilanz			+	+	+	+	+	+
2. Schotthock/Altenrheine									
Bodelschwingschule	Eing.-Kl.	2	2	2	2	2	2	2	2
Ist-Stand: 10-2 UR*, 4 MR	Kl. ges.	8	8	8	8	8	8	8	8
Soll 2-zg.: 8 UR, 2 MR	R.-Bilanz			±	±	±	±	±	±
Canisiusschule	Eing.-Kl.	2	2	2	2	2	2	2	1
Ist-Stand: 8 UR, 1 MR	Kl. ges.	8	8	8	8	8	8	8	7
Soll 2-zg.: 8 UR, 2 MR	R.-Bilanz			±	±	±	±	±	±
Ludgerusschule Schotthock	Eing.-Kl.	3	2	2	3	2	2	3	2
Ist-Stand: 6+4 UR, 5 MR	Kl. ges.	10	10	9	10	9	9	10	9
Soll 2,5zg.: 10 UR, 2-3 MR	R.-Bilanz			+	±	+	+	±	+
3. Rheine links der Ems									
Diesterwegschule	Eing.-Kl.	1	1	1	1	1	1	1	1
Ist-Stand: 6 UR, 2 MR	Kl. ges.	4	4	4	4	4	4	4	4
Soll 1-zg.: 4 UR, 1 MR	R.-Bilanz			++	++	++	++	++	++
Edith-Stein-Schule	Eing.-Kl.	2	1	1	1	1	1	1	1
Ist-Stand: 6 UR, 3 MR	Kl. ges.	5	5	5	4	4	4	4	4
Soll 1-zg.: 4 UR, 1 MR	R.-Bilanz			+	++	++	++	++	++
Gertrudenschule	Eing.-Kl.	2	2	2	2	2	2	2	1
Ist-Stand: 10 UR, 1 MR, 3 GR	Kl. ges.	9	9	8	8	8	8	8	7
Soll 2-zg.: 8 UR, 2 MR	R.-Bilanz			++	++	++	++	++	++
Kardinal-von-Galen-Schule	Eing.-Kl.	2	2	2	2	2	2	2	2
Ist-Stand: 8 UR, 2 MR	Kl. ges.	8	8	8	8	8	8	8	8
Soll 2-zg.: 8 UR, 2 MR	R.-Bilanz			±	±	±	±	±	±
Michaelschule	Eing.-Kl.	3	3	2	4	4	4	3	3
Ist-Stand: 14 UR, 2 MR	Kl. ges.	10	10	9	11	13	14	15	14
Soll 3-zg.: 12 UR, 3 MR	R.-Bilanz			++	+	±	±	-	±
Pau-Gerhardt-Schule	Eing.-Kl.	2	2	2	2	2	2	2	1
Ist-Stand: 8 UR, 1 MR 1 FO	Kl. ges.	8	8	8	8	8	8	8	7
Soll 2-zg.: 8 UR, 2 MR	R.-Bilanz			±	±	±	±	±	±
4. Südraum									
Franziskusschule Mesum	Eing.-Kl.	3	3	3	2	3	2	2	2
Ist-Stand: 10 UR, 5 MR, 1 GR	Kl. ges.	12	12	12	11	11	10	9	9
Soll 2,5zg.: 10 UR, 2-3 MR	R.-Bilanz			±	±	±	+	+	+
Johannesschule Mesum	Eing.-Kl.	2	2	2	2	2	1	1	2
Ist-Stand: 10 UR, 4 MR, 1 GR	Kl. ges.	8	8	8	8	8	7	6	6
Soll 2-zg.: 8 UR, 2 MR	R.-Bilanz			++	++	++	++	++	++
Ludgerusschule Elte	Eing.-Kl.	2	2	1	1	1	1	1	1
Ist-Stand: 7 UR, 1 MR	Kl. ges.	7	7	7	6	5	4	4	4
Soll 1,5zg.: 6 UR, 1-2 MR	R.-Bilanz			-	±	±	+	+	+
Marienschule Hauenhorst	Eing.-Kl.	2	2	2	2	2	2	2	2
Ist-Stand: 8 UR, 5 MR, 2 GR	Kl. ges.	9	9	8	8	8	8	8	8
Soll 2-zg.: 8 UR, 2 MR	R.-Bilanz			+	+	+	+	+	+

Quelle: 2004/05 und 2005/06 tatsächliche Zahlen, ab 2006/07 Prognose, Raumbestandsblätter der Gebäudewirtschaft

* = Nutzung von Unterrichtsräumen durch die Fürstenberg-Realschule

Raumbilanz Schulen des Sekundarbereichs bis 2012/13, allgemeiner Unterrichtsbereich

		2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
1. Hauptschulen										
Don-Bosco-Hauptschule	Eing.-Kl.	3	3	2	2	2	2	2	2	2
Raumbestand aktuell: 18 UR	Kl. gesamt	18	18	16	16	16	15	16	15	14
Soll 3-zg.: 18 UR	R.-Bilanz			+	+	+	++	+	++	++
Elisabeth-Hauptschule	Eing.-Kl.	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Raumbestand aktuell: 15 UR	Kl. gesamt	16	16	14	12	12	12	12	12	12
Soll 2,5-zg.: 15 UR	R.-Bilanz			+	++	++	++	++	++	++
Overberg-Hauptschule	Eing.-Kl.	3	4	3	3	3	3	3	3	2
Raumbestand aktuell: 19 UR	Kl. gesamt	21	22	19	18	18	19	18	18	17
Soll 3-zg.: 18 UR	R.-Bilanz			±	+	+	±	+	+	+
2. Realschulen										
Elsa-Brandström-Realschule	Eing.-Kl.	4	5	5	5	5	5	4	5	4
Bestand aktuell: 27 UR, 2 GR	Kl. gesamt	27	28	29	29	29	28	28	28	28
Soll 4,5-zg.: 27 UR	R.-Bilanz			-	-	-	-	-	-	-
Fürstenberg-Realschule	Eing.-Kl.	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Bestand akt.: 18+2 UR*, 3 GR	Kl. gesamt	20	19	20	20	19	18	18	18	17
Soll 3-zg.: 18 UR	R.-Bilanz			±	±	±	±	±	±	+
3. Gymnasien										
Emsland-Gymnasium	Sek I Eing.	4	3	4	4	4	4	3	4	3
Raumbestand aktuell:	Sek I Kl.	21	21	22	22	21	21	18	18	17
Sek I 21 UR, Sek II 12 UR	Sek II Eing.	6	4	5	6	6	5	10	5	5
gesamt: 33 UR	Sek II Gr.	16	15	15	15	17	17	22	20	20
Soll 4-zg.: 36 UR (24+12)	Kl./Gr. ges.	37	36	37	37	38	38	40	38	37
	R.-Bilanz			-	-	--	--	--	--	-
Gymnasium Dionysianum	Sek I Eing.	4	4	4	4	5	4	4	4	4
Raumbestand aktuell:	Sek I Kl.	24	24	26	25	25	25	21	21	20
Sek I 25 UR, Sek II 12 UR	Sek II Eing.	4	5	5	7	6	6	11	6	6
gesamt: 37 UR	Sek II Gr.	12	13	14	17	17	19	23	23	23
Soll 4-zg.: 36 UR (24+12)	Kl./Gr. ges.	36	37	40	42	42	44	44	44	42
	R.-Bilanz			-	--	--	--	--	--	--
Kopernikus-Gymnasium	Sek I Eing.	5	5	5	5	5	5	5	5	5
Raumbestand aktuell:	Sek I Kl.	30	31	31	31	30	29	24	24	24
Sek I 26 UR, Sek II 16 UR	Sek II Eing.	6	5	8	7	9	8	14	7	7
gesamt: 42 UR	Sek II Gr.	19	20	20	20	23	23	30	28	27
Soll 5-zg.: 45 UR (30+15)	Kl./Gr. ges.	49	51	51	51	53	52	54	52	51
	R.-Bilanz			--	--	--	--	--	--	--

Quelle: 2004/05 und 2005/06 tatsächliche Zahlen, ab 2006/07 Prognose, Raumbestandsblätter der Gebäudewirtschaft

Gymnasien ab 2010/11 durchgängig nur noch 5 Jahrgänge in der Sekundarstufe I

* = Mitnutzung von Unterrichtsräumen der Bodelschwingh-Grundschule

Über den Unterricht hinausgehende Angebote und Kooperationen in den Grundschulen der Stadt Rheine

Planbereich und Schule	Angebot / Projekt / Aktivität	Häufigkeit	ggf. Kooperationspartner	Art des Angebotes
Eschendorf / Gellendorf / Rodde				
Annetteschule	<ul style="list-style-type: none"> - individuelle Angebote - Deutsch als Zweitsprache für Kinder mit Migrationshintergrund - tägl. Hausaufgabenbetreuung (OGS) - 5 Sportangebote (OGS) - 1 Musikgruppe (OGS) - Besuch im Unterricht – Kindergartenkinder - „Wir spielen Schule“ – die Kiga-Gr. besucht am Nachmittag die Schule 	<ul style="list-style-type: none"> bei Bedarf täglich 1 – 2 mal 3 – 6 mal 	<ul style="list-style-type: none"> Jugendamt / schulpsych. Dienst - Caritas TV-Jahn/SC Altenrh Musikschule Kindergärten des Einzugsgebietes dito 	<ul style="list-style-type: none"> Beratung Förderung Förderung Freizeit Freizeit Koop Kita Koop Kita
Johannesschule Eschendorf	<ul style="list-style-type: none"> - Erziehungsverträge / -beratung - Info-Abend weiterführende Schulen - Info-Abend Schulanfänger - Info-Abend Schulwechsel - Info-Abend OGS - Hausaufgabenhilfe u. -betreuung (OGS) - Deutsch als Zweitsprache für Kinder mit Migrationshintergrund - Sportangebote (OGS) - Computerangebot (OGS) - Musikangebot (OGS) - Instrumentalunterricht - Unterrichtsbesuch der zukünftigen Schulanfänger - kulturelle Veranstaltungen / Schulfeste - Schüleraustausch mit Borne (NL) - unterrichtsbegleitende Projekte (Saline, Falkenhof, Stadtbücherei u.a.) 	<ul style="list-style-type: none"> täglich 1 x wöchentl. Frühsommer 2 – 3 x jährlich 2 x jährlich 	<ul style="list-style-type: none"> - - - - - Caritas u. Lehrer/-innen - TV-Jahn - Musikschule Musik-Kolleg Kindergärten des Einzugsbereichs Eltern / Förderverein Stadt Rheine / Borne Stadt Rheine 	<ul style="list-style-type: none"> Beratung Beratung Beratung Beratung Beratung Förderung Förderung Freizeit Freizeit Freizeit Freizeit Koop Kita weitere weitere weiter
Josefschule Rodde	<ul style="list-style-type: none"> - Büchereibesuch Klassen 1-4 	<ul style="list-style-type: none"> 1 x im Monat 	<ul style="list-style-type: none"> Kath. Kirche 	<ul style="list-style-type: none"> Freizeit
Südeschule	<ul style="list-style-type: none"> - Elternsprechtage - Info-Abend weiterführende Schulen - Info-Abend Schulanfänger - Deutsch als Fremdsprache für Migranten - Hausaufgabenbetreuung (OGS) - Psychomotorik (OGS) - Sportangebote (OGS) - Kunstprojekt (OGS) - Musikprojekt - Teilnahme der zukünftigen Schulanfänger am Unterricht - Schulfest - Fußballturnier 	<ul style="list-style-type: none"> halbjährlich täglich wöchentl. mehrmals wöchentl. wöchentl. nach den Osterferien kurz vor den Sommerferien alle zwei Jahre alle zwei Jahre 	<ul style="list-style-type: none"> - andere Schulen Kitas - JFD TV-Jahn TV-Jahn Kunstpädagogin Musik-Kolleg Kitas im Einzugsgebiet unterschiedliche Fußballverein Gellendorf 	<ul style="list-style-type: none"> Beratung Beratung Beratung Förderung Förderung Förderung Freizeit Freizeit Freizeit Koop Kita weitere weitere

Fortsetzung: Angebote und Kooperationen in den Grundschulen

Südraum				
Franziskusschule Mesum	- Beratung - spielerische, sportliche Angebote	wöchentlich	EZB Caritasverband Haus der off. Tür, kirchliche Vereine, Sportvereine	Beratung Freizeit
Johannesschule Mesum	- Sport	2 x die Woche	TV-Mesum	Freizeit
Ludgerusschule Elte	- geplant: Kooperation mit Sportverein - Besuche in der Schule / in der Klasse		Kitas der Umgebung	Freizeit Koop Kita
Marienschule Hauenhorst	- Sport – Angebote wurden vorbereitet, laufen ab Herbst - Kunst - Angebote wurden vorbereitet, laufen ab Herbst		TV-Jahn Emsland Gymn.	Freizeit Freizeit

Quelle: ZASP-Befragung der Schulen in der Stadt Rheine, September 2006

Über den Unterricht hinausgehende Angebote und Kooperationen in den Schulen des Sekundarbereichs

Schule	Angebot / Projekt / Aktivität	Häufigkeit	ggf. Kooperations-Partner	Art des Angebots
Don-Bosco-Schule	- Sprechstunden Sozialarbeiterin	mehrf. wöchentl.		Beratung
	- Voltigieren	1 x wöchentl.	Reiterver. Catenhorn	Freizeit
	- Chor	1 x wöchentl.	Tonstudio Zurbrügg	
	- Cheerleader	1 x wöchentl.	Sozialarbeiterin	
	- mehrere Gruppen / verschiedene Themen	regelmäßig	anonyme Alkoholiker, Jugendamt, Präv.-Rat	Prävention
	- Berufsberatung / je Klasse	monatl.	Berufsberatung	Beruf
	- Berufsinformation / je Klasse	jährl.	BIZ	
	- Kompetenzscheck	1 x jährl.	Kreishandwerkerschaft	
Elisabethschule	- Sprechstd. Lehrer / Sozialarbeiterin	mehrf. wöchentl.	-	Beratung
	- 13 plus		Sportverein	Förderung
	- Hausaufgabenbetreuung	2 x wöchentl.	-	
	- Sporttunier	2 x im Halbjahr	Sportverein	Freizeit
	- Spielnachmittag	14 tägig	-	
	- Coolnesstraining		Sozialarbeiterin	Prävention
	- Drogenprävention		dito	
- Gewaltprävention		dito		
	- Berufsberatung Kl. 8/9/10	1 x im Monat	Arbeitsagentur	Beruf
	- Betriebspraktikum Kl. 9 u. 10	3 Wochen	Rheiner Betriebe	
Overbergschule	- Beratung	nach Bedarf	Sozialarbeiterin	Beratung
	- Projekt bei Fehlverhalten	7 Std.	-	
	- Projekt „Konfliktmanagement“ bei Fehlverhalten im Unterricht		-	
	- Streitschlichtungsprojekt		-	
	- Sprachförderung Migranten	bis zu 8 Std.	-	Förderung
	- muttersprachl. Unterr. (z.B. russ.)	3 Std.	-	
	- Förderunterricht (Deutsch, Mathe, Englisch, LRS)		-	
	- Förderunterricht Kl. 9 u. 10 (frei w.)		-	
	- Hausaufgabenhilfe		-	
	- Sportangebote	2 x wöchentl.	TV Jahn	Freizeit
- Mädchengruppe	1 x wöchentl.	Kirchengemeinde		
- Kompetenzscheck Klassen 9		Verein „Lernen fördern“		
- Drogenprävention	regelmäßig	Drogenberatungsstelle	Prävention	
- „Antiraucherkurs“	regelmäßig	dito		
- Übergang von Sek. I nach Sek. II		Berufskollegs/Kammern	Beruf	
- Berufsberatung	regelm. Sprechst.	-		
- Schulprogramm		außerschulische Partner	weitere	
Fürstenberg-Realschule	- Sprechstunden	wöch. bei Bedarf	-	Beratung
	- Elternsprechnachmittage	2 x im Schuljahr	-	
	- Informationsveranstaltungen (Schullaufbahn, Erziehungsfragen)		-	
	- 10-Finger-Tasten-Schreiben	ca. 50 Std. jährl.	Stenografenverein	Förderung
	- „Ecytasy-Projekt“ / Kl. 8	jährl.	Drogenberatungsstelle	Prävention
	- Aids-Projekt / K. 9 u. 10	jährl.	dito	
	- Berufsberatung in der Schule	monatl.	Agentur für Arbeit	Beruf
	- Schülerbetriebspraktikum / Kl. 9	3 Wochen	örtl. Betriebe	
- Bewerbungstraining / Kl. 9	jährl.	Volksbank Rheine		
- Informationsveranst. / Kl. 9 u. 10		örtl. Schulen		
- Tage religiös. Orientierung / Kl. 10		Jugendburg Gemen	weitere	
- Schulprojekte	gelegentl.	Sparkasse Rheine, Musikver. Altenheine, städt. Bühnen Münster		

Fortsetzung: Angebote und Kooperationen in den Schulen des Sekundarbereichs

Elsa-Brändström-Realschule	- Förderunterricht Kl. 5 u. 6 - Gewaltprävention - Suchtprävention Kl. 8	1–2 Std. / Woche 2 Tage 1 Woche	- Drogenberatung, Jugendhilfe, Caritas	Förderung Prävention
	- Berufswahlunterricht - BIZ-Besuche - Projekttag, Auswahltests, Bewerbungstraining, Kompetenzscheck - Bewerbungsgespräche		Fa. Kettelhack Agentur für Arbeit - Vertreter v. Firmen	Beruf
Gymnasium Dionysianum	- Informationsabend (jur. Aspekte d. missbräuchl. Umgangs m. mod. Medien)		-	Beratung
	- Cambridge Certificate of English - Vorbereitung auf Wettbewerbe in Mathematik, Physik, Informatik, Geschichte - Rechtskunde AG		- - -	Förderung
	- verschied. Veranstaltungen - Info zur Sicherheit an Bahnhöfen		Drogenberatung, Polizei Bahnpolizei	Prävention
	- Studien- u. Berufswahlvorbereitung		Jugend- u. Familien- dienst	Beruf.
Kopernikus-Gymnasium	- Informationsabende - Elternsprechtage - Förderempfehlungen - Sprechtagstermin	4 Nachmittage 2 x jährl. zusätzl. Angebot	- - - -	Beratung
	- Kohortenspringen / Jg 9/10 (5-10 Schüler pro Jahr)		-	Förderung
	- verschied. Arbeitsgemeinschaften	regelmäßig	-	Freizeit
	- Projekt zur Gewalt- und Drogenprävention, Jg. 8	1 x jährl.	Caritas, Kinderschutzbd., Familienbildungsstelle, Drogenberatungsstelle, ev./ kath. Kirche	Prävention
	- Hochschul- u. Berufspraktikum Jg. 11/12 - Pflichtdienstberatung / Jg. 12 - Bewerbungstraining / Jg. 10 - Bewerbungstraining / Jg. 12 - Berufs- u. Informationstage	1 x jährl. 1 x jährl. 1 x jährl. 1 x jährl. (mehrere Veranst.)	Universität Osnabrück, BIZ Bundeswehr Fa. Apetito Fa. Krone Rotary-Club Rheine	Beruf
	- Beratung und Therapie	10–15 x pro Jahr	Erz.-Beratung, Schule f. Kranke, Jugendamt	Beratung
	- Informationsveranstaltung Girls 21	1 x jährl.		
- Unterrichtsbegleitung f. Schüler m. Hörproblemen	2 x wöchentl.	Westf. Förderschule	Förderung	
- Kanu und Surfen	1 x wöchentl.	WSV Rheine, Seglergemeinschaft Hörstel	Freizeit	
- Gewalt u. Drogen	3 – 4 x jährl.	Präventionsrat	Prävention	
- Berufsberatung individuell - Berufsberatung Gruppeninformation - Bewerbungstraining/Assessment C.	1 x wöchentl. 4 - 5 x im Jahr 2 x jährl	Agentur für Arbeit dito AOK, div. Firmen	Beruf	
- Arbeitsgemeinschaften	1 x pro Woche	Altenheim Marienstift, Heilpäd. Zentrum	weitere	

Fortsetzung: Angebote und Kooperationen in den Schulen des Sekundarbereichs

Grüterschule	- Selbstbehauptung u. Konflikttraining f. Mädchen u. Jungen / Kl. 7 - Hausaufgabenbetreuung - Internetcafe - Betreuung v. Aussiedlerkindern	ganzjährig	diverse Verein „Lernen fördern“ dito dito	Förderung
	- Mädchenprojekt - Kanu-AG	1 x pro Woche	Caritas Verein	Freizeit
	- Drogenprojekt		Drogenberatung, Jugendamt	Prävention
	- Einzelberatung Kl. 9/10 - Berufsinformation - Besichtigung v. Förderlehrgängen		Agentur für Arbeit BIZ Kreishandwerkerschaft	Beruf
	- Tage relig. Orientierung - Theaterstück i. Adventszeit		Kirchen Kulturamt	weitere

Quelle: ZASP-Befragung der Schulen in der Stadt Rheine, September 2006

Gebietskennblätter als Grundlage für sozialräumliche Arbeitsansätze

Planbereich: Eschendorf, Gellendorf, Rodde

I. Kennzahlen zur Bevölkerung und zur Alters- und Sozialstruktur

Ausgewählte Strukturdaten zur Bevölkerungsdichte und Haushaltsgröße

	Eschend./Gellend./Rodde	Stadt Rheine gesamt
Größe	36,9 km ²	145 km ²
Einwohner / km ²	561	529
Anteil der Einpersonenhaushalte	22,0%	22,7%
Anteil der Zweipersonenhaushalte	24,5%	24,5 %
Anteil der Hh. mit mehr als zwei Pers.	53,5%	52,8%

Quelle: Kindergartenbedarfsplanung 2005

Kennzahlen zur Bevölkerung und zum Anteil der Kinder und Jugendlichen, Stand 31.12.2006

Grundschulbezirk	Bev abs.	Bev %-Ant. an Stadt	Ki./Jug. <18 J. abs.	Ki./Jug. <18 J. in %	Ausl. <18 J. abs.	Ausl. <18 J. in %	Ausl. Ges. in %
Annetteschule	6.323	8,2	1.310	20,7	70	5,3	5,1
Johannesschule	4.969	6,5	883	17,8	64	7,2	6,5
Josefschule	1.493	1,9	321	21,5	12	3,7	3,1
Südeschule	7.737	10,0	1.442	18,6	89	6,2	5,7
Eschend./Gellend./Rodde	20.522	26,7	3.956	19,3	235	5,9	5,5
Gesamtstadt	76.988	100,0	14.599	19,0	899	6,2	5,3

Quelle: Einwohnermeldewesen, 31.12.2006, eigene Berechnungen

Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen, Stand 31.12.2006

Grundschulbezirk	Bev abs	Kinder <6 J. abs.	Anteil <6 J. in %	Kinder 6-<10 J. abs	Anteil 6-<10 J. in %	Jug. 10-<18 J. abs	Anteil 10-<18 J. in %
Annetteschule	6.323	325	5,1	291	4,6	694	11,0
Johannesschule	4.969	210	4,2	157	3,2	516	10,4
Josefschule	1.493	84	5,6	72	4,8	165	11,1
Südeschule	7.737	365	4,7	340	4,4	737	9,5
Eschend./Gellend./Rodde	20.522	984	4,8	860	4,2	2.112	10,3
Gesamtstadt	76.988	3.948	5,1	3.247	4,2	7.404	9,6

Quelle: Einwohnermeldewesen, 31.12.2006, eigene Berechnungen

Kennzahlen zur Besucherstruktur der Tageseinrichtungen in den Grundschulbezirken sowie zum Anteil der Schüler aus ausländ. oder Aussiedlerfamilien in den Grundschulen (%-Werte)

Grundschulbezirk	Anzahl Kinder in Kitas	Migra-hintergr. in %	Sprache überw. n-deutsch	Ein-Eltern-Familie	Einkom. bis 12 Tsd.	Einkom. bis 25 Tsd.	Schüler a. Migr.-familien*
Annetteschule	226	23,0	11,5	8,4	11,8	34,0	19,1
Johannesschule	151	39,7	29,1	17,9	25,9	53,2	20,1
Josefschule	52	19,2	15,4	9,6	17,0	32,1	6,3
Südeschule	186	22,6	14,0	10,2	14,0	39,2	8,8
Eschend./Gellend./Rodde	615	26,7	16,9	11,4	16,4	40,2	14,8
Gesamtstadt	2.347	21,7	15,0	11,5	18,8	40,0	13,5

Quelle: Zählblätter der Kindergartenstatistik, 31.12.2005, * Schulstatistik

Planbereich entspricht in der Altersstruktur in etwa dem städtischen Durchschnitt; gilt sowohl für den Anteil der <18-Jährigen wie für die einzelnen Teilaltersgruppen der Kinder und Jugendlichen. Die Indikatoren zur Sozialstruktur liegen ebenfalls durchweg nah am städtischen Durchschnitt, bei leicht überdurchschnittlichem Anteil der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Mäßige interne Differenzierung sowohl hinsichtlich der Alters- wie auch der Sozialstruktur.

Planbereich: Eschendorf, Gellendorf, Rodde**II. Infrastruktur für Kinder und Jugendliche****Vorhandene Einrichtungen im Planraum**

Kindergärten / Kindertagesstätten	Lernen fördern Johannes Kindergarten Marien Kindergarten Haus der Kinder St. Martin TV-Jahn Kindergarten Mobile Herz Jesu Kindergarten St. Theresia Kindergarten Konrad Kindergarten Josef Kindergarten Rodde
Grundschulen	Annetteschule Johannesschule Eschendorf Josefschule Rodde Südeschule
Schulen Sekundarbereich	Overbergschule Kopernikus-Gymnasium Euregio-Gesamtschule
Jugendeinrichtungen	Bistro Charly Rodde's Corner Jugendhaus St. Antonius Der Keller Jugendtreff St. Konrad

Quelle: Jugendamt, Schulverwaltung

Kennzahlen zum Angebot der Kindertageseinrichtungen in den Grundschulbezirken

Grundschulbezirk	Anzahl Einricht.	Anzahl Kinder	Ü-Mittag betr. (%)	Nachm. betr. (%)	Tages-Plätze	% von gesamt
Annetteschule	3	226	17,3	42,5	35	14,9
Johannesschule Eschendorf	2	151	40,4	41,1	35	21,9
Josefschule Rodde	1	52	13,5	34,6	7	13,5
Südeschule	3	186	19,4	29,0	0	0,0
Eschend./Gellend./Rodde	9	615	23,3	37,4	77	11,9
Gesamtstadt	32	2.347	18,9	35,7	256	10,6

Quelle: Zählblätter der Kindergartenstatistik, 31.12.2005, eigene Berechnungen

Kennzahlen zur Versorgung mit schulischen Ganztags- und Betreuungsangeboten

	Eschendorf/Gellendorf/Rodde	Gesamtstadt
Anzahl Grundschulen mit off. Ganztag	3/4	10/17
Schülerzahl der GS mit Ganztag	787	2160
Anteil an allen Schülern im Teilgebiet	91,9	65,7
Schüler im Ganztagsangebot	131	366
Quote der Inanspruchnahme (%)	16,6	16,9
Anzahl Grundschulen mit Betreuung	1/4	7/17
Schülerzahl der GS mit Betreuung	69	1130
Anteil an allen Schülern im Teilgebiet	8,1	34,3
Schüler im Betreuungsangebot	3	92
Quote der Inanspruchnahme (%)	4,3	8,1
Schülerzahl der Grundschulen gesamt	856	3290
davon in Ganztag oder Betreuung	134	458
Quote der Inanspruchnahme (%)	15,7	13,9
Quote Ganztag bezogen auf Teilgebiet	15,3	11,1
Quote Betreuung bez. auf Teilgebiet	0,4	2,8

Quelle: ZASP-Befragung der Rheiener Schulen, Sep. 2006, Schülerprognose 2006, eigene Berechnungen

Planbereich: Eschendorf / Gellendorf / Rodde**Kennzahlen zu den Einrichtungen der offenen Jugendarbeit**

	Eschendorf/Gellendorf/Rodde	Stadt Rheine gesamt
Kinder u. Jugendliche 6-<18 Jahre	2.972	10.651
Anteil an Stadt gesamt	27,9%	100,0%
VZ-Stellen hauptamtlich	2,0	13,5
ca. Jugendliche / VZ-Stelle	1.500	789
Öffnungsstunden / Woche total	45,5	184,5
Anteil Stunden an Stadt gesamt	25%	100,0%

Quelle: Jugendamt, Einwohnerdaten Stand 31.12.06, eigene Berechnungen

Planbereich: Altenrheine, Schotthock**I. Kennzahlen zur Bevölkerung und zur Alters- und Sozialstruktur****Ausgewählte Strukturdaten zur Bevölkerungsdichte und Haushaltsgröße**

	Altenrheine/Schotthock	Stadt Rheine gesamt
Größe	20,1 km ²	145 km ²
Einwohner / km ²	730	529
Anteil der Einpersonenhaushalte	21,6%	22,7%
Anteil der Zweipersonenhaushalte	25,6%	24,5 %
Anteil der Hh. mit mehr als zwei Pers.	52,8%	52,8%

Quelle: Kindergartenbedarfsplanung 2005

Kennzahlen zur Bevölkerung und zum Anteil der Kinder und Jugendlichen, Stand 31.12.2006

	Bev abs.	Bev %-Ant. an Stadt	Ki./Jug. <18 J. abs.	Ki./Jug. <18 J. in %	Ausl. <18 J. abs.	Ausl. <18 J. in %	Ausl. Ges. in %
Grundschulbezirk							
Bodelschwingschule	5.484	7,1	970	17,7	79	8,1	6,8
Canisiuschule	2.222	2,9	499	22,5	4	0,8	1,5
Ludgeruschule	6.766	8,8	1.181	17,5	190	16,1	11,9
Altenrheine/Schotthock	14.472	18,8	2.650	18,3	273	10,3	8,4
Gesamtstadt	76.988	100,0	14.599	19,0	899	6,2	5,3

Quelle: Einwohnermeldewesen, 31.12.2006, eigene Berechnungen

Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen, Stand 31.12.2006

	Bev abs	Kinder <6 J. abs.	Anteil <6 J. in %	Kinder 6-<10 J. abs	Anteil 6-<10 J. in %	Jug. 10-<18 J. abs	Anteil 10-<18 J. in %
Grundschulbezirk							
Bodelschwingschule	5.484	252	4,6	198	3,6	520	9,5
Canisiuschule	2.222	143	6,4	115	5,2	241	10,8
Ludgeruschule	6.766	351	5,2	252	3,7	578	8,5
Altenrheine/Schotthock	14.472	746	5,2	565	3,9	1.339	9,3
Gesamtstadt	76.988	3.948	5,1	3.247	4,2	7.404	9,6

Quelle: Einwohnermeldewesen, 31.12.2006, eigene Berechnungen

Kennzahlen zur Besucherstruktur der Tageseinrichtungen in den Grundschulbezirken sowie zum Anteil der Schüler aus ausländ. oder Aussiedlerfamilien in den Grundschulen (%-Werte)

	Anzahl Kinder in Kitas	Migra- hintergr. in %	Sprache überw. n- deutsch	Ein- Eltern- Familie	Einkom. bis 12 Tsd.	Einkom. bis 25 Tsd.	Schüler a. Migr.- familien*
Grundschulbezirk							
Bodelschwingschule	199	15,1	17,1	14,6	31,0	49,3	23,5
Canisiuschule	100	2,0	1,0	2,0	6,8	16,5	1,4
Ludgeruschule	137	75,9	69,3	21,2	35,3	71,9	40,4
Altenrheine/Schotthock	436	31,2	29,8	13,8	26,7	48,8	21,9
Gesamtstadt	2.347	21,7	15,0	11,5	18,8	40,0	13,5

Quelle: Zählblätter der Kindergartenstatistik, 31.12.2005, * Schulstatistik

Planbereich mit leicht unterdurchschnittlichem Anteil an Kindern und Jugendlichen, betrifft die oberen Teilaltersgruppen. Anteil der ausländischen Bevölkerung überdurchschnittlich. Sozialindikatoren: deutlich überdurchschnittliche Anteile von Kindern / Schülern mit Migrationshintergrund sowie von Problemlagen geringen Haushaltseinkommens, überdurchschnittlicher Anteil von Ein-Eltern-Familien. Hohe interne Differenzierung, Teilgebiete mit stark gegensätzlichen Indikatorenprägungen.

Planbereich: Altenrheine, Schotthock**II. Infrastruktur für Kinder und Jugendliche****Vorhandene Einrichtungen im Planraum**

Kindergärten / Kindertagesstätten	Ludgerus Kindergarten Bonifatius Kindergarten Kindergarten Sandmanns Hof Antonius Kindergarten AWO Lamberti Kindergarten
Grundschulen	Bodelschwingschule Cansisiusschule Ludgerusschule Schotthock
Schulen Sekundarbereich	Fürstenberg Realschule
Jugendeinrichtungen	Jugendtreff St. Ludgerus, Underground

Quelle: Jugendamt, Schulverwaltung

Kennzahlen zum Angebot der Kindertageseinrichtungen in den Grundschulbezirken

Grundschulbezirk	Anzahl Einricht.	Anzahl Kinder	Ü-Mittag betr. (%)	Nachm. betr. (%)	Tages-Plätze	% von gesamt
Bodelschwingschule	3	199	13,1	35,7	0	0,0
Canisiusschule	1	100	7,0	28,0	0	0,0
Ludgerusschule Schotthock	2	137	28,5	43,1	40	28,6
Altenrheine/Schotthock	6	436	16,5	36,2	40	9,1
Gesamtstadt	32	2.347	18,9	35,7	256	10,6

Quelle: Zählblätter der Kindergartenstatistik, 31.12.2005, eigene Berechnungen

Kennzahlen zur Versorgung mit schulischen Ganztags- und Betreuungsangeboten

	Altenrheine/Schotthock	Gesamtstadt
Anzahl Grundschulen mit off. Ganztag	1/3	10/17
Schülerzahl der GS mit Ganztag	216	2160
Anteil an allen Schülern im Teilgebiet	37,4	65,7
Schüler im Ganztagsangebot	56	366
Quote der Inanspruchnahme (%)	25,9	16,9
Anzahl Grundschulen mit Betreuung	2/3	7/17
Schülerzahl der GS mit Betreuung	362	1130
Anteil an allen Schülern im Teilgebiet	62,6	34,3
Schüler im Betreuungsangebot	26	92
Quote der Inanspruchnahme (%)	7,2	8,1
Schülerzahl der Grundschulen gesamt	578	3290
davon in Ganztag oder Betreuung	82	458
Quote der Inanspruchnahme (%)	14,2	13,9
Quote Ganztag bezogen auf Teilgebiet	9,7	11,1
Quote Betreuung bez. auf Teilgebiet	4,5	2,8

Quelle: ZASP-Befragung der Rheiner Schulen, Sep. 2006, Schülerprognose 2006, eigene Berechnungen

Kennzahlen zu den Einrichtungen der offenen Jugendarbeit

	Altenrheine/Schotthock	Stadt Rheine gesamt
Kinder u. Jugendliche 6-<18 Jahre	1.904	10.651
Anteil an Stadt gesamt	17,8	100,0%
VZ-Stellen hauptamtlich	1,0	13,5
ca. Jugendliche / VZ-Stelle	1.900	789
Öffnungsstunden / Woche total	19	184,5
Anteil Stunden an Stadt gesamt	10%	100,0%

Quelle: Jugendamt, Einwohnerdaten Stand 31.12.06, eigene Berechnungen

Planbereich: Rheine links der Ems

I. Kennzahlen zur Bevölkerung und zur Alters- und Sozialstruktur

Ausgewählte Strukturdaten zur Bevölkerungsdichte und Haushaltsgröße

	Rheine links der Ems	Stadt Rheine gesamt
Größe	26,8 km ²	145 km ²
Einwohner / km ²	980	529
Anteil der Einpersonenhaushalte	28,8%	22,7%
Anteil der Zweipersonenhaushalte	24,9%	24,5 %
Anteil der Hh. mit mehr als zwei Pers.	47,1%	52,8%

Quelle: Kindertagesstättenbedarfsplanung 2005

Kennzahlen zur Bevölkerung und zum Anteil der Kinder und Jugendlichen, Stand 31.12.2006

Grundschulbezirk	Bev abs.	Bev %-Ant. an Stadt	Ki./Jug. <18 J. abs.	Ki./Jug. <18 J. in %	Ausl. <18 J. abs.	Ausl. <18 J. in %	Ausl. Ges. in %
Diesterwegschule	3.017	3,9	387	12,8	91	23,5	9,7
Edith Stein Schule	2.549	3,3	385	15,1	65	16,9	8,7
Gertrudenschule/ Kardinal v. Galen Schule	4.298	5,6	902	21,0	22	2,4	2,4
Michaelsschule/ Paul Gerhard Schule	3.225	4,2	541	16,8	24	4,4	4,2
	9.268	12,0	1.739	18,8	94	5,4	5,4
	4.420	5,7	639	14,5	26	4,1	4,3
Rheine links der Ems	26.777	34,8	4.593	17,2	322	7,0	5,4
Gesamtstadt	76.988	100,0	14.599	19,0	899	6,2	5,3

Quelle: Einwohnermeldewesen, 31.12.2006, eigene Berechnungen

Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen, Stand 31.12.2006

Grundschulbezirk	Bev abs	Kinder <6 J. abs.	Anteil <6 J. in %	Kinder 6-<10 J. abs	Anteil 6-<10 J. in %	Jug. 10-<18 J. abs	Anteil 10-<18 J. in %
Diesterwegschule	3.017	117	3,9	93	3,1	177	5,9
Edith Stein Schule	2.549	102	4,0	77	3,0	206	8,1
Gertrudenschule/ Kardinal v. Galen Schule	4.298	235	5,5	218	5,1	449	10,4
Michaelsschule/ Paul Gerhard Schule	3.225	171	5,3	103	3,2	267	8,3
	9.268	550	5,9	384	4,1	805	8,7
	4.420	170	3,8	157	3,6	312	7,1
Rheine links der Ems	26.777	1.345	5,0	1.032	3,9	2.216	8,3
Gesamtstadt	76.988	3.948	5,1	3.247	4,2	7.404	9,6

Quelle: Einwohnermeldewesen, 31.12.2006, eigene Berechnungen

Kennzahlen zur Besucherstruktur der Tageseinrichtungen in den Grundschulbezirken sowie zum Anteil der Schüler aus ausländ. oder Aussiedlerfamilien in den Grundschulen (%-Werte)

Grundschulbezirk	Anzahl Kinder in Kitas	Migra- hintergr. in %	Sprache überw. n- deutsch	Ein- Eltern- Familie	Einkom. bis 12 Tsd.	Einkom. bis 25 Tsd.	Schüler a. Migr.- familien*
Diesterwegschule	74	9,5	4,1	0,0	17,6	44,6	31,3
Edith-Stein-Schule	69	50,7	37,7	34,8	44,3	71,4	25,2
Gertrudenschule	126	4,0	4,8	4,8	8,0	18,4	8,9
Kardinal v. Galen Schule	90	48,9	32,2	20,0	25,6	56,7	9,2
Michaelsschule	245	22,9	8,2	9,4	17,5	44,7	19,1
Paul-Gerhard-Schule	110	18,2	4,5	19,1	28,2	35,5	7,5
Rheine links der Ems	714	23,4	12,5	12,9	21,1	42,8	14,4
Gesamtstadt	2.347	21,7	15,0	11,5	18,8	40,0	13,5

Quelle: Zählblätter der Kindergartenstatistik, 31.12.2005, * Schulstatistik

Planbereich: Rheine links der Ems

Planbereich mit unterdurchschnittlichem Anteil an Kindern und Jugendlichen, betrifft speziell die oberen Teilaltersgruppen. Anteil der ausländischen Bevölkerung in etwa im städtischen Durchschnitt. Sozialindikatoren: durchschnittliche (Migrationshintergrund) bis leicht überdurchschnittliche Anteilswerte (Ein-Eltern-Familien, geringes Haushaltseinkommen). Starke interne Differenzierung, Teilgebiete mit deutlich überdurchschnittlichen Indikatorenprägungen.

II. Infrastruktur für Kinder und Jugendliche

Vorhandene Einrichtungen im Planraum

Kindergärten / Kindertagesstätten	Michael Kindergarten Jakobi Kindergarten Franziskus Kindergarten Elisabeth Kindergarten Raphael Kindergarten Dionys Kindergarten St. Gertrud Caritas-Kindertagesstätte Ellinghorst Janusz-Korczak-Kindergarten Josef Kindergarten Katerkampweg
Grundschulen	Diesterwegschule Edith Stein Schule Gertrudenschule Kardinal von Galen Schule Michaelschule Paul Gerhard Schule
Schulen Sekundarbereich	Elisabethschule Elsa-Bränström-Realschule Abendrealschule Emsland-Gymnasium Gymnasium Dionysianum
Berufsschulen	Berufskolleg der Stadt Rheine Städt. Kfm. Schulen - Berufskolleg
Förderschule	Grüterschule
Jugendeinrichtungen	Jugendtreff St. Elisabeth Jugendtreff St. Michael Schülercafe Sonnenwende Jugendzentrum Jakobi Jupp – Offener Treff

Quelle: Jugendamt, Schulverwaltung

Kennzahlen zum Angebot der Kindertageseinrichtungen in den Grundschulbezirken

Grundschulbezirk	Anzahl Einricht.	Anzahl Kinder	Ü-Mittag betr. (%)	Nachm. betr. (%)	Tages-Plätze	% von gesamt
Diesterwegschule	1	74	12,2	36,5	9	12,0
Edith-Stein-Schule	1	69	10,1	10,1	0	0,0
Gertrudenschule	2	126	0,0	35,7	0	0,0
Kardinal-von-Galen-Schule	1	90	28,9	33,3	0	0,0
Michaelschule	3	245	9,4	24,5	0	0,0
Paul-Gerhard-Schule	2	110	33,6	46,4	35	31,8
Rheine links der Ems	10	714	14,3	30,8	44	6,1
Gesamtstadt	32	2.347	18,9	35,7	256	10,6

Quelle: Zählblätter der Kindergartenstatistik, 31.12.2005, eigene Berechnungen

Planbereich: Rheine links der Ems**Kennzahlen zur Versorgung mit schulischen Ganztags- und Betreuungsangeboten**

	Rheine links der Ems	Gesamtstadt
Anzahl Grundschulen mit off. Ganztag	4/6	10/17
Schülerzahl der GS mit Ganztag	736	2160
Anteil an allen Schülern im Teilgebiet	71,9	65,7
Schüler im Ganztagsangebot	131	366
Quote der Inanspruchnahme (%)	17,8	16,9
Anzahl Grundschulen mit Betreuung	2/6	7/17
Schülerzahl der GS mit Betreuung	288	1130
Anteil an allen Schülern im Teilgebiet	28,1	34,3
Schüler im Betreuungsangebot	25	92
Quote der Inanspruchnahme (%)	8,7	8,1
Schülerzahl der Grundschulen gesamt	1024	3290
davon in Ganztag oder Betreuung	156	458
Quote der Inanspruchnahme (%)	15,2	13,9
Quote Ganztag bezogen auf Teilgebiet	12,8	11,1
Quote Betreuung bez. auf Teilgebiet	2,4	2,8

Quelle: ZASP-Befragung der Rheiner Schulen, Sep. 2006, Schülerprognose 2006, eigene Berechnungen

Kennzahlen zu den Einrichtungen der offenen Jugendarbeit

	Rheine links der Ems	Stadt Rheine gesamt
Kinder u. Jugendliche 6-<18 Jahre	3.248	10.651
Anteil an Stadt gesamt	30,5%	100,0%
VZ-Stellen hauptamtlich	7,0	13,5
ca. Jugendliche / VZ-Stelle	460	789
Öffnungsstunden / Woche total	74	184,5
Anteil Stunden an Stadt gesamt	40%	100,0%

Quelle: Jugendamt, Einwohnerdaten Stand 31.12.06, eigene Berechnungen

Planbereich: Südraum**I. Kennzahlen zur Bevölkerung und zur Alters- und Sozialstruktur****Ausgewählte Strukturdaten zur Bevölkerungsdichte und Haushaltsgröße**

	Südraum	Stadt Rheine gesamt
Größe	61,2 km ²	145 km ²
Einwohner / km ²	247	529
Anteil der Einpersonenhaushalte	15,4%	22,7%
Anteil der Zweipersonenhaushalte	22,8%	24,5 %
Anteil der HHe mit mehr als zwei Pers.	61,8%	52,8%

Quelle: Kindertagesstättenbedarfsplanung 2005

Kennzahlen zur Bevölkerung und zum Anteil der Kinder und Jugendlichen, Stand 31.12.2006

Grundschulbezirk	Bev abs.	Bev %-Ant. an Stadt	Ki./Jug. <18 J. abs.	Ki./Jug. <18 J. in %	Ausl. <18 J. abs.	Ausl. <18 J. in %	Ausl. Ges. in %
Franziskusschule Mesum	4.882	6,3	1.175	24,1	23	2,0	2,0
Johannesschule Mesum	3.608	4,7	735	20,4	8	1,1	1,2
Ludgerusschule Elte	2.288	3,0	477	20,8	17	3,6	3,9
Marienschule Hauenhorst	4.439	5,8	1.013	22,8	21	2,1	1,8
Südraum	15.217	19,8	3.400	22,3	69	2,0	2,1
Gesamtstadt	76.988	100,0	14.599	19,0	899	6,2	5,3

Quelle: Einwohnermeldewesen, 31.12.2006, eigene Berechnungen

Altersgruppen der Kinder und Jugendlichen, Stand 31.12.2006

Grundschulbezirk	Bev abs	Kinder <6 J. abs.	Anteil <6 J. in %	Kinder 6-<10 J. abs	Anteil 6-<10 J. in %	Jug. 10-<18 J. abs	Anteil 10-<18 J. in %
Franziskusschule Mesum	4.882	310	6,3	288	5,9	577,0	11,8
Johannesschule Mesum	3.608	173	4,8	160	4,4	402,0	11,1
Ludgerusschule Elte	2.288	120	5,2	123	5,4	234,0	10,2
Marienschule Hauenhorst	4.439	270	6,1	219	4,9	524,0	11,8
Südraum	15.217	873	5,7	790	5,2	1.737,0	11,4
Gesamtstadt	76.988	3.948	5,1	3.247	4,2	7.404,0	9,6

Quelle: Einwohnermeldewesen, 31.12.2006, eigene Berechnungen

Kennzahlen zur Besucherstruktur der Tageseinrichtungen in den Grundschulbezirken sowie zum Anteil der Schüler aus ausländ. oder Aussiedlerfamilien in den Grundschulen (%-Werte)

Grundschulbezirk	Anzahl Kinder in Kitas	Migra- hintergr. in %	Sprache überw. n- deutsch	Ein- Eltern- Familie	Einkom. bis 12 Tsd.	Einkom. bis 25 Tsd.	Schüler a. Migr.- familien
Franziskusschule Mesum	176	6,8	6,8	12,5	12,1	31,2	2,9
Johannesschule Mesum	100	11,0	9,0	1,0	7,1	24,2	9,4
Ludgerusschule Elte	44	2,3	0,0	0,0	10,6	25,5	5,6
Marienschule Hauenhorst	196	7,1	1,5	6,6	13,0	28,0	3,1
Südraum	516	7,4	4,7	7,0	11,4	28,1	5,0
Gesamtstadt	2.347	21,7	15,0	11,5	18,8	40,0	13,5

Quelle: Zählblätter der Kindergartenstatistik, 31.12.2005, eigene Berechnungen

Planbereich mit überdurchschnittlichem Anteil an Kindern und Jugendlichen, betrifft alle Teilaltersgruppen. Anteil der ausländischen Bevölkerung deutlich unter dem städtischen Durchschnitt. Sozialindikatoren ebenfalls durchweg deutlich unter dem städtischen Durchschnitt. Insgesamt sehr homogenes Gebiet mit geringen internen Differenzierungen.

Planbereich: Südraum**II. Infrastruktur für Kinder und Jugendliche****Vorhandene Einrichtungen im Planraum**

Kindergärten / Kindertagesstätten	Ludgerus Kindergarten Elte Marien Kindergarten Mesum Lummerland Josef Kindergarten Mesum Bunte Welt Kindergarten Mariä Kindergarten Waldorf Kindergarten
Grundschulen	Franziskusschule Mesum Johannesschule Mesum Ludgerusschule Elte Marienschule Hauenhorst
Schulen Sekundarbereich	Don-Bosco-Hauptschule
Einrichtungen der offenen Jugendarbeit	Hot Alte Dame Jugendtreff Elte Jugendtreff Hauenhorst

Quelle: Jugendamt, Schulverwaltung

Kennzahlen zum Angebot der Kindertageseinrichtungen in den Grundschulbezirken

Grundschulbezirk	Anzahl Einricht.	Anzahl Kinder	Ü-Mittag betr. (%)	Nachm. betr. (%)	Tages-Plätze	% von gesamt
Franziskusschule	2	176	14,8	33,0	9	5,1
Johannesschule Mesum	1	100	15,0	46,0	20	21,1
Ludgerusschule Elte	1	44	13,6	38,6	0	0,0
Marienschule Hauenhorst	3	196	6,6	21,9	0	0,0
Südraum	7	516	11,6	31,8	29	5,3
Gesamtstadt	32	2.347	18,9	35,7	256	10,6

Quelle: Zählblätter der Kindergartenstatistik, 31.12.2005, eigene Berechnungen

Kennzahlen zur Versorgung mit schulischen Ganztags- und Betreuungsangeboten

	Südraum	Gesamtstadt
Anzahl Grundschulen mit off. Ganztag	2/4	10/17
Schülerzahl der GS mit Ganztag	421	2160
Anteil an allen Schülern im Teilgebiet	50,6	65,7
Schüler im Ganztagsangebot	48	366
Quote der Inanspruchnahme (%)	11,4	16,9
Anzahl Grundschulen mit Betreuung	2/4	7/17
Schülerzahl der GS mit Betreuung	411	1130
Anteil an allen Schülern im Teilgebiet	49,4	34,3
Schüler im Betreuungsangebot	38	92
Quote der Inanspruchnahme (%)	9,2	8,1
Schülerzahl der Grundschulen gesamt	832	3290
davon in Ganztag oder Betreuung	86	458
Quote der Inanspruchnahme (%)	10,3	13,9
Quote Ganztag bezogen auf Teilgebiet	5,8	11,1
Quote Betreuung bez. auf Teilgebiet	4,6	2,8

Quelle: ZASP-Befragung der Rheiner Schulen, Sep. 2006, Schülerprognose 2006, eigene Berechnungen

Planbereich: Südraum**Kennzahlen zur offenen Jugendarbeit**

	Südraum	Stadt Rheine gesamt
Kinder u. Jugendliche 6-<18 Jahre	2.527	10.651
Anteil an Stadt gesamt	23,7%	100,0%
VZ-Stellen hauptamtlich	3,5	13,5
ca. Jugendliche / VZ-Stelle	720	789
Öffnungsstunden / Woche total	46	184,5
Anteil Stunden an Stadt gesamt	25%	100,0%

Quelle: Jugendamt, Einwohnerdaten Stand 31.12.06, eigene Berechnungen